Mittwoch, 30. Oktober 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 253 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 30,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Genscher: China setzt große Hoffnungen in die Partnerschaft mit einem technologisch starken Westeuropa und verspricht sich davon eine größere Unabhängigkeit von Japan und den USA bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Das machte Chinas „starker Mann", Deng Xiaoping, bei Gesprächen mit Bundesaußenminister Genscher deutlich. (S. 12)

Ausschuß: Nach langem Zögern hat die nordrhein-westfälische CDU-Fraktion den Gedanken eines Untersuchungsausschusses in Sachen Parteispendenaffäre fallengelassen. (S. 4)

Fähre: Moskau zeigt gegenwärtig kein Interesse an einer Eisenbahn-Fährverbindung zwischen Memel (Klaipeda) und einem Hafen in Schleswig-Holstein. Nach Angaben von Verkehrs-Staatssekretär Bayer ist ein inoffizielles Gesprächsangebot der deutschen Seite von der UdSSR nicht aufgenommen worden.

Zusage: Bonn will Sudan so rasch wie möglich rund 200 Millionen Mark für Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellen, wurde zum Abschluß des Besuchs von Ministerpräsident Dafallah mitgeteilt. In einem WELT-Gespräch äußert sich Dafallah zur politischen Situation in Sudan sechs Monate nach dem Sturz Numeiris. (S. 6)

Italien: Der Höhepunkt der Regierungskrise scheint überwunden zu sein. Nachdem alle Partner der alten Fünferkoalition Bereitschaft zur Beilegung der Differenzen gezeigt haben, verhandelt der wieder mit der Kabinettsbildung beauftragte Ministerpräsident Craxi jetzt über die Modalitäten für eine Neuauflage. (S. 6)

Protest: Eine neue Welle von Proteststreiks gegen das Sparprogramm der sozialistischen Regierung ist gestern in Griechenland angelaufen. Beteiligt waren Postbedienstete, Krankenhausärzte und Justizangestellte. Heute wollen sich weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes anschließen.

Abgesetzt: Einen Landausflug in Amsterdam nutzten sechs tschechoslowakische Passagiere des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Michail Kalinin", um sich in den Westen abzusetzen.

Chefredakteur: Im Alter von 48 Jahren ist Charles Douglas-Home, Chefredakteur der britischen Tageszeitung „The Times", an Krebs gestorben. (S. 6)

Wein: In österreichischem Wein wurde nach dem Frostschutzmittel Diäthylenglykol nun auch das für Sprengstoff verwendete Natriumazid als Konservierungsmittel gefunden. (S. 24)



Im April 1946 vereinigten sich SPD und KPD in der damaligen Ostzone zur SED. Die Kommunisten hatten die Einheitssehnsucht großer Teile der deutschen Sozialdemokratie ausgenutzt; die SPD wurde überrumpelt. WELT-Korrespondent Bernt Conrad erlebte als junger Zeitungsvolontär im zerbombten Berlin die Ereignisse. Von heute an in der WELT: eine vierteilige Serie. Seite 7

WIRTSCHAFT

Staatsausgaben: Als ein aus Ländersicht „extrem ehrgeiziges Ziel" bezeichnete der niedersächsische Finanzminister Ritz in einem WELT-Gespräch die Aufrechterhaltung eines Wachstums der Staatsausgaben von nur drei Prozent in den nächsten Jahren. Ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuersenkung sei daher für die Länder kein Thema. (S. 13)

Europa: Der Vorschlag von EG-Präsident Delors, die währungspolitische Zusammenarbeit stärker im EG-Vertrag zu verankern, ist von Bonn mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Nach deutscher Auffassung sollte zunächst einmal der Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems abgewartet werden. (S. 13)

Risikokapital: Für eine Erleichterung des Börsenzugangs für junge Unternehmen plädiert das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Dadurch könnte eine bessere Versorgung mit Risikokapital erreicht werden. (S. 13)

Börse: Angeheizt durch zahlreiche Sonderbewegungen gingen die Kurse an den Aktienmärkten wieder nach oben. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 242,83 (241,11). BHF-Rentenindex 103,409 (103,531). BHF-Performance Index 106,725 (106,820). Dollarmittelkurs 2,6325 (2,6458) Mark. Goldpreis pro Feinunze 326,30 (326,50) Dollar.

KULTUR

Pückler: Er war nicht nur einer der größten Landschaftsgärtner des 19. Jahrhunderts, sondern auch ein – selbst von Goethe – hochgepriesener Schriftsteller. Heute vor 200 Jahren wurde Hermann Fürst zu Pückler-Muskau geboren. (S. 23)

Geiger: Einen zwiespältigen Eindruck vom Können Thomas Goldschmidts hinterließ die 1983 vorgelegte erste – und bisher einzige – Schallplatte. Auch nach Goldschmidts großer Drei-Länder-Tournee fällt eine Beurteilung nicht leicht. (S. 23)

SPORT

Fußball: Rudi Gutendorf, der noch einen japanischen Klub betreut, wird neuer Trainer beim Zweitliga-Klub Hertha BSC Berlin. Gutendorf soll seine Arbeit im Januar 1986 beginnen. (S. 9)

Tennis: Wimbledonsieger Boris Becker wird nicht an den Australischen Meisterschaften teilnehmen. Er will sich intensiv auf das Daviscup-Finale im Dezember in München vorbereiten. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Bhagwan: Die frühere Bhagwan-Vertraute Ma Anand Sheela ist in Waldshut-Tiengen in Auslieferungshaft genommen worden. Sie wird in den USA mehrerer Mordversuche an dem Leibarzt des Sektenführers beschuldigt. (S. 24)

Umwelt: Bei Smogalarm der höchsten Stufe dürfen künftig in Berlin nur noch Behörden- und Katalysatorautos fahren. (S. 24)

Wetter: Wolkig bis heiter. Um 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Moskau erhöht Zahl der C-Waffen

Depots in der „DDR" und CSSR konzentriert / US-Studie: Die NATO hat nichts Gleichwertiges

FRITZ WIRTH, Washington

Die Sowjetunion hat an mindestens 32 Standorten in Osteuropa chemische Waffen stationiert. Sie hat damit die Zahl ihrer Depots in den vergangenen fünf Jahren um 26 Prozent erhöht. Die größte Konzentration dieser Depots befindet sich in der „DDR" und in der CSSR in unmittelbarer Nähe der Grenze mit der Bundesrepublik Deutschland.

Das geht aus einem 22seitigen Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums hervor, der jetzt veröffentlicht wurde. In diesem Report heißt es ferner, daß es weitere neun Depots für chemische Waffen in der Sowjetunion gebe, wo im Augenblick an zehn verschiedenen Orten chemische Kampfstoffe produziert würden. Insgesamt stünden im Ostblock 45 000 speziell für den Einsatz und den Umgang mit chemischen Kampfstoffen ausgebildete Soldaten und Offiziere bereit.

Der Bericht weist ferner darauf hin, daß die Sowjets in der Lage seien, mit Kampfbombern und Raketen diese chemischen Waffen in alle Teile Westeuropas zu tragen.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Reports ist im Zusammenhang mit der Debatte über die Produktion chemischer Waffen in den USA zu sehen, die noch in dieser Woche im Kongreß stattfinden soll. Der Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses hatte in der vergangenen Woche 163,5 Millionen Dollar aus dem Etat des amerikanischen Verteidigungsministeriums gestrichen, mit dem zum ersten Mal seit 16 Jahren in den USA die Produktion chemischer Kampfstoffe wieder aufgenommen werden soll.

Unterstaatssekretär Thomas Welch, der den Report vor Journalisten erläuterte, wies darauf hin, daß die NATO heute nicht mehr in der Lage sei, einen Angriff des Ostblocks mit chemischen Kampfstoffen durch gleichwertige Gegenangriffe zu vergelten. Der Grund: Die gegenwärtigen amerikanischen chemischen Kampfstoffe seien veraltet. Ihr Durchschnittsalter betrage 26 Jahre und nur noch zehn prozent der gelagerten Kampfstoffe seien heute einsatzfähig.

In „Hunderten von Fällen" sind nach Angaben Welchs in den amerikanischen Depots in den Waffenarsenalen undichte Stellen in der Muni-

● Fortsetzung Seite 12



Die Stationierungsorte sowjetischer chemischer Waffen im Ostblock

DER KOMMENTAR

Ein Thema für Genf

HERBERT KREMP

Über den chemischen Waffen liegt der Schleier des Gerüchts. Die Informationen sind dünn und vage, die Desinformation ist dick und scharf. Es gehört zu den Besonderheiten des Zweiten Weltkrieges, daß die Mächte vor der Anwendung dieses Mittels zurückscheuten. Maßgebend waren die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, in dessen Verlauf Giftgas als Schneisenbrecher im Stellungskrieg eingesetzt wurde, die erwartete strategische Wirkung aber ausblieb. In regionalen Konflikten seit 1960 wurde Chemie im ägyptisch-jemenitischen Krieg, in Laos, Kambodscha, Afghanistan und im iranisch-irakischen Krieg eingesetzt.

Die amerikanische Studie über das chemische Arsenal der Sowjets steht im Zusammenhang mit dem Genfer Gipfel im November. Präsident Reagan wird das beunruhigende Thema dort zur Sprache bringen. Die USA hatten mit den Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen 1968 die Produktion eingestellt, bis zu Beginn dieses Jahrzehnts die sowjetische Hochrüstung auch auf diesem Gebiet wieder zur Kenntnis genommen wurde. Heute steht fest, daß Moskau über eine variationsreiche, auf jeden Trägertyp zugeschnittene Chemie-Streitmacht verfügt. Sie ist komplett stationiert, die Einsatzverfügung wurde an die Kommandeure delegiert. In der „DDR" und der Tschechoslowakei befinden sich je neun Depots, in Polen vier, in Ungarn fünf, in Rumänien vier, in Bulgarien eines. Westeuropa liegt somit im dunkelsten Schatten des Kampfmittels.

Die nun veröffentlichten Daten verweisen die Idee einer chemie-waffenfreien Zone in Europa und den zwischen SPD und SED vereinbarten Vertragsentwurf ins Reich der Illusionen und Täuschungen. Die erste Verantwortung liegt bei den Weltmächten. Vereinbarungen über Chemie-Waffen sind denkbar, weil die Offensiv-Bedeutung moderner, den Gegner letal oder temporär lähmender Mittel ihren Abschreckungswert übersteigt. Im Unterschied zu den Nuklearwaffen bliebe ein konzentrierter Ersteinsatz der Chemie wahrscheinlich ohne Antwort. Die Frage ist einmal mehr, ob die Sowjetunion bereit ist, eine Position der Überlegenheit der größeren Sicherheit auf Erden zu opfern.

Visum an Frau Bonner Signal für Genf?

Regimekritikerin Griwina in den Niederlanden: „Sacharow ist schwer krank"

DW. Moskau

Drei Wochen vor dem Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und KPdSU-Chef Michail Gorbatschow in Genf hat Jelena Bonner, die Frau des in Gorki in Verbannung lebenden sowjetischen Physikers und Nobelpreisträgers Andrej Sacharow, offenbar die Genehmigung zur Ausreise aus der Sowjetunion und einer medizinischen Behandlung im Westen erhalten. Der sowjetische Journalist Viktor Louis, der im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes KGB handelt und als gutinformiert über den Fall des Ehepaares Sacharow gilt, bestätigte gestern auf Anfrage, daß die 61jährige ein Visum für den Westen erhalten hat. Entsprechende Informationen der „Bild-Zeitung" und des amerikanischen CBS-Fernsehens seien „zutreffend", erklärte Viktor Louis. Er glaube jedoch nicht, daß Frau Bonner sofort ausreisen werde. Ihr Visum sei zwei bis drei Monate gültig. Frau Bonner werde, sagte Louis der Nachrichtenagentur Reuter, in der Sowjetunion zurückerwartet.

Die augen- und herzkranke Jelena Bonner, die im August 1984 wegen „Verleumdung des sowjetischen Staates" zu fünf Jahren Verbannung in Gorki verurteilt wurde, hat zusammen mit ihrem Mann bereits mehrmals versucht, sich durch Hungerstreiks die Genehmigung zur ärztlichen Behandlung im Westen zu erzwingen. Sie hatte bereits 1975 die Sowjetunion verlassen dürfen, um sich in Italien einer Augenoperation unterziehen zu können.

Die Ausreisegenehmigung stehe, so Louis, rechtlich gesehen nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß Frau Bonner verbannt worden sei. Unklar ist weiterhin, ob Frau Bonner mit ihrer Berufung, die sie im April dieses Jahres beim Präsidium des Oberstens Sowjets gegen ihre Verurteilung eingelegt hat, Erfolg hatte. Das sowjetische Außenministerium hat es abgelehnt, einen Kommentar zu den Berichten über die Ausreisegenehmigung Jelena Bonner abzugeben.

Der 64 Jahre alte Andrej Sacharow, der, so Louis, in dem Verbannungsort Gorki bleiben werde, ist nach Angaben der sowjetischen Bürgerrechtlerin Irina Griwnina schwer krank. Sacharow stünde, ebenso wie Anatolij Korjagin, ein 1981 zu zwölf Jahren Haft verurteilter Psychiater, an der „Schwelle des Todes", sagte Frau Griwnina, der die sowjetischen Behörden die Ausreise in den Westen erlaubt hatten, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Korjagin, der sich gemeinsam mit Frau Griwnina gegen den Mißbrauch der Psychatrie zu politischen Zwecken gewehrt hatte, wiege nach mehrjähriger Inhaftierung im Zuchthaus von Tschistopol nur noch 47 Kilo. Seine in Charkow in der Ukraine lebende Familie sei in einer besonders schwierigen Lage, seit Korjagins 17jähriger Sohn Ivan vor wenigen Monaten zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Die sowjetische Regimekritikerin Griwina traf mit ihrer Familie gestern in den Niederlanden ein. Holländische Politiker hatten sich in der UdSSR für die 39jährige Programmiererin, die 1981 zu fünf Jahren Verbannung verurteilt worden war, verwendet und ihr Wohnsitz in den Niederlanden angeboten. Die Regierung in Den Haag hatte außerdem die sowjetischen Behörden verschiedentlich ersucht, auch Frau Griwninas Mann Wladimir und den beiden jungen Töchtern Ausreisevisa zu erteilen.

Schweden: Kein Asyl für Mitglied der „Solidarität"

DW. Stockholm

Die schwedische Einwanderungsbehörde hat Grzegor Dobrowolski, einem der führenden Mitglieder der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität", politisches Asyl verweigert. In Stockholm hieß es gestern, die Gründe, die er für sein Asylersuchen geltend mache, seien nicht ausreichend.

Dobrowolski, der unter anderem die Nachrichten-Aktivitäten von „Solidarität" leitete, hält sich bereits seit April dieses Jahres in Schweden auf. Ihm und seiner Familie droht jetzt die Ausweisung.

Die Nachrichtenagentur dpa zitierte eine Sprecherin der Einwanderungsbehörde: Die Anträge polnischer Bürger würden jetzt genau so behandelt wie die der Bürger anderer Länder. Es sei schwer nachweisbar, ob ein Antragsteller zu den politisch Verfolgten in Polen zähle. Die Erfahrung habe gezeigt, daß Mitglieder der „Solidarität" derzeit keinen besonderen Repressalien ausgesetzt seien.

Der Anwalt des Asylbewerbers betonte dagegen, sei Klient sei eindeutig politisch verfolgt.

Peres sieht seinen Kurs bestätigt

Speklulation über gemeinsame Verwaltung in Westjordanien / Kühles Verhältnis Arafat–Hussein

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Das Vertrauensvotum, das der israelische Premierminister Peres im Parlament mit der eindrucksvollen Mehrheit von 68 gegen 10 Stimmen bei zehn Enthaltungen gewann, hat eine – wenn auch dringende Diskussion beendet. Die einschränkenden Erläuterungen, die der Likud von Peres verlangt hatte, waren in dessen Eröffnungsrede enthalten. Weiter als bis da war er nicht gewillt zu gehen, obwohl er damit den Fall seiner Regierung riskierte.

Die Tragweite des Abstimmungsergebnisses überstieg jedoch den persönlichen Triumph des Premierministers. Denn mit der Bitte um Vertrauen hatte Peres auch ausdrücklich die Unterstützung der Knesset für seine Friedenspolitik beantragt. Peres sagte nach der Stimmen-Auszählung: „Jetzt habe ich grünes Licht für meine Politik des Verhandelns mit Jordanien. Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, mit den Jordaniern und den Palästinensern unter Ausschluß der PLO ins direkte Gespräch zu kommen."

Über eine solche Möglichkeit berichtete gestern die sehr verläßliche Tel Aviver Zeitung „Ha'aretz" aus „hochrangigen Regierungsstellen". Es heißt, Peres denkt an eine Lösung des Palästinenser-Problems in Form eines Condominiums (gemeinsame Verwaltung) für die Westbank zwischen Israel und Jordanien. Dieser Bericht wurde zwar vom Amt des Ministerpräsidenten dementiert; das bedeutet aber keineswegs, daß er nicht zutrifft. Im Rahmen des Condominiums sollten die Bewohner der Westbank die Autonomie erhalten, die ihnen im Camp-David-Vertrag zugesichert wurde.

Diese Informanten in Jerusalem sagten laut „Ha'aretz", Peres habe seine Pläne „den höchsten Stellen" in der amerikanischen Regierung vorgelegt und deren Segen bekommen. Auch König Hussein habe grundsätzlich eingewilligt, aber die Unterstützung durch ein „internationales Forum" zur Bedingung gemacht.

Parallel mit dieser vorläufig noch indirekten Annäherung zwischen Jordanien und Israel vollzieht sich eine Abkühlung in den Beziehungen zwischen Jordanien und der PLO. So fiel auf, daß PLO-Führer Yassir Arafat bei seiner Ankunft in Jordanien am Montag von König Hussein nicht wie üblich auf beide Wangen geküßt wurde. Es gab auch keine Umarmung, Arafat mußte sich mit einem Händedruck begnügen. Auch wurde er nicht wie bisher eingeladen, in einem der königlichen Paläste Quartier zu nehmen.

Trotz dieser Anzeichen betonen Nahostexperten in Israel, Hussein müsse vorsichtig vorgehen. Derzeit könne er nicht ohne die PLO handeln, geschweige denn gegen sie. So wurde gestern zwischen Jordanien und der PLO ein gemeinsames Komitee zur Koordinierung ihrer Nahost-Friedensinitiative verabredet. (SAD)

Stoltenberg stößt in Paris auf Kritik

v. K. Paris

Mit auffallend starker Betonung der Bedeutung des europäischen Forschungsprojekts „Eureka" für die künftige Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft hat der Präsident der französischen Nationalversammlung, Louis Mermaz, gestern den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Philipp Jenninger, empfangen. Mermaz sagte, daß vor allem die finanzielle Ausstattung des „Eureka"-Projektes gesichert werden müsse. In Paris war mit starkem Mißfallen die Nachricht aufgenommen worden, daß Finanzminister Stoltenberg die Mittel für „Eureka", die bereits von seinem Kollegen Riesenhuber zugesagt worden waren, wieder gestrichen hat.

ÖTV-Ultimatum an die Lufthansa

DW. Stuttgart

Nach der gemeinsamen Urabstimmung des fliegenden und Bodenpersonals der Deutschen Lufthansa, bei der sich die große Mehrheit für einen Streik aussprach, hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) der Fluggesellschaft ein Ultimatum gestellt.

Die ÖTV forderte die Arbeitgeber auf, bis zum Donnerstag ein Angebot auf der Basis der ÖTV-Forderungen zur Gewinnbeteiligung und zum Vorruhestand vorzulegen. Sollte die Lufthansa nicht auf die Forderungen eingehen, sei „ein Arbeitskampf unausweichlich". Die Fluggesellschaft wollte das Urabstimmungsergebnis nicht kommentieren.

25 Jahre Haft für den gehorsamen Sohn

FRITZ WIRTH, Washington

Michael Walker, Seemann auf dem amerikanischen Flugzeugträger „Nimitz", war Zeit seines Lebens ein artiger Sohn, der seinen Vater verehrte. Gestern erhielt er die Quittung für seinen Gehorsam: Der Richter Alexander Harvey II verurteilte ihn in Baltimore zu 25 Jahren Gefängnis.

Das Verhängnis des 22jährigen Michael Walker: Sein Vater John Walker war seit 18 Jahren ein sowjetischer Agent. Und er war skrupellos genug, seinen Sohn in seine Spionagetätigkeit einzuspannen. John Walker war am 19. Mai dieses Jahres in der Nähe von Washington auf frischer Tat ertappt worden, als er in einem geheimen Briefkasten Geheimmaterial für einen sowjetischen Kontaktmann deponierte.

Die geschiedene Frau Walkers hatte den amerikanischen Geheimdienst auf die Fährte Walkers gebracht. Bei näherer Prüfung fand er heraus, daß John Walker, der einst als Nachrichtenoffizier bei der amerikanischen Marine diente, wahrscheinlich hochgeheime Nachrichtencodes an die Sowjets verkauft hatte. Amerikanische Geheimdienstexperten sprachen vom schwersten Spionagefall der vergangenen drei Jahrzehnte.

Der Ring war ein Familienbetrieb, wie sich bald herausstellte. Arthur Walker hatte vor fünf Jahren begonnen, seinem Bruder Geheimmaterial aus einer Schiffswerft zuzuspielen. Arthur Walker hat inzwischen reuevoll gestanden und wurde zu lebenslangem Gefängnis verurteilt.

Gestern trafen sich Vater und Sohn zum erstenmal vor dem Richter wieder. Doch aus dem Prozeß wurde ein Gerichtshandel zwischen Anklage und Verteidigung. Vater und Sohn erklärten sich schuldig, noch bevor die Geschworenen zusammentrafen. Sinn und Absicht des Abkommens: Beim Vater hatten sich Schuldgefühle angehäuft – nicht so sehr gegen das eigene Land als gegenüber dem Sohn. Der Sohn hat theoretisch die Chance, in acht Jahren wieder auf freiem Fuß zu sein.

Die Anklage willigte in das Abkommen ein, weil diese John Walker noch dringend braucht. Denn bis zur Stunde ist unklar, welches Material Walker an die Sowjets auslieferte. Zur Schadenskontrolle jedoch ist es nötig, daß darüber volle Klarheit herrscht. John Walker hat volle Kooperation zugesagt. Als Preis für seine Kooperation winkt ihm die Chance, daß seine lebenslange Haftstrafe, zu der ihn der Richter gestern verurteilte, bereits in zehn Jahren erlassen wird.

Lange nicht alle Beobachter sind glücklich über diesen Handel. Eine Reihe amerikanischer Politiker, unter ihnen Verteidigungsminister Weinberger, hatten kürzlich noch die Einführung der Todesstrafe gefordert für Männer, die wie Walker hochgeheime Militärgeheimnisse verraten.

FDP setzt Diskussion um „Streikparagraphen" fort

Kritik an Regierungssprecher Ost / Blüm warnt vor Übereile

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Diskussion innerhalb der Regierungskoalition um den „Streikparagraphen" 116 des Arbeitsförderungsgesetz (AFG) spitzt sich weiter zu. FDP-Präsidiumsmitglied Manfred Brunner bekräftigte die Forderung seiner Partei nach einer gesetzlichen Regelung. Er machte dies mit scharfer Kritik an Regierungssprecher Friedhelm Ost und damit indirekt an der Union deutlich. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erwiderte gestern in Bonn, der Gesetzgeber müsse erst handeln, wenn die Tarifparteien „ihre Handlungsunfähigkeit zu Protokoll" gegeben hätten. Es dürfe keine Lösung „mit hechelnder Zunge" geben. Auch der CDU/CSU-Sozialexperte Bernhard Jagoda sieht die Koalition dann gefordert, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht bis Anfang November ihren Einigungswillen erklärt hätten.

Brunner, Leiter der FDP-Kommission Arbeitskampfrecht, hatte Ost aufgefordert, „keine abwegigen Rechtsauffassungen" zu einer AFG-Novellierung und zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Streiks zu äußern. Sonst schade er dem Ansehen von Bundeskanzler Helmut Kohl. Er bezog sich damit auf Äusserungen von Ost, nach denen der Kanzler einer gesetzlichen Neuregelung eine Einigung der Tarifparteien vorzöge. Dabei sei Kohl „viel zu sachkundig, um nicht zu wissen", daß der Staat nach der Verfassung die Neutralität der Bundesanstalt sicherzustellen habe. Die staatliche Unabhängigkeit stehe „nicht zur Disposition" der Tarifparteien.

Blüm warnte, Freiheitsräume gesellschaftlicher Verantwortung würden aufgegeben, „wenn Liberalismus zur Staatsgläubigkeit degeneriert". Er betonte, daß Ost „in Übereinstimmung mit der Regierungspolitik" stehe.

Gleichzeitig rief Blüm in einem Interview die Selbstverwaltung der Bundesanstalt auf, sich mit der Reform zu befassen. Seinen Vorschlag wies deren Verwaltungsratsvorsitzender, Willi Lojewski, als „scheinheilig" zurück.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hoffnung für Sacharow

Von Carl Gustaf Ströhm

Am Vorabend des Genfer Gipfels geschehen in der Sowjetunion Zeichen und Wunder. Der für gewöhnlich gut informierte sowjetische „Journalist" Viktor Louis – seine Verbindungen zum KGB sind bekannt – hat mitgeteilt, daß Jelena Bonner, die Ehefrau Andrej Sacharows, ein Visum in den Westen erhalten habe. Der israelische Ministerpräsident Peres berichtete, daß die Sowjets die Ausreise von 15 000 Juden in den Westen in Aussicht gestellt haben, nachdem der Strom jüdischer Auswanderer in den letzten Jahren fast versiegt war. In Wien landete dieser Tage die sowjetisch-jüdische Dissidentin und Bürgerrechtlerin Irina Griwnina mit ihrer Familie. Es bewegt sich also etwas auf dem Gebiet, auf dem die Ost-West-Beziehungen bisher am delikatesten waren.

Was sind die Ursachen? Gorbatschow möchte offenbar die westliche Stimmung verbessern und psychologisch-politischen Ballast los werden. Aber daß sich die Sowjetführung jetzt etwas großzügiger verhält, ist nicht zuletzt einem Mann zuzuschreiben, den die Linke in Westeuropa immer wieder beschuldigt hat, er verstehe es nicht, mit den Sowjets umzugehen und verprelle sie durch seinen Antikommunismus. Der Mann heißt Ronald Reagan. Es zeigt sich, daß die feste und zugleich ruhige Haltung des Präsidenten ebenso wie sein Eintreten für Menschenrechte und andere westliche Prinzipien den Machthabern im Kreml imponieren und sie sogar zu Konzessionen veranlassen. Sollte es in absehbarer Zeit wirklich gelingen, auch den vielgeprüften Andrej Sacharow aus Gorki in den Westen kommen zu lassen, so wäre auch dies ein Erfolg nicht irgendeiner „stillen Diplomatie", sondern der Offenheit des ersten Mannes der USA.

Reagan scheut sich nicht, die Probleme und das sowjetische System beim Namen zu nennen. In seinen Reden zitiert er neuerdings Sacharow. Gorbatschow hat deshalb keineswegs das Gespräch aufgekündigt; im Gegenteil. Welcher führende deutsche Politiker aber hat es in letzter Zeit gewagt, Gedanken Sacharows (oder eines anderen östlichen Bürgerrechtlers) zu zitieren? Die Antwort lautet leider: Kein einziger.

Handlungsbedarf

Von Peter Gillies

Norbert Blüm hat recht, wenn er davor warnt, komplizierte Fragen mit „hechelnder Zunge" lösen zu wollen. Dieser Hinweis ist für alle Lebensbereiche überaus empfehlenswert, er darf freilich nicht als Alibi dienen, Handlungsbedarf hinhaltend einzustäuben und auf Aktenablage zu hoffen.

Beim Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geht es um keine geringe Frage. Auf dem Prüfstand befindet sich die Neutralität des Staates im Verteilungskampf der Gruppen. Aus dem Geist des Gesetzes ergibt sich, daß die Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf keine Zahlungen leisten darf; die Gerichte freilich hatten die Zahlung von Kurzarbeitergeld für mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer bejaht. Indirekt wird damit die Streikkasse der Gewerkschaften durch öffentliche (und zwangsweise von Unternehmen und Beschäftigten erhobene) Gelder entlastet. Der unklar gewordene Wille des Gesetzgebers leistet mithin einen Beitrag zur Verlängerung von Arbeitskämpfen statt zu ihrer Verkürzung.

Das Argument, bevor der Gesetzgeber eingreife, sollten die Tarifparteien untereinander eine einvernehmliche Lösung suchen, ist im Grundsatz liberal und deswegen begrüßenswert. In diesem Fall trägt es jedoch nicht. Der Staat darf eine aus Zwangsbeiträgen und teilweise aus Steuergeldern gespeiste Kasse nicht den Gruppen ausliefern. Faktisch wird es zu einer einvernehmlichen Lösung auch deshalb nicht kommen, weil die Gewerkschaften ihren offensichtlichen Vorteil – die jetzige Gemengelage begünstigt eindeutig sie – ohne Not nicht opfern dürften. Ihr Machtverständnis verböte es. Erste Gewerkschaftskommentare erhärten diese Ansicht.

Es verbleibt also das Argument, der Staat möge dieses Reizthema den Gewerkschaften zuliebe nicht anpacken, weil zumindest diese darin einen Angriff auf den „sozialen Frieden" erblicken und auf Dauer verstimmt sein könnten. Gewiß entspricht es politischer Taktik (jeder Regierung), das Dreiecksverhältnis Staat-Gewerkschaften-Unternehmen mit größter Feinnervigkeit anzugehen. Aber es muß gleichzeitig eine Strategie sein, längerfristig für eine funktionierende Machtbalance im Verteilungskampf zu sorgen. Der umstrittene Paragraph ist ein Teil dieser Strategie.

Freizeit – Bildungszeit

Von Harald Posny

Die nordrhein-westfälische SPD und ihre Landtagsfraktion wollen die Befolgung eines Gesetzes einklagen. Es geht um das Arbeitnehmer-Weiterbildungsgesetz, das vor einem Jahr mit der SPD-Mehrheit verabschiedet und seit Jahresbeginn in Kraft ist. Seitdem beschäftigt es auch die Gerichte.

Untere Instanzen haben den Klagen auf fünf – wohlgemerkt: von den Arbeitgebern – bezahlte Bildungstage stattgegeben. Anders das von den Arbeitgebern angerufene Bundesverfassungsgericht. Es denkt über die Klage noch nach. Warum also die Aufregung, wenn Arbeitgeber dem Wunsch ihrer Mitarbeiter beispielsweise „nur unter Vorbehalt" folgen wollen?

Es wird bereits jetzt zu jeder Mark an Lohn und Gehalt knapp derselbe Betrag an Lohnnebenkosten gezahlt. Die Kosten für die Weiterbildung gehören dazu. Daß damit auch wieder ein Stückchen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland abbröckelt, viele kleine Unternehmen auch personell überfordert sind, interessiert die Düsseldorfer SPD nicht. Man hat noch damit zu tun, die jüngste Investition von Siemens im Lande gegen die Vorstöße von Nixdorf und Gutehoffnungshütte nach Süden aufzuwiegen.

Berufliche Weiterbildung ist sicher wichtig. Aber was die Arbeitgeber als Themenangebot bei solchen Veranstaltungen bisher zutage gefördert haben, ist kurios: „Der Musiker und Prediger J. S. Bach". Oder: „Gewalt in der Familie". Beides sicher interessant, aber kaum politische (wie auch immer das aussehen mag) und/oder berufliche Bildung.

Für die berufliche Weiterbildung gibt die Wirtschaft Jahr für Jahr neun Milliarden DM aus. Das Interesse daran ist, weil wirklich berufsbezogen, groß. Andere Themen sollte man den Volkshochschulen überlassen. Wer für diese Veranstaltungen dann auch noch einen Eigenbeitrag zahlt, hat davon mehr als von einem fremdfinanzierten „Persönlichkeits-Seminar".

Schließlich: SPD und Gewerkschaften sollten sich auch einmal überlegen, ob das Mehr an Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung nicht auch als Bildungszeit genutzt werden kann. Ein wenig Eigeninitiative schadete nicht.



„Man wird doch mal nachbohren dürfen!" KLAUS BÖHLE

Beweis-Notstand

Von Günter Friedländer

Obwohl es in den letzten vier Wochen in Argentinien zu mehreren Bombenattentaten gekommen ist, bei denen ein Mensch das Leben verlor, löste die Verhängung des Belagerungszustands für sechzig Tage Erstaunen aus. Daß wenig später der Richter Luis Velasco einen auf Grund des Belagerungszustandes ausgegebenen Haftbefehl aufhob und damit die Bewegungsfreiheit des Präsidenten Raul Alfonsin ganz erheblich einzuschränken schien, trug zur Verwirrung bei.

Viele Juristen halten Velascos Urteil für eine Fehlentscheidung; ein Berufungsgericht hat sein Urteil inzwischen aufgehoben. Es geht bisher um sechs Angehörige des Heeres und sechs Zivilpersonen – „losgelassene Irre", so Alfonsin – deren Verhaftung die Regierung anordnete, weil sie „entdeckt hat, daß eine Gruppe von Personen gemeinsam daran arbeitet, Gewalttätigkeit gegen demokratische Institutionen und das Volk zu benutzen". Innenminister Antonio Troccoli, dessen Wochenendhaus auch Objekt eines Bombenattentats war, sagte in einer Pressekonferenz, daß die zwölf teils verhafteten, teils noch gesuchten Personen „einem höheren Kommando" im Ausland gehorchen. „Vielleicht bedienen sie sich dabei einer Art Internationale des Terrors und des Verbrechens."

Dem Bundesrichter Roberto Hornos, der vorher mit dem Fall zu tun hatte, waren die Anklagen zu vage und daher unhaltbar erschienen. Er erklärte, solche Haftbefehle, die die Anklage nicht genügend belegen, seien nur unter dem Belagerungszustand möglich, der dem Präsidenten besondere Vollmachten gibt. Alfonsin verstand den Hinweis und proklamierte prompt den Belagerungszustand. Dann erneuerte er den Haftbefehl, dessen Legalität nun vom Richter Velasco angezweifelt wird.

Trotz der Verhaftung der angeblichen Verschwörer haben die Störungen nicht aufgehört. Unbekannte Personen rufen in Schulen, Universitäten und Regierungsbüros an und warnen davor, daß in Kürze eine Bombe explodieren werde. Die Gebäude werden geräumt, und die Polizei stellt später nur falschen Alarm fest.

Jedenfalls ist es den Attentätern gelungen, die öffentliche Meinung zu spalten. Alfonsin hat betont, bei den Ruhestörern handle es sich um Elemente der extremen Rechten. Damit wollte er die Linke beruhigen. Dennoch ist eine peinliche Frage nicht zu verhindern: Die Regierung will zwölf „losgelassene Irre" verhaften, die sie mangels gültiger Beweise nicht unter Anklage stellen kann – rechtfertigt das den Belagerungszustand für die gesamte Bevölkerung von 29,4 Millionen Argentiniern? Wäre es nicht überzeugender und einfacher gewesen, zunächst konkrete Belege für die Schuld der Verdächtigen vorzulegen? Wurde Argentiniens Regierung Opfer einer Paranoia und reagierte sie deshalb überscharf gegen eine kleine Gruppe von Leuten, denen man bisher nicht einmal nachweisen kann, daß sie miteinander bekannt waren?

Viele erinnert der Vorgang daran, wie es einst mit den Militärdiktaturen anfing, wo auch, um inneren Feinden zu begegnen, die demokratischen Rechte außer Funktion gesetzt und dem Militär mehr und mehr Aufgaben übertragen wurden, bis das Militär selbst regierte. Argentiniens Regierung freilich versicherte, der Belagerungszustand werde weder die Wahlen des 3. November noch den Wahlkampf behindern, und alle von der Verfassung gegebenen Garantien bleiben weiter in Kraft, solange sie nicht die Regierung bei ihrem Kampf gegen die Terrorkampagne behindern.

Es liegt nahe, diese Erklärung zu akzeptieren, weil nichts im Landesleben auf den Belagerungszustand hindeutet. Alles geht seinen Weg normal weiter. Das aber unterstreicht nur die Frage, ob die Verhängung des Belagerungszustandes nicht heißt, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Die politischen Parteien wissen nicht recht, wie sie reagieren sollen. Man hört aus den Reihen der Opposition Klagen, der Belagerungszustand leite Wahlbetrug ein, er sei ein Ablenkungsmanöver, und ähnliches mehr. Aber einige prominente Peronistenführer unterstützen Alfonsins umstrittene Maßnahme.



Ist die Regierung ihrer Aufgabe gewachsen? Alfonsin FOTO: DPA

Einige meinen, daß die Regierung vielleicht wirklich von Kreisen bedroht wird, die jenen Generälen und Admirälen nahestehen, die im Prozeß wegen ihres Verhaltens im „schmutzigen Krieg" auf die Urteilsverkündung warten. Sie fragen sich, ob der Terror der letzten Wochen nur ein Vorspiel dessen ist, was sich ereignen könnte, wenn die Urteile so hart ausfallen, wie manche es wollen, und es keine Amnestie für die Verurteilten gibt. Andere Fragen sich, ob die Regierung ihren Aufgaben nicht gewachsen ist. Warum rief sie nicht das Parlament zusammen, um dem ganzen Volk auf diesem Weg die Lage zu schildern und die Verantwortung derer öffentlich festzustellen, die das Land in Unruhe stürzen wollen?

Es wäre eine Tragödie der Geschichte, wenn Alfonsin sich von denen, deren willkürliche Anwendung des Belagerungszustandes Argentinien in seine heutige Krise trieb – aus der die Niederlage im Falklandkrieg nicht weggedacht werden kann – nun dazu verführen ließe, selbst mit den Bequemlichkeiten des Belagerungszustands regieren zu wollen. Das war nicht das Mandat, das Argentinien ihm vor zweiundzwanzig Monaten gab.

Im schlimmsten Fall könnte die Lage eintreten, daß Alfonsins Regierung nicht genügend Beweise gegen die zwölf angeblichen Verschwörer beizubringen vermag. Wenn sich das abzeichnet, sollte er den Belagerungszustand sofort aufheben. Dies Institut dient dazu, bei Vergehen gegen den Staat die Rechtsprechung zu beschleunigen und eine drohende Gefahr zu verhindern – nicht aber, die Rechtspflege auf den Kopf zu stellen.

IM GESPRÄCH Milan Jakeš

Seinen Gönner verraten

Von Rudolf Ströbinger

Elegant und gepflegt wollte er schon immer sein, der 1922 in Südböhmen geborene Milan Jakeš. Schon als Erster Stellvertretender Leiter der zentralen Verwaltung für Kommunalwirtschaft, einer unbedeutenden Funktion, die er Anfang der sechziger Jahre bekleidete, war er Stammkunde der Maßschneiderei in der Prager Passage „Schwarze Rose" unweit des Wenzelsplatzes. Seit einigen Jahren hat der inzwischen zum Mitglied des Parteipräsidiums der tschechoslowakischen KP und Sekretär des Zentralkomitees avancierte Jakeš seinen Schneider gewechselt. Nachdem ihm der Sprung in die höchsten Gremien gelungen war, steht ihm, wie es der kommunistischen Rangordnung entspricht, ein persönlicher Schneidermeister zur Verfügung. Und Milan Jakeš kostet die Rolle des – bisher – drittmächtigsten Mannes im Lande aus.

Bisher. Milan Jakeš – so wollen es Kenner der Prager politischen Szene wissen – soll auf dem XVII. Parteitag der tschechoslowakischen Kommunisten im März 1986 als Nachfolger des um fast zehn Jahre älteren Dr. Gustáv Husák zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt werden.

Das wäre die Krönung einer Laufbahn, die ziemlich unauffällig kurz vor dem Zweiten Weltkrieg mit einer Elektrotechniker-Lehre in den bekannten Bata-Werken in der Schuhmetropole Zlin begann. Bereits ein Jahr später konnte er mit Hilfe eines Stipendiums des von den Kommunisten geschmähten „Kapitalisten" Bata an der Ingenieurschule in Zlin studieren; 1944 schloß er sein Studium ab. Gleich nach Kriegsende trat der Konstrukteur Jakeš in die KP ein, die ihm bald führende Funktionen ihres Jugendverbandes anvertraute. In der dunkelsten Stalin-Zeit, im April 1949, wurde Milan Jakeš Mitglied des Präsidiums des Jugendverbandes (bis 1955) und durfte an der Parteihochschule KPdSU in Moskau studieren.

Doch kam das nächste wichtige Amt erst 1966: Er wurde zum stellvertretenden Innenminister ernannt. Die Kenntnis des Sicherheitsapparates öffnete ihm im „Prager Frühling" 1968 die Tür zum Parteiapparat. Als Alexander Dubček einen neuen Vorsitzenden der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission der Partei suchte, fiel seine Wahl auf Milan Jakeš. Das seiner Meinung nach unbeschriebene Blatt hatte das Vertrauen der Sowjets, an den jetzt kritisierten „Deformationen" in der Vergangenheit aber war Jakeš nicht beteiligt. Erst später erfuhr er, wen er sich da geholt hatte. Nach dem sowjetischen Einmarsch war es Jakeš, der vorschlug, Dubček aus der KP auszuschließen.

Favorit für Husáks Nachfolge: Jakeš FOTO: AP

Die Verbindungen zum Staatssicherheitsdienst zahlten sich für Milan Jakeš aus. Auch der sowjetische KGB-Chef Jurij Andropow forcierte seinen Aufstieg ins Parteipräsidium und zum Zentralkomitee-Sekretär. Die Ära Tschernenko schien seine Karriere zu bremsen. Sein Rivale, der Dogmatiker Vasil Bilak, erzielte einen leichten Vorsprung. Aber der Tod Tschernenkos brachte auch in Prag die Wende. Michail Gorbatschow steht hinter Milan Jakeš. In Prag hält man bei der Husák-Nachfolge Milan Jakeš für den hohen Favoriten und Vasil Bilak für den großen Verlierer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Neue Presse

Sie schreibt zu Tempo 100:

In der Bundesrepublik gibt es 489 300 Kilometer Straßen. Auf 316 000 gilt Tempo 50 (innerorts), auf 165 200 ist Tempo 100 (Landstraßen) angesagt und auf 1200 Autobahnkilometern gibt es Beschränkungen zwischen 60 und 100 km/h. Lediglich auf 6900 Kilometern (das sind 1,4 Prozent des gesamten Straßennetzes) gilt noch, was einst einmal Slogan war: Freie Fahrt für freie Bürger. Trotz all *dieser Fakten wird um die* Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen – ob bei 100 oder 130 – ein politischer Glaubenskrieg in Bonn ausgefochten, ließ die Bundesregierung sich einen Großversuch 23 Millionen Mark kosten ... Wenn mit einem Tempolimit 100 auf 1,4 Prozent des deutschen Straßennetzes unser Wald gerettet werden könnte – wer wäre nicht dafür?

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung hat Fragen zur CDU Rheinland:

Die Tatsache, daß der neue Vorsitzende der CDU Rheinland, Pützhofen, heute zum ersten Mal offiziell seinem Bundesvorsitzenden, Kanzler Kohl, begegnet, ist ein Beweis für das Überraschende an der Kandidatur und am schnellen Erfolg des Krefelder Oberbürgermeisters ... Da die Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sich Ende März zu einer einzigen Landespartei Nordrhein-Westfalen zusammenschließen wollen, stellt sich die Frage, wer der erste Vorsitzende dieses CDU-Großverbandes werden soll: Pützhofen aus dem Rheinland oder Biedenkopf aus Westfalen-Lippe? Daran hängen weitere Fragen: Soll Biedenkopf ab 1987 die Landesfraktion führen, um im Landesparlament den Kanzlerkandidaten der SPD, den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau, zu stellen? Oder will Biedenkopf nach der Bundestagswahl Anfang 1987 in die Bonner Politik zurückkehren?

Kölner Stadt-Anzeiger

Er ist skeptisch gegenüber Eureka:

Eureka – der Name klingt gut, die Idee beflügelt. Wer Forschungsminister Riesenhuber hört, sieht die Europäer zu neuen Ufern aufbrechen ... Tatsächlich? Wer an die verbissenen Kämpfe um Zehntelprozente bei den Getreidepreisen und an ähnliche Kleinkariertheiten mehr denkt, der kann die Euphorie Riesenhubers nicht ganz teilen. Wer gibt denn die Gelder, wer verteilt die Gewinne, wer hat das Sagen? Da müßten viele in Europa über ihren Schatten springen.

Le Monde

Die Pariser Zeitung sieht zu den Grünen:

Der Aufstieg der Grünen in den Regierungsrang, der ihnen ein neues Gewicht im Land verleiht, ist geeignet, die Besorgnis jener aufleben zu lassen, die innerhalb des atlantischen Bündnisses ohne jedes Mißfallen eine Schwächung der pazifistischen Bewegung jenseits des Rheins beobachtet hatten.

Die Menge, sagt Glemp, denkt überhaupt nicht

Der Kardinal-Realpolitiker und der Priester-Märtyrer / Von Gernot Facius

Das Tagebuch Jerzy Popieluszkos, von der polnischen Menschenrechtskommission KOS veröffentlicht, ist ein erschütterndes Dokument der Verfolgung. Aber es ist mehr: Die Notizen des 1984 ermordeten Geistlichen enthüllen auch den Konflikt zwischen dem Primas Kardinal Glemp und dem Papst. Glemp hätte den beim Regime in Ungnade gefallenen jungen Priester gern in einen entlegenen Winkel Polens versetzt, wenn nicht der Papst mit einer symbolischen Geste den Primas zur Ordnung gerufen hätte: Er ließ Popieluszko einen Rosenkranz überbringen. Von da an zeigte sich auch der Primas verträglicher.

Kardinal Wyszynski, der 1981 verstorbene Primas von Polen, hatte Glemp zu seinem Nachfolger bestimmt. Glemp war, das ist kein Geheimnis, nicht der Kandidat des Papstes. Der neue Primas gab sich anfangs Mühe, den Anschein von Kontinuität zu erwecken. 1982 änderte Glemp den Kurs. Zweihundert Geistliche seiner Diözese Gnesen und Warschau hielten dem damaligen Erzbischof öffentlich vor, gegenüber der Militärregierung zu weich zu sein. Die Priester verlangten eine Diskussion über die Rolle der Kirche in der Politik. Einen so schweren Konflikt zwischen Primas und niederem Klerus hat es seit Ende des 18. Jahrhunderts nicht mehr gegeben, als ein Teil der Bischöfe der zaristischen Politik Rußlands folgte. Als Glemp dann in einer Rede vor Schauspielern zur Einstellung des Boykotts der staatseigenen Medien, vor allem des Fernsehens aufrief, hagelte es Protestbriefe aus der Geistlichkeit. Des Kardinals „Entschuldigung": Man müsse die politischen Zustände akzeptieren, wie sie sind.

Dies ist der Schlüsselsatz für Glemps Politik. Es gibt viele Vermutungen, warum sich der Primas so verhält. Eine davon ist: Er habe Berater, die für ein Arrangement mit dem Staat plädieren. Bekannt ist auch, daß ein Bruder des Kardinals eine herausragende Rolle in der von Jaruzelski gegründeten Sammlungsbewegung Pron spielt, die den Unmut im Volk kanalisieren soll. Viele Fäden zwischen Staat und Kirche laufen über Pron.

Daß Glemp seinerzeit so schnell auf Jaruzelskis Forderung einging, „politische Priester" zu maßregeln, erklärt sich aus der Primas-Politik des „Dialogs für den Frieden". Popieluszko haben Glemps Beschuldigungen „schrecklich weh getan", wie er am 18. Dezember 1983 notierte. „Den Inhalt unseres Gesprächs will ich nicht enthüllen", schrieb er weiter. Dies zeugt von brüderlicher Gesinnung.

Für Überraschungen ist der Primas von Polen freilich immer gut. Es schien wie eine erstaunliche Kehrtwendung, als Glemp dem toten Popieluszko im Herbst 1984 nachrief: „Mögest Du das letzte Opfer sein auf polnischem Boden, und niemand soll mehr mit dem Finger auf den anderen zeigen, nur weil ihm seine Meinung nicht paßt." Der Kardinal sprach vom Opfer, das der junge Priester brachte. Dessen Motto „Mit dem Guten das Böse überwinden" solle zum „Programm der moralischen Erneuerung in Polen" werden. Das heißt: Am Sarg Popieluszkos identifizierte sich der Primas mit der Zielsetzung des Märtyrer-Priesters. Er zog sogar eine Parallele zum Tod Maximilian Kolbes im deutschen KZ.

Ein Jahr später zeigt sich Glemp bemüht, den „Kult" um Popieluszko einzudämmen. Der Kardinal fand sogar einiges auszusetzen an den Wallfahrten zum Grab des Toten. Gemeindemitglieder hätten ein Recht auf ihr Gotteshaus und dürften von „Demonstranten" nicht zur Seite gedrängt werden.

Mit keinem Wort erwähnte er, in wessen Diensten die Mörder „Pater Jerzys" handelten; den größten Teil seiner Rede widmete er der Tötung menschlichen Lebens im Hinblick auf die auch in Polen lebhafte Abtreibungsdiskussion. Und bei der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der katholischen Universität Lublin war Glemp wieder der alte Realpolitiker. Man müsse die Liebe zu Polen in den Realitäten sehen, dozierte er. Beim Nachdenken über das Vaterland müsse man sich vor Stereotypen und Schlagworten hüten – „ohne Lärm und nicht in der Menge; im Lärm läßt es sich schlecht denken, die Menge denkt überhaupt nicht."

Von der „Solidarität" war bei Glemp nicht mehr die Rede, er hat sich ohnehin schon vor eineinhalb Jahren von ihr gedanklich verabschiedet. Was die Polen denken, sagte dafür der greise Prälat Teofil Bogucki, der die Pfarrei Popieluszkos verwaltet. Bogucki nannte den Mord den „Überfall einer haßerfüllten Ideologie". Popieluszko habe nicht für ein kommunistisches, sondern ein katholisches, unabhängiges Polen gekämpft.

Bogucki: „Einer der Bonzen sagte einmal, man könne Polen auf seinem sozialistischen Weg nicht aufhalten. Vorsicht, mein Herr. Während des Zweiten Weltkrieges hat auch einmal jemand behauptet, das Tausendjährige Reich lasse sich nicht aufhalten. Und dann wurde doch die satanische Macht gebrochen." Solche Äußerungen freilich sind für den Primas schon „politische Predigten". Der Konflikt zwischen Glemp und den Priestern wird weitergehen.

Wenn die Katze im Mikrowellenherd getrocknet wird

Schadenersatzklagen aus angeblich fehlerhaften Produkten nehmen in den USA immer kuriosere Formen an. Und die gerichtlich zugesprochenen Entschädigungen auch. Die immer stärker werdende Anspruchsmentalität der Amerikaner, die Praktiken der Rechtsanwälte, gestützt auf Gesetzgebung und Rechtsprechung, haben den US-Haftpflichtmarkt in ein Chaos gestürzt.

Von HARALD POSNY

Die Schadenversicherer in den USA stecken in der Krise. Die Erträge aus Kapitalanlagen decken schon längst nicht mehr die Verluste. Allein 1984 machten sie einen Verlust von vier Milliarden Dollar. Doch die Versicherungen sehen dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Sie wehren sich – auf Kosten der Kunden.

Zahlreiche Versicherer haben damit begonnen, Tausende von Versicherungsverträgen mit Herstellern von Produkten, die irgendwann einmal irgendwelche Schädigungen bei Käufern oder Dritten bewirken können, noch während deren Laufzeit zu kündigen. Natürlich wollen sie auch solche Policen loswerden, um Kapazität für prämienmäßig attraktivere Neugeschäfte zu nutzen. Ausschlaggebend dürfte jedoch nach Ansicht des Gerling-Konzerns der eingetretene oder drohende Wegfall des Rückversicherungsschutzes sein.

Die Erstversicherer wollen ihr Engagement durch versichererfeindliche Gerichtsentscheidungen bei Auslegung von Policen im Rahmen industrieller Haftpflichtrisiken so schnell und so drastisch wie möglich abbauen. Erst im September hat der US-Staat New Jersey eine Notstandsregelung eingeführt, die bislang ohne Beispiel ist. Danach wird jede Kündigung sowie jede Nichtverlängerung bestehender Verträge von bestimmten Zustimmungserfordernissen der Aufsicht abhängig gemacht. Einige Versicherer haben daraufhin angekündigt, ihre Versicherungstätigkeit im Staat New Jersey aufzugeben. Der Hintergrund für die Haltung der Aufsicht ist, daß Unternehmen, sind sie einmal gekündigt, keinen neuen Versicherungsschutz mehr erhalten und wenn doch, dann zu abgespecktem Risikoschutz und zu Prämien, die bis zu 1000 Prozent über den bislang gezahlten Beiträgen liegen.

Dabei sind es nicht einmal die großen spektakulären Fälle, die Unternehmen wie Versicherer in die Krise getrieben haben.

- Agent Orange: 1978 stellte ein ehemaliger US-Soldat, der an Leberkrebs erkrankt war, Schadenersatzansprüche gegen die US-Bundesregierung von 10 Millionen Dollar. Grund: Zwischen 1965 und 1970 waren in Vietnam 45 Millionen Liter der Herbizidmischung versprüht worden. Nach weiteren Schadenersatzforderungen von 40 Milliarden Dollar an sieben Hersteller kam schließlich ein Vergleich über 180 Millionen Dollar zustande. Der Richter empfahl den Vergleich, weil davon auszugehen sei, daß viele mögliche Kläger zwar keine Schädigung durch Agent Orange nachweisen könnten, aber dennoch kein Gericht sie ohne Entschädigung lassen werde.
- Asbestosis: Bis heute sind Forderungen von drei Milliarden US-Dollar von 50 000 Arbeitern im Zusammenhang mit der Asbestverarbeitung gestellt worden.

Neben diesen extrem teuren und tragischen Fällen gibt es aber auch eine ganze Reihe von kleinen zum Teil kuriosen Haftpflichtfällen, die vielleicht für sich allein unbedeutend, aber in ihrer publizistischen Wirkung auf den US-Verbraucher und die Schar der 550 000 zugelassenen US-Anwälte nicht ohne Wirkung bleiben. Anders als hierzulande erhalten die amerikanischen Anwälte ein Erfolgshonorar von 30 bis 50 Prozent der späteren Entschädigungssumme, die Anwälte der beklagten Unternehmen rechnen 100 bis 450 Dollar je Stunde ab.

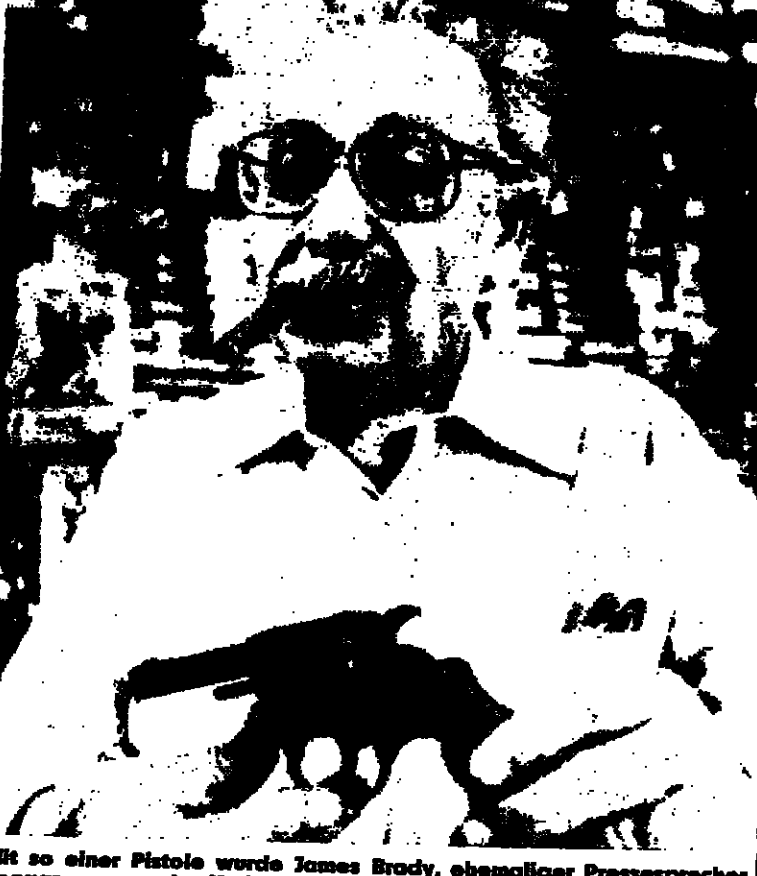
Peter Hoechst, Mitarbeiter des renommierten Versicherungsmaklerhauses Gradmann & Holler: „Für die Kläger besteht keinerlei Kostenrisiko. Auch aussichtslose Klagen haben die Chance eines guten Vergleichs." Doch der bleibt nicht verborgen. Die nächste Klage kommt bestimmt. Außerdem: Die Qualifikation von Sachverständigen, oft auch nicht unabhängig von den Kontrahenten vor Gericht, läßt gerade in schwierigen Fällen zu wünschen übrig. Und schließlich: Da in den USA nicht nach Paragraphen, sondern anhand früherer, oft auch nur ähnlich gelagerter Fälle, Recht gesprochen wird, gelten die Richtersprüche aus 50 US-Staaten. Und die sind durchaus unterschiedlich bis widersprüchlich.

Vor allem aber: Im US-Haftpflichtrecht kommt es bei einer Gefährdung nicht allein auf ein Verschulden an (schon eine Werbeanzeige kann „tödlich" wirken). Produktfehler müssen nicht Produktionsfehler sein. Auch unterlassene Instruktionen in der Gebrauchsanweisung können einen Schadenersatz begründen.

Gerichte und Gesetzgeber weigern sich auch hartnäckig, das Prinzip des Mitverschuldens anzuerkennen und anzuwenden. Dennis R. Connolly, Vice-President des US-Versicherer-Verbandes AIA: „Der teilweise mitverantwortliche Geschädigte wälzt das gesamte Risiko auf den Hersteller des Produkts bzw. auf die Vesicherung ab." Fast wäre sogar ein Bundesgesetz Realität geworden, wonach bei giftigen Chemikalien nicht nur die theoretische Schädigungsmöglichkeit, „sondern auch die Furcht davor oder andere Verletzungen, die in Zusammenhang mit der betreffenden Substanz stehen", Ansprüche begründen.

Schlüsselwort für Haftpflichtprozesse in den USA ist jedes Abweichen von der Normalität, was sich als „unreasonably dangerous" (unzweifelhaft gefährlich) versteht.

So sieht sich der deutsche Hersteller der Pistole, mit der der Reagan-Attentäter John Hinckley den Pressechef des Präsidenten James Brady schwerverletzte – er ist seitdem querschnittgelähmt – einer 100 Millionen Dollar-Klage gegenüber, weil das Attentat wegen der Möglichkeit der Menschentötung mit einer Pistole verhersehbar gewesen sei. Dabei wird der Hinweis von den Brady-Anwälten verschwiegen, daß im District of Columbia ein Waffenverbot besteht. Hinckley hatte die Waffe jedoch in Dallas/Texas gekauft, wo es erlaubt ist.



Mit so einer Pistole wurde James Brady, ehemaliger Pressesprecher Reagans, verwundet. Verklagt wurde der Pistolenhersteller FOTO: AP



Weil die Gebrauchsanweisung verschwieg, daß eine Katze nicht im Mikrowellenherd getrocknet werden darf, wurde die Firma verklagt FOTO: HANS HÖFT

Verbraucherschützer, Anwälte und Gerichte haben sich in jüngster Zeit auf angebliche Instruktionsfehler in Gebrauchsanweisungen „eingeschossen".

- Die Schadenersatzklage einer Frau, die ihre frisch gebadete Katze im Mikrowellenherd trocknen wollte, was das Tier nicht überlebte;
- die Klage eines Arbeiters, der eine Metalleiter gegen ein Starkstromkabel gelehnt hatte und dabei schwer verletzt wurde;
- die Klage eines jungen Mannes, dem nach einem selbstgewollten Klebststoffrausch schlecht geworden war;
- die Klage eines Einbrechers, dem auf der Flucht die Pistole aus der Hand aufs Straßenpflaster fiel und ein sich dabei lösender Schuß ihn ins Bein traf, wurden rechtskräftig anerkannt, weil nicht ausreichend darauf hingewiesen worden war, daß eine Katze nicht in den Mikrowellenherd gehört, eine Metalleiter auch Strom leitet, die Gefahr des „Snuffens" nicht ausdrücklich beim Klebstoff vermerkt war und der Hinweis bei der Pistolen-Gebrauchsanweisung fehlte, daß sich auch ein Schuß lösen kann, wenn nicht der Abzug betätigt wird.

Auch die Klage eines übergewichtigen Hobbygärtners, der beim Versuch, einen Rasenmäher anzuwerfen, einen Herzinfarkt erlitt, weil der Kraftaufwand zur Betätigung des Starterseils für ihn zu hoch war, hatte Erfolg. Was nützte der ironische Anwaltskommentar des Herstellers: „Wäre der Seilzug leichter gewesen, hätte man dem Hersteller Leichtfertigkeit vorgeworfen, wenn ein Kind imstande gewesen wäre, den Rasenmäher zu starten." Der Hobbygärtner erhielt 1,75 Millionen Dollar Schadenersatz.

Und auch das gilt: Selbst daß ein Geschädigter Analphabet ist, schützt weder Hersteller noch Versicherung. Ein US-Gericht: „Die Schädigung hat rein objektiv nichts mit der Person zu tun." Kein Wunder, daß sich unter den US-Versicherern und nicht nur dort Frust breitmacht. Versicherer sprechen von der planmäßigen Ausplünderung durch die Gerichte (meist ohne Berufungsinstanz), und das böse Wort von der „deep pocket" der vermeintlich unbeschränkt zahlungsfähigen Versicherungen geht um.

Wer etwas werden will, muß nicht mehr nach Paris

Zumindest ein bleibendes Denkmal kann sich die Regierung Mitterrand an ihre Jakobinermütze heften: Das Fundament der Dezentralisierung, an der schon so viele scheiterten, ist gelegt.

Von A. GRAF KAGENECK

Das ‚Nein' trägt den Sieg davon!" Diese kurze Nachricht im Rundfunk, am 27. April 1969 um 20.01 Uhr in den Äther gestoßen, war eine Sensation. Sie zeigte Frankreich und der Welt das Ende der Ära de Gaulle an. Der General hatte, seine schwindende Faszination über die Franzosen fühlend, eine Volksbefragung über ein relativ zweitrangiges Problem, die Unterteilung Frankreichs in 22 Regionen und die Umwandlung des Senats in eine politisch-ökonomisch beratende Körperschaft, angesetzt und seinen Verbleib an der Macht mit deren Ausgang verbunden.

Für die Franzosen war es eine willkommene Gelegenheit, sich eines Mannes zu entledigen, dessen eigenwillige Politik und herrischer Stil der Machtausübung ihnen unerträglich geworden war. De Gaulle verließ das Elysée noch in der Nacht, ehe die Bekanntgabe der Ergebnisse folgte. 19 Monate später starb er einsam auf seinem Landsitz in Colombey-les-deux-Eglises.

Aber er war der Mann, der Frankreich zum Schluß seiner Regierungszeit auf einen Weg stoßen wollte, den zu beschreiten es nicht die geringste Lust hatte: Den Weg zu einer Revision seiner 800 Jahre alten Geschichte, einer Geschichte der systematisch zäh verfolgten, mit viel Blut bezahlten Zentralisierung des Landes um die Hauptstadt Paris herum.

Bis heute weiß man nicht, was den General dazu trieb, ihn, den Patrioten und typischen Vertreter einer starken Zentralgewalt. Hatte er erkannt, daß Paris mit seinem Parteienklüngel, seinen Interessengruppen, seinen aufrührerischen Studenten und seinen immer mächtiger werdenden Technokratenapparat nicht mehr das wahre, das tiefe, das gesunde Frankreich verkörperte? Und daß man folglich das Gewicht der Provinz, ja der Provinzen wieder stärken müsse, welche vierzig Könige nach und nach entmachtet und gleichgeschaltet hatten? Der General hatte ein feines Gespür für die Notwendigkeiten Frankreichs, und er sah weit voraus in die Zukunft. Aber er täuschte sich oft über die Bereitschaft der Franzosen, ihm auf seinen strapaziösen Wegen zu folgen.

Paris, eine Gefahr für das Land

De Gaulle glaubte, daß Frankreich reif sei für eine Dezentralisierung, für eine Umverteilung der Gewichte zwischen dem Wasserkopf Paris und den austrocknenden Gliedern des Volks- und Wirtschaftskörpers in der Provinz. Er sah, daß der industrielle Ballungsraum Paris eine Gefahr für das soziale Gleichgewicht Frankreichs sein würde. Daß Paris die besten Elemente des Landes an sich zog, daß große Provinzmetropolen wie Marseille, Lyon oder Bordeaux ihrer Jugend keine Arbeitsplätze mehr bieten konnten, daß immer mehr Provinzbetriebe ihren Sitz nach Paris verlegten.

De Gaulle wollte, daß der Senat, zweite Kammer des Parlamentes, zu einem Resonanzboden für die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Provinz werden sollte, aus dem immer wieder neue Anstöße kommen sollten. Seine Gedanken waren ähnlich wie seine Pläne für eine Arbeitermitbestimmung der Zeit voraus. Aber sie wurden von den Franzosen verworfen.

Dennoch nahmen die Nachfolger des Generals sie auf, präsentierten sie neu, formulierten sie vorsichtiger und hüteten sich, vor allem ihre politische Karriere von ihnen abhängig zu machen. Denn es gab achtunggebietende Gegenkräfte gegen die Zentralisierung. Die Industriellen etwa und die großen Finanziers, die Universität, der Beamtenapparat, es gab entschlossene Verfechter des starken Zentralstaates, die sogenannten „Jakobiner", vor allem in der Gaullistischen Partei, die nach dem Abgang des Generals von „Baronen" geführt wurde wie Michel Debré oder Maurice Couve de Murville.

Frankreich dezentralisieren, den alten Provinzen wieder die alte Macht zurückzugeben, hieße, es der Gefahr der Desintegrierung auszusetzen, sagten sie. Die Randprovinzen vor allem würden den Sirenenrufen stärkerer Nachbarn in Europa folgen und sich unter dem Deckmantel eines europäischen Zusammenschlusses aus dem Staatsverband davonschleichen. Solche und ähnliche Argumente gegen den letzten Willen des Generals waren aus gaullistischem Munde in den siebziger Jahren oft zu hören.

Es war der Liberale Giscard d'Estaing, der Ernst mit gewissen Reformen machte. Aber er tat es – nach seiner Art – eher theatralisch und wurde von den Franzosen belächelt. So veranstaltete er den wöchentlichen Ministerrat in Provinzstädten, was jedesmal zeitraubende Reisen des gesamten Kabinetts in irgendeine Ecke Frankreich kostete.

Immerhin autorisierte er seinen Innenminister Poniatowski, den Gemeinden und Departements ein wenig mehr Mitbestimmung bei ihren Angelegenheiten einzuräumen und einen Teil ihrer finanziellen Lasten dem Staat auf die Schultern zu häufen. Gleichzeitig förderte er die Verlagerung von Industrieanlagen in die Provinz. So sagte er im November 1975 vor Vertretern der Regionen in Dijon: „Die Zeit der industriellen und urbanen Konzentrierung, die vor einigen Jahren noch die Zukunft der Industriestaaten zu sein schien, ist vorbei. Wir müssen alles tun, um eine bessere Verteilung der wirtschaftlichen Gewalten über das ganze Land zu erreichen. Hierfür wird der Staat die Einpflanzung solcher Aktivitäten in mittleren und kleinen Städten begünstigen."

Aber die Industrie folgte nur zögernd. Der Verwaltungsapparat war zu schwerfällig, die liebgewordene Gewohnheit, am Ort der besten Verkehrsverbindungen, nämlich im Pariser Raum zu produzieren, zu hartnäckig. Es bedurfte eines energischen Anstoßes durch den Staat. Und den lieferten erst sechs Jahre später die Sozialisten, als sie mit François Mitterrand die Macht eroberten.

Es ist unbestreitbar ihr Verdienst, ihre Wahlprogrammvorschläge im „Sozialistischen Manifest" vom Januar 1981 mit einer Reihe von Gesetzen verwirklicht zu haben. Damals schrieben sie: „Der Staat der Instrumenten beherrschenden Klasse ist in Frankreich das Produkt einer schon in der Monarchie begonnenen und bis heute fortgesetzten zentralistischen Tradition. Diente dies bisher der nationalen Einheit, so schadet es ihr heute. Die Franzosen brauchen nicht mehr zu fürchten, ihre Nation könne unter dem Druck der zentrifugalen Kräfte auseinanderbrechen. Sie müssen sich im Gegenteil gegen einen Staat zur Wehr setzen, der sie allgegenwärtig und starr mit seinen Erlassen verfolgt."

Die Präfekten wurden entmachtet

Das waren neue Töne, die bei einem Volk ankamen, dem die ständige staatliche Gängelei in seinen unternehmerischen und kommunalen Initiativen, repräsentiert durch den allmächtigen Präfekten des Innenministers in den Departements, unerträglich geworden war.

Sozialisten und Kommunisten, gestützt auf ihre absolute Mehrheit in der Kammer, setzten die Dezentralisierung nun Zug um Zug durch. Entmachtung der Präfekten, seither nur noch „Kommissare der Republik" genannt und nur noch mit Polizeiaufgaben betraut. Direkte und geheime Wahlen zu den Parlamenten in den Departements und Regionen (letztere 21 an der Zahl decken sich oft mit den „Provinzen" aus der Zeit der Monarchie Aquitanien, Burgund, Provence, Artois und so weiter). Parlamente, die nun selbstherrlich über ihre finanziellen Ressourcen und deren Anwendung entscheiden und den „Kommissar" nur noch darüber unterrichten brauchen. Dezentralisierung der kulturellen Einrichtungen, Bau von Opern und Theatern, Kulturhäusern und Filmfestivals in vielen größeren Provinzstädten, Verlegung der großen verstaatlichten Industriekonzerne in die Provinz, neue Verantwortungen der Lokalparlamente und Gemeinderäte im Bildungs- und Unterrichtswesen, Gleichsetzung der Hochschulen im Lande mit der Alma mater von Paris. Ein Sturm fegte über das Land und rüttelte an uralten Strukturen. Das war 1982. Und heute, drei Jahre später?

Die Dezentralisierung hat Wurzeln geschlagen. Die Franzosen haben sich daran gewöhnt, in vielen Dingen ihres Alltags nicht mehr von Paris, sondern von ihren Ratsherren in den Departements und Rathäusern regiert zu werden. Sie sind stolz auf eine Art neuer Urständigkeit, als Burgunder, Elsässer oder Bretonen, selbst wenn dieser Lokalpatriotismus nur sehr langsam in den Köpfen die Oberhand gewinnt.

Niemals wird allerdings Frankreich eine deutsche Bundesrepublik oder ein britisches Vereinigtes Königreich werden. Dazu sind seine zentralistischen Strukturen zu fest im Fundament des Staates verankert und in Jahrhunderten zu Beton geworden. Aber wer heute etwas werden will in Frankreich, in der Wirtschaft, im universitären und kulturellen Bereich, ja selbst in der Politik, der braucht nicht mehr, wie man früher sagte, „monter à Paris", nach Paris zu ziehen, wie man jahrhundertelang sagte.



Helmut Klosterfelde starb im Alter von 86 Jahren FOTO: DIE WELT

Eine Generation profitierte von seinen Ideen

DW. Berlin

Helmut Klosterfelde, bis 1966 Leiter der Fachdirektion Anzeigen im Verlagshaus Axel Springer, ist am Montag im Alter von 86 Jahren gestorben. Klosterfelde begann seine *Laufbahn 1921* im Berliner Scherl-Verlag, wechselte aber bald zum „Hamburger Fremdenblatt", wo er 1938 die Anzeigenleitung übernahm. 1948 übertrug ihm Axel Springer den Aufbau und die Leitung des Anzeigengeschäfts beim neuen nach modernsten Gesichtspunkten gestalteten „Hamburger Abendblatt". An der Anzeigenentwicklung aller dann entstehenden Zeitschriften und Zeitungen des Verlages von „Hörzu" bis „Bild" war Klosterfelde maßgeblich beteiligt.

Daneben nahm Klosterfelde Einfluß auf die grundsätzliche Ordnung des deutschen Anzeigenwesens, unter *anderem* bei der Schaffung der Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) und des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW). Sein besonders Augenmerk galt der Entwicklung der Markt- und Leserforschung.

Klosterfeldes Erfahrungen kam einer ganzen Generation von Anzeigenfachleuten zugute. Nicht nur als Dozent der Hamburger Werbefachschule, sondern auch als Verfasser des Standardwerkes „Anzeigen-Praxis" hat der ideenreiche Fachmann zum anerkannt hohen Niveau dieses Berufszweiges beigetragen.

Motiv des Libyers gerät ins Wanken

dpa, Bonn

Das angebliche Motiv des Libyers Fatahi M. el Tarhoni (29), er habe aus Blutrache und nicht aus politischen Gründen seinen Landsmann Gebril Denali *in Bonn erschossen*, geriet am zweiten Verhandlungstag vor dem Bonner Schwurgericht ins Wanken. Bis zum Beginn der Hauptverhandlung hatte er ausgesagt, sein Opfer auf Weisung getötet zu haben, weil Denali ein Gegner des libyschen Revolutionsführers Kadhafi gewesen sei. Die Lebensgefährtin des Getöteten sagte gestern aus, daß Denali ständig Angst vor Attentaten gehabt habe und von Landsleuten wiederholt massiv bedroht worden sei.

Flick-Affäre: CDU will keinen U-Ausschuß

Worms hält Rechtsausschuß für den geeigneten Ort

WILM HERLYN, Düsseldorf

Nach langem Zögern hat sich gestern die nordrhein-westfälische CDU-Fraktion entschlossen, keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Sachen Parteispendenaffäre und Weisung des Justizministers an die Generalstaatsanwaltschaft anzustrengen. *Dagegen beharrt die* ebenfalls oppositionelle FDP auf der Einsetzung dieses Gremiums. Sie will insbesondere geklärt wissen, ob der NRW-Justizminister massiv in das Verfahren gegen die ehemaligen Bundesminister Hans Friderichs, Otto Graf Lambsdorff und den Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch eingegriffen habe. Für ihr Begehren benötigt sie 20 Prozent der Abgeordneten, verfügt aber selbst nur über sechs Prozent.

CDU-Fraktionschef Bernhard *Worms versicherte gestern in Düsseldorf*, diese Entscheidung sei einmütig gefallen. Später war zu erfahren, daß über die Entscheidung nicht abgestimmt wurde. So bleiben der Rechtsexperte der Union, Hans-Ulrich Klose und andere der Auffassung, nur ein parlamentarischer Ausschuß könne die Vorgänge aufdecken. Auch der neue Vorsitzende der rheinischen CDU, Dieter Pützhofen, neigt zu dieser Ansicht.

Worms erläuterte, in der Sitzung des Rechtsausschusses habe sich „bestätigt, daß das Justizministerium der Staatsanwaltschaft Weisung erteilt hat, zunächst in der vorgesehenen Presseerklärung enthaltene Hinweise auf die Unschuldsvermutung herauszunehmen". Worms fuhr fort: „Es hat sich – und zwar erstmalig nachweisbar – ergeben, daß der Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium im Zusammenhang mit der Erstellung der Anklageschrift auch *Frage des materiellen Strafrechts* ausgiebig erörtert hat. Es hat sich weiterhin ergeben, daß der kurzfristigen Änderung der Anklage eine Erörterung des materiellen Strafrechts zwischen Ministerium und Generalstaatsanwaltschaft vorausgegangen ist."

Für seine Fraktion bleibe ein „übler Nachgeschmack". Es bleibe der Eindruck eines „möglichen politischen Machtmißbrauchs".

Die vorliegenden Erkenntisse machten deutlich, daß Art und Umfang der Berichtspflicht der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Justizministerium – „deren Notwendigkeit wir im Grundsatz bejahen" – im einzelnen einer kritischen Überprüfung bedürften. Die jetzige Rechtslage sei offensichtlich nicht geeignet, in jedem Fall einen Mißbrauch, insbesondere der Vorausberichterstattung, zu verhindern.

Die Fraktion sei aber der Ansicht, daß der geeignete Ort für die Erörterung dieser Problematik der Rechtsausschuß des Landtages sei. Er müsse außerdem befürchten, daß ein Untersuchungsausschuß als Eingriff in *das schwebende Verfahren in Bonn* gedeutet werden könnte.

Gegenüber der WELT betonte der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek: „In dem Verfahren gegen Friderichs und andere hat es keine auf die Sachentscheidung bezogene Weisung des Justizministers oder des Ministeriums und keine solche Weisungen der Generalstaatsanwaltschaft in Köln gegeben.

In diesem Verfahren ist dem Gesetz entsprechend Bericht erstattet worden, und daraufhin ist die gesetzlich vorgeschriebene Fachaufsicht ausgeübt worden." Er sagte weiter: „Die sachaufsichtliche Prüfung führte zu dem Ergebnis, daß der durch *Generalstaatsanwaltschaft und* Staatsanwaltschaft übereinstimmend beabsichtigten Sachbehandlung von Seiten des Justizministers nicht entgegenzutreten war."

In diesem Zusammenhang führte er an, daß im Nürnberger KOMM-*Verfahren auch das* Bayerische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft der Berichtspflicht entsprechend gehandelt hätten, wie auch neuerdings die Behandlung der Wein-Affäre in Rheinland-Pfalz durch die beteiligten staatlichen Organe korrekt abgehandelt wurde.

Juristisches Tauziehen um WAA

Von PETER SCHMALZ

Schon vor dem ersten Spatenstich *erweist sich die geplante* Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf als ein pralles Beschäftigungsprogramm für Bayerns höchste Richter. In der übernächsten Woche wird der Verwaltungsgerichtshof aus München in die kalte Oberpfalz reisen und sich einen *Augenschein* vom Baugelände verschaffen, ehe er am 27. November mündlich darüber verhandelt, ob die sofortige Vollziehbarkeit der ersten atomaren Teilerrichtungsgenehmigung Rechtens ist.

Die Kollegen vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof beugten sich bereits gestern über die WAA-Akten: Sie berieten über eine Organklage der *SPD-Landtagsfraktion, mit deren* Hilfe die Sozialdemokraten doch noch zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß kommen wollen, den die CSU-Mehrheit wegen grundsätzlicher Bedenken abgelehnt hatte.

Durch 17 Fragen sollten nach dem Wunsch der SPD die Auswirkungen der Standortentscheidung auf die Landesplanung, den Arbeitsmarkt und die regionale Wirtschaftsstruktur sowie den Einfluß der Anlage auf die Energieversorgung Bayerns, insbesondere unter den Gesichtspunkten der sparsamen und rationellen Energieverwendung und der Preisgünstigkeit, untersucht werden.

Fragen beantwortet

Ein öffentliches Interesse, so reklamierte die SPD-Fraktion, sei schon dadurch gegeben, daß es sich hierbei um das größte Industrieprojekt Europas handle. Plutonium könne tausend Generationen gefährden, falls es technisch nicht in den Griff zu bekommen ist, führte der SPD-Abgeordnete Klaus Warnecke gestern vor den Verfassungsrichtern aus.

Ihm konterte sein CSU-Kollege Hermann Leeb, die von der Opposition gewünschten Informationen könnten auch durch „schonendere Mittel" wie Parlamentsanfragen zu bekommen sein. Sollte der Untersuchungsausschuß aber als Informationsenquete zu verstehen sein, dann könne er, Leeb, keinen Bedarf erkennen, da die SPD das Projekt ohnehin grundsätzlich ablehnt. Für eine Skandal-Enquete aber fehle der Anfangsverdacht.

In der Tat sind die meisten der 17 Fragen in dieser oder jener Form *längst beantwortet* oder den Abgeordneten steht Informationsmaterial zur Verfügung, in dem eine Antwort zu finden ist. So hatte das bayerische Umweltministerium schon vor Jahren ausführlich über die geologischen, metereologischen und wasserwirtschaftlichen Daten berichtet, die zu einer umfangreichen Standortraumstudie geführt haben. Dennoch will dies *die SPD untersucht* wissen. Auch bei einer weiteren Frage nach den Entscheidungskriterien, die die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung bewogen haben, dem Standort Wackersdorf den Vorzug zu

Landesbericht Bayern

geben, ist es längst kein Geheimnis mehr, daß neben den natürlichen Gegebenheiten auch die in Bayern augenfällige politische Stabilität und Berechenbarkeit von Gewicht waren.

Als gefährlichster Stolperstein könnte sich für die Antragsteller vor dem Verfassungsgerichtshof aber ein Nebensatz in der Präambel des von ihnen geforderten Untersuchungsauftrags erweisen. Denn dort heißt es, „eine Untersuchung von Planung und Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage" liege im öffentlichen Interesse. Doch über die Errichtung künftiger Bauten kann ein Untersuchungsausschuß nicht beraten, sein Aktionsfeld ist allein auf abgeschlossene Vorgänge beschränkt.

Mit einem Gerichtsbeschluß, der in keiner Weise das weitere Schicksal des Sechs-Milliarden-Projekts beeinflussen wird, ist erst am 27. November zu rechnen. Inzwischen kommen die Arbeiten der Verwaltung vor Ort voran. Nach der Weigerung des stellvertretenden Landrats, des Atomgegners und SPD-Landtagsabgeordneten Dietmar Zierer, die Baugenehmigung zu unterschreiben (WELT vom 26. 10.) und der Anweisung des bayerischen Innenministers an die Bezirksregierung, vom sogenannten Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen, wird mit der Unterschrift in der kommenden Woche gerechnet. Eine „*große Prüfung*" der *Akten werde* nicht nötig sein, meinte ein Sprecher der Bezirksregierung in Regensburg, da der Sachverhalt geklärt sei und der Antrag seit Anfang Oktober unterschriftsreif vorliege.

Dennoch wird die DWK nicht unmittelbar mit den Rodungs- und Aushubarbeiten beginnen, obwohl Innenminister Karl Hillermeier die Anwendung des *Selbsteintrittsrechts* des Staates mit der besonderen Eilbedürftigkeit begründete: Aus Naturschutzgründen dürften verschiedene Arbeiten nur zu bestimmten Zeiten im Jahr durchgeführt werden, der Baubeginn könne deshalb nicht länger aufgeschoben *werden, wolle man* nicht ein ganzes Jahr versäumen.

Die DWK möchte sich vorerst aber an eine Bitte des Landesanwalts halten, „bis auf weiteres" nicht zu beginnen und damit vermeiden, vor dem ersten Gerichtsentscheid irreparable *Fakten zu schaffen*. „Wir *sind in* einem Schwebezustand", umschrieb der Wackersdorfer DWK-Repräsentant Klaus Sagemühl gestern gegenüber der WELT die Situation.

Aufschub durch Frost

Wenn aber die Baugenehmigung vorliegt, werde man nochmals mit dem Landesanwalt sprechen, denn manche Arbeiten, die *nicht* vor der Frostperiode erledigt sind, könnten erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres durchgeführt werden. Dies würde eine Verzögerung bringen, den Bau aber nicht, wie Hillermeier befürchtete, insgesamt um ein *Jahr zurückhalten*.

An einem raschen Baubeginn ist inzwischen auch die regionale Wirtschaft stark interessiert. Bislang vergab die DWK in Bayern Aufträge für 30 Millionen Mark, zwei Drittel davon an Firmen in der strukturschwachen Oberpfalz. Mit einer weiteren Vertragsvergabe wird am Montag bei der DWK-Vorstandssitzung in Wackersdorf gerechnet.

Saar-CDU hält sich „alle Optionen offen"

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische CDU will sich in der Wahl eines Nachfolgers für den am vergangenen Sonntag verstorbenen 57jährigen Landesvorsitzenden Werner Scherer „alle Optionen offenhalten". In den nächsten Wochen findet ein Willensbildungsprozeß zwischen Landes-Partei- und Fraktionsführung statt, in den auch die Bonner CDU-Spitze einbezogen werden wird.

Für die saarländische CDU-Führung drängt sich bislang noch keine Lösung auf. Mit Blick auf die *Not*wendigkeit, bei der Landtagswahl 1990 Ministerpräsident Oskar Lafontaine einen attraktiven CDU-Widerpart gegenüberstellen zu müssen, ist davon auszugehen, daß die Parteiführung auf andere Bundesländer oder gar die Bundespartei als Rekrutierungsreservoir schielt. Ob es jedoch gelingen wird, einen Landesvorsitzenden und/oder *möglichen* Spitzenkadidaten von außen in das flächenmäßig kleinste Bundesland zu ziehen, ist nicht zuletzt im Hinblick auf den thematischen Aufbruch, den die Partei in den kommenden Jahren erst noch bewältigen muß, und das politische *Gewicht Lafontaines* im Saarland zweifelhaft.

Neben Scherer galt als einer der Anwärter auf den Part des Spitzenkandidaten auch der jetzige rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer, früher einmal in der Saarbrücker *Staatskanzlei die* „rechte Hand" Franz Josef Röders und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Saarbrücken-Stadt. Töpfer ist jedoch durch die Diskussion um Verantwortlichkeiten im Weinskandal politisch vorbelastet.

Aus dem früheren Kabinett des am 10. März abgelösten Ministerpräsidenten Werner Zeyer hat noch nie*mand den Anspruch* auf die Scherer-Nachfolge oder die Spitzenkandidatur angemeldet. Auch die Fraktionsführung hält sich bedeckt. Fraktionschef Günther Schwarz hat bereits signalisiert, daß er gegenwärtig „keine Ambitionen" hat – weder auf den *Landesvorsitz noch auf* die Spitzenkandidatur.

Die Parteispitze der Saar-CDU will zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausschließen, daß einer der im Saarland gewichtigen christdemokratischen Kreisvorsitzenden die Verantwortung übernehmen wird. Bei einem entsprechenden Auswahlverfahren würde allerdings nicht die einfache Hausmacht, die sich aus der Addition der Zahl der Delegiertenstimmen ergäbe, ankommen, verlautet aus der Parteispitze. So einfach kann es sich die größte Oppositionspartei im Saarland nicht machen.

Ersten Aufschluß über die Vorstellungen in der Partei *wird* eine Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstands am kommenden Montag geben. Unmittelbar danach wird die Fraktionsführung die Nachfolgefrage diskutieren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

EKD-Synode in Trier: Protestanten und die Demokratie

HENK OHNESORGE, Bonn

Die *Wahlen zum Rat der* Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Wahl des Ratsvorsitzenden stehen im Mittelpunkt der Tagung der 7. Synode der EKD vom 3. bis 8. November in Trier. Mit ihren 120 Mitgliedern aus allen 17 Landeskirchen des westlichen Teils Deutschlands ist die Synode das höchste gesetzgebende Organ der EKD. Der Rat ist ihr Leitungsgremium, der Ratsvorsitzende ihr oberster Repräsentant.

Schwerpunktthema dieser Tagung ist „Evangelische Christen in unserer *Demokratie" mit einleitenden Referaten* von Professor Roman Herzog, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, und von Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon, einem der drei Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Der langjährige Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und CDU-Politiker Roman Herzog und Helmut Simon, Kritiker des demokratischen Repräsentationsprinzips in jedem Fall, sind die Vertreter extrem entgegengesetzter Positionen.

Diskussionsgrundlage ist die jüngste EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie". In ihr wird die demokratische Staatsform grundsätzlich bejaht, gleichzeitig aber die Frage gestellt, *wieweit Mehrheiten berechtigt sind*, auch noch künftige Generationen betreffende weitreichende Entscheidungen zu treffen. Die jüngsten Auseinandersetzungen in der nordelbischen Kirche, wo eine Sondersynode sich mit dem Verhältnis von Kirche und Politik auseinandersetzen mußte, haben gezeigt, daß diese Problematik aktuell ist und der Auseinandersetzung und gemeinsamen Willensbildung innerhalb des höchsten Leitungsgremiums des westdeutschen Protestantismus bedarf.

Auf der Tagesordnung stehen weiterhin Berichte der einzelnen Werke (Diakonisches Werk, Evangelisches Missionswerk, Gemeinschaftswerk der Evangelischen Presse), Haushaltsberatungen und Stellungnahmen zu den für die Ökumene entscheidend wichtigen Konvergenzerklärungen für Taufe, Eucharistie und Amt (Lima-Papier).

Im Mai hatte sich die 7. Synode auf einer Sitzung in West-Berlin konstituiert und für den nach zwölf Jahren nicht mehr kandidierenden Präses *Cornelius von Heyl, der zum* Zeitpunkt seiner Wahl der CDU angehört hatte, den SPD-Politiker Jürgen Schmude gewählt. Gleichzeitig wurden die Ausschüsse für die sechs Jahre der Wahlperiode der neuen Synode gewählt. Mit der Wahl von Ratsvorsitzenden und Rat *jetzt* in Trier wird die Neubildung der Spitze der EKD abgeschlossen.

Nach zwölf Jahren im Rat der EKD und sechs Jahren als dessen Vorsitzender hat der hannoversche Landesbischof und Neutestamentler Eduard *Lohse (61) erklärt, daß er für eine* erneute Wahl nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Als sein möglicher Nachfolger wird der Bischof von Kurhessen-Waldeck, Hans-Gernot Jung (55), genannt, der seit 1978 die hessische Unionskirche mit rund einer Million Mitgliedern leitet. Als sicher kann dies jedoch – wie frühere Wahlen von EKD-Ratsvorsitzenden zeigen – nicht gelten.

Immer noch gibt es bedeutende Gruppen, die einer Wahl entweder des Bischofs von Berlin-Brandenburg, *Martin Kruse, oder des württembergischen* Landesbischofs Hans von Keler das Wort reden. Kruse hat bisher, auch mit Hinweis auf die besonders schwierige Lage der Kirche in Berlin und auf seine Tätigkeit im Zentralausschuß des Weltkirchenrats, abgelehnt. Würde sich jedoch die Kirche von Berlin-Brandenburg dazu entschließen, zur Entlastung des Bischofs einen Stellvertreter zu benennen – was früher der Fall war, wo Bischöfe der ehemaligen Reichshauptstadt Ratsvorsitzende der EKD waren – so wären diese Argumente nur noch bedingt stichhaltig.

Für Kruse würde neben seinem hohen Bekanntheitsgrad und seiner großen Integrationsfähigkeit auch sprechen, daß er einer Unionskirche (Gemeinschaftskirche von Lutheranern und Reformierten) entstammt, aber lutherisch geprägt ist. In der ungewöhnlich komplizierten Arithmetik der EKD, einer Föderation von 17 lutherischen, reformierten und unierten Kirchen, sollte der neue Ratsvorsitzende nicht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), einer Vereinigung der fünf lutherischen Landeskirchen von Bayern, Braunschweig, Hannover, Nordelbien und Schaumburg-Lippe, angehören.

Dies würde auch für den württembergischen Landesbischof Hans von Keler zutreffen, weil die lutherische Landeskirche von Württemberg nicht Mitglied der VELKD ist. Von Keler, erster Nicht-Württemberger an der Spitze der schwäbischen Landeskirche, hat sich in den wenigen Jahren seiner Tätigkeit durch seine *moderate* Haltung, verbunden mit festen aber modernen konservativen Grundsätzen, innerhalb des deutschen Protestantismus einen angesehenen Namen gemacht.

„Ein richtiger Schritt, nach Berlin zu gehen“

Kohl bei der Eröffnung der Tagung des Leo-Baeck-Instituts

PETER DITTMAR, Berlin

Als „Bewährung im Untergang“ bezeichnete der Philosoph Ernst Simon die Haltung der Juden zwischen 1933 und 1939. Mit dieser Zeit der Bewährung und des Untergangs beschäftigt sich die internationale Historikertagung „Selbstbehauptung in der Not – die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933 bis 1939“, zu der das in New York, Jerusalem und London beheimatete Leo-Baeck-Institut nach Berlin eingeladen hat. Obwohl sich dieses wissenschaftliche Institut, das vor dreißig Jahren gegründet wurde, auf die Erforschung der Geschichte der deutschsprachigen Juden seit der Emanzipation konzentriert, ist dieses die erste Tagung in Deutschland. Die Gründe dafür liegen auf der Hand, wie auch nicht zu verkennen ist, welche Bedeutung dem Tagungsort Berlin zukommt.

Bundeskanzler Kohl, der zur Eröffnung am Montagabend eigens nach Berlin gekommen war, ging in seiner Ansprache auf diesen Punkt ein: „Gewiß hat es mancher von Ihnen als mutigen Schritt empfunden, nach Berlin zu gehen – dorthin also, wo zwölf Jahre lang die schlimmsten Befehle gegeben wurden, die die Juden jemals trafen. Aber dennoch, sage ich, bin ich sicher, daß dieser Schritt des Leo-Baeck-Instituts wohl bedacht war und daß er richtig ist.“ Der Bundeskanzler nahm in seiner Rede den Heuss'schen Begriff von der Kollektivscham auf. Er erwähnte zwar die Gerechten, die „unter Gefährdung ihres Lebens und der Sicherheit ihrer Familien“ jüdischen Mitbürgern geholfen haben, verwies aber auch auf die „zahllosen Mitläufer“, auf deren „Mangel an Zivilcourage“ sich das Regime verlassen konnte, obwohl sie in aller Regel keine Nationalsozialisten waren.

Zugleich benutzte Helmut Kohl die Gelegenheit, um „unsere Solidarität mit Israel“ hervorzuheben, die „auch durch Meinungsverschiedenheiten im politischen Alltag nicht in Frage gestellt“ wird: „Solche Meinungsverschiedenheiten können Einzelheiten betreffen, die Solidarität ist jedoch das Grundsätzliche.“ Er schloß mit dem Dank an die Juden, die nach Deutschland zurückkehrten und einen freiheitlich demokratischen Staat aufbauen halfen, wie an die Forscher, die „einen unverzichtbaren Beitrag dazu leisten, daß jüdische wie nichtjüdische Deutsche die Vergangenheit als unsere gemeinsame Geschichte begreifen.

Wie wenig die Jahre des Nationalsozialismus jedoch schon abgeklärte Geschichte sein können, klang bei den ersten Diskussionsbeiträgen an. Generell besteht ja die Gefahr, das deutsch-jüdische Verhältnis in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus der Vorkriegszeit nur aus dem Blickwinkel und mit dem Wissen von 1945 zu sehen. Wie wenig das den Tatsachen gerecht wird, erläuterte am Eröffnungsabend Professor Peter Gay von der Yale-Universität in seiner öffentlichen Vorlesung über die Juden der Weimarer Zeit. Er nannte sie „In Deutschland zu Hause ...“, bewußt ohne Fragezeichen, denn er konnte belegen, daß sich den Juden – ungeachtet eines latenten Antisemitismus – damals Chancen eröffneten, die die politischen und gesellschaftlichen Träume früherer Zeiten zur Realität werden ließen.

Diese Entwicklung schien mit der Möglichkeit einer totalen Assimilation verbunden zu sein, die zugleich die Gefahr des Verlustes der jüdischen Identität in sich barg – die nicht als Verlust empfunden wurde. Gay zitierte den Erinnerungssatz eines assimilierten Juden: „Der Unterschied zwischen mir und den Christen ist: sie gehen nicht in die Kirche, und ich gehe nicht in die Synagoge.“ Aus dieser Ablösung von der Tradition und den traditionellen Bindungen ergaben sich erhebliche Spannungen innerhalb des Judentums.

Deshalb dürfen die deutsch-jüdische Geschichte und ihre wissenschaftliche Aufarbeitung nicht als Selbstzweck verstanden werden. Max Gruenewald, der Präsident des Leo-Baeck-Instituts, will die Arbeiten seines Instituts vielmehr als „Mitteilung“ an die Gegenwärtigen verstanden wissen. Er verband seine Einleitung mit dem Dank an alle Institutionen und Stiftungen („unter denen keine mehr als die Axel-Springer-Stiftung“ geholfen hat) für die Unterstützung seines Instituts und der Tagung in Berlin.

Mit Salami-Taktik gegen alliierte Rechte

WERNER KAHL, Berlin

Auf groteske Weise versuchen Ostberliner Behörden offenbar mit einer Salami-Taktik die alliierten Bestimmungen für die Verwaltung Berlins als ganzes zu umgehen. Nur Leser, die über ein Insiderwissen verfügen, konnten jetzt eine Bildunterschrift im Lokalteil des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ enträtseln.

Dort wurde ein bisher geheim gehaltener Verwaltungsvorgang, die Bildung eines neuen Stadtbezirks, lediglich durch den Hinweis bekannt, daß ein Stadtbezirksbürgermeister von Berlin-Hohenschönhausen, Wilfried Franke, bei der Übergabe des Schlüssels für eine Feuerwache auftrat – ein Bürgermeister, der jedoch offiziell noch keinen eigenen Bezirk zum Verwalten hat. Denn daß Hohenschönhausen, bisher Teil des Bezirks Weißensee, ein eigener und damit 10. Stadtbezirk im Ostsektor wurde, haben die Ostberliner Behörden noch nicht bekanntgegeben. Geschah die Leisetreterei auf Wunsch der Sowjets, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Dissens mit den Westalliierten wollen?

Der Viermächtestatus für ganz Berlin ging nach Kriegsende von 20 Stadtbezirken – zwölf in den Westsektoren und acht im Sowjetsektor – aus. Nach der Rechtslage ist der Ostsektor de jure Teil des Besatzungsgebietes Berlin, in dem die oberste besatzungsrechtliche Gewalt den vier Hauptsiegermächten gemeinsam zusteht. Auch das 1971 bekräftigte Viermächteabkommen über Berlin hat an dieser alliierten Nachkriegsrechtslage nichts geändert.

Durch einen einseitigen Akt der Ostberliner Stadtverwaltung wie Bildung eines neuen Stadtbezirks kann weder das Berliner Besatzungsgebiet noch die deutsche Gebietskörperschaft Berlin in ihrem Gebietsstand verändert werden. Soweit die „DDR“-Regierung zusätzliche Ortsteile in den Ostsektor eingemeindet, läßt sich nach Auffassung von Kommentatoren des Rechtsstatus auch der Standpunkt vertreten, daß das eingemeindete Territorium somit dem besatzungsrechtlichen Status unterstellt wird.

Seitens zuständiger west-alliierter Stellen soll die Sachlage nach der Mitteilung im „Neuen Deutschland“ jetzt durch Konsultationen der Sowjets festgestellt werden. In der ominösen Bildunterschrift vom 23. Oktober dieses Jahres heißt es lediglich unter der Überschrift „Neue Feuerwache in Falkenberg“: „Der Stadtbezirksbürgermeister von Berlin-Hohenschönhausen, Wilfried Franke, übergab am Dienstag den Schlüssel für die neue Feuerwache in Falkenberg an Wehrleiter Horst Jahnke“. Der dort als neuer Bezirksbürgermeister bezeichnete Funktionär war bis vor kurzem Stadtrat in der zentralen Ostberliner Verwaltung.

Mit der Bekanntgabe des (10.) Bezirksbürgermeisters soll möglicherweise die (alliierte) Öffentlichkeit durch die Hintertür auf die vollzogene heimliche Bildung eines weiteren Stadtbezirks vorbereitet werden. Bei der Bekanntgabe eines 9. Bezirks 1977 ohne vorherige Information der Alliierten war Ost-Berlin den umgekehrten Weg gegangen: Zunächst wurde das Neubauviertel Marzahn groß herausgestellt, worauf der gleichnamige Stadtbezirk gebildet und schließlich der Bürgermeister ernannt wurde.

Der mutmaßliche 10. Bezirk Hohenschönhausen, im Nordosten Berlins gelegen, wurde aus dem großen Altberliner Bezirk Weißensee „herausgeschnitten“. An die Ostseite des neuen Bezirks grenzen freie landwirtschaftliche Flächen darunter Rieselfelder an, auf denen offenbar in den nächsten Jahren große Wohnbauten errichtet werden sollen.

Koschnick: Studie der EKD „Impuls“

p.p. Bonn

Das SPD-Präsidiumsmitglied Hans Koschnick sieht in der Medien-Studie der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), (WELT v. 29.10.) einen „neuen Impuls“ für „einen dritten und entscheidenden Anlauf zu einem Medienstaatsvertrag“ der Länder. Der ehemalige Bremer Senatspräsident betonte die Übereinstimmung der „wesentlichen medienpolitischen Grundpositionen“ zwischen evangelischer und katholischer Kirche und lobte: „Die jeweiligen Interessen von Politik und Wirtschaft sind so konträr, daß es nur als glücklicher Umstand bezeichnet werden kann, wenn sich jetzt in Gestalt der Kirchen ein in sich einiger Meinungsbildner von Rang anbietet.“ Koschnick hob als wegweisend und mit SPD-Positionen übereinstimmend hervor die Forderung nach einer „Institution der Länder auf Bundesebene zur Überwachung und Regelung aller medienpolitischen Fragen“.

Lafontaine hofft auf Medienvertrag

UR. Bonn

Saarbrücken will mit der von Ministerpräsident Oskar Lafontaine angekündigten Änderung des Landesrundfunkgesetzes noch bis zum Jahresende warten, um „Verständigungschancen“ über einen Medienstaatsvertrag „nicht zu belasten“. In der Novelle sollen die Voraussetzungen für den Zugang privater Anbieter auf den Medienmarkt eingegrenzt werden. Die SPD-Fraktion hoffe nach wie vor darauf, so ihr Vorsitzender Klimmt, daß die Bundesländer sich auf einen Staatsvertrag einigten. Entsprechende „Bemühungen Lafontaines“ seien vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth begrüßt worden. Schließlich bestehe bei dem Nicht-Abschluß eines Staatsvertrages die Gefahr eines Wettlaufs der Bundesländer um die Privaten. Dabei könnten, so Klimmt, auch die medienpolitischen Grundsätze der CDU-regierten Länder „unter den Schlitten“ kommen.

Frau Süssmuth für Naturheilmittel

dpa, Bonn

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, bei der Behandlung von Erkrankungen „wo immer möglich auch homöopathische Mittel einzusetzen“. In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) äußerte sie sich skeptisch zur „Apparate-Medizin“. Diese sollte „im Rahmen des Notwendigen“ gehalten werden. Dafür gelte es, die anderen Bereiche, darunter die diagnostischen Fähigkeiten der Ärzte, zu stärken. Allgemein müsse der Gedanke der Prävention in der Bevölkerung verstärkt werden.

Als Beispiel nannte die Ministerin regelmäßige gymnastische Übungen in japanischen Betrieben. Arbeitspausen zur Regeneration zu nutzen, könne auch in der Bundesrepublik nicht schaden. Allerdings solle, so Frau Süssmuth, niemand dazu gezwungen werden.

CDU kontert mit eigenem Umweltschutz-Programm

Antwort auf rot-grüne Koalition in Hessen / „Mut zur Zukunft“

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Drei Tage nach dem Umweltparteitag der baden-württembergischen CDU und zwei Tage nach dem Beschluß der hessischen Grünen, mit der SPD eine Koalition einzugehen und die Umweltpolitik in Hessen einem eigenen Minister anzuvertrauen, ist auch die hessische CDU jetzt in die Offensive gegangen. Mit einem Schwerpunktprogramm „Mut zur Zukunft“ und einem eigenen Umweltparteitag am 30. November wollen die hessischen Christdemokraten größeren Bewegungsspielraum in der Landespolitik gewinnen – freilich offenbar zunächst noch ohne allzu ernsthaften Vorsatz, auf diesem Feld auch schon die Themenführerschaft zu übernehmen.

So überließen es die hessischen Spitzenpolitiker der Union dem Umweltsprecher ihrer Fraktion, Karlheinz Weimar, das Grundsatzpapier vorzustellen, während es sich etwa die Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder Bayern oder Baden-Württemberg heute nie und nimmer mehr nehmen ließen, Grundsatzerklärungen zu dem „nach der Sicherung des Friedens wichtigsten politischen Thema“ (so der bayerische Ministerpräsident Strauß) persönlich abzugeben.

Weimar räumte denn auch offen ein, seine Partei müsse in Hessen „ein Defizit in Teilbereichen des Umweltschutzes aufarbeiten“, einige Umweltthemen seien für die CDU „sehr konfliktträchtig“, möglicherweise liege vor ihr auf diesem Feld noch ein „sehr beschwerlicher Weg“. Überrascht zeigte sich der Politiker, der einem noch jungen umweltpolitischen Ausschuß seiner Partei auf Landesebene vorsteht, über das „ungewöhnliche Interesse“ der Parteigliederungen in der Provinz an der Umweltthematik. Mit dem neuen Programm verbinde er die Hoffnung, daß die CDU auch auf diesem Sektor „für eine interessierte Wählerschaft wieder attraktiv“ werde und eine „überzeugende Alternative zur rot-grünen Koalition“ bieten könne.

In dem 50seitigen Papier – einem Gegenstück zur 100seitigen „Grünen Charta“ der baden-württembergischen CDU – werden die Akzente zum Teil mutig, zum Teil mit äußerster Behutsamkeit gesetzt. Die hessische CDU tritt für eine Weiterentwicklung der sozialen zu einer ökologischen Marktwirtschaft ein. „Gesetzliche Vorgaben“ müßten sicherstellen, daß sich alle Schäden an Boden, Wasser, Luft und anderen Naturgütern in den Produktionskosten niederschlagen, „so daß letztlich die schädlichste Produktion vom Markt verdrängt wird“. Die Vorschriften für Großfeuerungsanlagen müßten überdacht und auch kleine Anlagen einbezogen werden. Grenzwerte für Schwefeldioxyd und Stickoxyde seien herabzusetzen. In der Frage eines Tempolimits zur Reduktion des Stickoxydausstoßes von Kraftfahrzeugen mogelt sich das Programm um eine klare Aussage herum. Hier ist nur allgemein vom „Energiesparen beim Autofahren“ die Rede.

Wie rasch die Denkprozesse in der hessischen CDU vorangeschritten sind, zeigen unter anderem die Feststellungen zur Abfall- und zur Verkehrspolitik. Anders als noch im Februar auf dem Landesparteitag in Baunatal, wo Müllverbrennungsanlagen noch ziemlich pauschal befürwortet wurden, heißt es nun einschränkend: „Allerdings müssen diese Anlagen so ausgerüstet sein, daß sie keine gefährlichen Luftschadstoffe an die Umwelt abgeben“. Bei der Verkehrswegeplanung rückt die Union vom undifferenzierten Plädoyer für Umgehungsstraßen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten ab.

Generell setzt sich die hessische CDU für die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (etwa bei der Entnahme von Grundwasser und bei raumbedeutsamen Eingriffen in die Landschaft), für die schärfere Anwendung vorhandener Richtlinien (etwa zum Biothopschutz bei der Flurbereinigung), für verschärfte Grenzwerte (etwa bei der Klärschlammverwendung in der Landwirtschaft), für eine bessere personelle Ausstattung der Naturschutzbehörden ein. Besondere Anforderungen an die Industrie sind im Kapitel Gewässer-Reinhaltung formuliert. Das große Defizit des Programms ist der Energiebereich: Aussagen zu einer umweltschonenden Gestaltung des Energieversorgung wurden ausgespart.

Max Frisch protestiert gegen Verhalten Berns

rtr, Zürich

Die Schweizer Schriftsteller Max Frisch und Adolf Muschg haben aus Protest gegen die Ausweisung chilenischer Asylbewerber aus der Schweiz ihre Teilnahme an einer Buchausstellung ihres Landes in Moskau abgesagt. Wie die Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia weiter mitteilte, sollte die Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft vom 29. November bis zum Jahresende stattfinden. Die Regierung in Bern hatte in der vergangenen Woche die Ausweisung von 71 asylsuchenden Chilenen beschlossen, von denen 22 in einem wochenlangen Hungerstreik in einer Kirche gegen die drohenden Abschiebung protestiert hatten.

Max Frisch, der bei der Moskauer Ausstellung Lesungen und Vorträge halten sollte, bezeichnete seine Absage in einem Brief an Pro Helvetia als „Akt der Scham". Es gehe einfach nicht, schrieb Frisch, daß sich die Schriftsteller von Schweizer Botschaften weiterhin als „Kultur-Mannequins" vorführen ließen, während sie daheim die Politik der Regierung mehr und mehr mißbilligten.

„Die Sowjetunion gehört zu den Ländern, die man unbeschwert von Sorgen um die Menschenrechte im eigenen Land betreten möchte", erklärte Frischs Kollege Muschg laut Pro Helvetia. Keine Berufung auf rechtsstaatliche Verfahren entbinde von der Rücksicht auf das Fundament, das jeder Rechtsstaatlichkeit zugrunde liegen müsse, nämlich Humanität *und Achtung* vor der Menschenwürde, auch der Menschenwürde der anderen, betonte Muschg. „Darum ist das Asyl, das wir Flüchtlingen und aus Gesinnungsgründen Verfolgten gewähren, nicht nur ein Akt der Gnade, sondern der Selbstachtung."

Bietet Moskau Verzicht auf Radaranlage an?

rtr, New York

Die Sowjetunion hat den Vereinigten Staaten nach Informationen der „New York Times" angeboten, auf ihre umstrittene Radaranlage in Sibirien zu verzichten, wenn die USA von der Modernisierung ihrer Radarstationen in Großbritannien und auf Grönland absähen. Unter Berufung auf amtliche amerikanische und sowjetische Kreise berichtete das Blatt, das Angebot, die Anlage in Abalakow bei Krasnojarsk zu demontieren, sei vor drei Wochen bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf unterbreitet worden. Die USA sehen in der Anlage eine Verletzung des ABM-Vertrages über die Begrenzung der Raketen-Abwehr. US-Verteidigungsminister Weinberger hatte den Bau der Anlage *erst vergangene Woche eine* „schreiende Verletzung" des Abkommens genannt, das nur Frühwarnstationen an den Landesgrenzen zulasse.

Mazedoniens schwierige Nachbarn

Vasil Tupurkovski fordert mehr Realismus von Albanien, Bulgarien und Griechenland

CARL GUSTAF STRÖHM, **Skopje**

„Der Balkan ist der einzige Raum in Europa, der strategisch nicht definiert ist. Albanien und Jugoslawien sind Teile dieses strategisch nicht definierten Raumes." Mit diesen Worten charakterisiert Vasil Tupurkovski, Mitglied des ZK-Präsidiums der KP Mazedoniens und Experte für außenpolitische Fragen, die Lage seiner Heimat. In einem Gespräch mit der WELT verbirgt er nicht die Sorgen, die er und viele seiner mazedonischen Landsleute über die politisch-*strategischen Tendenzen in diesem* Teil Europas hegen.

Die geographische Situation der „Sozialistischen Republik Mazedonien" sei „sehr delikat", sagt uns Tupurkovski. Sehr offen spricht der erst 35jährige Völkerrechtler die „heißen Eisen" des Südostens an: seine Republik grenze an einen NATO-Staat (Griechenland), an ein Mitglied des Warschauer Pakts (Bulgarien) so*wie an Albanien, das blockfrei und im* Augenblick isoliert sei.

Das Verhältnis zu Albanien hat sich durch die Verschärfung des albanischen Minderheitenproblems im jugoslawischen Kosovo dramatisiert. Aber auch Mazedonien hat sein albanisches Problem: 20 Prozent der in der Republik Mazedonien lebenden Bevölkerung von insgesamt 1,9 Millionen sind albanischer Nationalität.

Tupurkovski berichtet von einer Umfrage bei albanisch sprechenden Schulkindern in der westmazedonischen Stadt Tetovo, die, wie er sagt, „katastrophale Ergebnisse" erbrachte. Die Kinder hätten nicht gewußt, was Jugoslawien ist, daß sie in Mazedonien leben und wie die Hauptstadt des Landes heißt.

Offenbar macht er sich Gedanken darüber, daß eine nach dem Tode Enver Hodschas in Tirana entstehende labile Situation mit Machtkämpfen dazu führen könne, daß sich die Großmächte in Albanien einschalten und *damit* das prekäre Gleichgewicht in diesem Teil Südosteuropas verlorengeht. Das System in Tirana stehe auf „wackeligen Beinen". Immer wieder komme es dort zu „Säuberungen" *und Machtkämpfen. Es gehe* „um das gefährdete Gleichgewicht in diesem Raum: jede Bewegung Albaniens in Richtung auf den einen oder anderen Machtblock wäre für uns sehr gefährlich. Albanien darf keinem der Blöcke, weder der NATO noch dem Warschauer Pakt, in die Hände fallen", sagt der mazedonische Politiker. Es gehe keinesfalls in erster Linie um Ideologie: „Von uns aus kann Alba*nien kapitalistisch* oder sozialistisch sein, wenn es nur blockfrei bleibt."

Heftige Kritik übt Tupurkovski an der Haltung Bulgariens, das die Existenz der mazedonischen Nation nicht anerkennen wolle und die Mazedonier immer wieder als „Bulgaren" bezeichne. Es handele sich um eine „tägliche Eskaltion" der antimazedonischen Politik Sofias. Ebenso wie die Albaner stellten die bulgarischen Kommunisten offene territoriale Ansprüche hinsichtlich Mazedoniens. Die Sofioter Kommunisten indoktrinierten das bulgarische Heer und die bulgarische Jugend mit großbulgarischen Ideen. „Bulgarien betreibt nicht nur eine antimazedonische, sondern eine antijugoslawische Politik", erklärt Tupurkovski.

Seiner Meinung nach halten sich damit die bulgarischen Kommunisten für die Zukunft „alle Optionen offen". Damit meint er, Sofia könne den „Traum von Groß-Bulgarien" unter Einschluß Mazedoniens und bis *zum Ohrid-See* verwirklichen. Hinter den Bulgaren aber stehe die Sowjetunion, denn Sofia sei Exponent der sowjetischen Blockpolitik auf dem Balkan. Mit den Sowjets sei es aber „immer dasselbe": Moskau verhalte sich im Konflikt zwischen Bulgaren und Mazedoniern bzw. Jugoslawen „neutral".

Vorwürfe richtet Tupurkovski auch gegen Griechenland, ja er spricht von einer „negativen Koinzidenz" bei allen drei Nachbarstaaten gegenüber Mazedonien. Das historische Mazedonien sei nach den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg dreigeteilt worden – einen kleineren Teil erhielten die Bulgaren, der Norden kam an Jugoslawien, der Süden („Ägäisch-Mazedonien") fiel an Griechenland. Die Griechen hätten einen großen Teil der slawischen Bevölkerung *bereits vor dem Zweiten* Weltkrieg assimiliert oder zur Emigration nach Übersee gezwungen. Aber noch heute diskriminiere Athen die mazedonische Republik.

Abschließend stellt Tupurkovski fest, daß die Zusammenarbeit mit allen Nachbarn geradezu ein Lebensinteresse für Mazedonien sei. „Ein wenig Realismus bei den Nachbarn könnte den Weg dazu öffenen."

„Europa ist ein politisches Problem"

Pierre Pflimlin dringt auf mehr Rechte für das Straßburger Parlament / Ein WELT-Gespräch

M. G. MÖHNLE, **Straßburg**

Pierre Pflimlin (78), seit Juli 1984 Präsident des Europäischen Parlamentes, hat dieses Amt für die „europäische *Einheit*" angenommen, die, wie er sagt, „der letzte Kampf seines Lebens" ist. Unter seiner Präsidentschaft fällt die Entscheidung über die EG-Reform.

Bei einem Gespräch in Straßburg bewertet Pflimlin den momentanen Stand der Reformdiskussion nicht gerade positiv. Die Regierungskonferenz, der die zehn Außenminister der Gemeinschaft angehören, hat bereits zweimal getagt. Die letzte Sitzung in Luxemburg befaßte sich mit der Vollendung des Binnenmarktes in der EG bis 1992 und mit der Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament. *Pflimlin nahm an dieser Sitzung teil.*

Schwierigkeiten gab es über die Frage, in welcher Weise das Parlament beteiligt werden soll. Pflimlin und seine Volksvertreter gehen davon aus, daß sie über die Reformvorschläge vor der Ratsentscheidung noch diskutieren können.

Daß das Parlament mehr Legitimation braucht, begründet Pflimlin so: „Gewisse gesetzgeberische Kompetenzen sind von den nationalen Parlamenten an die Gemeinschaft abgetreten worden. Diese Kompetenzen sind innerhalb der Gemeinschaft nicht etwa dem Parlament zugeteilt worden, sondern ausschließlich dem Ministerrat." Auch gegenüber der Regierungskonferenz habe er betont, daß dies schon eine „sonderbare Demokratie" sei, in der die gesetzgeberische Gewalt allein durch den Ministerrat ausgeübt werde. Das Parlament könne den Rat nicht kontrollieren und habe nur ein Mitspracherecht an der Festsetzung des EG-Haushalts. „Wir wollen mit dem Ministerrat an der Ausarbeitung und Beschließung der Gesetze beteiligt werden", ist Pflimlins Vorschlag für eine künftige Regelung.

Die niederländische Regierung habe sich darauf beschränkt, dem Parlament mehr Rechte bei der Einsetzung der EG-Kommission und deren Präsidenten einzuräumen. Deutschland und Frankreich wollen in verschiedenen Fällen ein „Konzertierungsver*fahren", das immer dann einberufen* werden soll, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rat und dem Parlament auftreten (vergleichbar mit dem Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat).

Aber auch hier soll der Ministerrat das letzte Wort bekommen. Das Konzertierungsverfahren besteht bereits jetzt zwischen Rat und Parlament in strittigen Haushaltsfragen. Pflimlin: „Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Konzertierungsverfahren nur selten dazu führen, daß der Rat darauf eingeht."



Pierre Pflimlin FOTO: DPA

Den weitestgehenden Regierungsvorschlag unterbreitete Italien. Er besagt, daß ein Gesetz nur dann angenommen ist, wenn das Europäische Parlament zugestimmt hat. Damit können die Parlamentarier jegliche Gesetzgebung blockieren, was in den Augen von Pflimlin auch nicht zufriedenstellend ist. Denn: „Wenn ein Gesetz für notwendig befunden wird, ist es nicht gut, wenn keines zustande kommt."

Den interessantesten Vorschlag habe allerdings die EG-Kommission selbst geboten: Das Parlament soll Änderungsvorschläge zu den Gesetzen einbringen, die der Ministerrat dann nur einstimmig ablehnen kann. Aus all diesen Überlegungen erarbeitet eine Sonderkommission bis zum 11. November ein Kompromißpapier. Möglicherweise bringen Belgien und Luxemburg noch eigene Vorstellungen ein.

Den deutschen Vorschlag, der Rat solle künftig innerhalb einer zeitlichen Frist entscheiden, begrüßte Pflimlin ausdrücklich. Ideal wäre es darüber hinaus, wenn nach einem beschlußlosen Ablauf dieser Frist die Entscheidung automatisch an das Parlament übergehen würde. Mit dieser Lösung könnte auch das Einstimmigkeitsprinzip im Zusammenhang mit dem Veto im Rat gebrochen werden, das durch die Politik de Gaulles seit 1966 angewendet wird.

Allerdings, so Pflimlin, werde das Vetorecht nur selten benutzt. Insgesamt sei es vielleicht zwölfmal gebraucht worden. Wenn eine Gesetzesinitiative von der Kommission kommt, versehen mit einem Gutach*ten des Parlaments, komme* es deswegen zu keinem Veto, „da es Hunderte von Vorschlägen gibt, die gar nicht bis zum Ministerrat gelangen – man läßt sie einfach liegen", engagiert sich der Präsident erregt und betont nochmals: „Man läßt sie einfach liegen!" Eine Frist könnte allerdings die Chance vergrößern, daß der Rat beschließen muß.

Wenn man den Binnenmarkt der EG in den nächsten sieben Jahren, also bis 1992, vollenden wolle, müßten 300 Verordnungen durchgesetzt werden. Pflimlin beruft sich auf den Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, der sagte: „Wenn diese Beschlüsse in den nächsten sieben Jahren alle einstimmig gefaßt werden müssen, kommen wir nie dazu." Delors habe vorgeschlagen, daß selbst in den Fällen, wo der Vertragstext Einstimmigkeit vorsehe, eine Mehrheitsentscheidung gelten müsse.

Was aber passiert, so die Frage an den Parlamentspräsidenten, wenn es auf dem EG-Gipfel in Luxemburg zu keiner Entscheidung kommt; wenn *es keine, nicht einmal eine minimale* Reform der EG gibt?

„Es wird zu keiner Krise zwischen Parlament und Rat kommen – wir müssen zusammenleben. Was ich vielmehr befürchte, ist, daß es zu einer Vertrauenskrise der Bevölkerung gegenüber der Gemeinschaft schlechthin kommt."

Nun kam die Schelte an die nationalen Regierungen: „Manche Minister wollen nicht einsehen, daß Europa heute kein technisches, sondern ein politisches Problem ist." Europa sei aus politischen Gründen geschaffen worden, um ein für allemal einen Krieg zwischen den Völkern zu verhindern. „Aber wenn die Gemeinschaft in die Brüche geht, fallen wir alle in die Vorkriegszeit zurück", droht Pflimlin abschließend.



Charles Cospatrick Douglas-Home FOTO: CAMERA PRESS

Die „Times" trauert um ihren Chef

Genau 48 Jahre lang führte Charles Cospatrick Douglas-Home ein sehr britisches Leben, das ihn nur allzu folgerichtig an die Spitze einer sehr britischen Institution führte. Er war seit dem März 1982 Chefredakteur der „Times". Sein früher Tod beendete ein Leben und eine Karriere, die dem schottischen Erfolgsclan der Douglas-Homes angemessen war. Sein Onkel Alec Douglas-Home war einst Premierminister und unter Edward Heath Außenminister Ihrer Majestät, dessen Bruder, William Douglas-Home, ist einer der erfolgreich*sten Bühnenschriftsteller des Landes.*

Charles Douglas-Home siedelte schon früh sein Leben zwischen Literatur und Politik an: Der zweite Sohn des zweiten Sohnes des 13. Earl of Home besuchte Eton, diente bei den „Royal Scots Greys", begann dann eine Journalisten-Karriere beim „Daily Express" und fand einen Einstieg bei der „Times", als Harold Wilson im Jahre 1964 den damaligen Verteidigungsexperten der „Times", Alun Gwyn Jones und heutigen Lord Chalfont, zum Minister seiner Regierung machte.

Charles Douglas-Home schrieb als Militärkorrespondent nicht nur exzellente Reportagen, zum Beispiel über den Sechs-Tage-Krieg im Nahen Osten im Jahre 1967, sondern machte auch bald selbst Schlagzeilen, als er bei der CSSR-Invasion der Sowjets des Landes verwiesen wurde.

Seine Ernennung zum „Times"-Chefredakteur als Nachfolger von Harold Evans war kontrovers. Obwohl seine drei Jahre als Chefredakteur bereits vom Schatten seiner Krankheit und einem schweren Reitunfall gezeichnet waren, gelang es ihm, Ruhe in das Blatt und die Redaktion zu bringen und die Auflage der Zeitung um mehr als 100 000 Exemplare zu steigern.

Er war sichtbar stolz, im 200. Jubiläumsjahr der amtierende Chefredakteur dieser Zeitung zu sein. Er wußte seit einiger Zeit, daß es nur ein Zwischenspiel in der langen und stolzen Geschichte dieses Blattes sein würde. FRITZ WIRTH

In Polen noch keine Amnestie

dpa, Warschau

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hat bestätigt, daß es in *der nächsten Zeit keine allgemeine* Amnestie für politische Häftlinge geben wird. Eine Amnestie sei „eine Frage der weiteren Zukunft", sagte er in einer Pressekonferenz vor westlichen Journalisten. Er bekräftigte noch einmal, daß in nächster Zeit lediglich eine „Initiative" der „Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt" (PRON) zugunsten eines Teils dieser Häftlinge zu erwarten sei. Einzelheiten darüber, wie diese Initiative aussieht und wann sie erfolgen soll, wollte der Warschauer Regierungssprecher nicht angeben.

Craxis Koalition rauft sich wieder zusammen

Alle Parteien wünschen schnelle Beilegung der Krise

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Der Höhepunkt der italienischen Regierungskrise scheint überwunden zu sein. Der zurückgetretene und wieder mit der Kabinettsbildung beauftragte sozialistische Ministerpräsident Craxi erörterte gestern mit den Sekretären der bisherigen Regierungsparteien (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten, Liberale) die Modalitäten für die von allen Partnern angestrebte Erneuerung der alten Koalition.

In Einzelgesprächen hatte er sich zuvor der allgemeinen grundsätzlichen Bereitschaft zur Beilegung der Differenzen versichert, die im Zusam*menhang mit der „Achille Lauro"*-Entführung und der Abul-Abbas-Affäre aufgetreten waren.

Einer Einigung stehen nach Informationen aus Koalitionskreisen keine unüberwindlichen Hindernisse mehr im Wege, obwohl im einzelnen noch manches zu definieren bleibt – besonders hinsichtlich der Klarstellungsforderungen des republikanischen Parteisekretärs und amtierenden Verteidigungsministers Spadolini in der Mittelmeer- und Nahostpolitik, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und in der Praktizierung der Koalitionskollegialität.

Einig scheint man sich schon weitgehend über die Form der Krisenbeilegung zu sein. Sobald der volle Konsens über die Erneuerung der Koalitionsbasis erreicht ist, wird Craxi höchstwahrscheinlich den Auftrag zur Regierungsneubildung zurückgeben. Staatspräsident Cossiga wird ihn dann auffordern, sich für sein altes, nach wie vor die Geschäfte führendes Kabinett vom Parlament das Vertrauen bestätigen zu lassen.

Diese Form der Krisenbewältigung ist möglich, da das Kabinett nicht durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum gestürzt wurde, sondern auf Grund interner Differenzen selbst seine Demission anbot. Cossiga hatte dieses Rücktrittsgesuch nicht sofort angenommen, sondern sich – *gemäß* der Verfassungspraxis – die Entscheidung darüber vorbehalten.

Als Hauptargument führen die Befürworter einer Reaktivierung der alten Regierung den *Faktor Zeit* ins Feld. Die Bildung einer neuen Regierung, auch wenn diese nur die etwas retuschierte Fotokopie der alten wäre, würde zweifellos mehr Zeit erfordern *als die Bestätigung* des noch amtierenden Kabinetts.

Jeder verlorene Tag aber, so wird argumentiert, würde negativ für die Wirtschaft zu Buche schlagen. Das Haushaltsfinanzierungsgesetz, das die Grundlage für die Regierungspolitik der Inflationsbekämpfung und der Drosselung der Staatsausgaben im kommenden Jahr bilden soll, liegt seit dem Ausbruch der Krise im Parlament auf Eis. Wenn *es nicht fristge*recht bis Jahresende verabschiedet werden kann, muß ein provisorischer Haushalt mit allen darin für die Wirtschaftspolitik enthaltenen Unsicherheitsfaktoren erstellt werden.

Außerdem wird befürchtet, daß jede Verlängerung der Krise auch politisch unberechenbare Folgen haben könnte. Der sozialdemokratische Parteisekretär Nicolazzi sprach von der Gefahr, *daß bei den notwendigen* Diskussionen um eine Regierungsneubildung die Differenzen im Regierungslager eher noch vertieft als ausgeglichen werden könnten. „Das Risiko ist gegeben", warnte er, „daß man sich in dem Bestreben nach Klärungen auf parteiische Positionen festrennt und dann bei vorgezogenen Neuwahlen landet."

Für eine schnelle Lösung hat sich auch Cossiga *in einem Gespräch mit* Craxi ausgesprochen. Er befürchtet offensichtlich ebenfalls das Auseinanderfallen der bisherigen Koalition, falls die Krise anhält.

Sudan steckt in der Krise – auch ohne Numeiri

ACHIM REMDE, **Bonn**

Sechs Monate nach dem Sturz des sudanesischen Präsidenten Numeiri *ist es der Militärregierung in Khar*tum noch nicht gelungen, zu einer Einigung mit dem südsudanesischen Rebellenführer John Garang zu gelangen, dessen Guerrillabewegung weite Teile des Landes kontrolliert. Garangs Forderungen gipfeln in dem Ruf nach Auflösung der gegenwärtigen Regierung.

Ministerpräsident Dafallah hält dies für unannehmbar. „Diese Regie*rung ist auf Grund einer Volksrevolte* an die Macht gekommen. Sie hat ein Mandat des Volkes und wird im April 1986 demokratische Wahlen für eine Rückkehr zur Zivilregierung abhalten. Garangs südsudanesische Freiheitsbewegung kann dann wie jede andere Partei kandidieren."

Hier ist der Dialog in einer Sackgasse; denn John Garang weist demgegenüber auf einen afrikanischen Erfahrungssatz hin: Wer die Wahlen organisiert, der gewinnt sie auch.

Ähnlich ungeklärt ist eine andere Schlüsselfrage der sudanesischen Innenpolitik: Die Mehrheit der Sudanesen sind Moslems, doch der Süden ist überwiegend *animistisch* geprägt. *Ist* es unter diesen Umständen gerechtfertigt, am islamischen Recht – der Scharia – festzuhalten, dessen Anwendung unter Numeiri zu grausamen Amputationsstrafen führte? „Das ist eine Frage, die die Kompetenz dieser Regierung übersteigt", antwortet Dafallah. „Seit Numeiris Sturz haben wir keine Amputationsstrafen mehr zugelassen. Doch die Scharia *gilt* weiter. Wir werden die Entscheidung der Verfassungsgebenden Versammlung überlassen, die aus demokratischen Wahlen hervorgeht."

Entscheidend zur Einführung der Scharia haben die Moslembrüder beigetragen, die glauben, mit ihrer radikalen Interpretation des Korans ein Monopol auf den wahren Islam zu besitzen. Wie steht die neue Regierung zu ihnen? „Sie sind eine kleine Gruppe", entgegnet der Premier, „*und Sudan ist ein großes Land mit* verschiedenen Völkern und verschiedenen Religionen. Die Geschichte hat gezeigt, daß ein friedliches Zusammenleben Toleranz erfordert. Im Grunde ist der Islam eine tolerante Religion. Die demokratisch gewählten Institutionen werden entscheiden, ob Sudan ein islamischer oder ein Säkularstaat sein soll."

Beschuldigungen von seiten Garangs, daß Regierungstruppen in brutaler Weise gegen die Zivilbevölkerung des Südens vorgingen, weist Dafallah entschieden zurück und erhebt seinerseits Anklage gegen Garangs Strategie der verbrannten Erde. Er erkennt an, daß der Süden und die Hungerregionen Darfur und Kordofan unter Numeiris Herrschaft in sträflicher Weise vernachlässigt worden sind. Seit seinem Sturz hat sich daran nicht viel geändert.

Die vielversprechende Ölexploration im Süden ist durch die Guerrillaaktivität Garangs zum Stillstand gekommen. Die Wirtschaft Sudans ist *nach wie vor katastrophal. Wird die* Regierung die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) akzeptieren, deren Befolgung zumindest zeitlich mit dem Ende des Numeiri-Regimes zusammenfiel?

„Der IWF hat uns keine Antwort auf folgende Frage gegeben: Wenn das Rezept des IWF richtig ist und Numeiri es nur falsch angewandt hat, warum hat er immer wieder Geld erhalten? Durch ständige Abwertungen hat das sudanesische Pfund heute nur noch 19 Prozent seines Wertes von 1970, und trotzdem ist die Wirtschaftslage katastrophal. Ich glaube eher, das Rezept des IWF ist falsch. Die Bedingungen sind für Entwicklungsländer einfach zu hart. Wenn man Eier haben will, darf man nicht zulassen, daß das Huhn verendet."



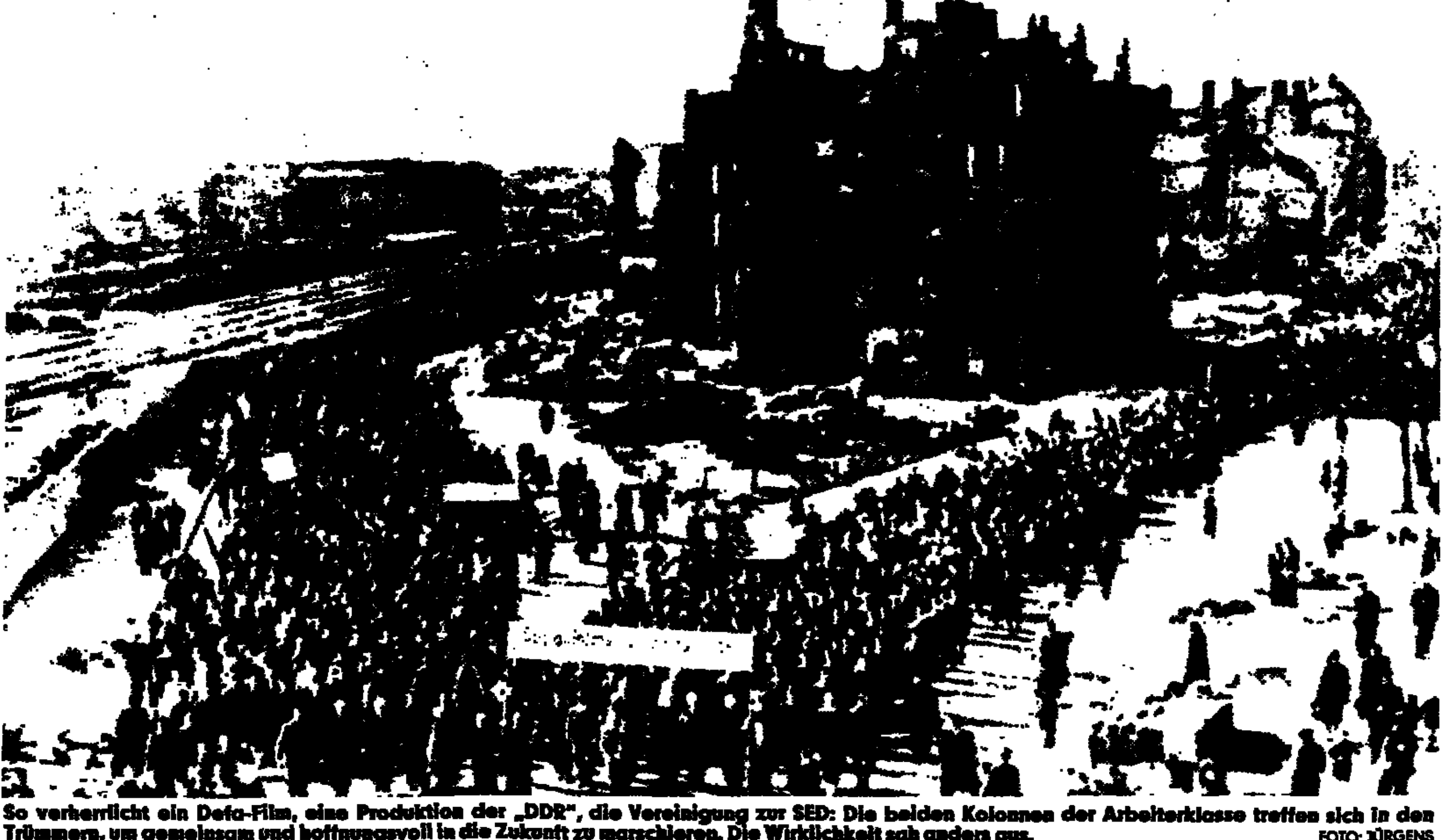
Am 19. Juli 1945 auf dem Wege zu einer gemeinsamen Veranstaltung von SPD und KPD in der „Neuen Welt" in Berlin-Neukölln: Otto Grotewohl (SPD), Wilhelm Pieck (KPD) und Max Fechner (SPD, von links). FOTO: JÜRGENS



WELT SERIE

SPD-KPD Vereinigung unter Zwang

Im April 1946 vereinigten sich in der Ostzone SPD und KPD zur SED. Die ersten Anstöße waren von Sozialdemokraten ausgegangen, die in der Spaltung der Arbeiterklasse ein Hauptübel der Weimarer Republik sahen. Ihr Werben blieb zunächst unbeantwortet. Dann jedoch nahm die KPD, angeleitet von der sowjetischen Besatzungsmacht, den Gedanken auf, aber unter einer Voraussetzung: Sie wollte die Regeln bestimmen. Und sie tat es. WELT-Korrespondent Bernt Conrad erlebte die dramatischen Sitzungen und Abstimmungen, das Aufbäumen der Sozialdemokraten und die Härte der Kommunisten als Volontär im zerbombten Berlin. Vierzig Jahre danach erinnert er sich in dieser Serie:



So verherrlicht ein Defa-Film, eine Produktion der „DDR", die Vereinigung zur SED: Die beiden Kolonnen der Arbeiterklasse treffen sich in den Trümmern, um gemeinsam und hoffnungsvoll in die Zukunft zu marschieren. Die Wirklichkeit sah anders aus. FOTO: JÜRGENS

Die SPD-Einheitssehnsucht erkaltete im Wind der Machtpolitik

Von BERNT CONRAD

Ende April 1945, als die Rote Armee nach heftigen Kämpfen in die Innenstadt Berlins vorstieß, schrieb der Sozialdemokrat Max Fechner inmitten rauchender Ruinen und Trümmerfelder an den Kommunisten Walter Ulbricht: „Ich hätte gern mit Dir darüber gesprochen, wie es möglich wäre, endlich die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen", formulierte der frühere preußische Landtagsabgeordnete. Ebenso wie er dachten viele in jenen Tagen, als Hitlers Reich zusammenbrach und Elend und Hunger sich ausbreiteten: SPD und KPD sollten das Trennende überwinden und gemeinsam den demokratischen Aufbau beginnen.

Aber Ulbricht, der kurz darauf mit einer Emigrantengruppe aus Moskau in Berlin eintraf, antwortete nicht. Vielleicht hat er den Brief in den Wirren des Kriegsendes gar nicht erhalten. Denn damals war es ja schon ein Abenteuer, von Charlottenburg nach Neukölln oder von Weißensee nach Schöneberg Kontakt aufzunehmen. Noch monatelang fuhren öffentliche Verkehrsmittel überhaupt nicht oder nur sporadisch auf kurzen Teilstrekken. Die Spree mußte auf S-Bahngleisen zu Fuß überquert werden.

Die Sozialdemokraten jedenfalls, die sich im Büro Erich W. Gniffkes (eines SPD-Vorstandsmitgliedes aus der Zeit vor 1933) in der fast völlig zerbombten Bülowstraße zu ersten Besprechungen zusammenfanden, resignierten nicht. Tatsächlich gelang es ihrem Wortführer, dem einstigen Reichstagsabgeordneten Otto Grotewohl, gemeinsam mit zwei Parteifreunden in den Amtsräumen des auf russische Weisung neugebildeten Magistrats im relativ gut erhaltenen Gebäude der Feuersozietät in der Parochialstraße eine zentrale Figur der Kommunisten zu sprechen: Arthur Pieck, den Sohn des KPD-Chefs Wilhelm Pieck und künftig allmächtigen Personal-Stadtrat.

Ihm trugen die drei SPD-Männer ihre Einheitssehnsucht vor und verabredeten für den 17. Mai ein Treffen mit KPD-Vertretern. Doch die Kommunisten erschienen nicht. Brieflich wurde Pieck zu einem neuen Termin eingeladen – wieder vergeblich. Daraufhin machten sich die SPD-Genossen Gniffke und Engelbert Graf noch zweimal zur Parochialstraße auf. Aber der KPD-Stadtrat hatte für sie keine Zeit. Ratlos schüttelten die gutwilligen SPD-Unterhändler den Kopf.

Doch dann sorgten die Sowjets plötzlich für vollendete Tatsachen: Am 10. Juni verkündete Marschall Schukow die Zulassung von Parteien in der Ostzone – zwei Tage später veröffentlichte die KPD in einer Gründungsversammlung ein Aktionsprogramm.

Nun blieb den Sozialdemokraten nichts anderes übrig, als ihrerseits am 15. Juni die SPD wieder ins Leben zu rufen. Zwar plädierten sie zwei Tage später in einer Funktionärsversammlung im „Deutschen Hof" in der Lukkauer Straße im Südosten Berlins (wo alle Teilnehmer standen, weil die Stühle requiriert worden waren) noch einmal nachdrücklich für die „organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse". Doch das war zu der Zeit papierene Schwärmerei. Denn Ulbricht – um den sich in der KPD faktisch alles drehte – winkte kühl ab: Die vorzeitige Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei ohne vorherige Klärung der ideologischen Fragen, so beschied er den SPD-Sprecher Grotewohl, würde bald zu Auseinandersetzungen führen.

Tatsächlich wollten die KPD-Führer zunächst einmal ihre Kader sammeln, administrative Macht ausbauen und sich dann aus einer Position der Stärke heraus den Sozialdemokraten zuwenden. Dem Kreml mag auch vorgeschebt haben, auf der Woge des Sieges der Roten Armee – und mit deren kräftiger Nachhilfe – die KPD gegen die sozialdemokratische Konkurrenz zum allein vorherrschenden politischen Faktor in der Sowjetischen Besatzungszone und später möglichst ebenso in Westdeutschland zu machen. Das Einheitswerben Grotewohls und seiner Genossen war dabei – für den Augenblick wenigstens – eher lästig.

Zur gleichen Zeit sah ein SPD-Politiker jenseits der Zonengrenze, im britischen Besatzungsgebiet, die Dinge anders – und realistischer als Grotewohl: Der in nationalsozialistischer KZ-Haft schwer mißhandelte und deshalb umso mehr gehärtete ehemalige Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher wies schon Anfang Mai 1945 in der Gründungsversammlung des SPD-Ortsvereins Hannover darauf hin, daß die innere Logik der Entwicklung gegen die auch im Westen vielfach herbeigewünschte sozialistische Einheitspartei spreche: „Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, daß die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind. Wir demokratischen Sozialisten dagegen können und wollen nicht das autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses sein."

Das war eine weit in die Zukunft wirkende Weichenstellung. Schumacher, der schnell zur allseits akzeptierten Nr. 1 unter den westdeutschen Sozialdemokraten aufstieg, dehnte seine kompromißlose Ablehnung wenig später in „politischen Richtlinien" für die SPD-Bezirke gegen sämtliche von der KPD propagierten „antifaschistischen" Blockbildungen aus. Sie stellten nach seiner Ansicht lediglich Versuche dar, „Nichtkommunisten für kommunistische Zwekke einzusetzen und für die Kommunistische Partei zu erziehen".



Kurt Schumacher (SPD, hier während einer Rede 1945) warnte seine Partei von Anfang an vor einer Hegemonie der KPD. FOTO: DPD

In der Sowjetzone dagegen machte der SPD-Zentralausschuß, wenn er im Augenblick schon nicht die „Einheit der Arbeiterklasse" haben konnte, in allen „Antifa"-Neugründungen mit – mochte es sich um den „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien", um einen „Gemeinsamen Arbeitssausschuß" von KPD und SPD, um den „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" oder um den „Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung" handeln.

Aber bald breitete sich Enttäuschung aus. Denn die Kommunisten erwiesen sich nicht als die kooperativen Partner, die viele Sozialdemokraten in Berlin und der Provinz in ihnen sehen wollten. Rücksichtslos drückten sie Andersdenkende an die Wand und schalteten Widerstände mit Hilfe der Besatzungsmacht aus.

Als ein typisches Beispiel galt der Fall des Sozialdemokraten Stimmig, der vor 1933 Bürgermeister des Berliner Bezirks Lichtenberg war und den der sowjetische Kommandant 1945 von neuem dazu ernannt hatte. Auf Druck der Kommunisten mußte er sein Amt wieder räumen, weil Sozialdemokraten, die die Politik der SPD vor 1933 gebilligt hatten, ihrer Ansicht nach für die öffentliche Verwaltung nicht mehr tragbar seien.

In Leipzig klagten SPD-Funktionäre dem Zentralausschußmitglied Gniffke voller Zorn: „Die Kommunisten wollen uns überall überfahren. Überall werden anständige, saubere SPD-Mitglieder rausgeworfen und undurchsichtige Elemente eingeschleust." Ebenso war es in Mecklenburg, in Thüringen, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Einheitssehnsucht der Sozialdemokraten erkaltete im Wind kommunistischer Machtpolitik.

Nun entdeckten KPD-Funktionäre plötzlich die Vorteile „sozialistischer Einheit". Zuerst hörte die Berliner SPD-Führung aus Thüringen davon: „Den Kommunisten ist auf einmal die Erkenntnis gekommen, daß sie hier in Thüringen gegenüber den Sozialdemokraten eine Minderheit bilden. Durch eine rasche Verschmelzung mit uns wollen sie ihre Schwäche vertuschen", hieß es in einem Bericht. Ein neues Kapitel der Nachkriegspolitik deutete sich an.

Am 14. September 1945 strömten Tausende von Berliner Sozialdemokraten in die „Neue Welt" in der Hasenheide, um von ihrem Parteivorsitzenden Otto Grotewohl Aufschluß über den weiteren Weg der SPD zu erhalten. Das traditionsreiche Versammlungslokal in dem von Bomben schwer getroffenen Arbeiterbezirk Neukölln hatte den Krieg erstaunlich gut überstanden.

Zwar gab es an diesem Spätsommertag hier, wie überall in der Stadt, nur Dünnbier und Limonade zu trinken und kaum etwas zu essen. Aber die Spannung war groß: Wie offen würde Grotewohl die Lage darstellen? Denn er wußte, daß sich unter den Partei-Mitgliedern in der Sowjetzone und in der einstigen Reichshauptstadt Skepsis und Verbitterung über die KPD und ihre Methoden breit machten.

In dieser Lage wollte Grotewohl politische Pflöcke einrammen. Der 51jährige frühere Braunschweigische Landesminister und Reichstagsabgeordnete war kein harter Kämpfer (wie sich bald zeigen sollte), aber ein eindrucksvoller und damals glaubwürdiger Redner, der entschlossen zu sein schien, die SPD nach Monaten enttäuschter Einheitssehnsucht als unabhängige Kraft zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Das spürten seine Zuhörer, als Grotewohl vorsichtig, jedoch unüberhörbar sozialdemokratische Stimmungen widergab: „Die Schwierigkeit für uns liegt darin, daß wir unsere Anhänger von dem Zweifel in die ehrliche Überzeugung der kommunistischen Neuorientierung befreien müssen. Wer aufmerksam und mit Verantwortung sein Ohr auf das Herz der Organisationen legt, wird hören, daß noch manche unreinen Schläge da sind. Den kommunistischen Arbeitern muß rückhaltlos gesagt werden, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihrem sozialdemokratischen Kameraden nicht mehr den Verräter zu sehen." Dafür erntete Grotewohl stürmischen Beifall.

Unmißverständlich stellte der SPD-Chef fest, daß die Voraussetzungen für eine organisatorische Einheit noch nicht erfüllt seien. Er nahm auch in anderen Fragen kein Blatt vor den Mund, beklagte die unhumanen Formen der Vertreibung aus dem Osten und das Elend der Kriegsgefangenen und entwarf eine Perspektive der SPD als „Sammellinse der politischen Willensbildung". Der Applaus wollte kein Ende nehmen. Er setzte sich in der Öffentlichkeit fort. Zunehmende Mitgliederzahlen der SPD waren die Folge.

Morgen lesen Sie:
Die KPD lädt zu einer gemeinsamen Feier für Ehren der November-Revolution – die SPD sagt ab. Grotewohl läßt großen Worten keine klaren Taten folgen. Pieck poltert. Die Wahlen in Ungarn und Österreich laufen für die Kommunisten fatal schlecht, also dringt Moskau auf die Einheitspartei in Deutschland. Fechner bekommt einen BMW.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Umstrittenes Bild der Frau

„Familie oder Randwähler?"; WELT vom 24. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für den schönen Leitartikel.

Da hat Bundeskanzler Kohl wohl die falsche Dame zur Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit gemacht? Ist denn Schwangersein eine Krankheit, so daß man die „Pille auf Krankenschein" verordnen muß?

Muttersein ist wirklich eine Aufgabe, die den ganzen Menschen erfordert. Gibt es eine schönere Aufgabe, als Kinder zu angesehenen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen? Sind nur berufstätige Frauen in unserer Gesellschaft etwas wert? Schön die Zeichnung von Klaus Böhle darüber, daß der Storch jetzt „Urlaub auf Krankenschein" machen will.

Frau Ministerin Süssmuth sollte sich einmal überlegen, ob nur Karrierefrauen etwas wert sind; ist denn Selbstverwirklichung so entscheidend?

Mit freundlichem Gruß
Edde Hellmann,
Hamburg 13

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gleichberechtigung? Wieso wird Heiner Geißler in Schutz genommen (... „der Mann hatte zu viele andere Dinge um die Ohren.") und Rita Süssmuth kritisiert?

Sie setzt doch nur konsequent fort, was ihr Vorgänger mit den *„Leitsätzen für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau"* begonnen hat.

Seit dem Essener Parteitag im März dieses Jahres, der die familienpolitische Wende der CDU einleitete, ist die Stammwählerschaft ohnehin irritiert.

Mit freundlichen Grüßen
Brigitte Schlüter,
Frankfurt am Main 50

*

„Kopfschütteln und Verdrossenheit" ruft Ihr Artikel in der Tat hervor, aber nicht wegen Frau Bundesminister Süssmuth, sondern wegen „der Teilerblindung des Mannes" (Christa Wolf), die Ihr Verfasser für gesellschaftspolitische Fragen von Frauen und Familien deutlich demonstriert. Wenn er zum Beispiel der Meinung ist, man müßte unbezahlte Mütterarbeit mehr aufwerten, Frau Süssmuth dagegen „desavouriere die Mütterarbeit, selbst wenn zu Hause Kinder versorgt werden wollen": warum empfiehlt er da zur Aufwertung dieser Mütterarbeit nicht das in der Gesellschaft längst erfolgreich erprobte Rezept, daß Arbeit da aufgewertet und besser bezahlt wird, wo Männer sie mit übernehmen? Ist etwa Selbstverwirklichung durch Erziehungsarbeit nur für Frauen, nicht aber für Männer möglich?

Warum ereifert sich der Verfasser, wenn Frau Süssmuth für die Aufstiegschancen der Frauen Richtwerte festschreiben will, die längst alle Frauenverbände, auch alle politischen Frauenorganisationen fordern? Ist eine demokratische Gesellschaft überhaupt denkbar als Gesellschaft unbezahlt arbeitender Mütter und aufstiegsorientierter und gut bezahlt arbeitender Männer? Frau Süssmuth beklagt nicht die Mütterarbeit, aber die fehlende Väterarbeit; sie beklagt nicht die berufliche Aufstiegsorientierung der Männer, aber die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen.

Herr Zehm muß zur Kenntnis nehmen, daß die Frauen zu Fachleuten ihrer eigenen Probleme geworden sind. Daß sie wissen, daß in der Arbeitswelt eine Million Frauen und *Mütter zur „stillen Reserve" zählen,* 1,5–2 Millionen in recht- und versicherungslosen ungeschützten Arbeitsverhältnissen leben, Frauen und Mütter die Mehrheit der Arbeitslosen stellen und noch immer weitgehend allein für Kindererziehung verantwortlich sind. Das muß doch zu denken geben!

Dr. Brunhilde Peter,
Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, Saarbrücken

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Herrn Dr. Zehm für seinen Artikel danken und seinen Ausführungen zustimmen! Denn die von Herrn Dr. Zehm angeführten Äußerungen der Bundesfamilienministerin, die darin kulminieren, daß jedes Mitglied der Gesellschaft – also auch die Mütter – zur Erwerbsarbeit *verpflichtet seien, halte ich für ungeheuerlich.*

So, wie es der Ministerin und anderen Frauen unbenommen bleibt, ihr Leben als Karriere-Frau zu führen, so beanspruche ich für mich das Recht, als Ehefrau und Mutter einer nichtaußerhäuslichen Tätigkeit nachzugehen, weil ich, gemeinsam mit meinem Mann, der Meinung bin, daß vor allem Kinder als die schwächsten Glieder der menschlichen Gesellschaft volle und ungeteilte Zuwendung und Liebe zunächst vor allem seitens der Mutter bedürfen.

Seit Jahren hören wir von einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen, die alle zu der Feststellung gelangt sind, daß Geborgenheit, Liebe, Zuwendung einer bestimmten Bezugsperson – und wer könnte hier anders als vor allem die Mutter gemeint sein (von stillenden Vätern zum Beispiel habe ich noch nicht gehört) – Voraussetzungen sind für gesundes geistiges, seelisches und körperliches Wachsen und Gedeihen.

Somit leistet vor allem die Mutter, die sich ganz ihrer Familie widmet, einen auch für das Wohl der Allgemeinheit unersetzlichen Dienst, der so manches Mal auch mit Opfer und Verzicht verbunden ist, aber vor allem unendlich viel Freude und eine tiefe Befriedigung vermitteln kann, wie ich es selbst erlebt habe, was man von vielen gehetzten und nervösen erwerbstätigen Müttern nicht sagen kann.

Mit freundlichem Gruß
Marlies Respondek,
Rheinbach

Wort des Tages

„Kindererziehung ist ein Beruf, wo man Zeit zu verlieren verstehen muß, um Zeit zu gewinnen."

Jean-Jacques Rousseau, französischer Philosoph und Autor (1712–1778)

Zypern aus anderer Sicht

„Wir haben schon große Konzessionen gemacht"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

historisch gesehen darf man nicht außer acht lassen, daß es nie ein Volk gegeben hat, das man als zyprische Nation bezeichnen kann. Auf der Insel leben zwei verschiedene Volksgruppen; eine türkische und eine griechische.

Daß diese friedlich miteinander lebenden Volksgruppen in den 50er Jahren in eine Auseinandersetzung geraten sind, ist auf den bewaffneten Kampf der Griechen unter Grivas und der EOKA mit dem Ziel der Enosis, also den Anschluß der Insel an Griechenland, zurückzuführen.

Der Widerstand der Türken schloß die Enosis aus, so daß außer den Vertretern der beiden Volksgruppen der Insel auch die Türkei, Griechenland und Großbritannien eine politische Lösung suchten und sich nach langwierigen Verhandlungen über einen unabhängigen Staat auf eine gemeinsam von beiden Volksgruppen ausgeübte Regierung auf der Insel einigten.

Die hervorstechenden Merkmale des zyprischen Staates sind sein „zwei-Nationen-Charakter" und die strikt gemeinsame Verwaltung der Insel. Die Verfassung schloß die Herrschaft einer der beiden Volksgruppen über die andere aus. Diese Verfassung stand den Griechen bei der Realisierung ihrer „nationalen Ziele", also dem Anschluß an Griechenland, im Wege.

Die Änderungsvorschläge von Makarios von 1963 zur Verfassung zielten darauf ab, die grundlegende Eigenschaft des Staates zu ändern, besser gesagt, die Inseltürken ihrer erworbenen Rechte zu berauben. Die Inseltürken konnten jene Vorschläge nicht akzeptieren. Nach dieser Ablehnung setzte Makarios die eigenen Vorschläge einseitig in Kraft und beendete die geltende Verfassungsordnung willkürlich. Es wurde versucht, gewaltsam den türkischen Widerstand zu brechen, ja, die türkische Volksgruppe im Rahmen des „Akritas-Planes" auszurotten.

Dieser Plan, der auch in den UNO-Papieren zitiert wurde, konnte bislang von keinem griechisch-zypriotischen Verantwortlichen bestritten werden. Die Inseltürken haben von 1963 bis 1974 wegen der barbarischen Übergriffe der Inselgriechen unerträgliche Leiden erduldet. 103 türkische Dörfer sind dem Boden gleichgemacht, zahlreiche Türken, darunter Kinder, Frauen und Greise, wurden niedergemetzelt. Tausende wurden gezwungen, in Gettos zu leben.

Das war aber nicht alles: Um ihr Endziel, die Enosis, zu beschleunigen, führten die Festland- und Inselgriechen einen blutigen Putsch unter Nikos Sampson durch. Die Türkei, die keine andere Möglichkeit sah, das Lebensrecht der Inseltürken abzusichern und die Enosis zu verhindern, intervenierte entsprechend dem ihr in Artikel 4 des Garantie-Abkommens zugestandenen Recht. Es ist eine Tatsache, daß, wenn diese Intervention zur Wiederherstellung des Friedens auf der Insel nicht erfolgt wäre, weder die derzeitige Ruhe hergestellt worden wäre noch die türkische Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit gehabt hätte, menschenwürdig zu leben, und auch Zypern wäre nicht unabhängig.

Makarios und Denktasch kamen im Jahre 1977 dann zu einem grundsätzlichen Einverständnis: die Gründung eines bikommunalen und bizonalen Bundesstaates. Dieser wurde auf dem Gipfeltreffen Denktasch/Kyprianou im Jahre 1979 bestätigt. Die griechisch-zypriotische Seite ignorierte jedoch alle Absprachen.

Das gleiche gilt auch für die Initiativen des UNO-Generalsekretärs de Cuéllar. Der vom UNO-Generalsekretär und den Vertretern beider Seiten in fünf Monaten ausgearbeitete Vertrags-Entwurf war auf dem New Yorker Gipfel Denktasch/Kyprianou im Jahre 1985 zur Unterschrift bereit, wurde jedoch von griechischer Seite abgelehnt, obwohl diese sich vorher zur Unterschrift bereit erklärt hatte. Der Entwurf sah einen bikommunalen und bizonalen Bundesstaat vor. Daß auch diese Möglichkeit verpaßt wurde, führte schließlich zur heftigen Kritik der griechischen Parteien auf der Insel an Kyprianou und hatte zur Folge, daß er im griechisch-zypriotischen Parlament keine Stimmenmehrheit erhielt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Cavlan Tanyer,
Botschaftsrat – Presse –
Türkische Botschaft, Bonn

Bestürzung

„Preis und Wert"; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bestürzung hat die Bundesdeutsche Sektion der IPPNW den Kommentarbeitrag von Enno von Loewenstern gelesen. Wie ist es zu erklären, daß man einer Ärztebewegung, der sich in der Bundesrepublik 15 000 Ärzte verpflichtet fühlen (darunter 3300 regelmäßig zahlende Mitglieder), die mit den 30 000 amerikanischen ärztlichen Mitgliedern eng zusammenarbeitet, ein Teil der 150 000 Ärzte aus 52 Nationen ist, unterstellt, die Ärzte betrieben ausschließlich Angstmache, sie sabotierten Schutzbauten und Katastrophenmedizin, so daß der nächste Krieg, atomar oder nicht, noch katastrophaler würde!

Es sollte doch heute jedem Menschen, besonders in der Bundesrepublik, klar sein, daß jeder nächste Krieg für unser Land einen Atomkrieg bedeuten würde. Selbst der konventionell begonnene würde ganz rasch zum Einsatz von Nuklearwaffen führen, wie General Rogers immer wieder betont hat, und außerdem würden die weit über 1000 Atomwaffen in unserem Land explodieren und durchbrennen, das träfe auch für die Kernreaktoren zu. Der nächste Krieg würde also für unser Land auf jeden Fall zur weitgehenden oder totalen Vernichtung führen, zur Ermordung von zigmillionen Deutschen. Was ist nun ärztlich-ethischer? Sich darauf vorzubereiten, den verbliebenen Rest von Deutschen dann noch notfallmäßig zu verbinden, oder alle Kraft in das große Ziel zu investieren, ein Umdenken bei den verantwortlichen Politikern zu erreichen?! Um einen solchen Umdenkungsvorgang, wie ihn längst vor uns Albert Schweitzer und Albert Einstein forderten, in Gang zu bringen, muß man couragiert sein und muß man Zeichen setzen. Das Zeichen heißt: Bunkerbau und Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall stellen im Atomkriegszeitalter für unser Land eine Farce dar, sie sind Augenwischerei, sie stärken nicht alle Kraft, eine Katastrophe zu verhindern.

Professor Dr. Ulrich Gottstein,
Vorstandsmitglied der
Bundesdeutschen Sektion
der IPPNW, Frankfurt

Auch Afrika

Sehr geehrte Damen und Herren,

die WELT hat vom 22. Oktober an dankenswerterweise den Wetter-Service für Ihre Leser durch meteorologische Daten aus 100 Orten erweitert und damit verbessert.

Leider vermisse ich die Angaben aus Pretoria oder Johannesburg oder Kapstadt. Sind diese nicht nennenswert?

Während meiner Reisen 1982 und 1984 durch Südafrika und das ehemals Deutsch-Südwest-Afrika konnte ich zu meinem nicht geringen Erstaunen feststellen, daß alle Zeitungen – selbst Lokalzeitungen –, die ich in die Hand bekam, ganz selbstverständlich täglich die meteorologischen Daten zumeist von Berlin, aber auch von Frankfurt oder Bonn angaben.

Meines Erachtens haben politisch divergierende Auffassungen mit einer derartigen Berichterstattung nichts zu tun. Es fehlen in Ihrer Berichterstattung ja auch nicht zum Beispiel die Daten aus Moskau.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Georg Morawe,
Mannheim 1

Ein Märchen

„Pankraz, B. Vollmert und die fade Ursuppe"; WELT vom 21. Oktober

Lieber Pankraz,

indem Sie über Professor Vollmerts naturwissenschaftlich hieb- und stichfeste Widerlegung chemischer Evolutions- und Ursuppenkonzepte referieren und die Konsequenzen daraus beleuchten, erweisen Sie der Wahrheit in der Naturwissenschaft einen wichtigen Dienst.

Endlich dringt der Schwindel von der Tatsachenbehauptung der Evolution an das Licht der Öffentlichkeit. Mit üblen Methoden werden seit vielen Jahren alle wissenschaftlichen Fakten und Sachbeweise, die den behaupteten Tatsachencharakter der Evolution widerlegen oder in Frage stellen, hartnäckig totgeschwiegen. Völlig zu Recht sehen Sie Universitätsseminare, wissenschaftliche Fernsehsendungen, Volkshochschulen, Fachlehrbücher und Grundkursfibeln von Evolutionsmärchen beherrscht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jürgen Markert,
Dülmen

Personalien

GEBURTSTAG

Eduard Adorno, in den siebziger Jahren Hausherr der baden-württembergischen Landesvertretung in der Bonner Schellingstraße, feiert am Donnerstag in Stuttgart seinen 65. Geburtstag. Nach Kriegsende hatte er in Hohenheim bei Stuttgart Landwirtschaft studiert und anschließend das in Familienbesitz befindliche Obst- und Hopfengut Kaltenberg bei Tettnang übernommen. Von 1959 bis 1963 amtierte er als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Hopfenpflanzer und von 1959 bis 1967 als Vizepräsident des Europäischen Hopfenbaubüros Straßburg. 1970–1977 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg. Als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Ravensburg kam er erstmals 1961 in den Deutschen Bundestag, dem er bis 1972 angehörte. Unter **Gerhart Schröder** arbeitete Adorno von April 1967 bis Ende 1969 als erster Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Von 1972 bis 1980 war er als Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund tätig.

VERÄNDERUNG

Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, **Johannes Binkowski** aus Stuttgart, hat in Fulda das Amt des Stadthalters der Deutschen Stadthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem angetreten. Er löst den Bankier **Hermann Josef Abs** ab, der auf eigenen Wunsch von dem Amt entbunden wurde. Wie der leitende Komtur, **Joseph Schmitt**, mitteilte, gehören dem 1868 von Papst **Pius IX.** gegründeten Ritterorden rund 850 deutsche Mitglieder an. Weltweit hat die Organisation rund 10 000 Mitglieder, die sich die finanzielle Unterstützung der christlichen Gemeinden im Heiligen Land zur Aufgabe gemacht haben.

AUSZEICHNUNGEN

Als fünfter Künstler wird **Joseph Beuys** den mit 20 000 Mark dotierten Lehmbruck-Preis der Stadt Duisburg erhalten. Die Jury der Stadt hat sich für Beuys entschieden, „weil dieser seit über drei Jahrzehnten in einem vielschichtigen Werk Begriff und Praxis der Skulptur entscheidend erweitert" habe. Die seit 1966 im Abstand von fünf Jahren verliehene Auszeichnung wird Beuys am 4. Januar 1986, dem Geburtstag **Lehmbrucks**, entgegennehmen. Die früheren Lehmbruck-Preisträger waren **Eduardo Chillida, Norbert Kricke, Jean Tinguely** und **Claes Oldenburg**.

*

Der Modepreisträger der Stadt München 1986 heißt **Gianni Versace**. Der Modepreis ist mit 10 000 Mark dotiert. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Jury war die hervorragende Leistung des Italieners als führender internationaler Modeschöpfer, wobei vor allem seine Kreativität, meisterhafte Schnittführung und Farbgebung überzeugten. Der Modepreis 1986 wird während der Eröffnung der Frühjahrs-Modewoche im März nächsten Jahres vergeben. Das Geld spendeten bisher alle 17 Preisträger der Deutschen Meisterschule für Mode. In diesem Jahr war der Italiener **Giannfranco Ferre** ausgezeichnet worden, 1984 ging der Preis an den Münchner Designer **Albert Fuchs**, im Jahre zuvor an die Hamburgerin **Jil Sander**.

*

Der Münchner Liedermacher **Konstantin Wecker** erhielt den Südwestfunk-Liederpreis 1985. Der Südwestfunk feierte die Verleihung mit einem „Fest der Lieder" im Auditorium maximum der Universität Konstanz. Dabei wurde der Liederpreis, eine Bronzeplastik des Künstlers **Werner Lichtner-Aix**, an Wecker für dessen Chanson „Renn lieber, renn" übergeben. Der Münchner Liedermacher ist nach **Wolf Biermann**, der 1984 für das Lied „Der Deserteur" den ersten Platz belegte, der zweite Träger des Südwestfunk-Preises.

VERANSTALTUNG

Ein volles Haus hatte Österreichs Botschafter Dr. **Willibald Pahr** in Bonn, der sich von deutschen Freunden und vom Diplomatischen Korps verabschiedete. Pahr, früher Außenminister Wiens, geht als Generalsekretär der Internationalen Welt-Tourismus-Organisation nach Madrid. Zu seinem Bonner Abschied kamen unter vielen **Friedrich Vogel**, Staatsminister im Bundeskanzleramt, die Staatssekretäre **Klaus Blech**, Bundespräsidialamt, und **Hans Neusel**, Innenministerium, sowie **Volkmar Köhler**, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unter den Gästen Gesandter **Erhard Holtermann**, stellvertretender Chef des Protokolls, SPD-Fraktionschef **Hans-Jochen Vogel** und SPD-MdB **Hans Jürgen Wischnewski**, **Max Adenauer** und Bonns Polizeipräsident **Hans-Wilhelm Fritsch**. Im Kreise der Diplomaten der Apostolische Nuntius Erzbischof **Joseph Uhac**, der britische Botschafter **Sir Julian Bullard**, Israels Botschafter **Yitzhak Ben Ari** und der Schweizer Botschafter **Charles Müller**. Als Nachfolger von Botschafter Willibald Pahr in Bonn ist der politische Direktor des Wiener Außenamtes, **Dr. Friedrich Bauer**, im Gespräch. Der zur Zeit zweitwichtigste Mann in der österreichischen Diplomatie hatte seine neue Mission für Bonn als „Wunschposten" deklariert. Friedrich Bauer, Jurist, SPÖ-Mitglied, war Wiens Botschafter in Ost-Berlin gewesen. Zu seinen diplomatischen Auslandsstationen gehörte auch Israel.

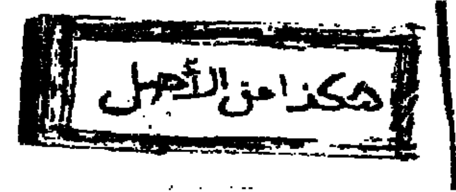
WAHL

Günther Mees, Chefredakteur der Münsteraner Bistumszeitung „Kirche und Leben", ist bei der Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP) zum neuen AKP-Vorsitzenden gewählt worden. Mees ist in diesem Amt Nachfolger von **Heiko Klinge**, Leiter des Hildesheimer Bernward-Verlages. Klinge hatte nach sechsjähriger Amtszeit nicht mehr für den AKP-Vorsitz kandidiert. Er wurde zum Sprecher der Verleger in der AKP und stellvertretenden AKP-Vorsitzenden gewählt. Sprecher der Redakteure und ebenfalls stellvertretender AKP-Vorsitzender wurde **Günter Beaugrand** aus Hamm. Darüber hinaus gehören dem neuen AKP-Vorstand die Verleger Pater **Alfons Keuter** aus Mainz, **Hans Driewer** aus Paderborn, **Wolfgang Walter** aus München, **Günter A. Schmid** aus Augsburg, **Kurt Kiening** aus Bamberg, **Gertrud Stevens** aus Essen sowie die Chefredakteure **Gerda Röder, Hans-Georg Becker** beide aus München, **Hansjosef Theißen** aus Aachen, **Josef Dewald** aus Karlsruhe und **Udo Haltermann** aus Nettetal an.

*

Der Verwaltungsrat des WDR hat Dr. **Theodor Schwefer** zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde **Dieter Mahlberg**, Vorsitzender des DGB-Landesbezirkes Nordrhein-Westfalen. Beide wurden mit einstimmigem Ergebnis gewählt. Dr. Theodor Schwefer war bereits seit Mai 1982 Vorsitzender dieses Gremiums.

Bernhard Bauknecht, 1953 bis 1969 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ist im Alter von 85 Jahren im württembergischen Ravensburg verstorben. Bauknecht war bereits vor 1933 politisch aktiv in der deutschen Zentrumspartei. Nach Kriegsende gehörte er zu den Mitgründern der CDU. 1947 kam er in die verfassungsgebende Landesversammlung von Württemberg-Hohenzollern, im selben Jahr trat der selbständige Landwirt an die Spitze des Landesbauernverbandes Württemberg-Hohenzollern, deren Ehrenpräsident er bis zu seinem Tode war. 1949 wurde Bauknecht in den Bundestag gewählt, dem er bis 1969 angehörte. In den 50er und 60er Jahren gehörte er dem geschäftsführenden Präsidium des Deutschen Bauernverbandes – zeitweise als Vizepräsident – an.



Gutendorf zu Hertha BSC. „Eine Aufgabe, die zu mir paßt“

Rudi Gutendorf, Fußball-Weltenbummler zwischen Chile und Indien, wird ab 1. Januar 1986 Trainer und Manager beim Zweitliga-Klub Hertha BSC. In Tokio, wo er noch den Verein Yomiuri trainiert, einigten er und Vereinspräsident Wolfgang Holst sich auf einen Vertrag über zweieinhalb Jahre. Bedingung: Holst, der eigens für zwei Tage nach Tokio flog, müsse am 25. November bei der Jahreshauptversammlung wiedergewählt werden. WELT-Mitarbeiter Bernd Weber sprach mit Gutendorf, der bereits beim MSV Duisburg, VfB Stuttgart, bei Schalke 04, Kickers Offenbach, Tennis Borussia Berlin und mit dem Hamburger SV in der Bundesliga gearbeitet hat.

WELT: Was hat Sie dazu veranlaßt, Herrn Holst Ihr Ja-Wort zu geben?

Gutendorf: Ich bin zwar schon 59 Jahre alt, aber ich bin immer noch der unruhige Geist früherer Jahre. Ich brauche einfach mal wieder eine neue Herausforderung.

WELT: Hertha ist sportlich und finanziell fast am Ende. Wissen Sie überhaupt, auf was Sie sich da einlassen?

Gutendorf: Auf eine Aufgabe, die genau zu mir paßt, denn Vereine zu retten, die vor dem Ruin stehen, das habe ich ja schon einige Male geschafft. Ich habe seinerzeit Schalke als Tabellenletzter übernommen und die Mannschaft in den Europapokal geführt.

WELT: Damals waren Sie noch wesentlich jünger.

Gutendorf: Ich fühle mich gesundheitlich nach wie vor topfit. Ja, ich würde sogar sagen, daß ich als Trainer noch nie so gut war wie im Augenblick. Mein altes Temperament habe ich immer noch. Ich bin jedoch reifer und gelassener geworden.

WELT: Haben Sie Ihre Entscheidung für Hertha sozusagen über Nacht getroffen?

Gutendorf: Nein, das kann man nicht sagen. Herr Holst hat schon vor langer Zeit Kontakt mit mir aufgenommen. Ich habe mir das Ganze reiflich überlegt und eben jetzt meine Zusage gegeben.

WELT: Haben Sie nicht Angst davor, daß in Berlin Wunderdinge von Ihnen erwartet werden? Beim HSV hat das ja nicht geklappt.

Gutendorf: Das können Sie ruhig deutlicher herausstellen, in Hamburg bin ich richtig auf die Schnauze gefallen. Aber, wie gesagt, meine Spezialität ist es, Tote zum Leben zu erwecken. Der HSV war Europacup-Sieger, als ich dort anfing. Mir fehlte damals wohl doch die rechte Einstellung, um das weiterzuentwickeln.

WELT: Sie haben Ihr Leben lang sorgfältig darauf geachtet, genug zu verdienen. Hertha ist sehr arm.

Gutendorf: Eben weil ich bisher immer gute Gehälter bekommen habe, kann ich diese Frage diesmal ganz hintenanstellen. Ich weiß, daß ich in Berlin, zumindest in der Anfangsphase, für 'n Appel und 'n Ei arbeiten muß. Mich reizt die Aufgabe – ich würde sie schon als die größte Herausforderung meines Lebens bezeichnen.

WELT: Glauben Sie denn, daß die Berliner Sie mit offenen Armen aufnehmen werden?

Gutendorf: Da bin ich ganz sicher. Ich habe schließlich schon einmal ein Jahr lang bei Tennis Borussia gearbeitet, und ich bin damals in der herrlichen Weltstadt Berlin phantastisch angekommen. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Berliner auch diesmal wieder richtig mitziehen werden. Sie wollen doch alle, daß der Klub wieder in die höchste Klasse kommt.

WELT: Haben Sie denn schon eine Konzeption erarbeitet, mit der Sie den Aufschwung schaffen wollen?

Gutendorf: Das Konzept ist insofern klar, als ich im fußballerischen Bereich allein das Sagen haben werde. Ich bin der Boß und nur dem Präsidenten Holst unterstellt – wenn er, was ich natürlich inbrünstig hoffe, wiedergewählt wird.

WELT: Kennen Sie sich denn in der deutschen Fußballszene überhaupt noch aus?

Gutendorf: Ich bin ein Kind der Bundesliga, in diesem Wurstkessel ist mir trotz meiner langen Abwesenheit nichts fremd. Keine Angst, ich werde mich schon zurechtfinden.

WELT: Was sagen die Verantwortlichen Ihres jetzigen Vereins Yomiuri zu Ihrem Weggang?

Gutendorf: Sie sind traurig, aber Sie werden mich, wenn mein Vertrag am 31. Dezember ausläuft, mit großer Dankbarkeit entlassen. Zu Recht, denn als ich vor zwei Jahren hier anfing, spielte der Verein bereits zwanzig Jahre in der ersten Liga – ohne Titel. Ich bin zweimal Meister, Pokalsieger, Ligapokalsieger und Supercup-Gewinner geworden.



Von Japan nach Berlin: Rudi Gutendorf. In der Bundesliga arbeitete er zuletzt (erfolglos) beim HSV. FOTO: DPA

FUSSBALL / Lehrgang der Nationalelf

Beckenbauer: „Talente machen Rückschritte“

sid, Herzogenaurach

Gestern morgen stand Joggen auf dem Plan. Teamchef Franz Beckenbauer hatte die Fußball-Nationalspieler mit Horst Köppel zum Trimmen in den Wald geschickt. Er selbst trottete gemächlich hintendrein. Eine gute Gelegenheit für ihn, sich Gedanken zu machen.

Die Sache mit Bernd Schuster setzt ihm doch stärker zu, als er es zugeben mag. Das Interview im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, in dem Schuster mitteilte, er werde nicht in die Nationalmannschaft zurückkehren, hat er nicht gelesen. Den Inhalt will er nicht zur Kenntnis nehmen, wenn er sagt: „Ich habe mit ihm ein Telefongespräch vereinbart. Wenn er nicht mehr für Deutschland spielen will, möchte ich das von ihm selbst hören.“ Nur: Ändern wird dies am Sachverhalt nichts. Innerlich dürfte auch Beckenbauer das Thema schon abgehakt haben. So wie es Horst Köppel tat: „Nun wissen wir, wo wir dran sind.“ So wie es auch die Spieler taten. Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge: „Das Thema ist vom Tisch, seine Aussagen sind klar.“ Schuster warf Rummenigge in dem Interview Opportunismus („Er hängt sein Fähnchen nach dem Wind“) vor. Dazu Rummenigge: „Es zeugt doch nicht von Opportunismus, wenn ich jemanden die Rückkehr in die Nationalmannschaft empfehle, der mir absolut unsympathisch ist.“

Auch Franz Beckenbauer wird nicht umhinkommen, ohne Schuster zu planen. Denn gut sieben Monate vor dem Beginn der Weltmeisterschaft in Mexiko besitzt die deutsche Mannschaft zwar Konturen, aber noch längst kein Gesicht. Diese Erkenntnis, gerade nach dem 0:1 gegen Portugal, begleitet den Lehrgang im herbstlichen Herzogenaurach. Beckenbauer: „Ich hatte gehofft, daß wir nach dem Spiel in Schweden, das die Qualifikation sicherte, einen deutlichen Schritt nach vorne gekommen wären. Jetzt fangen wir wieder am Nullpunkt an.“ Die Niederlage gegen die spielerisch stärkeren Portugiesen hängt immer noch nach. Beckenbauer: „Ich werde mich wohl damit abfinden müssen, daß der Kreis der 22 Spieler für das WM-Turnier erst im April 1986 feststeht.“

Die Tür zum Elitekreis des deutschen Fußballs ist derzeit wieder weit offen. Das liegt vor allem daran, daß sich die hochgelobten Spieler der jungen Generation mit persönlichen Problemen beschäftigen müssen. Beckenbauer hat festgestellt: „Spieler wie Olaf Thon, Thomas Berthold, Uwe Rahn oder Michael Frontzeck sind in ihrer Entwicklung nicht nur stehengeblieben, sie haben sogar einen Rückschritt gemacht.“

Gerade auf diesen Spielern ruhte die Hoffnung auf eine glorreiche Zukunft. Mit Frontzeck und Berthold schienen die passenden Verteidiger gefunden. Uwe Rahn wurde schon als neuer Günter Netzer gefeiert. Olaf Thon befindet sich zwar wieder auf dem Weg nach oben (Beckenbauer: „Er kann ein Spielmacher werden“), darf derzeit allerdings als Ausnahme von der Regel gelten. Als Paradebeispiel der Schwierigkeiten führt Beckenbauer den Frankfurter Thomas Berthold an: „Der Junge ist nach seiner Handoperation jetzt zwar außer Gefecht, aber er muß endlich kapieren, was und wie er zu spielen hat.“

Karl-Heinz Rummenigge weist auf den Druck in den Vereinen hin: „Das Problem der jungen Spieler ist, daß sie schon früh in der Verantwortung stehen. Dieser Druck ist nur schwer zu verkraften. Als ich damals bei Bayern anfing, hatte ich Leute wie Maier, Beckenbauer, Müller oder Breitner vor mir. Ich mußte keine schwere Last auf den Schultern tragen, sondern hatte Zeit, von diesen Persönlichkeiten zu profitieren und mich zu entwickeln.“

Franz Beckenbauer ist sich dieser Probleme bewußt. Im Hinblick auf die Weltmeisterschaft sagt er deshalb: „In Mexiko brauche ich Leute mit Erfahrung. Zu viele junge Spieler sind sicherlich überfordert.“ Aber auch die routinierten Spieler wie Felix Magath und Ditmar Jakobs bereiten ihm Sorgen: „Wir hatten uns sicherlich alle von Felix mehr erwartet, auch wenn er in der Beurteilung zu schlecht weggekommen ist.“ Und zu Jakobs: „Wenn wir defensiv spielen müssen, besteht kein Zweifel. Wenn wir aber offensiv und mit Risiko spielen müssen, ist er nicht der richtige Mann.“ Wie die Probleme für das letzte Qualifikationsspiel gegen die CSSR (17. November) in München gelöst werden, bleibt abzuwarten. Eines steht für Beckenbauer fest: „Es wird in München Änderungen geben.“

SPORTMEDIZIN

Kritik an Plänen von Samaranch

sid, Hellersen

Die deutschen Sportmediziner fürchten um die Zukunft des Hochleistungssports. Wettkampfinflation und Leistungsstreß, forciert durch Kommerzialisierung und Professionalisierung des Sports, unterstützt vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) – für den Athleten wird die Erfolgsorientierung zum Erfolgszwang. Auf der Strecke bleibt die Gesundheit, weil die Grenzen der körperlichen Beanspruchung oft überschritten werden. Der Deutsche Sportärzte-Bund (DSÄB) will da nicht länger tatenlos zusehen.

Auf dem DSÄB-Delegiertentag in der Sportheilklinik Hellersen äußerten sich die Mediziner kritisch zu den Tendenzen des IOC und dessen Präsidenten Juan Antonio Samaranch, die „olympische Idee ständig weiter zu vermarkten und zu professionalisieren“. Der auf der Polit- und Wirtschafts-Bühne gleichsam gewandte Spanier sei dabei, olympische Ideale zu demontieren.“

Professor Wildor Hollmann, DSÄB-Präsident von der Deutschen Sporthochschule Köln, sagt: „Der Hochleistungssport hat schon heute Ausmaße erreicht, die die biologischen Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit überschreiten. Olympia zu professionalisieren heißt, diesen Prozeß weiter zu beschleunigen.“ An der rasanten Talfahrt des Profi-Modells hat Hollmann keinen Zweifel: „Die Offenen Spiele sind beschlossene Sache.“

Die Sportmediziner setzen sich zur Wehr, weil sie nicht die Handlanger der Leistungseuphorie des modernen Hochleistungssports sein wollen. Hollmann: „Die Sportmedizin kann nicht die Reparaturwerkstatt für die Opfer des Leistungssports sein.“ Dem Leistungssport wollen sich die Mediziner nicht verweigern. Hollmann: „Wir wollen den Leistungssport, aber einen humanen.“

5000 Kadersportler stehen hierzulande 19 Millionen Sporttreibenden gegenüber. Hollmann verdeutlichte die gesellschaftsbezogene Aufgabe der Sportmedizin: „Wir bekämpfen Zivilisationskrankheiten mit sichtbarem Erfolg durch Sport. Die Prävention ist unsere wichtigste Aufgabe.“ Und an die Adresse der Kollegen sagte Hollmann: „Einigen ist die Popularität wichtiger als die Medizin.“

TENNIS / Wimbledonsieger sagt Turnier in Australien ab, um sich auf den Daviscup vorzubereiten

Anti-Fan-Klub: „Wer zum Teufel ist Boris Becker?“

sid/dpa, Bonn

Boris Becker hat seine Teilnahme an den Offenen Australischen Meisterschaften in Melbourne, dem vierten der Grand-Slam-Turniere nach Paris, Wimbledon und Flushing Meadow, abgesagt. Der Wimbledonsieger will sich ganz auf das Finale im Daviscup zwischen Deutschland und Schweden vom 20. bis 22. Dezember in München konzentrieren. Das Turnier in Melbourne läuft vom 25. November bis 8. Dezember.

Morgen greift Boris Becker, der in der neuesten Weltrangliste weiter auf Platz fünf steht (hinter Lendl, McEnroe, Wilander, Connors), bei den sogenannten „European Champions Championship“ in Antwerpen ein. Bei diesem Turnier gibt es zwar keine Punkte für die Weltrangliste, dafür aber viel Geld zu kassieren – insgesamt 850 000 Dollar. Becker spielt gegen den Sieger der Begegnung Gerulaitis (USA) – van Langendonck (Belgien). Danach müßte er Miloslav Mecir (CSSR) und John McEnroe (USA) besiegen, um im Finale erneut auf Ivan Lendl zu treffen (wenn es keine Überraschungen gibt). Lendl hat die Chance, mit einem dritten Erfolg innerhalb von fünf Jahren einen Schläger zu gewinnen, der aus sechs Kilogramm Gold und 1420 Diamanten (Wert zwei Millionen Mark) gefertigt ist.

Andreas Maurer (3:6, 1:6 gegen den Polen Fibak) und Ricki Osterthun (6:7, 2:6 gegen den Spanier Casal) verloren in Antwerpen bereits in der ersten Runde, sie kassierten aber immerhin noch 5000 Dollar.

*

Der Wirbel um Boris Becker hat in Frankfurt einen neuen, absurden Höhepunkt erreicht. Der 42 Jahre alte Postbeamte Jürgen Pfaffe gründete einen „Anti-Becker-Fan-Klub“. Nach einer Kleinanzeige mit privater Telefonnummer („Alle lieben Boris Bekker! Wir aber nicht“!) hatte er mehr Zulauf, als er erwartet hatte. Der Klub hat 148 Mitglieder zwischen 15 und 78 Jahren, Pfaffe sagt: „Der Andrang ist zu groß, jetzt besteht erst einmal Mitgliederstopp.“ Der Postbeamte: „Tennis ist ganz gut, und Boris Becker soll auch gewinnen. Aber als der Firlefanz und die Kinkerlitzchen anfingen, Désirée Nosbusch hier und die Prinzessin da und auch noch der Vertrag mit einer Bank dazukam, da war es genug.“

Von der nächsten Woche an sollen Aufkleber und T-Shirts mit der Aufschrift „Wer zum Teufel ist Boris Becker?“ verkauft werden. Ein Video-Band mit dem Titel „Die schlechtesten Schläge von Bumm Bumm Becker“ ist geplant. Zur Zeit nimmt Postbeamter Pfaffe nur noch „echte Becker-Geschädigte“ auf, zum Beispiel einen empörten Frankfurter Taxifahrer. Pfaffe: „Der hat von Manager Ion Tiriac nur 30 Pfennig Trinkgeld bekommen.“

SPORT-NACHRICHTEN

Roth pfeift Weltcup-Finale

Düsseldorf (sid) – Bundesliga-Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter wird das Finale um den Fußball-Weltcup am 8. Dezember in Tokio zwischen Europapokal-Gewinner Juventus Turin und dem Südamerikacup-Gewinner Juniors Buenos Aires leiten. Die Argentinier wollen für dieses Spiel Diego Maradona vom SSC Neapel verpflichten.

Ermittlung gegen Thielen

Herzogenaurach (sid) – Karl-Heinz Thielen, Vize-Präsident des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Köln, droht ein Verfahren vom Deutschen Fußball-Bund (DFB). Thielen hatte vor dem Spiel in Kaiserslautern gewettet, daß es für die Kölner Spieler mindestens drei gelbe Karten, einen Platzverweis oder einen Strafstoß geben würde. Der Kontrollausschuß sieht darin eine „massive Beeinflussung“.

Pause für Kasparow

Moskau (dpa) – Herausforderer Garri Kasparow nahm gestern bei der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau seine letzte Auszeit. Die 21. Partie gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow wird morgen gespielt.

Bundesligaspiele live

Stockholm (dpa) – Zwei Spitzenspiele der Fußball-Bundesliga werden live im Fernsehen übertragen – in Schweden. Bayern München gegen Bremen (23. November) und Mönchengladbach gegen München (30. November) werden in der regelmäßigen schwedischen Sendung „Tips extra“ gezeigt. Bisher wurde dort stets ein Spiel der englischen Liga original übertragen.

Gnauck hört auf

Berlin (sid) – Maxi Gnauck, Olympiasiegerin von Moskau am Stufenbarren und lange Zeit beste Turnerin der „DDR“, beendete eine Woche vor den Weltmeisterschaften in Montreal ihre Karriere. Ihre Begründung: „Formschwäche.“

Hockey-Niederlage

Canberra (sid) – Deutschlands Hockey-Nationalmannschaft der Damen unterlag Australien in Canberra im dritten von sechs Länderspielen mit 1:4. Zuvor hatte es für das deutsche Team einen 2:1-Sieg und ein 1:3 gegeben.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Antwerpen, 1. Runde: Wilkinson – de la Pena (Argentinien) 6:4, 6:1, Casal (Spanien) – Osterthun (Deutschland) 7:6, 6:2, Fibak (Polen) – Maurer (Deutschland) 6:3, 6:1, Nystroem (Schweden) – Boileau (Belgien) 6:2, 6:4.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 361 886,60 Mark, 2: 186 464,70, 3: 14 114,80, 4: 179,30, 5: 11,90. – **Toto,** Elferwette: 1: 19 259,70, 2: 593,70, 3: 44,50. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 990 523,90, 2: 29 866,00, 3: 44,50. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 206,20, 2: 73,90. – Rennen B: 1: 271,00, 2: 35,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 27 079,80. (ohne Gewähr)

Die Sportmedizin am Scheideweg?

Die Kritik nach den Olympischen Spielen in Los Angeles ist noch in guter Erinnerung. Die sportmedizinische Betreuung deutscher Hochleistungssportler müsse verbessert werden, professioneller, orientiert am sportmedizinischen System im staatlich gelenkten Sport des Ostblocks.

Für jeden, der im Hochleistungssport konkurrenzfähig bleiben will, eine notwendige Forderung. Ohne professionelle medizinische Betreuung ist das Streben nach Medaillen, Titeln und Rekorden angesichts ständig steigender Anforderungen nicht denkbar. Anforderungen, die mit verstärkter Kommerzialisierung des Sports noch zunehmen.

Die Frage ist, ob Sportmediziner diese Entwicklung weiter unterstützen können. Der Deutsche Sportärzte-Bund übte scharfe Kritik an der zunehmenden Vermarktung der Olympischen Idee durch den IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch. Diese Strategie könnte, so fürchten die Ärzte, den Leistungssport unmenschlich machen. Steigende Konkurrenz, zunehmender Leistungsstreß, Verletzungen,

STAND ● PUNKT

aber keine Zeit zur Therapie, hormonelle Manipulation – alles fernab ethischer Grundsätze der Sport-Idee.

Die Sportärzte wollen nicht zur „Reparaturwerkstatt“ für Opfer der Leistungseuphorie verkommen. Sie machten sich bei ihrer Tagung in Hellersen zum Gesundheitsanwalt der sporttreibenden Bevölkerung. Der Breitensport vieler besitzt für sie einen erhöhten Stellenwert als der Spitzensport weniger. Es soll zwar keine Abkehr vom Spitzensport geben, aber eine gedankliche Umkehr.

Ein Argument mit Hindernissen. Wer wird sich künftig um die Spitzenathleten kümmern, die den kräfteraubenden Konkurrenzkampf auf sich nehmen? Athleten, die die Knochenmühle des Hochleistungssports akzeptieren, die das Risiko physischer (und psychischer) Schäden auf sich nehmen. Steht die Sportmedizin am Scheideweg von zwei Orientierungen?

Klar ist: Die Sportmedizin befindet sich in einem kritischen Denkprozeß, der ein akutes Dilemma des Sports beschreibt. Hochleistungssport um jeden Preis, können wir uns das leisten?

Nachdenken lohnt sich.

CHRISTOPH FISCHER

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Risikolose Kapitalanlage in DM
13,5 % p. a. (abgesichert)
Zuschriften unter N 6382 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitalanleger!
Wertabgesicherte Geldanlagen mit interessantem Gewinn und steuerlichen Vorteilen bei grundbuchmäßiger Absicherung (auf Wunsch anonym) in Deutschland durch Luxemburger Gesellschaft.
Zuschr. u. F 6266 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsgesellschaft gesucht
für absolut seriöses und testiertes Abschreibungsbonbon (Verkauf v. KG-Anteilen), kein Bauherrenmodell, kein Berlin-Projekt etc., sondern ein Produkt, welches eine weltweite Marktlücke bei erstklassiger Ertragskraft darstellt. Plazierungsvolumen 35 000 000 DM, sehr interessante Provision.
Tel. 0 03 52 / 44 12 42, Telex 60 352 UNIPA LU

Freizeit – die Investition der Zukunft
Intakter Freizeit-Club – nur 20 Min. außerh. Großstadt, m. Tennis & Schule & body-building & Saunen & Schwimmbad, nimmt tätigen Teilhaber auf – vorzugsw. Hotel-Gaststättenbetr. w. Erweiterung – Einlage VHS.
Zuschr. erb. u. H 6422 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Durch den **Steuerretter** können Sie sich Ihre **Einkommenssteuer von 1983** zurückholen.
Nur noch wenige Wochen möglich. Information durch:
Hans-Jürgen Paulsen GmbH, Praxis für Finanzberatung
Strecknitzer Tannen 54, 2400 Lübeck 1, Tel. 04 51 / 50 18 12

LAAX
Graubünden
Erstklassige Kapitalanlage
Mit jedem Komfort ausgestattete Ferienappartements
1–2½ Zimmer
Bad, Küche, teilw. Cheminée. Weltklasse-Skigebiet und Sommer-Kurort. 1000–3000 m ü. M. Anzahlung ab DM 50 000,–. Ausländerverkaufsbewilligung vorhanden.
SUNSIDE IMMOBILIEN AG
Birmensdorfer Straße 94
CH-8036 Zürich
Tel. 00 41 / 1 / 4 61 02 33

SÜDOSTSPANIEN
Altershalber müssen wir unsere sehr schön gelegene Villa, direkt am Mittelmeer, verkaufen. Ruhige Lage, wunderschönes Panorama, kein Massentourismus. Sehr geeignet f. Dauerbewohnung. Fotos stehen zur Verfügung.
Info: J. G. Onstenk, Wilhelminastr. 16
NL-6921 ZM Duiven
Tel. 00 31-83 67 16 19.

Schweizer Hypo-Intensiv-Programm
Umfinanzierung Ihrer Immobilie kann Kreditkosten unter derzeit 5 % drücken. Auszahlung 100 %, Voraussetzung, Kreditsumme unter 50 % des Schätzwertes (keine Problemfälle). Anfrage an: Integritas AG Deutschland, Wilhelmstr. 5, 7800 Freiburg, Tel. 07 61 / 3 65 25

Bei MARBELLA
1 Schiffsplatz, 15 x 4,30, in Puerto Cabopino, 2 Grundst, 5700 m², m. unverbaub. PANORAMABLICK auf Meer u. Berge, zu verk.
Tel. 0 23 23 / 3 07 99

Spanien
Bungalow DM 27 000,–.
G. L. Tel. 0 66 20 / 16 52

Top-Telefonkontakter
Kein Bauherrenmodell, kein Warentermin etc., sondern f. vornehme exkl. Aktivität im Rahmen dt. Lehranstalten (Uni, TH), bei erstklassigem Einkommen. Interessant auch f. Gruppen, aus. Orgaleiter gesucht.
Tel. 0 03 52/44 12 42, Tx. 60 352 UNIPA LU

FERIEN-WOHNPARADIES ÖSTERREICH
MARIA ALM
Gemeinde Saalfelden. Wander- u. Erholungsgebiet im Salzburger Land, 1- bis 4-Zimmer-Wohnungen.
NIEDERNSILL
(nahe Europa-Sportregion Kaprun/Kitzsteinhorn) 1- bis 3-Zi.-Whg., teilw. kurzfr. beziehbar, langfr. Finanz. mögl.
Eigentumswohnungen mit gesicherter Grundbucheintragung.
»DEIN HEIM«
Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, I.-Rieder-Kai 13a
☎ 00 43 662 23 5 05-0

BIO-FISCHFARM
staatl. gefördert/hohe Rendite, Steuervorteile 85/86.
Autom. Info: 02 31 / 52 34 75

Mantel einer GmbH & Co. KG
gesucht, auch mit Verlustvortrag, evtl. interessante Mitwirkung mögl.
Tel. 0 03 52/44 12 42
Tx. 60 352 UNIPA LU

Penthouse: Weiden
171 m², großzügige Fensterflächen, Loggia in Südwestlage, 50 m² Wohnraum, Velours-Teppichboden, 5 Zimmer, separater Schlaftrakt, 1100,– DM Kaltmiete, Kaution, NKVZ. Provisionsfreie Vermietung durch den Eigentümer.
Mo.–Fr. 9.00–16.00 Uhr
Tel. 02 21 / 5 78 33 67

Gelegenheitskauf
2-Fam.-Haus für DM 350 000,–, Raum Bodensee, von Privat zu verkaufen.
W. Kehle, 7961 Bergatreute
Tel. 0 75 27 / 46 92

Bauplatz
Insel Wangerooge
Zentrum, Bestlage, Zedeliusstr., 564 m², 360 000,– DM.
Aukt. Wilfried Meyer
Tel. 0 44 02 / 22 51

Staatsbürgerschaft
eines südamerikanischen Landes. Interessante Inform.
Tel. 0 03 52/44 12 42, Tx. 60 352 UNIPA LU

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Laden
Köln-Ladenstadt
Breite Straße, ca. 70 m², sofort oder später zu vermieten. Makler angenehm.
Tel. 0 62 24 / 5 28 21

Laden
ca. 35 m², in bester Geschäftslage 497 Bad Oeynhausen, zu vermieten. Auskunft erteilt:
Tel. 0 25 26 / 13 05

Solide Investition für EIGENNUTZER oder ANLEGER
2359 Henstedt-Ulzburg, gute Verkehrslage
Auf 13 000 m² Grundstück befinden sich moderne Büro- und Ausstellungsflächen in 3 Etagen, je 800 m², anschließendes Rampenlager mit 850 m² sowie 2 sep. Hallen, je 980 m² (Höhe 9 bzw. 5,10 m), ausr. befest. Parkfl. Kaufpreisforderung: DM 3 220 000,–. Näheres durch die alleinbeauftragte
HORST F.G. ANGERMANN GMBH HAMBURG Abteilung Immobilien · RDM
D-2000 Hamburg 11 · Mattentwiete 5 · Tel. 040-361 20 70
Telex 2 13 303 /2 15 272 Telefax 040-36 42 73

STELLENGESUCHE

Arabisch und Französisch in Wort und Schrift
DIPLOM-VOLKSWIRT
28 J., verh., Prädikatsexamen, Okt. 1985 Uni Hamburg. Studienschwerpunkte: Finanzwissenschaft, Außenhandel, Finanzierung, Investition und Absatz, ortsungebunden, sucht Anfangsstellung.
Zuschriften unter K 6489 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann
Maschinen und Anlagen, 48, Engl./Franz., sucht zum 1. 1. 1986 eine interessante und verantwortungsvolle Leitungsaufgabe. Erfahrungen: Europa und Übersee. Akquisition, Abwicklung, After Sales Service, mehrj. Auslandsaufenthalte, reisefreudig.
Zuschr. unt. W 6490 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann
StB-Anwärter, 35 J., ledig, ortsungebunden. Studienschwerpunkt Revisions- und Treuhandwesen, Universität Saarbrücken. 7 Jahre Berufserfahrung im Bankengeschäft, davon nahezu 5 Jahre als Bankenprüfer in einer renommierten WPG, sucht neuen, ausbaufähigen Wirkungskreis. PLZ-Gebiete 3, 4, 5 und 6 bevorzugt.
Zuschr. u. X 6368 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Vertriebskaufmann
47 J., langj. Außendiensterf., EDV-Fähigkeiten, insbesondere in div. Anwendungsbereichen, su. baldmöglichst Wirkungsbereich im norddt. Raum.
Ang. u. X 6500 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chemotechnikerin
35 J., Abi., led., Erf. in kalometr. Messungen u. EDV-Kenntn., sucht neue Anst., evtl. auch als Pharmareferentin.
Angeb. erb. u. L 6468 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Estrichleger-Meister, 42 J.
z. Z. verantwortl. Geschäftsführer, 20 J. Berufserfahrung. Durch ständ. Mitarbeiten prakt. Wissen in Estrich- u. Bodenbelagsarb., 21 J. verh., 2 Ki., verantwortungsbewußt, Führerschein, 22 J. unfallfrei, sucht neuen Wirkungskreis als Bauleiter, mögl. Norddeutschland.
Zuschr. unt. PE 48 959 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Student (Jura)
sucht langfristige feste Tätigkeit f. Samstag/Sonntag. Großr. HH. Ang. erb. u. S 6473, an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt, 31
Erfahrung im Direkt-Vertrieb v. Tiefkühlkost, sucht ausbaufähige Stellung in einer Vertriebsorganisation.
Ang. erb. u. V 6396 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Extrusions-Fachmann
Maschinenbautechniker, 15 Jahre als Fertigungsleiter in der Extrusionstechnik tätig, sucht neues Aufgabengebiet.
Zuschr. erb. u. N 4820 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Bauingenieur
Konstr. Ing.-Bau, langjährig Großbaufirma sowie Consulting, In-, bes. Ausland, Statik, Bauleitung (bes. W'kr'anl.), Französisch und Englisch fließend, 48/v./2 K, möchte sich verändern.
Zuschriften erbeten unter W 6367 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauleiter
Hoch- und Tiefbau, 13 Jahre verantwortungsvolle Berufserfahrung (z. Z. als Oberbauleiter) im Bereich kommunaler Bauten (Schulen, Sportanlagen, Krankenhäuser) mit fundierten Erfahrungen und Kenntnissen, sucht aus ungekündigter Position neue, anspruchsvolle Aufgabe im Ausland. Fremdsprachen: Englisch und Holländisch.
Angebote erb. unter R 6472 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Engagierter Importkaufmann
33 J., Handlungsvollmacht, langj. praktische Erf. in Einkauf u. EDV-gestützter Abwicklung/Disposition, sucht neuen ausbauf. Wirkungskr. in der Materialwirtsch. Angeb. u. P 6471 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Maschinenbautechniker
und Tech. Betriebswirt, 35 J., sucht neuen Wirkungskreis im Außendienst. Zuschriften erb. u. H 6466 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ehrl. u. zuverl. Rentner (63) übern. ab Dez. gewissenhafte
Hausbewachung
in dtschspr. Raum, evtl. Span. Einwandfreie Vergangenheit.
Zuschr. erb. u. U 6365 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann
Anf. 40, langjähr. Außendiensterfahrung, sucht interessante Vertretung f. PLZ 2 + 3, bevorzugt Pumpen und Armaturen.
Zuschr. erb. u. T 6364 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter Industrie/Handwerk
47 J., erfahr. Praktiker, Prokurist u. stellv. Geschäftsführer f. d. Bereiche Finanz- u. Rechnungswesen (bilanzsicher, Kosten u. DB-Rechnung, Unternehmensplanung etc.), EDV u. allgem. Verwaltung, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. u. PB 48 957 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Industrie-Baukaufmann
34 Jahre, örtlicher Einkauf, Zoll, Lagerverwaltung, mehrjährige Erfahrung in Libyen, Türkei, Saudi, Irak u. Oman, sucht neuen Wirkungskreis (nur Ausland). Gute Englischkenntnisse.
Zuschriften erbeten an:
D 9674, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Nach mehrjährigem beruflichem Auslandsaufenthalt sucht
Sekretärin/Sachbearbeiterin
zum Frühjahr 86 ihre künftige Aufgabe in Hamburg.
Anforderungsprofil:
- abgeschlossene Berufsausbildung
- ausgeglichene Persönlichkeit im Alter von 48 Jahren
- Flair für dt. Korrespondenz (Steno, Diktiergerät)
- selbständige, verschwiegene, zuverlässige Arbeitsweise
Ich freue mich, Ihnen in einem Gespräch weitere Einzelheiten bekanntzugeben! Sie erreichen mich unter M 6466 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ITALIEN
Langjährige Erfahrungen im int. Handel, Im-/Export, PR, Marketing und Spedition.
DEUTSCHER (41), Wohnsitz: ital. Schweiz, sucht neue interessante Aufgabe. Mehrsprachig, u. a. italienisch (perfekt). Ortsungebunden. Bevorzugtes Tätigkeitsfeld: Italien.
Kontakte erbeten unter Postfach 683, CH-6830 Chiasso/Schweiz.

Dr. rer. pol., 44 J., Ex-Immobilienfachmann in leitender Funktion, hat die Karriere hinter sich und sucht zur Steigerung seiner Lebensqualität die
alternative Aufgabe
Dotierung nachrangig.
Ang. u. Z 6480 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer Industrie
Dipl.-Kaufm., 40 J., verh., mit erfolgreichen Führungserfahrungen im Investitionsgütergeschäft sucht unternehmerisch ausgerichtete Verantwortung im Raum Hamburg.
Zuschr. u. G 6487 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Intern. Rohstoff-Händler (Getreide/Futtermittel)
Englisch, Französisch u. Spanisch verhandlungssicher, 45 J., verh., sucht neues Aufgabengebiet in leitender Position – auch in anderen Branchen.
Zuschr. unter N 6470 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Marketing-Profi, auch technisch bestens versiert, mit langjähriger Berufserfahrung und speziellen Branchenkenntnissen in den Bereichen OFFSHORETECHNIK und kompl. INDUSTRIEANLAGEN sucht für Anfang/Mitte 1986 neuen Wirkungskreis als
PROJEKTKAUFMANN/MARKETING-MANAGER
Angebote mit Zugabe eines Gesprächtermins bitte unter B 6482 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann / Dr. jur.
37 J., breite Erfahrungspalette, Einkauf/Materialwirtschaft, Betriebswirtschaft und Controlling i. w. S., Reporting, Betreuung von Beteiligungsgesellschaften, Recht, Organisation, EDV, Verwaltung, z. Z. Direktions-Assistent sucht
Position als kaufmänn. Leiter o. ä. in Hamburg
Zuschriften unter Y 6479 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

30jähr. Prokurist
in Ein- und Verkauf tätig, in ungekündigter Führungsposition, mit EDV- und Programmiererfahrung, sucht Wirkungskreis in Organisation/Administration.
Zuschr. u.r N 6492 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführung oder Nachfolge Bestattungsunternehmen
Ehepaar, 38/41 Jahre, langj. qualifizierte Führungsaufg., belastbar, engagiert u. loyal m. angenehmen Umgangsformen, ist interessiert an Geschäftsführung eines mittleren Institutes.
Angeb. u. A 6481 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt (grad.), 38 J., verh., langjährige Org.-Erfahrung in verschied. Einzelhandelszweigen, sucht neue Aufgaben im Handel oder bei EDV-Hersteller (Fachberatung für Wirtschaft/POS). Angebote unter V 6498 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSLEITER
Dienstleistungsbranche
- Ende 30, verh., Dipl.-Kfm., Res.-Off., ungek.
- kooper. Führungsstil, motivierungsstark
- erfolgreiche Praxis in Führung von unternehmensgebundenen/-ungebundenen Verkäufern
- selbst stark im Verkauf, innovativ in Strategie/Marketing
- 50 Mios Umsatzverantwortung
- erfahren in Aus- und Weiterbildung

sucht Herausforderung in leitender Funktion im Großraum Hamburg.
Angebote unter P 6493 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leiter/Geschäftsführer
48 J., verh., langjährige Führungserfahrung als Prokurist u. Geschäftsführer, Schwerpunkt Finanz-, Rechnungs- und Personalwesen, Betriebsabrechnung, EDV, sucht entsprechende Position. Zuschriften unter H 6488 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PRAKTIKER
selbständiger Großhandelsunternehmer (32) sucht neuen Wirkungskreis
Organisation – Einkauf – Verwaltung
Ein mittelständisches Unternehmen würde in mir einen kreativen, einsatzfreudigen und versierten Mitarbeiter finden, der nicht redet, sondern „macht".
Ausbildung:
Gelernter Bankkaufmann, 1½ Jahre Ausbildung im Großhandel der Industrie, 10 Jahre Berufserfahrung im Ein- und Verkauf sowie der Unternehmensleitung des elterlichen Großhandels mit breitem technischem Sortiment.
Ich bin:
· kontaktfreudig · sicherer und geschickter Verhandlungspartner · in Finanzierungen firm · verwaltungserfahren · flexibel mit schneller Auffassungsgabe · technisch versiert · mit guter EDV-Erfahrung · kreativ in Organisation und Finden von Mitteln und Wegen · belastbar und unabhängig · zupackend und der festen Überzeugung, daß ich meinem zukünftigen Arbeitgeber mehr einbringe, als ich an Bezügen erhalte. Ich bin auch bereit, „klein" anzufangen (z. B. als Assistent), wenn ich hinzulernen kann und die Chance des Tüchtigen bekomme.
Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf unter K 6357 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

LANDESGAS
Wir sind ein sich ständig erweiterndes Gasversorgungsunternehmen mit Konzessionsrechten in einem Drittel Niedersachsens. Wir beliefern Tarif- und Sonderkunden in 60 Städten und Gemeinden unmittelbar sowie in 13 Städten und Gemeinden mittelbar. Unser Gasabsatz betrug im Jahr 1984 über 3 Mrd. kWh.

Wir suchen zum 1. Juni 1986 oder früher einen Mitarbeiter (möglichst Diplom-Wirtschaftsingenieur oder Diplom-Ingenieur), der als

Bereichsleiter Gaswirtschaft

die Verantwortung für dieses Ressort in unserem Unternehmen übernimmt und im wesentlichen für den Gaseinkauf, den Gasverkauf sowie die Investitions- und Absatzplanung zuständig ist.

Wir erwarten außer den entsprechenden fachlichen Qualifikationen gute Führungseigenschaften, Ideenreichtum, Einsatzfreude, teamorientierte Arbeitsweise und wirtschaftliches Denken. Der Bewerber sollte möglichst im Gasfach tätig gewesen sein.

Wir bieten eine leistungsgerechte Bezahlung und ein gutes Betriebsklima. Außerdem ist es vorgesehen, dem künftigen Stelleninhaber nach einer angemessenen Einarbeitungszeit Prokura zu erteilen.

Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild, Gehaltsvorstellung und frühestmöglichem Anfangstermin erbitten wir an den Vorstand der

Landesgasversorgung Niedersachsen AG
Jacobistr. 3, 3203 Sarstedt

Der Weg nach oben geht über den Verkauf.
... diese Chance bieten wir, wenn Sie die geforderten Voraussetzungen erfüllen und bereit sind, am Erfolg mitzuarbeiten
Als deutsches Tochterunternehmen des weltweit etablierten KONE OY Konzerns suchen wir sofort für das gesamte Bundesgebiet engagierte Mitarbeiter für den Ausbau unseres Produktbereiches **Patientenüberwachungsanlagen.**
Die KONE OY sucht für diese anspruchsvolle Aufgabe wirkliche
Verkaufs-Persönlichkeiten

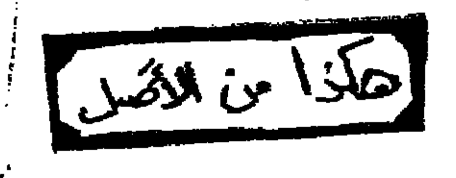
Wir bieten:
- einen zukunftssicheren Arbeitsplatz
- beste Aufstiegs-Chancen
- angenehmes Betriebs-Klima
- ein den Leistungen und Erfahrungen angepaßtes Festgehalt + Provision
- neutralen Firmenwagen

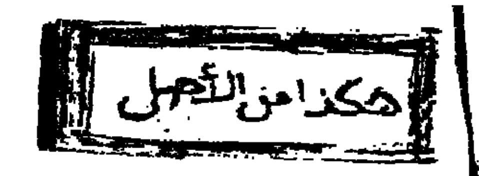
Wir erwarten:
- Engagement, Flexibilität, Kreativität
- Fundierte Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Herz- und Kreislaufdiagnostik und den entsprechenden Überwachungstechnologien
- selbstständiges, verantwortungsbewußtes Mitwirken am Ausbau unseres Vertriebssystems
- englische Sprachkenntnisse sind von Vorteil

Bewerbungsunterlagen (mit Lichtbild) bitte senden an:


KONE OY
Medizintechnik
Feldbehnstraße 4a
2085 Quickborn

Suchen Sie Fach- und Führungskräfte der Pharma-/Chemie-Branche?
In der WELT erscheinen am
16. November
Sonderseiten mit einer Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig. Gehört Ihr Unternehmen dieser Branche an oder suchen Sie Fach- und Führungskräfte aus diesem Bereich? Dann sollte Ihre Stellenanzeige innerhalb dieser Sonderseiten nicht fehlen.
Anzeigenschluß ist am 13. November 1985.
Sind Sie an einer Insertion interessiert? Wir informieren Sie gern. DIE WELT, Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3 47 43 91/4318.





Ein Fernsehspiel über den Traum von großen Taten

Hinter glatten Stirnen

Anfangs scheinen die Gewichte klar verteilt: Ein vorgeblich Starker weckt in einem offensichtlich Schwachen Bewunderung. Aber je näher sich die beiden Ungleichen kommen, desto mehr verschieben sich die Akzente, desto deutlicher wird die Überlegenheit vom Willen über Fantasterei.

Der vorgeblich Starke ist Udo, 18jährig, Aufseher in einem öffentlichen Schwimmbad, nachdem er so manche Berufsausbildung abgebrochen hat. Um seinen trostlosen Alltag zu vergessen, flüchtet er in eine Traumwelt, eine Welt, in der sogenannte Mannestugenden noch etwas gelten. Udo hat sich die Kampfschwimmer als Vorbild auserkoren,

Der Kampfschwimmer – ARD, 20.15 Uhr

deren Mut, Kraft und Kameradschaft er gern nachahmen würde. Im Taucheranzug spintisiert er von den großen Taten, die ihn eines Tages berühmt machen sollen.

Dann lernt der Fantast Udo im Schwimmbad den 15jährigen Heinz kennen. Heinz, seit einem Unfall an den Rollstuhl gefesselt und immer auf fremde Hilfe angewiesen, hält den Älteren, physisch Starken, für überlegen; er drängt ihn mehr und mehr, seine Tagträume auch in die Realität umzusetzen.

Doch als Heinz erkennt, daß Udo keineswegs der Supermann ist, verbeißt er sich erst recht darein, seinen Plan zu realisieren: Er bastelt für Udo die Bombe, die eigentlich einen Benzintank im Hafen in die Luft sprengen sollte, die er dann aber woanders einsetzen will...

Was spielt sich ab im Hirn eines Heranwachsenden, der sich aus der einengenden Wirklichkeit in ein Reservat kerniger Männer fortlügt? Autor Gert Loschütz kann eigene Erfahrungen anführen: Wie er als 12- oder 13jähriger Geschmack an jenen Heftchen fand, die „Die grünen Teufel von Montecassino" hießen, „Die letzte Fahrt von U 21" oder „Der Held von Skapa Flow".

In der Regel allerdings blieb harmlos, was die Lektüre dieser Landserheftchen auslöste: Man schlug den Anorakkragen hoch, blickte möglichst grimmig drein, zog Nasenflügel und Augen zusammen, um maskuline Entschlossenheit zu markieren. Die pubertären Tagträume verflogen irgendwann, die Realität bot plötzlich Herausforderungen genug.

Nachdem Loschütz den „Kampfschwimmer" geschrieben hatte und das Drehbuch wieder las – zunächst hatte der WDR das Buch gar nicht verfilmen wollen –, fiel ihm auf: „Udo und Heinz sind mir nahe. Das war nicht immer so. Am Anfang war mir die Figur von Udo unangenehm. Ich habe mich für sie geschämt. Eine Zeitlang, schon vor dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest, habe ich alle Nachrichten gesammelt, die über Neonazis in der Zeitung standen, weil ich herauskriegen wollte, was hinter diesen glatten Stirnen vor sich ging... War das nur Grimasse, hinter der sich in Wirklichkeit Angst versteckte?

Vielen von denen geht es gar nicht um Politik, sondern um falsch verstandenes Abenteurertum. Daß man Udo einen Neonazi nennen könnte, wenn auch einen von der eher harmlosen Sorte, einen, der nur so tut, als stünde eine große, schlagkräftige Organisation hinter ihm, verschweige ich inzwischen, wenn ich denn doch etwas über den Film sagen muß. In meiner Erinnerung lebt er als jemand, dem man mit einem solchen gleich die entsprechenden Assoziationen freisetzenden Schlagwort nicht gerecht wird."

Möglicherweise ergeht es dem Zuschauer ähnlich wie dem Verfasser der Geschichte, wenn er resümiert: „Heinz ist behindert und an den Rollstuhl gebunden, aber ich sehe den Rollstuhl nicht mehr, wenn ich an Heinz denke. Ihm, dem jüngeren, der dem Aufschneider Udo auf den Leim geht, gehörte anfangs meine ganze Sympathie. Doch dann, erinnere ich mich, je mehr er über Udo die Oberhand gewann, je unsicherer ich wurde, wer denn das Opfer des anderen sei, wurde ich schwankend. Vielleicht, dachte ich, war es doch Udo, der mehr Anrecht auf mein Mitgefühl hatte."

Letztlich aber ist die Frage müßig, welche Figur mehr Anrecht auf Mitgefühl hat, konstatiert Gert Loschütz. „Jeder wird das für sich entscheiden – und für einen Film ist das vermutlich eine Frage ohne Gewicht."

Den Udo spielt Peter Lohmeyer, die Rolle des Heinz besetzte man mit dem 16jährigen Schüler Holger Schulzendorf. CORNELIA REISER

KRITIK

...und viel Glück bei der Arbeitssuche!

Die Statistik weist etwa 600 000 Arbeitslose aus, die jünger sind als 25 Jahre. Die Dunkelziffer soll das Dreifache übersteigen. Bedrohliche Zahlen, ein Kapitel der Hoffnungslosigkeit widerspiegelnd. Wie kann, wie muß sich das Fernsehen diesem Thema stellen? Etwa so, wie jetzt in der „Reportage am Montag" unter dem Titel **Ronny, Wiebke und die anderen** (ZDF)? Da begleitet das TV-Team (Kiel diente den Reportern aus Mainz als Dreh- und Tatort) einen arbeitslosen jungen Mann zum Vorstellungsgespräch.

Natürlich erhält der Jugendliche Arbeit, denn welcher Arbeitgeber wird schon vor surrender Kamera als Buhmann dastehen wollen? Also Happy-End in einem Fall; es sind jetzt nur noch 599 999 Jugendliche ohne Arbeit!

Die Gründe, die Ursachen werden mitunter beim Namen genannt, gewiß, aber es wird auch wieder mal dummes Zeug gefaselt. Ein arbeitsloses Mädchen zu fragen: „Was verbinden Sie mit dem Begriff Glück?" grenzt bereits an Zynismus in einem Augenblick, in dem die Befragte alle Hoffnungen aufgegeben hat. Einem Bankkaufmann, seit vielen Jahren ohne Arbeit, stellt der TV-Mann die abenteuerliche Frage: „Ist die Arbeitslosigkeit nicht auch für Sie eine Chance zur Selbsterkenntnis?" Nur Gedankenlosigkeit?

Erschütternd dann die Momentaufnahme eines jungen Mannes, der seit viereinhalb Jahren ohne Arbeit ist und in dieser Zeit 890 Bewerbungen geschrieben hat. Ein Mensch zerbricht da, seine Depression steht ihm ins Gesicht geschrieben, wird von der Kamera minuziös aufgenommen. Der Weg zum Arbeitsamt, ein Gang in die Demoralisierungsanstalt für die meisten: keine Lehrstelle, kein neuer Arbeitsplatz in Sicht.

Schlußbild: TV im TV. Jugendliche nehmen an einer Diskussion mit den Länderchefs von Niedersachsen und Schleswig-Holstein teil. Thema: Arbeitslosigkeit. Quintessenz: Wer wirklich Arbeit haben will, der findet auch welche! Gelächter unter den Jugendlichen. Barschel und Albrecht sitzen wie begossene Pudel da, haben sie doch nicht mehr Gelegenheit, ihre Statements zu Ende zu führen, in denen sie ihr Rezept hätten anbieten können. Gibt es ein Rezept?

Die TV-Leute verabschieden sich mit „Tschüß und viel Glück" bei zweien, die auch weiterhin nach Arbeit suchen werden. Hat ihnen, den hier gezeigten Opfern, diese Sendung etwas genützt? Ich habe meine Zweifel. AXEL M. SALLOWSKY

Gekrönte Häupter, hautnah betrachtet

Wo eigentlich der Walter Sedlmayr seine hinterfotzigen Reisebemerkungen loslassen sollte, erschien das britische Thronfolgerpaar auf dem Bildschirm: **Königskinder** – Prinz Charles und Lady Di im Gespräch mit Sir Alastair Burnet (ARD).

Lady Di ist natürlich viel attraktiver als der bayerische Brummbär, und die Prinzen-Kinder in ihrer unköniglich munteren Unbefangenheit sind durch kein PR-Mittel zu ersetzen. Sogar der Thronfolger geriet unter den zurückhaltenden Fragen des Interviewers zu einem zwar spröden, aber doch liebenswürdigen Bildschirmpartner.

Gesprochen wurde über all die bösen, bösen Dinge, die eine böse Regenbogenpresse den beiden Königskindern anzuhängen pflegt, etwa daß sie Krach miteinander hätten, daß Prinz Charles Vegetarier sei und der Naturheilkunde anhänge, daß Lady Di viel zu viele Kleider kaufe und dergleichen erschütternde Dinge mehr. Die Nation hörte mit roten Ohren zu und ließ die geweiteten Augen nicht von dem Märchenbild auf der Scheibe. Denn, Freunde und Freundinnen, das haben wir schon lange wissen wollen, ist es nicht so?

Nur einmal, da knackte es im Gehörgang, da stach es ins Auge: Die Prinzessin besuchte geistig behinderte Kinder. Da kam so ein armseliges Wesen und gab der Märchenfee einen Strauß, und die Welt war wie verwandelt, das kranke Gesicht des Kindes blühte auf, und die schöne königliche Hoheit wurde still und hilflos, wie eine Fee, die den Erdboden berührt. Da hätte man Blumen werfen mögen nach dem Fernsehkasten.

VALENTIN POLCUCH





SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Das internationale TV-Kochbuch
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Mit Axel auf Achse
11.55 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Anpassen oder Auswandern
Juden in der Sowjetunion
Bericht von Peter Bauer
„Antisemitismus gibt es in der Sowjetunion nicht. Juden sind seit der Oktoberrevolution von 1917 gleichberechtigte Bürger im Sowjetstaat" – so oder so ähnlich lautet die Standard-Antwort, wenn man in der UdSSR nach der Situation der Juden im Lande fragt.
16.55 Denkste!?
Ich wette, es wird ein Junge!?
Tina, zwölf Jahre alt, lebt in der Geborgenheit ihres Elternhauses; Verena, 16 Jahre alt, lebt in einem Heim für ledige Mütter und erwartet in wenigen Wochen ihr Kind. Trotz der Vorurteile und Bedenken der Freunde und Eltern freunden sie sich an.
17.50 Tagesschau
Mit Übertragung des Spacelab-D-1-Starts aus Cape Canaveral
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Kampfschwimmer
Fernsehspiel von Gert Loschütz
22.00 Brennpunkt
D 1 – Der deutsche Weg ins All
22.30 Tagesthemen
23.00 Musikszene 85
Präsentiert von Ron Williams
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Heike und die Zauberkunst
Von Heide Wlazik und Rudolf Fischer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Der kluge Frosch
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Trio mit vier Fäusten (1)
17.50 Tele-Illustrierte
Start der deutschen Weltraum-Mission
18.25 Trio mit vier Fäusten (2)
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Feuer und Flamme für den Staat? Wie sieht und fühlt sich eigentlich die Jugend im Jahr der Jugend?
20.15 ZDF Magazin
Chaos in Hessen? / Volksklage für Elternrecht? / DDR schikaniert Ostsee-Segler / Afghanen brauchen weiter Hilfe
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Hotel
Auftritte
21.45 heute-journal
22.05 Polen ist näher, als wir denken
Erinnerungen an die Ostdenkschrift
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Favoriten
23.15 Schattenboxer
Deutscher Spielfilm (1976)
Regie: Michael Fengler
0.35 heute

SAT 1

15.00 Moggsy
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Bilanz der Automobil-Rennsport-Saison 1985 / Eine Analyse des 1. FC Kaiserslautern / WM-Qualifikation Holland – Belgien
20.00 Offen gesagt
Anschl. Wetterbericht
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick
22.15 Kommissar X – Drei gelbe Katzen
Deutsch-ital.-franz. Spielfilm
23.45 APF blick

3SAT

18.00 Galerie für Kinder
anschl. Die lieben Haustiere
19.00 heute
19.30 Wetten, daß ...?
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Unsere Nachbarn, die Italiener
Ich, Mario, ein Etrusker
22.15 Sportreport
22.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 Filmvorschau
20.30 Diese Nacht vergeß ich nie
22.18 Wer bin ich?
22.58 Horoskop
23.05 Betthupferl

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
Moderation: Lothar Scheller und Dieter Stobbe
22.30 Dauernd Ferien
Amerikanischer Spielfilm (1980)
23.40 Schach dem Weltmeister
Bericht von der WM in Moskau
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene (6)
19.00 Der kleine Unterschied und die Erziehung
Begegnung mit einem türkischen Mädchen
19.30 Ökoland
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Das ist kein Problem
21.45 Sie nannten ihn Thunderbolt
Amerikanischer Spielfilm (1929)
23.20 Actualités
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Denk und Dachte
18.50 Wieso – Weshalb – Warum?
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Rasse – Klasse?
Der Teckel
20.15 Weißer Fleck
21.00 Gegengewicht in Bonn?
Hessen im Bundesrat
21.30 Drei aktuell
22.00 Geliebt in Rom
Fernsehspiel von Jürgen Gütt
Mit Robert Graf u. a.
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Saar 3 special
Mit den „Insisters" aus Berlin
20.15 Der Triumph des Todes
Von Pieter Bruegel
21.00 Die Dame im See
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Regie: Robert Montgomery
22.40 Die Herren der Welt (1)
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Klai '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wanderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 B III Sport aktuell
Basketball-Korac-Pokal
BG Bayreuth – SC Juventus Caserta
23.50 Schach dem Weltmeister
0.20 Rundschau
0.25 News of the Week

Nach längerer Krankheit hat uns unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater

Karl Georg

im Alter von 85 Jahren für immer verlassen.

Sein unermüdliches, aufopferungsvolles Schaffen bis in die letzten Tage seines Lebens galt seinem Unternehmen und der Familie. Anspruchslos und bescheiden, so lebt der Verstorbene im Andenken derer, die ihn kannten. Wir sind ihm von Herzen dankbar.

Edgar Georg und Frau Helga
Christian Georg und Frau Anne mit Sebastian
Sabine Georg
Susanne Georg
Christel Schnaufer geb. Georg und **Dr. Manfred Schnaufer**
Michael Schnaufer
Christiane Ebert geb. Schnaufer und **Klaus-Wolfgang Ebert**

5231 Neitersen und 7260 Calw, den 27. Oktober 1985

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Statt zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende für die Kirchliche Sozialstation Altenkirchen, Konto-Nr. 27 000 70038 bei der Raiffeisenbank 2000 eG, Neitersen (BLZ 573 610 08).

Wir trauern um unsere Seniorin

Emmy Homann
geb. Wahrendorff

* 12. 8. 1900 † 25. 10. 1985

Familie Wahrendorff

Wahrendorffsche Krankenanstalten
3163 Sehnde-Ilten

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Kardinal rät Papst vom Besuch der Ukraine ab

KNA, Rom

Einen Papst-Besuch in der Ukraine unter den gegenwärtigen Umständen hat der in Rom residierende Groß-Erzbischof von Lemberg, Kardinal Myroslaw Ivan Lubachivsky, als unrealistisch bezeichnet. Ihm sei bekannt, sagte der Kardinal, daß während der „kurzen Regierungszeit" des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow bereits eine „ganze Reihe von aktiven Katholiken verhaftet und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, und daß weiterhin schreckliche Todesfälle in den Straflagern vorkommen". Bisher habe noch „niemand davon gehört, daß sich der so selbstsicher lächelnde Herr Gorbatschow für die Gerechtigkeit in der Sowjetunion eingesetzt hätte".

Das Oberhaupt der seit 1946 in der Sowjetunion verbotenen ukrainisch-katholischen Kirche betonte in einem Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), daß eine Einladung für den Papst in die Ukraine anläßlich der 1000-Jahr-Feiern des Christentums im Jahr 1988 nur von ihm und nicht vom russisch-orthodoxen Patriarchat in Moskau ausgehen könne, da er der Sprecher aller ukrainischen Katholiken sei. Heute sehe er sich jedoch nicht in der Lage, Papst Johannes Paul II. eine solche Einladung zu überbringen. Die von den Sowjetbehörden und dem Moskauer Patriarchat ausgerichteten Feiern zum 1000-Jahr-Jubiläum der Taufe in der Ukraine bezeichnete der Kardinal als politisch gefärbt und verurteilte gleichzeitig deren „armselige propagandistische Ziele". Sie hätten den Zweck, vor der westlichen Welt so zu tun, als existierten in der Sowjetunion Religionsfreiheit und eine Freiheit der Kirche. Dies sei jedoch nicht der Fall. In der Sowjetunion gebe es Tausende von Gläubigen, die für ihre Treue zu Christus leiden müßten und ihr 1000jähriges christliches Jubiläum mit dem Martyrium begingen.

Zu der von Josyf Slipyj, dem Vorgänger Lubachivskys, vergeblich geforderten Erhebung der ukrainisch-katholischen Kirche zum Patriarchat sagte der Kardinal, alle Ukrainer hofften, daß der Papst, der aufgrund seiner slawischen Herkunft „vom eigenen Fleisch und Blut" sei, der ukrainisch-katholischen Kirche anläßlich der 1000-Jahr-Feier den Status des Patriarchats zuerkennen werde.

Amtshilfen für den Verfassungsschutz strittig

Datenschutz-Beauftragter erhält erweiterte Befugnisse

GÜNTHER BADING, Bonn

Nach der Einigung der Experten beider Koalitionsparteien auf eine umfassende Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes steht beim nächsten Koalitionstreffen hierzu am 11. November die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf der Tagesordnung. Zwar hatten sich die Experten auf ihrer ganztägigen Klausurtagung über „wesentliche Punkte" bei der Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes und bei dem neu einzuführenden Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) geeinigt, doch sind beim beabsichtigten Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden (ZAG) noch eine Reihe von Fragen offen.

Verfassungsschutzgesetz, MAD-Gesetz und das Zusammenarbeitsgesetz werden noch einmal auf der Ebene der Parteivorsitzenden erörtert werden, um eine Grundsatzentscheidung darüber zu treffen, wo die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten etwa des Verfassungsschutzes liegen. Die Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes ist notwendig geworden, weil durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung klarere Grundsätze zur Behandlung personenbezogener Daten vorliegen. So geht es in dem von der Koalitionsrunde im wesentlichen gebilligten Gesetzentwurf konkret um Regelungen, in welchem Umfang und bei welchem Anlaß personenbezogene Daten durch die Verfassungsschutzämter erhoben werden dürfen.

„Saubere Grundlage"

Weiter geht es um einen Katalog von Regelungen der „Informationsbeziehungen" etwa zwischen dem Generalbundesanwalt, dem Bundeskriminalamt, den grenzpolizeilich tätigen Behörden und dem Bundesnachrichtendienst sowie anderer Bundesbehörden mit den Verfassungsschutzämtern. Der Koalitionspartner FDP dringt hier wie auch beim Zusammenarbeitsgesetz (ZAG) auf eine verhältnismäßig restriktive Handhabung. Den Unionsparteien geht es im wesentlichen darum, die derzeitige Praxis auch in Zukunft fortsetzen zu können, allerdings auf einer sauberen rechtlichen Grundlage.

Während man sich beim Verfassungsschutzgesetz und beim MAD-Gesetz, das in seinem Aufbau und seiner Struktur praktisch eine parallellaufende Regelung zum Verfassungsschutzgesetz für den militärischen Bereich darstellt, am Sonntag auf der Klausurtagung einig war, ist das ZAG in dieser Sitzung gar nicht angesprochen worden. Die Regelung der Informationsströme zwischen den Sicherheitsdiensten, Polizeibehörden und Grenzkontrollbehörden war schon in der Vergangenheit ein ständiger Streitpunkt zwischen Freidemokraten und Union.

FDP restriktiv

Am augenfälligsten war die unterschiedliche Auffassung an der Auseinandersetzung über die sogenannte Amtshilfe zwischen Bundesgrenzschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz geworden. Während die Union dafür eintritt, daß anfallende Erkenntnisse nach Prüfung durch die jeweilige Behörde an den Verfassungsschutz weitergegeben werden können, wollen die Liberalen diese Praxis „kritisch unter die Lupe nehmen".

Bei der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes haben sich die Koalitionsexperten – für die Union die Abgeordneten Miltner, Laufs und Fellner und für die FDP die Abgeordneten Baum und Hirsch – auf erweiterte Kontrollbefugnisse des Bundesbeauftragten für Datenschutz geeinigt. Die wesentliche Neuerung daran ist, daß der Datenschutzbeauftragte künftig nicht allein Zugriff auf Dateien erhalten soll, sondern auch befugt sein wird, im konkreten Einzelfall Akten anzufordern. Er soll dabei sowohl für Betroffene, die von den Behörden keine Auskunft erhalten, handeln können, als auch ermächtigt werden, eine sogenannte „Anlaßkontrolle" vorzunehmen. Wenn beispielsweise Akten oder Dateiauszüge mit personenbezogenen Daten in der Öffentlichkeit auftauchen, dann soll der Datenschutzbeauftragte von sich aus jede erforderliche Akteneinsicht zur Klärung solcher Vorfälle durchsetzen können.

Chinas Interesse an Technologie aus Europa

BERNT CONRAD, Peking

Deng Xiaoping, der „starke Mann" Chinas, hat gestern in einem Gespräch mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Hoffnung auf eine Stärkung Chinas mit dem Wunsch nach gleichzeitiger Stärkung Europas verbunden. Eine Aufwärtsentwicklung des europäischen Kontinents liege auch im Interesse Chinas, betonte der 81jährige, der sich besonders für das Eureka-Projekt einer engeren technologischen Zusammenarbeit Europas interessierte. Offensichtlich wollen die Chinesen von technologischen Fortschritten Europas ihrerseits durch verbesserte Kontakte und einen organisierten Technologie-Transfer profitieren. Deshalb erkundigte sich Deng – ebenso wie die anderen Gesprächspartner Genschers in Peking – intensiv nach den Chancen des Eureka-Plans. Dabei stieß er auf einen trotz aller Hindernisse und Rückschläge, auch im eigenen Bonner Regierungslager, äußerst optimistischen Bundesaußenminister, der geradezu beschwörend die „Wiedergeburt Europas" und das Heranwachsen eines „europäischen Patriotismus" pries. Europa besinne sich auf seine Kräfte, versicherte Genscher.

Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft spielten insgesamt bei den Gesprächen des Bonner Gastes eine große Rolle. Gestern nahm er an der Unterzeichnung eines „Verständigungsabkommens" mit der Firma Siemens über den Bau von zwei Kernkraftwerksblöcken in Suhan teil (das noch keine Entscheidung zugunsten von Siemens darstellt, aber die Chancen der Firma für den Suhan-Auftrag verbessert) und eröffnete die neuen Räume der deutschen Handelsförderungsstelle in Peking. Dabei betonte Genscher: „Die Bundesregierung ist bereit, die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen nach Kräften zu fördern und Verhandlungen zwischen Unternehmen und Institutionen flankierend zu unterstützen. Wir begrüßen und anerkennen die langfristig angelegte chinesische Politik der Reformen und der Öffnung. Ich habe die chinesische Führung zu den erstaunlichen Erfolgen dieser Politik beglückwünscht." Diese Haltung wird in Peking anerkannt. Hu Qili, ein Mitglied des Politbüros, faßte das Verhältnis zu Bonn in die Worte: „Freundschaft und Vertrauen."

Fragen nach der Strategie Moskaus in Nicaragua

CDU-Report / Früherer Minister weist SPD-„Ratschläge" zurück

gba/dex. Bonn

Die Unterstützung des sandinistischen Regimes in Nicaragua durch die Sozialistische Internationale (SI) ist beim „Nicaragua-Report" der CDU gestern im Bonner Konrad-Adenauer-Haus heftig kritisiert worden. Der ehemalige Außenminister Costa Ricas, Bernd Niehaus Quesada, griff dabei ein Wort des SI-Präsidenten und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf, daß die Zentralamerikaner „auf die Stimme Kubas hören" sollten. „Auf solche Ratschläge können wir verzichten", sagte der christlich-soziale Politiker in seinem Vortrag über die Bedrohung, die von der marxistisch-leninistischen Parteidiktatur in Nicaragua für die zentralamerikanischen Nachbarstaaten ausgeht.

CDU-Generalsekretär Geißler hatte bei Eröffnung des ganztägigen Kongresses ebenfalls gefordert, daß die Unterstützung des sandinistischen Regimes – Geißler sprach von dem „Regime einer Einheitspartei" – durch Kuba und die Sozialistische Internationale beendet werden müsse. Der Nicaragua-Report sei notwendig geworden, weil in dem mittelamerikanischen Land die politische Opposition unterdrückt werde, und weil die „Mauer des Schweigens" über die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua sowie die „Verfälschung" der dortigen Vorgänge in der internationalen Publizistik durchbrochen werden müßten.

Menschenrechte verletzt

Die CDU unterstütze den Prozeß der Demokratisierung und der sozialen Reformen in Zentralamerika. Sie habe Sympathie für Nicaragua und seine Bevölkerung. Sie habe mit dieser Bevölkerung sympathisiert, als sie sich in den Jahren 1978 und 1979 gegen den verhaßten Diktator Somoza aufgelehnt habe. Heute, mehr als sechs Jahre nach der Revolution allerdings, sei das Land ein anderes geworden. Die Klagen über Verletzungen der Menschenrechte häuften sich, Grundrechte seien außer Kraft gesetzt, Minderheiten wie die Miskito-Indianer würden verfolgt und deportiert. Die Arbeit von Parteien, der Opposition, der Gewerkschaften und der Kirchen werde schwer behindert. Der salvadorianische Präsident Napoleon Duarte habe das sandinistische Regime öffentlich beschuldigt, hinter der Entführung seiner Tochter und von 23 Bürgermeistern in El Salvador zu stehen. Außenpolitisch sei Nicaragua zu einem destabilisierenden Element in Mittelamerika geworden. Das Land betreibe eine beispiellose Aufrüstung, die durch die angebliche äußere Bedrohung nicht gerechtfertigt sei. „Oder dient dies nur zum Vorwand, um innenpolitisch das Regime einer Einheitspartei durchzusetzen und zu stabilisieren?" Man müsse auch fragen, welche Rolle Nicaragua in der weltweiten Strategie der Sowjetunion spiele, fragte Geißler. Es sei schon bemerkenswert, daß die sandinistische Partei zwar der Kommunistischen Internationale angehöre, aber jede nur denkbare Unterstützung durch die Sozialistische Internationale erhalte.

„Frohe Botschaften"

Zum Nicaragua-Bild in der Bundesrepublik Deutschland zog Geißler einen Vergleich mit der Frühzeit der Sowjetunion: „In Nicaragua wiederholt sich heute ein Vorgang, der zum erstenmal in den Jahren nach der sogenannten Oktober-Revolution in *Rußland beobachtet* werden konnte: Sozialistische Intellektuelle reisen in ihr 'gelobtes Land', finden, daß dort alles zum Besten steht, reisen dann wieder ab und verkünden ihre frohe Botschaft denjenigen Genossen, die zu Hause bleiben mußten." Seine Partei, die CDU, sei dagegen weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind. Sie verurteile Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie begangen würden. Die Sozialisten kritisierten nur Chile und Paraguay. „Wir verurteilen Chile und Paraguay, und wir verurteilen Nicaragua und Kuba."

Der Gründer der Menschenrechtskommissionen in Nicaragua, José Esteban Gonzalez, sagte auf der Veranstaltung, unter den Sandinisten würden in Nicaragua schwerere Verstöße gegen die Menschenrechte begangen als unter der früheren Diktatur Somozas. Kirchen, humanitäre Organisationen und manche Stiftungen in Europa unterstützten einseitig die Sandinisten; ihre Spendengelder würden in Nicaragua gegen die Kirche und zur Zerstörung christlicher Prinzipien eingesetzt.

Moskau erhöht Zahl der C-Waffen

● Fortsetzung von Seite 1

tion entdeckt worden, die eine sofortige Zerstörung der Munition nötig machten. Dadurch sei das Übergewicht der Sowjets in chemischen Kampfstoffen gegenüber den amerikanischen in den vergangenen Jahren um das Zehnfache gestiegen.

„Wir können derartige Undichtigkeiten in unseren chemischen Waffen durch sehr genau arbeitende Instrumente rechtzeitig entdecken, so daß bisher Unglücksfälle vermieden werden konnten", erklärte Welch, der im übrigen darauf hinwies, daß die Sowjets inzwischen hochwirksame neue chemische Kampfstoffe entwickelt haben, die wahrscheinlich die gegenwärtigen Schutzanzüge und Gasmasken amerikanischer Machart durchdringen würden.

Das amerikanische Verteidigungsministerium plant seit einiger zeit, die weitgehend unwirksam und zu risikoreich gewordenen chemischen Waffen durch ein sicheres System sogenannter binärer Waffen zu ersetzen, deren Lagerung absolut risikolos ist. Es handelt sich dabei um Waffen mit zwei getrennten Kampfstoffen, die sich erst nach dem Abfeuern zu giftigen Stoffen vereinigen. Mit der Produktion dieser Waffen könnte im nächsten Jahr begonnen werden.

dpa, Washington

US-Präsident Reagan wird wahrscheinlich noch vor dem Treffen mit Parteichef Michail Gorbatschow in Genf auf den sowjetischen Vorschlag eingehen, die Atomwaffenarsenale beider Seiten zu halbieren. Dies haben, wie die „Washington Post" gestern berichtete, Regierungskreise zu erkennen gegeben.

Danach wird Reagan in der Fernsehansprache etwa eine Woche vor dem Genfer Gipfel die wichtigsten Punkte der amerikanischen Antwort darlegen, ausführlich zur Rüstungskontrolle Stellung nehmen und seine Vorstellungen über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erläutern.

Zeitpunkt und Substanz der US-Antwort hängen nach diesen Angaben noch von Entscheidungen ab, die der Präsident in den nächsten zwei Wochen zu treffen hat. Der sowjetische Vorschlag sei voll analysiert. Es gebe aber noch Meinungsverchiedenheiten zwischem dem Außen- und dem Verteidigungsministerium über die Antwort.



STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

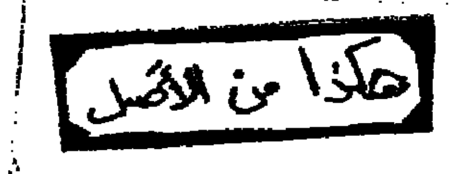
Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

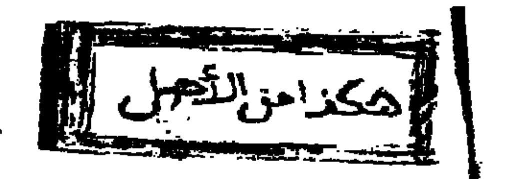
Psychologie
Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Bonn
2 Bielefeld	Bochum
3 Bielefeld	Köln
4 Bielefeld	Münster
5 Gießen	Frankfurt
6 Bremen	Frankfurt
7 Konstanz	Erlangen
8 Landau	Erlangen
9 Mannheim	Freiburg
10 Marburg	Freiburg
11 Marburg	Heidelberg
12 Marburg	Tübingen
13 Münster	Bochum
14 Trier	Bochum
15 Trier	Düsseldorf
16 Trier	Freiburg
17 Trier	Bremen
18 Trier	Heidelberg
19 Trier	Hamburg
20 Trier	Köln
21 Trier	Konstanz
22 Trier	Uni München
23 Trier	Tübingen

Humanmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Erlangen
3 Aachen	Frankfurt
4 Aachen	Köln
5 Aachen	Münster
6 Aachen	Uni München
7 Aachen	Mainz
8 Aachen	Regensburg
9 Aachen	Würzburg
10 Bochum	Aachen
11 Bochum	Bonn
12 Bochum	FU Berlin
13 Bochum	Erlangen
14 Bochum	Köln
15 Bochum	Uni München
16 Bochum	Regensburg
17 Bochum	Ulm
18 Bochum	Würzburg
19 FU Berlin	TU München
20 FU Berlin	Uni München
21 FU Berlin	Regensburg
22 Düsseldorf	Bonn
23 Essen	Heidelberg
24 Essen	Uni München
25 Essen	Mainz
26 Frankfurt	Köln
27 Göttingen	Frankfurt
28 Göttingen	Gießen
29 Göttingen	Hannover
30 Göttingen	Hamburg
31 Göttingen	Marburg
32 Heidelberg	Hamburg
33 Lübeck	Bonn
34 Lübeck	Freiburg
35 Lübeck	Hannover
36 Lübeck	Hamburg
37 Lübeck	Tübingen
38 Uni Kiel	Erlangen
39 Uni Kiel	Heidelberg
40 Uni Kiel	Tübingen
41 Uni Kiel	Würzburg
42 Marburg	Freiburg
43 Marburg	Mainz
44 Mainz	Freiburg
45 Mainz	Uni München
46 Saarbrücken	Freiburg
47 Saarbrücken	Heidelberg
48 Saarbrücken	Uni Münch.
49 Saarbrücken	Tübingen
50 Saarbrücken	Ulm
51 Ulm	Tübingen





Delors' Ziele

cd. – Der neue EWS-Plan des EG-Kommissionspräsidenten Delors mag zwar noch etwas nebulös erscheinen; aber seine Zielrichtung ist klar. Die EG-Kommission will die währungspolitische Kompetenz in Europa an sich reißen und so ihre Macht ausweiten. Denn mit der Umwandlung des Fonds für europäische Währungszusammenarbeit, einer rein technischen, auf Verträgen zwischen EWS-Regierungen und Notenbanken basierenden Einrichtung, in einen Europäischen Währungsfonds mit Notenbankcharakter würde eine neue EG-Institution geschaffen, an die nationale Notenbanken und Regierungen währungspolitische Souveränität abtreten müßten.

Davor ist gleich aus mehreren Gründen zu warnen. Aus deutscher Sicht zunächst und vor allem wegen der Gefahr, daß bei den unterschiedlichen geld- und finanzpolitischen Vorstellungen und Prioritäten in der EG schließlich eine Stabilitätspolitik, wie sie die Bundesbank dank ihrer Autonomie praktizieren kann, auf der Strecke bleibt. Und wer will ausschließen, daß der politisch mitbeherrschte Europäische Währungsfonds dazu mißbraucht wird, die verfahrene Brüsseler Agrarpolitik oder andere ehrgeizige Aufgaben der Kommission qua Geldschöpfung zu finanzieren?

Bevor man an die Realisierung des in den Römischen Verträgen vorgesehenen Währungsfonds herangeht, sollten andere, ebenfalls in den Verträgen erteilte Schularbeiten erledigt werden. Als Stichworte sei nur die volle Übernahme der EWS-Pflichten durch London und Rom genannt.

Kleiner

JB. – Kruzifix noch einmal, was schlagen die Münchener zurück. Den Hinweis des Hamburger Bürgermeisters von Dohnanyi, daß die „Maximilianstraße" eigentlich Hamburger Allee heißen müßte, weil die finanziell angeschlagene Stadt Hamburg über den Finanzausgleich Bayerns reiche Metropole subventioniere, beantworten sie mit der Forderung, den Jungfernstieg in Franz-Josef-Straße umzutaufen. Diesem weiß Gott starken Stück, das selbst konservativsten Hanseaten einen Schauer über den Rücken laufen läßt, schicken sie eine Studie nach, die mit der Legende aufräumt, Hamburg sei der größte deutsche Medienplatz. Wenigstens nicht mehr lange, fügen die Münchener ein wenig einschränkend hinzu. Daß sich die Bayern plötzlich so intensiv mit den Nordlichtern beschäftigen, sollte Hamburg zuversichtlich stimmen. Dohnanyi hat es sofort erkannt und in seiner Adresse an den Iata-Kongreß in Hamburg „unsere hübsche, kleine Schwester München" gleich mitgegrüßt. Wie werden es die Münchener danken? Vielleicht mit dem Eingeständnis, daß ihr Hafen kleiner ist?

Alte Rezepte

Von WILHELM FURLER, London

Großbritanniens größtes Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit, 13,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung sind derzeit ohne Job, deutlich mehr als in den meisten Industrienationen. Folgerichtig stand dieses Problem auch im Mittelpunkt der Wirtschaftsprogramme, die von den vier Parteien des Landes – Konservative, Labour, Liberale und Sozialdemokraten – auf ihren Jahreskonferenzen in den vergangenen Wochen vorgestellt wurden. Doch neue Ansätze, wie über ein rascheres Wirtschaftswachstum die Arbeitslosenrate reduziert werden könnte, ließen sich eigentlich nur bei der Koalition aus Liberalen und SDP finden.

Dem Wirtschaftskonzept der Labour-Partei sieht man wieder einmal an, daß ihm jeder Sinn für Realitäten abgeht. Ihr neues Wirtschaftsprogramm verspricht rapides Wachstum und fallende Arbeitslosigkeit durch eine Aufblähung der Staatsausgaben um nicht weniger als 30 Milliarden Mark pro Jahr, zum Teil finanziert über erheblich höhere Einkommensteuern für Bezieher von mehr als 75 000 Mark Jahreseinkommen und eine Anhebung der Sozialversicherungsabgaben um gut elf Milliarden Mark.

Doch mit keiner Silbe wird erklärt, wie man vermeiden will, daß diese Politik zu einer anhaltenden Pfundabwertung, zu Leistungsbilanzdefiziten und einer sich wieder beschleunigenden Inflation führen wird.

Noch schlimmer: Die Ankündigung, daß eine Labour-Regierung die Auslandsinvestitionen von Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds wieder ins eigene Land zurückzwingen will, werde nicht nur das internationale Vertrauen in Großbritannien erschüttern, sondern einen erheblichen Kapitalabfluß provozieren.

Es ist das alte Labour-Lied: Kontrollen, zu hohe Besteuerung, Subventionen und Investitionslenkung, dies alles als eine Art „konzertierter Aktion" mit der Gewerkschaftsbewegung, die den Gewerkschaften in wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik ein übermächtiges Mitspracherecht einräumt, würden die Investitionsneigung weitgehend zum Erliegen bringen, die Arbeitsmoral verschlechtern und Sparanreize nicht gerade fördern. Hierzu gehört auch der diesmal wieder hervorgeholte Plan einer staatlichen Investitionsbank, mit der die repatriierten Auslandsinvestitionen nach eigenem Ermessen in der Wirtschaft des Landes untergebracht werden sollen. Das deutet, wie sich ein Kommentator ausdrückte, schon jetzt auf eine Kapitalfehlleitung im großen Stil hin.

Während die konservative Regierungspartei daran festhält, daß nur eine Stabilitätspolitik mit vorerst vergleichsweise sehr hohen Zinsen ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und damit auf lange Sicht einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen verspricht, hält die sozialliberale Koalition das gegenwärtige Wirtschaftswachstum von jährlich rund drei Prozent nicht für ausreichend. Sie argumentiert, daß die Produktion in der verarbeitenden Industrie noch immer um zehn Prozent unter dem Niveau von 1979 liegt und daß der britische Außenhandel, ausgenommen Öl, im letzten Jahr ein Defizit in Höhe von 42 Milliarden Mark auswies.

Entsprechend will die Koalition die angeblich unnötig restriktive Budgetpolitik der Regierung, die mit einem Anteil der staatlichen Kreditaufnahme am Bruttosozialprodukt in Höhe von nur zwei Prozent (Finanzjahr 1985/86) die gegenwärtig straffste in der westlichen Welt sei, durch eine gewisse fiskalische Expansion ersetzen. Unter der Voraussetzung eines niedrig gehaltenen Wachstums der Bezüge bestehe Raum für zusätzliche Ausgaben in Höhe von 19 Milliarden Mark, mit einem Anteil der staatlichen Kreditaufnahme am Bruttosozialprodukt von rund 3,5 Prozent.

Darin enthalten wären eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge aller Arbeitgeber um ein Prozent, ein Programm für staatliche Kapitalinvestitionen insbesondere im Baubereich, Sonderhilfen für Langzeit-Arbeitslose und zusätzliche Mittel für die Gemeinden. Damit einhergehen soll eine „Strategie für Einkommen", die nötigenfalls das vorübergehende Einfrieren von Löhnen und Gehältern ermöglichen würde.

Darüber hinaus wiederholt die Koalition zu Recht die Forderung, daß Großbritannien Vollmitglied des Europäischen Währungsverbundes EWS werden muß, um einen stabilen und wettbewerbsfähigen Pfundkurs zu ermöglichen.

STEUERPOLITIK / WELT-Gespräch mit Minister Burkhard Ritz, Niedersachsen

„Der Bedarf kann nicht der Maßstab für den Finanzausgleich sein"

HEINZ HECK, Bonn

Die Aufrechterhaltung eines nur dreiprozentigen Wachstums der Staatsausgaben ist auch in den kommenden Jahren aus Ländersicht „ein extrem ehrgeiziges Ziel", erklärte der niedersächsische Finanzminister Burkhard Ritz (CDU) in einem Gespräch mit der WELT. Ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuersenkung von 1988 auf 1987 sei daher für die Länder „kein Thema". Mit Blick auf den Länderstreit um den Finanzausgleich in Karlsruhe sieht Ritz „für alle ein sehr hohes Risiko".

Allein die Personalkosten mit einem Anteil von rund 40 Prozent im Schnitt der Länderetats stiegen jährlich um über drei Prozent, ebenso die Zinsen (trotz des inzwischen eingetretenen deutlichen Rückgangs) mit immer noch fünf Prozent und die Zahlungen an die Kommunen. Folglich müsse, so Ritz, der verbleibende Ausgabenblock von etwa 30 Prozent sehr deutlich unter der Drei-Prozent-Marke gehalten werden, damit das von Bund und Ländern vereinbarte Ziel der jährlichen Steigerung von nur drei Prozent erreicht werden könne.

Ritz fordert, wie Finanzminister Gerhard Stoltenberg, für die nächste Legislaturperiode deutliche Korrekturen am Steuertarif. Allerdings müßten spezifische Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung hinzukommen. Die Eigenkapitalbasis der Unternehmen sei unbefriedigend. Dieser Zustand sei allein mit niedrigeren Tarifen nicht zu korrigieren.

Die Steuergesetzgebung müsse Instrumente entwickeln, „die die Unternehmen und nicht die Unternehmer begünstigen". Eine steuerfreie Investitionsrücklage sieht Ritz mit gemischten Gefühlen. Entgegen anderslautenden Thesen hält er sie zwar für praktikabel, kritisiert jedoch die damit ausgeübte Lenkung in die Betriebe hinein. Die Besteuerung des Betriebsvermögens ist für ihn ein „Anachronismus". Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit müsse Betriebsvermögen steuerrechtlich anders behandelt werden als persönliches Vermögen.

Der Streit um den Länderfinanzausgleich, den sechs Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angestrengt haben, hat vor allem Niedersachsen im Visier. Die nur teilweise (seit 1983 ein Drittel und ab 1986 die Hälfte) Anrechnung der Milliarden-Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung führt nach Meinung aller übrigen Länder zu unerträglichen Verzerrungen. Ritz hält dem entgegen: „Dann ist nicht einzusehen, warum nur die halbe Steuerkraft der Gemeinden im Finanzausgleich berücksichtigt wird, die die Länder mit finanzstarken Gemeinden bevorzugt."

Auch zweifelt Ritz die Berechtigung des sogenannten „Hanseatenprivilegs" an: Bremen und Hamburg dürfen als Stadtstaaten einen um 35 Prozent fiktiv erhöhten Finanzbedarf je Einwohner geltend machen als die Flächenländer. Dazu Ritz: Bremen verfüge über die dritthöchste Steuerkraft je Einwohner und erhalte nur wegen dieser „Einwohnerveredlung" Ausgleichsleistungen. Hamburg, das in Milliardenhöhe von dieser Bestimmung profitiere (je Einwohner fast 600 Mark) möchte die Veredlung noch um zehn oder 20 Prozentpunkte erhöht sehen.

Demgegenüber verweist Ritz auf die typischen Mehrkosten der Flächenländer und kehrt damit die Argumentation der Stadtstaaten von der spezifischen Mehrbelastung gerade um: Bei niedriger Besiedlungsdichte seien viele Kosten, auf den Einwohner gerechnet, weit höher als in Ballungsgebieten, so in der Kanalisation oder beim Schülertransport.

Ritz wehrt sich nachdrücklich dagegen, den Finanzbedarf mit zum Maßstab für den Finanzausgleich zu wählen. Der Finanzbedarf sei nicht objektivierbar. „Hinter vielen Posten eines angeblich nach strengen objektiven Kriterien ermittelten öffentlichen Bedarfs stehen politische Entscheidungen." Vor allem würden Sparanstrengungen, wie Niedersachsen sie seit Jahren betreibe, einfach nicht mehr honoriert. Kritisch zum Ausgabengebaren etwa Nordrhein-Westfalens oder Bremens fügt er hinzu: Dort würden öffentliche Mittel „für Dinge ausgegeben, von denen Niedersachsen nur träumen kann".

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bonn und London lehnen Delors' Währungspläne ab

WILHELM HADLER, Brüssel

Zurückhaltend hat die Bundesregierung auf den Vorschlag von EG-Präsident Delors reagiert, die währungspolitische Zusammenarbeit stärker im EG-Vertrag zu verankern. Vor einer Stellungnahme müsse Bonn erst einmal die Bundesbank konsultieren, meinte Finanzminister Stoltenberg am Rande einer Ratssitzung in Luxemburg. Er deutete jedoch an, daß nach deutscher Meinung zunächst einmal der Beitritt Londons zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssytems (EWS) abgewartet werden sollte.

Britische Regierungskreise bezeichneten die von Delors angeregten Passagen für eine Ergänzung des Römischen Vertrages als „weder notwendig noch wünschenswert". Die ausdrückliche Erwähnung einer währungspolitischen Dimension der Gemeinschaft und die Einbeziehung des EWS in die Vertragsvorschriften würden nach britischer Meinung den Druck auf Großbritannien zur Eingliederung in das EWS unnötig verstärken.

Ähnlich dürfte auch die Bundesbank davor warnen, daß durch die Diskussion über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes eine politische Dynamik entstehen könnte, in deren Gefolge die betont vorsichtige deutsche Position zum Ausbau des EWS nicht länger aufrechtzuhalten wäre. Dagegen gehen anderen EG-Staaten die Delors-Vorschläge nicht weit genug. Wie der Präsident mitteilte, wollen Frankreich, Italien, Belgien und Irland verbindliche Pläne für den Binnenmarkt nur dann mittragen, wenn der EG auch im Währungsbereich gewisse Kompetenzen gegeben werden.

Delors selbst, der sich als früherer französischer Finanzminister in der Brüsseler Kommission die Zuständigkeit für Währungsfragen vorbehalten hat, will keineswegs überstürzt vorgehen. Nach seiner Meinung ist es im gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich erforderlich, die „potentielle Kompetenz" der Gemeinschaft im Vertrag zu bestätigen. „Konkrete und reelle Fortschritte" sollen im EWS angestrebt werden. Schon heute müsse allerdings bei einer ohnehin vorgenommenen Vertragsrevision auch die Möglichkeit vorgesehen werden, zu gegebener Zeit einen europäischen Währungsfonds ins Leben zu rufen.

Der vorgeschlagene Text zur Ergänzung von Artikel 107 des Römischen Vertrages sieht entsprechend vor, daß „jeder Mitgliedsstaat seine Wechselkurspolitik als ein Gemeinschaftsproblem behandelt und im Rahmen des EWS kooperiert". Dabei wird die Teilnahme am Wechselkursverbund jedoch nur von den Staaten verlangt, die „in der Lage sind, die Verpflichtungen zu erfüllen". Für den Ausbau des gegenwärtigen Währungsbeistands und die Schaffung eines Währungsfonds sieht die Kommission Einstimmigkeit vor. Für sich selbst verlangt sie lediglich ein Vorschlagsrecht.

AUF EIN WORT

„Die erste Gesprächsrunde hat natürlich keine Patentlösungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebracht. Deshalb stehen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften in der Pflicht, ihre Bemühungen um langfristige Lösungsmöglichkeiten fortzusetzen."

Hermann Brandt, Vorsitzender der Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Bürger verdienten letztes Jahr mehr

VWD, Frankfurt

Der bundesdeutsche Durchschnittshaushalt hatte 1984 ein Monatseinkommen von knapp 3600 DM und damit 3,1 Prozent mehr als 1983. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, hatten die Selbständigen 1984 mit monatlich rund 10 750 DM fast dreimal so viel Geld zur Verfügung. Allerdings ist die Gruppe der Selbständigen sehr unterschiedlich zusammengesetzt; weit mehr als die Hälfte aller Selbständigenhaushalte verdient weniger als dieses Durchschnittseinkommen. An zweiter Stelle der Einkommensgruppen rangierten die Beamtenhaushalte mit rund 4420 DM monatlich.

EG-AUTOMOBILINDUSTRIE

Hersteller fordern strengere Überwachung der Importe

WILHELM HADLER, Brüssel

Für eine strengere Überwachung der Kraftfahrzeugimporte aus Nicht-EG-Ländern haben sich namhafte Vertreter der europäischen Automobilindustrie stark gemacht. In einem Hearing des Europaparlaments traten sie gestern in Brüssel ferner dafür ein, daß Japan dazu verpflichtet wird, künftig 80 Prozent der Komponenten seiner Wagen in der Gemeinschaft herstellen zu lassen.

Fiat-Präsident Ugo Agnelli bezeichnete es als „geradezu absurd", daß angesichts der starken Durchdringung des europäischen Marktes mit japanischen Fahrzeugen überhaupt die Frage gestellt werde, wie die EG sich Importen noch weiter öffnen könne. Bob Lutz (Ford Europa) sagte, die europäische Industrie habe während der Zeit ihrer Umstrukturierung Anrecht auf dieselbe Art von Schutz, wie sie Japan der eigenen Automobilindustrie in ihrer Wachstumsphase gewährt habe.

Beide Topmanager glauben an eine starke Unterbewertung des japanischen Yen. Sie meinen auch, daß die Japaner zu erheblich schlechteren Bedingungen konkurrieren würden, wenn sie, statt lediglich über Montagewerke zu verfügen, voll in die europäischen Volkswirtschaften integriert wären.

Übereinstimmend unterstützten beide die Bemühungen um einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt. Dabei gehe es, wie Lutz hervorhob, nicht nur um die Vereinheitlichung technischer Normen, sondern ebenso um die Angleichung der Kfz-Steuern, die Abschaffung der Preiskontrollen und Subventionen sowie um die Zusammenarbeit im Währungsbereich.

GESUNDHEITSSYSTEM

Die Kassenärzte bezeichnen alle Appelle als sinnlos

PETER JENTSCH, Bonn

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat Appelle an Ärzte, Krankenkassen und Versicherte zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen als „sinnlos" bezeichnet, wenn „der Gesetzgeber selbst ständig neue Verschiebebahnhöfe zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung in Betrieb nimmt". Die KBV bezieht ihre Kritik auf das Bundeserziehungsgeldgesetz, das zwölf beitragsfreie Monate Erziehungsurlaub vorsieht. Dies beschere den Krankenkassen jährlich Beitragsausfälle in Höhe von gut einer halben Milliarde Mark.

Das Bundeskabinett setze sich damit über das Votum des Bundesrates hinweg, die Beitragsausfälle den Krankenkassen aus Steuermitteln zu erstatten. Mit der vagen Feststellung, die Kostenüberwälzung auf die Krankenkassen sei Teil des Familienlastenausgleichs, den die gesetzliche Krankenversicherung durch die Familienhilfe für mitversicherte Familienangehörige ohnehin schon mittrage, sollten nun die Versicherten die Zeche in vollem Umfang zahlen.

In einer gemeinsamen Erklärung sind auch die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung für eine Kostenerstattung des Erziehungsurlaubs aus Bundesmitteln eingetreten. Sie verweisen auf die Warnung der Bundesbank, die Steuersenkungen durch neue Belastungen über Lohnnebenkosten und Sozialbeiträge wirkungslos zu machen. Aus dem Bundesarbeitsministerium wurde bekannt, daß ein Katalog von zwölf Punkten vorliegt, der sämtliche Forderungen aus Bund und Ländern an die Krankenversicherung enthält, mit einem Volumen von rund 6 Milliarden Mark.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Stahl-Streit geht weiter

Brüssel (VWD) – Die von den USA reklamierte Einbeziehung von Halbfertigprodukten in das neue Abkommen zur Regelung der Handelsbeziehungen im Stahlsektor hat sich nach Angaben aus informierten Kreisen in Brüssel zu einem unüberwindlichen Hindernis entwickelt. Wie in Brüssel verlautete, bestehen gute Hoffnungen bei den Verhandlungen mit den USA bis zum 31. Oktober zu einem Kompromiß in allen übrigen Streitfragen zu gelangen. Unüberwindliche technische Schwierigkeiten ergäben sich aber für die Einbeziehung von Halbfertigprodukten.

LAB erhöht Zinsen

Bonn (DW.) – Die Lastenausgleichsbank (LAB) erhöht ab sofort die Zinsen bei ihren Kreditzusagen in den LAB-Ergänzungsprogrammen um 0,5 Prozent. Der Darlehenszins für Existenzgründungskredite beträgt danach 6,5 Prozent, der Zins für Umweltschutzkredite 6,0 Prozent (Auszahlung jeweils 96 Prozent).

Mehrheit für Streik

Stuttgart (AP) – Mit der Mehrheit von 82 Prozent haben die abstimmungsberechtigten Mitglieder der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr bei der Lufthansa sich für einen Streik entschieden. Bei der Urabstimmung ging es um einen einheitlichen Betrag bei der Gewinnbeteiligung für alle Beschäftigten bei der Lufthansa sowie eine Vorruhestandsregelung für das Bodenpersonal.

Kohleinstitut gegründet

Essen (dpa/VWD) – Zur Förderung der Kohle als „der größten und vielseitigsten Energiequelle" haben die Ruhrkohle AG, Essen, und die Saarbergwerke AG, Saarbrücken, zusammen mit 13 anderen weltweit bedeutenden Unternehmen des Steinkohlenbergbaus in London ein neues internationales Kohleinstitut gegründet. Vorsitzender „des International Coal Development Institute" (ICDI) ist der frühere Ruhrkohle-Vorstandschef Karlheinz Bund.

EG-Büro geplant

Bremen (ww.) – Der Bremer Senat hat gestern beschlossen, gemeinsam mit dem Saarland ein Büro in Brüssel bei der Europäischen Gemeinschaft zu eröffnen. Das hatten der Bremer Präsident des Senats, Klaus Wedemeier, und sein saarländischer Kollege Oskar Lafontaine am vergangenen Freitag vereinbart. Das Büro soll im Januar eröffnet werden. Ein Beamter soll dafür in Bremen noch gefunden werden. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg verfolgen gleiche Ziele. Das erste Bundesland, das schon ein EG-Büro hat, ist Hamburg.

Treffen in Prag

Bonn (Mk.) – Die deutsch-tschechoslowakische Gemischte Kommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit tritt heute in Prag zusammen. Dabei geht es um den Ausbau der Beziehungen, die Zusammenarbeit im Umweltschutz und um Fragen des Tourismus. Die Tschechoslowakei ist der viertgrößte deutsche Osthandelspartner. In den ersten acht Monaten sind die Einfuhren aus der Tschechoslowakei um 4,2 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf 1,649 Mrd. DM gestiegen, die Exporte nahmen um 13,1 Prozent auf 1,323 Mrd. DM zu.

Wochenausweis

	23.10.	15.10.	23.9.
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	63,3	63,6	64,9
Kredite an Banken	97,6	100,2	99,4
Wertpapiere	4,3	4,0	3,4
Bargeldumlauf	106,6	108,7	107,6
Einl. v. Banken	43,2	54,5	42,1
Einlagen v. öffentl. Haushalten	12,3	4,8	17,1

RISIKOKAPITAL

Börsenzugang ist für junge Unternehmen zu schwierig

SABINE SCHUCHART, Bonn

Um jüngeren, wachstumsorientierten Unternehmen die Versorgung mit Risikokapital zu erleichtern, sei es notwendig, Marktzutrittsschranken zum Aktienhandel abzubauen. Denn der deutsche Aktienmarkt versorge die Unternehmen nur unzulänglich mit Risikokapital, heißt es in einer Untersuchung des Instituts für Weltwirtschaft Kiel zum Thema „Mehr Risikokapital durch Erleichterung des Börsenzugangs für Unternehmen".

Die Emission von Aktien spiele in der Bundesrepublik im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern kaum eine Rolle, schreibt der Autor der Studie, Ronald Weichert. Während es im vergangenen Jahr in den USA 448 und in Großbritannien 192 Aktienneuemissionen gegeben habe, seien in der Bundesrepublik lediglich 21 Börsenneulinge aufgetreten.

Ein unzureichender Zugang zu externem Beteiligungskapital bestehe insbesondere für kleine und jüngere Unternehmen dadurch, daß in den für sie relevanten Börsensegmenten, dem geregelten und dem ungeregelten Freiverkehr, die Zulassungsanforderungen von den Börsen und Banken in der Praxis sehr restriktiv gehandhabt würden. Eine unüberwindbare Hürde, an die Börse zu gehen, liege für diese Unternehmen häufig in der Notwendigkeit, ein Kreditinstitut zu finden, das die Emission unterstütze. Die Banken betrieben dabei in erster Linie Anlegerschutz durch Risikoausschluß. Die Studie empfiehlt, die an der deutschen Börse bestehende Unterteilung in amtlichen Handel, geregelten und ungeregelten Freiverkehr zu nutzen, indem sie auch de facto unterschiedlichen Risikoklassen Rechnung trage.

MESSEWESEN / Internationaler Verband veranstaltet Kongreß in Düsseldorf

Neue Angebote machen Sorgen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Präsident der einzigen Weltorganisation für das Messewesen, der Finne Olle Herold, hat gestern in Düsseldorf die Mitglieder seines Verbandes zu fairer Konkurrenz aufgerufen. Er sagte anläßlich des dreitägigen Arbeitskongresses der Union des Foires Internationales (UFI): „Schon heute ist das Angebot an Flächenkapazitäten in vielen Ländern größer als die Nachfrage." Da klassische Marktregulative wie Preis oder Kapazitätsabbau systemimmanent nicht zum Tragen kämen, suchten die Anbieter häufig über neue Messeangebote ihre Kapazitätszuwächse auszulasten.

Diese neuen Angebote aber tangierten oft bestehende internationale Veranstaltungen, stellte Herold fest und ergänzte: „Konkurrenz ist erstrebenswert, sie muß aber auf gleichen Ebenen erfolgen." Veranstalter von internationalen Messen seien auch künftig gut beraten, Konkurrenzversuchen zu begegnen, die über nationale Messekonzepte die internationale Position angreifen würden. Solche Konkurrenz trüge nicht zu mehr Markttransparenz bei.

Einen Schwerpunkt des diesjährigen UFI-Kongresses setzt das Sonderforum „Messen in Entwicklungs- und Schwellenländern". Drei Arbeitskreise „Messeaufgaben in der Zukunft", „Modernisierung von Messegeländen" und „Allgemeine Entwicklungstendenzen im Messewesen und deren Folgen" sollen besonders den Manager-Nachwuchs für die gewandelten Problemstellungen eines zukunftsorientierten Messe-Managements sensibilisieren.

Als Gastgeber erklärte Düsseldorfs Messe-Chef Claus Groth, im Vordergrund der Tagung stehe der „Know-how-Transfer". Die Erfahrungen der letzten Veranstaltungen haben bewiesen, daß dabei die international konkurrierenden Messe-Veranstalter „offen und nicht hinter der Hand" ihr Wissen weitergeben. Als Beispiel dafür führte er an, daß das Düsseldorfer Messegelände, das nach 18 Jahren seiner Gründung noch immer als das modernste der Welt gilt, inzwischen „Nachfolger" in Birmingham, Paris, Lyon und Osaka gefunden hätte, die als Basis-Konzept die Düsseldorfer Erfahrungen übernommen hätten. Der Chef der Köln-Messe, Dieter Ebert, ergänzte, Vertreter aus China, die zum ersten Mal an einem UFI-Kongress teilnehmen, werde so die Chance geboten, mit internationalen Messeleuten erstmals in Kontakt zu treten. Er sagte: „Je mehr der einzelne für seine Messe tut, um so mehr nützt er der UFI." Diesem Weltverband gehören 132 Messeveranstalter aus 56 Mitgliedsländern an. Allein die Bundesrepublik Deutschland ist mit 18 Messeveranstaltern vertreten.

SCHUFA-KLAUSEL

Banken erstreben Übergangsregeln

dpa/VWD, Bonn/Köln

Die Kreditinstitute wollen bis zum Inkrafttreten einer neuen „Schufa-Klausel" Anfang 1986 mit Übergangsbestimmungen die Weitergabe von Daten regeln. Am Dienstag trafen in Köln Vertreter der Datenschutzbehörden von Bund und Ländern sowie der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditversicherung (Schufa) und des Zentralen Kreditausschusses zusammen, um über die Neufassung der Schufa-Klausel zu beraten, die vom Bundesgerichtshof (BGH) für unzulässig erklärt worden war.

Der BGH hatte im Streitfall mit einer Teilzahlungsbank eine „unangemessene Benachteiligung des Kreditnehmers" festgestellt, wenn die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) dem Institut pauschal das Recht einräumten, Daten über die Abwicklung des Kredits weiterzugeben. Nach Meinung des Bankenverbands hat der BGH aber die grundsätzliche Weitergabe von Daten an die Schufa für eine reibungslose Kreditversorgung anerkannt.

Bis zum Inkrafttreten der neuen Schufa-Klausel ist von Bedeutung, wie sich Kreditinstitute bei einem Neugeschäft verhalten sollen. Die Banken schlagen vor, die alten Formulare mit der vom BGH verworfenen Klausel weiterzuverwenden, dem Kunden aber ein Merkblatt mit dem Hinweis zu geben, daß diese Klausel überarbeitet wird und Datenübermittlungen nur nach den gesetzlichen Bestimmungen erfolgen.

Einvernehmen ist darüber erzielt worden, daß „harte Merkmale" laut Datenschutzgesetz auch ohne Einwilligungserklärung an die Schufa übermittelt werden dürfen. Dazu zählten unter anderem Kreditkarten- und Scheckkartenmißbrauch, ein gerichtliches Vergleichsverfahren, Kreditkündigung, Zwangsvollstreckung oder Lohnpfändung aufgrund eines gerichtlichen Beschlusses.

VERSCHULDUNG / Südostasien und Lateinamerika im Vergleich: Auslandsverbindlichkeiten ähnlich schnell gewachsen

Wirtschaftspolitik des Fernen Ostens erfolgreicher

Von KAREN SÖHLER

Die großen lateinamerikanischen Staaten zählen ebenso wie die Länder Südostasiens zu den Schwellenländern; sie sind keine reinen Entwicklungsländer mehr. Doch während der Weg in Richtung Industrialisierung *Lateinamerika in ein finanzielles Desaster* geführt hat, verspürt Südostasien, abgesehen von den Philippinen, keine Zahlungsschwierigkeiten. Woran liegt das?

Die Schuldenberge beider Regionen haben sich zwischen 1977 und 1985 etwa verdoppelt: in Lateinamerika auf 370 Milliarden Dollar, in Südostasien – Singapur, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Thailand, Südkorea, Hongkong und Taiwan – auf rund 160 Milliarden Dollar. Pro Kopf übertraf die Verschuldung Malaysias mit 717 Dollar Ende 1982 – kurz nachdem die Verschuldungskrise ausgebrochen war – den Vergleichswert für Brasilien, 674 Dollar. Südkorea kam mit 915 Dollar nahe an Mexiko (1084 Dollar) heran.

Die äußeren Umstände waren die gleichen

Mit der Höhe der Auslandskredite läßt sich also nicht begründen, daß Lateinamerika mit der Verschuldung kämpft, während Südostasien als Markt der Zukunft angepriesen wird. Falsch wäre auch zu behaupten, die Voraussetzungen Lateinamerikas in *den siebziger Jahren seien andere* gewesen: Lateinamerika und Südostasien waren denselben äußeren Einflüssen ausgesetzt, die eine starke Verschuldung förderten: Die internationalen Banken verfügten aufgrund der Überschwemmung mit Petro-Dollar über hohe Liquidität und vergaben entsprechend großzügig Kredite. Der Dollarkurs rutschte unter die Zwei-Mark-Grenze, die Kapitalmarkt-Zinsen bewegten sich auf einem niedrigen Niveau. Die Erdölimporte verbrauchten im Vergleich zu heute wenig Fremdwährung, während hohe Rohstoffpreise gute Deviseneinnahmen sicherstellten.

Und sowohl für Lateinamerika wie für Südostasien folgten den fetten siebziger Jahren erheblich magerere zu Beginn dieses Jahrzehnts: Anstieg der Wechselkurse, verteuerte Erdölimporte, Rezession in den Industrieländern und zunehmender Protektionismus, niedrige Rohstoffpreise, weltweit steigende Zinsen. Auch dieser Umschwung betraf beide Ländergruppen gleichermaßen, wobei aber die Verschuldungsstruktur der asiatischen Länder besser war als die der lateinamerikanischen. Der Anteil variabel *verzinster Bankkredite machte* in Südostasien 1982 nur 40 Prozent aus; in Lateinamerika hingegen 65 Prozent. Der Rest waren zinsfeste Darlehen von Regierungen oder multinationalen Organisationen. Der Zinsanstieg traf Lateinamerika daher stärker. Dagegen berührte die Ölpreissteigerung die Wirtschaften Südostasiens mehr. Mexiko, Venezuela, Argentinien, Peru oder auch Brasilien fördern schließlich selbst das schwarze Gold. In Südostasien sind es nur Indonesien und Malaysia in kleinerem Umfang.

Also: Warum hat Südostasien im Gegensatz zu Lateinamerika seine Kreditwürdigkeit nicht eingebüßt? Zunächst wegen der wirtschaftlichen Konzepte. Die Länder des Fernen Ostens haben sich am Weltmarkt orientiert. Sie haben versucht, ein Klima *zu schaffen, das ausländische* Investoren anzieht. Gleichzeitig haben sie den Export gefördert. Dabei haben sie darauf geachtet, ihre Rohstoffe – wie Zinn, Kupfer, tropische Hölzer, Kautschuk, Palmöl und Pfeffer – nicht nur unverarbeitet auszuführen. Beispielsweise wurden und werden aus- und inländische Unternehmen, die Rohstoffe für den Export weiterverarbeiten, vom Staat gefördert. Erfolg: Ein Drittel der Exporte sind heute veredelte Produkte. Aus- oder aufgebaut hat Südostasien außerdem Branchen, in denen die Region Kostenvorteile ausnutzen konnte aufgrund der im Vergleich zu den Industrieländern billigen Löhne. Die Textilverarbeitung ist nur ein Beispiel.

Dagegen Lateinamerika: Die Rohstoffe – wie Zinn, Kupfer, Holz, Getreide, Bananen, Kaffee und Erdöl – werden fast ausschließlich roh exportiert. Nur ein Sechstel ihrer Ausfuhren sind verarbeitete Produkte. Nicht der Außenhandel, sondern der Binnenmarkt diktierte das Vorgehen.

Geschichte und Mentalität sind ausschlaggebend

Nicht private Unternehmen bestimmten den Ablauf, sondern der Staat durch seine Interventionen. So wurde der heimische Markt in vielen Ländern Lateinamerikas zumindest vorübergehend vor der Auslandskonkurrenz abgeschirmt, die Kreditzinsen auf dem nationalen Kapitalmarkt künstlich niedrig gehalten, die Reallöhne *dagegen* überhöht; der *Staat entfaltete sich als Unternehmer.* Solche Voraussetzungen stoßen Investoren ab, statt sie anzuziehen. So sind die Investitionen in Südostasien zwischen 1973 und 1983 durchschnittlich um 9,5 Prozent gestiegen; in Lateinamerika nur um 1,4 Prozent.

Schlechte und gute Wirtschaftspolitik kann allerdings die Unterschiede in der Erfolgsbilanz beider Ländergruppen allein nicht erklären. Tiefere Einsicht gewähren nur die Mentalität der Menschen und die Geschichte. Lateinamerika wurde im sechzehnten Jahrhundert von Spanien und Portugal erobert. Die Urbevölkerung war bald in die Bedeutungslosigkeit verdrängt. Als der Subkontinent sich Anfang des neunzehnten Jahrhunderts von seinen Kolonialherren befreite, lösten sich europäisch ausgerichtete Kreolen von Europa. Zurück blieben Staaten, die ihre Identität noch finden mußten. Die Befreiung von dem Mutterkontinent sorgte noch nicht für eine Einheit in der Bevölkerung. In einigen Staaten, wie Peru oder Bolivien, stoßen nach wie vor zwei Welten aufeinander: die der Indianer und die der Europäer.

Die Suche nach dem richtigen politischen Weg war von europäischen Ideen geprägt. Der Geist Lateinamerikas orientierte sich zunächst an den Aufklärern des achtzehnten Jahrhunderts. Mit Karl Marx kam neues europäisches Gedankengut, das den Subkontinent beeinflußte. Die Vorstellung von einer Umverteilung zugunsten sozial Schwächerer faszinierte. Doch die Länder waren nicht in der Lage, die Belastungen eines Wohl*fahrtsstaates* auch nur für kurze Zeit zu ertragen. Ständig wurden vermeintlich gute Rezepte ausprobiert. Der Konflikt zwischen zwei europäischen Ideen – der Aufklärung und dem Kommunismus – blieb bestehen und machte das politische Leben unbeständig.

An Südostasien sind die europäischen Ideen fast spurlos vorübergegangen. Zwar unterstanden auch einige dieser Länder lange Zeit westlichen Kolonialherren: die Philippinen zunächst den Spaniern, dann den Amerikanern; Hongkong (noch immer) und Singapur den Briten; Indonesien anfangs den Briten, dann den Niederländern. Ihre Unabhängigkeit gewannen die Länder im Fernen Osten erst nach dem Zweiten Weltkrieg zurück; abgesehen von Thailand, das nie kolonialisiert war.

Aber diese asiatischen Völker, verwurzelt in ihrem Land, ihren Sitten und ihren Religionen, haben aus einer Position der Ruhe heraus von den Europäern nur übernommen, was zu ihrer Philosophie paßte und was sinnvoll erschien. Das individuelle Denken des Westens, die Bindungslosigkeit, blieb den Südostasiaten fremd. Aber das moderne Management, das auf Zusammenarbeit angewiesen ist, beherrschen sie.

COMPACT DISCS / Joint venture Philips und Du Pont

Weltgrößter Produzent

WILHELM FURLER, London

Die beiden Weltkonzerne Philips, Niederlande, und Du Pont, USA, haben in London ein Programm zur engen Zusammenarbeit bekanntgegeben. Das Joint venture soll die Entwicklung, Herstellung und den Vertrieb optischer Speichermedien für die Audio-, Video- und Datentechnik vorantreiben. Die Verhandlungen, so Vertreter beider Konzerne, sind weit fortgeschritten. Ziel des Gemeinschaftsunternehmens ist es, einen wesentlichen Anteil des Weltmarktes für optische Speicherplatten zu erringen. Dieser Markt soll 1990 bereits mehr als 4 Mrd. US-Dollar betragen.

Es wird erwartet, daß das Joint venture innerhalb von fünf Jahren einen Jahresumsatz von 900 Mill. US-Dollar erreichen wird. Das neue Unternehmen mit dem Namen Philips/Du Pont Optical (PDO) wird Anfang nächsten Jahres seine Tätigkeit aufnehmen. Es wird nach Angaben der Firmensprecher der weltgrößte Produzent von Compact Discs (CD) für die Musikwiedergabe sein.

Die Anfangsaktiva des Unternehmens von mehr als 150 Mill. Dollar bestehen aus einem Entwicklungszentrum für Platten für die optische Datenaufzeichnung bei Wilmington, Delaware/USA, der Polygram CD-Fabrik in Hannover, der Produktionsstätte für Laservision-Platten für die Bild- und Datenaufzeichnung in Blackburn/Großbritannien, einem Entwicklungszentrum in Eindhoven/Niederlande und dem Philips-Anteil an OSI (Optical Storage International), einem Joint venture zwischen Philips und Control Data Corporation, von 51 Prozent.

Dem neuen Unternehmen werde außerdem beträchtliches Startkapital zur Verfügung gestellt. Bis 1990 würden wahrscheinlich mehr als 500 Mill. Dollar investiert werden. Das jährliche Budget für Forschung und Entwicklung soll 60 Mill. Dollar betragen. In den Fabriken dieses Joint ventures sind etwa 3500 Mitarbeiter beschäftigt. Mehrere neue Produktionsstätten in den USA, in Europa und Japan seien geplant.

Um die weltweit schnell wachsende Nachfrage nach Compact Discs im Musiksektor zu befriedigen, wird die Kapazität der *CD-Fabrik* Hannover, die bereits die größte der Welt ist, in etwa verdoppelt werden und damit pro Jahr rund 50 Millionen Platten erreichen, wurde mitgeteilt. Hannover wird weiterhin unter der Leitung von Polygram bleiben.

Kings Mountain, North Carolina/USA, ist Standort für eine weitere CD-Fabrik für Audio-Zwecke, die im kommenden Jahr die Produktion aufnehmen *soll und etwa die* Hälfte der Kapazität von Hannover haben wird. PDO plant, zwischen 1986 und 1990 seine CD-Fertigungskapazität in den USA, in Europa und Japan auf mehr als 200 Millionen Compact Discs pro Jahr zu erweitern. Der Vorstand des Joint venture besteht aus sechs Mitgliedern, die von den beiden Partnern bestimmt werden.

FRANKREICH / *Sanierung der Arbeitslosenversicherung*

Tarifpartner einigen sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach schwierigen Verhandlungen haben der nationale französische Unternehmer- und Arbeitgeberverband CNPF und die fünf repräsentativen Gewerkschaften grundsätzliche Einigung über die Sanierung der von ihnen gemeinsam verwalteten Arbeitslosenversicherung Unedic erzielt.

Während die kommunistische CGT nur das Protokoll über den Verhandlungsabschluß unterzeichnete, stimmten die CGC und die CFTC dem Vertragsentwurf zu.

Die neue Konvention sieht zum 1. November eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,2 auf 6,6 Prozent der Lohnsumme vor. Davon sind 4,3 (4,1) Prozent von den Arbeitgebern und 2,3 (2,1) Prozent von den Arbeitnehmern aufzubringen. Die Gesamterhöhung um 0,4 Prozentpunkte würde also zu gleichen Teilen auf die Sozialpartner verteilt.

Andererseits soll ab 1. April 1986 der Grundbetrag der Arbeitslosenversicherung von 42 auf 40 Prozent des letzten Grundlohns ermäßigt werden. Die Mindesttagesentschädigung von 43,87 Franc bleibt aufrechterhalten. Die Entschädigungsdauer wird für Arbeitslose, die jünger als 50 Jahre sind, um zwei auf 14 Monate und für die älteren un drei auf 15 Monate verlängert.

Diese bis Ende 1987 geltende Regelung soll verhindern, daß die Unedic wieder in die roten Zahlen gerät. Unter der Hypothese, daß bis dahin die Zahl der Arbeitslosen um 63 000 zunimmt, wäre nach dem bisherigen Verfahren ein Defizit von rund zehn Milliarden Franc entstanden. Als Beitrag der Regierung zu dem Sanierungsplan verlangen die Sozialpartner, daß die Rückzahlung der Unedic-Schuld gegenüber dem Staat von zwölf Milliarden Franc auf sieben Jahre verteilt wird.

Metalle im Schatten der Zinnkrise

fu, London

Die Krise am Zinnmarkt wirkt sich auch auf den Handel mit anderen NE-Metallen aus. So ist an London Metal Exchange seit Aussetzung der Zinn-Notierung der Handel in anderen Metallen um 30 Prozent zurückgefallen.

Seit gestern beraten in London Vertreter des Internationalen Zinnrates (ITC), in dem die Produzenten- und Verbraucherländer zusammengeschlossen sind, über Maßnahmen, wie die Ausgleichskasse des ITC wieder aufgefüllt werden kann. Mit dieser Ausgleichskasse werden starke Preisschwankungen durch Verkäufe bzw. Käufe ausgeglichen. Weil die Ausgleichskasse von den Mitgliedsländern nicht wie versprochen aufgestockt worden ist, kam es nach drastischen Einbrüchen beim Zinnpreis zu einer totalen Ebbe in der Ausgleichskasse.

Thailand, nach Malaysia und Indonesien drittgrößter Zinnproduzent, soll bereits zugesagt haben, der Ausgleichskasse zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die anderen Mitgliedsländer ebenfalls „verantwortungsbewußt" reagierten. Es gebe positive Anzeichen dafür, daß die übrigen Mitgliedsländer des Weltzinnrates einen Zusammenbruch des ITC nicht zulassen werden.

Pieter de Koning, Verwalter der Ausgleichskasse des Zinnrates, der in der vergangenen Woche den Zinnhandel in London und in der Hauptstadt Malaysias, Kuala Lumpur, bis auf weiteres aussetzen ließ, erklärte: „Ich bin ziemlich sicher, daß praktisch jeder das Fortbestehen des Internationalen Zinnrates wünscht ...

Nicht auszuschließen ist, daß der offiziell garantierte Mindestpreis des ITC von 8500 Pfund je Tonne erheblich zurückgenommen wird.

GROSSBRITANNIEN / In London verfallen Häuser

Krise am Wohnungsmarkt

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung sitzt auf einer „Zeitbombe", weil die Wohnungsprobleme in London und in anderen Ballungsräumen immer größer werden. Diese Warnung wird in einem jetzt veröffentlichten Bericht des „Zentrums für Wohnungshilfe" ausgesprochen. Der Untersuchung zufolge fehlt es in London an rund 119 000 Wohnungen. Bei Häusern und Wohnungen im Besitz der Londoner Bezirksverwaltungen fallen inzwischen Reparaturen für rund elf Mrd. DM an; 25 000 Familien leben in London ohne Wohnung.

Der Bericht mit dem Titel „Verfall der Hauptstadt" behauptet, daß fast 25 Prozent der Londoner Wohnungen und Wohnhäuser in die Kategorie „unzumutbar" fallen, weil sie entweder essentielle Annehmlichkeiten vermissen lassen oder schwerwiegende Reparaturarbeiten nötig haben.

Die Zahl der Londoner Häuser und Wohnungen, die dieser Kategorie jährlich neu zugeordnet würden, übersteige jedes Mal bei weitem die Zahl der jeweils verbesserten Wohnungseinheiten.

Der Anteil unbewohnter Häuser und Wohnungen habe sich in London seit 1961 von weniger als zwei Prozent auf heute fünf Prozent erhöht, in erster Linie im Bereich privaten Wohneigentums.

Viele Hausbesitzer spekulierten auf steigende Immobilienpreise. Dem Bericht zufolge müßten pro Jahr 20 000 Wohnungen im öffentlichen Wohnungsbau erstellt werden; gegenwärtig wird die Hälfte gebaut.

Dazu wären öffentliche Ausgaben in Höhe von 458 Mill. Pfund (1,74 Mrd. DM) pro Jahr nötig, da *nur* so der Londoner Bedarf bis 1995 gedeckt werden könnte. Tatsächlich liegen die jährlichen Ausgaben in diesem Bereich nur bei 145 Mill. Pfund. Zusätzlich müßten dem Bericht zufolge 522 Mill. Pfund (1,98 Mrd. DM) pro Jahr für die Renovierung und Verbesserung von öffentlichem und privatem Haus- und Wohnungseigentum ausgegeben werden.

SIEMENS / Vorstandschef Kaske unterzeichnete Kooperationsabkommen mit Peking

Engagement in China wird verstärkt

JÜRGEN KAHL, Peking

Für das China-Engagement der Siemens AG verspricht 1985 ein Markstein zu werden. Die staatliche Wirtschaftskommission unterzeichnete gestern in Peking mit dem deutschen Elektronikkonzern – vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Karlheinz Kaske – als erstes ausländisches Unternehmen eine Rahmenvereinbarung über eine langfristige Kooperation, die sich über alle Bereiche der Siemens-Palette erstrecken soll.

Zum Jahresende läßt der Konzern nach 30 Jahren die Geschäftsverbindung mit dem in Hongkong ansässigen dänischen Handelshaus Jebsen und Co. auslaufen und wird zum gleichen Zeitpunkt in Peking und Shanghai mit nicht weniger als 90 Mitarbeitern vertreten sein, davon 25 deutsche Ingenieure und Spezialisten vom Kraftwerksbau bis zur Medizin- und Nachrichtentechnik.

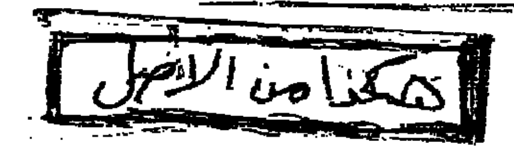
Technologisches Know-how könne man nicht über Händler, sondern nur *durch Ingenieure übertragen, kommentiert* der Leiter der Siemens-Vertretung in Peking, Jürgen Oberg, die Trennung von Jebsen. Neben dem bereits bestehenden Außenbüro in Shanghai sind zwei weitere geplant, im südchinesischen Kanton und in der nördlichen Küstenstadt Dalien (Dairen).

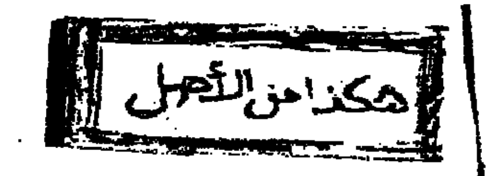
Der Anspruch von Siemens, im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß Chinas künftig nicht nur einer unter vielen zu sein, hat historische Wurzeln. Die erste Lieferung des Hauses an die Chinesen waren Zeigertelegrafen im Jahre 1872. 1904 erfolgte die Gründung der Siemens China Co. in Shanghai, die Mitte der 30er Jahre mit insgesamt 275 Mitarbeitern im Reich der Mitte die damals größte Überseegesellschaft des Unternehmens war.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr (Oktober 1984 bis September 1985) flossen dem deutschen Unternehmen chinesische Aufträge im Gesamtwert von 700 Mill. DM zu. Einer der größten Brocken (300 Mill. DM) war die Vergabe des Warmwalzwerks für das Stahlkombinat Baoshan bei Shang*hai an* Schloemann-Siemag und Siemens. Forcieren will der Konzern nun auch den Einstieg auf dem Feld der Nachrichten- und Sicherungstechnik gegen die in China bereits positionsstarke Konkurrenz aus Japan, USA und Frankreich.

Siemens-Vertreter Oberg verweist auf ein Zitat von Ministerpräsident Zhao Ziyang, das auf chinesische Initiative in dem Text der Vereinbarung wieder auftaucht. Während eines Besuchs bei dem Münchner Unternehmen im Sommer hatte der Regierungschef gesagt, daß China bereit sei, Siemens als bisher einzigem ausländischen Unternehmen eine „langfristige, allseitige und systematische Zusammenarbeit" anzubieten. „Das macht uns hier zwar nicht konkurrenzlos, aber vermag zusätzliche Türen zu öffnen", hofft Oberg.

Die Vereinbarung sieht zwar auch Gemeinschaftsunternehmungen mit direkter deutscher Kapitalbeteiligung vor, aber Siemens hat bisher wie die meisten deutschen Unternehmen die Lizenzvergabe bevorzugt. „Wir betrachten zwar auch *Joint Ventures* als eine Möglichkeit, werden das aber von uns aus nicht forcieren", sagte Oberg zur Politik seines Hauses. (dpa/VWD)





SPARKASSENVERBAND / Geiger lobt Bundesbank

Für weitere Steuersenkungen

DANKWARD SEITZ, München

Zu weiteren und möglichst raschen Steuererleichterungen hat gestern der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, in München die Bundesregierung aufgefordert. Denn die für Anfang 1986 beschlossenen Maßnahmen dürften keineswegs so stark wie erwartet durchschlagen. Wenn nun aber die Binnenwirtschaft gefördert werden müsse, nachdem der Konjunkturaufschwung der letzten drei Jahre weitgehend vom Export getragen wurde, sei dies nur durch eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und nicht mit fragwürdigen Beschäftigungsprogrammen möglich.

Alle wirtschaftlichen Daten für 1986, so Geiger, sprächen auch dafür, daß die Steuerpolitik nicht mehr so zögerlich wie bisher betrieben werden müsse. Ein Wirtschaftswachstum von drei bis 3,5 Prozent sowie ein wieder hoher Leistungsbilanzüberschuß und eine Inflationsrate von etwas über zwei Prozent seien die besten Voraussetzungen, „etwas offensiver an die Dinge heranzugehen" und der Wirtschaft die Impulse zu geben, die sie nötig hat. Die daraus zu erwartenden positiven Effekte würden letztendlich dann dazu führen, daß diese mäßigen Steuersenkungen sich selbst finanzieren würden.

Von der Kapitalmarktseite her werden nach Ansicht von Geiger 1986 keine nennenswerten Anregungen für das Wachstum mehr ausgehen. Es sei zu erwarten, daß sich das Zinsniveau nun bei etwa 6,5 Prozent einpendeln wird. Der deutsche Markt allein hätte zwar sicherlich noch einen gewissen Spielraum nach unten, auch wenn mit einer leichten Belebung des Kreditbedarfs zu rechnen ist. Angesichts der internationalen Entwicklung seien aber weitere Zinssenkungen kaum oder nur schwer möglich.

Einen „angemessenen Kurs" bescheinigte Geiger der Bundesbank in ihrer Geldpolitik. Es sei zu erwarten, daß sie auch für 1986 mit fünf bis 5,5 Prozent ein Geldmengenziel festlegen wird, das genügend Spielraum für das Wirtschaftswachstum lasse, aber ein Wiederaufflackern der Inflation verhindere.

KRUPP WIDIA / Welterfolg mit Hartmetall-Technik – Starke japanische Vertriebstochter

Weiter auf steilem Expansionskurs

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Die stolze Wachstumsrate von 20 Prozent auf 505 Mill. DM Gruppenumsatz im letzten Jahr war keine Eintagsfliege. Für 1985 erwartet die Krupp Widia GmbH, Essen, sogar ein noch kräftigeres Plus von 31 Prozent auf 660 Mill. DM Gruppenumsatz mit 58 (54) Prozent Auslandsanteil. Auch ohne die Ende 1984 aus dem Besitz der Saarbergwerke AG zunächst zu 51 Prozent (mit Option auf den Rest) erworbene Zirndorfer Sitzmann + Heinlein GmbH (drei Werke im Großraum Nürnberg mit 400 Beschäftigten und knapp 40 Mill. DM Umsatz) würde die Wachstumsrate dieses Jahres noch 23 Prozent betragen.

Günstig in der Konjunktur und gut in der Ertragslage sieht der Vorsitzende der Geschäftsführung, Friedrich W. Fröhlich, auch für 1986 die Aussichten dieser Tochter der Essener Fried. Krupp GmbH, die sich in bald 60jähriger Geschichte zu einem der weltweit führenden Hartmetall-Spezialisten entwickelt hat. Auf ihren drei Arbeitsgebieten Werkzeugtechnik (etwa 80 Prozent des Umsatzes), Magnettechnik (wo der Umsatz 1985 um 24 Prozent auf 100 Mill. DM wachsen soll) und Medizintechnik (Umsatzerwartung 1985 mit 20 Prozent Plusrate bei reichlich 40 Mill. DM) leistet sich die Widia einen hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwand von „nachhaltig" vier Prozent des Umsatzes mit dem Resultat, daß „heute der überwiegende Teil unserer Erzeugnisse unter fünf Jahre alt ist".

Wachstumszuversicht prägt auch die Investitionen, die jahrelang bei 8 Prozent des Umsatzes lagen und 1985 die Rekordsumme von fast 60 Mill. DM erreichen sollen. Davon werden 33 Mill. DM im Essener Stammwerk investiert, der Rest mit Ausbau-Schwerpunkten bei den eigenen Auslandswerken in Frankreich und Indien. Die Belegschaft der Gruppe wuchs 1984 auf 4306 (4143) Personen, davon 2300 (2192) im Essener Stammwerk, und soll Ende 1985 bei 5043 Beschäftigten liegen, darunter weitere 170 Neueinstellungen im Essener Stammwerk, für das man immer noch Fachkräfte suche.

Parallel zur ständigen Produktinnovation hat Widia seit 1967 ein Dutzend eigene Werke im Ausland aufgebaut, besonders groß darunter (und mit etwa zehn Prozent Bruttoumsatzrendite auch besonders ertragreich) zwei Werke in Indien. In der Werkzeugtechnik sieht sich die Gruppe zumal beim Einsatz elektronisch gesteuerter Systeme an der Weltspitze und vermerkt stolz, daß man die in dieser Hauptsparte hohen Umsatzwachstumsraten von 20 Prozent in 1984 und 28 Prozent in 1985 nicht nur dank guter Konjunktur, sondern „auch sehr deutlich zu Lasten der Wettbewerber" erreicht habe.

Die starke Weltmarktposition der Widia wird auch mit dem Hinweis demonstriert, daß man in Japan 1985 mit eigener Vertriebstochter 20 Mill. DM Umsatz machen werde – mehr als der gesamte japanische Wettbewerb auf deutschem Markt erziele. Als „Meilenstein" für den Ausbau des Fernost-Geschäfts wertet Widia den Anfang 1985 abgeschlossenen Kooperationsvertrag mit China, der auch die Modernisierung und Erweiterung der dortigen Hartmetalltechnik mit 30 Mill. DM Lieferwert für Widia und die Konzerntochter Krupp Koppers GmbH zum Inhalt hat.

SCHIEDER-MÖBEL

Preiserhöhungen unumgänglich

H. HILDEBRANDT, Schieder

Der wirtschaftliche Aufschwung dieses Jahres ist an der Möbelwirtschaft offensichtlich vorbeigegangen. Die Branche, die im vergangenen Jahr noch ein kleines Plus verzeichnete, rechnet für 1985 mit einem Umsatzrückgang von acht bis zehn Prozent. Deutlich schlägt sich hier eine Marktsättigung nieder, denn gegenwärtig wird fast ausschließlich nur Ersatzbeschaffung geordert. Die Nachfrage konzentriert sich auf die mittlere bis gehobene Preisklasse.

Vor diesem Hintergrund meldet die Schieder-Möbel-Holding GmbH, Schieder, eine durchaus noch positive Entwicklung. Die Gruppe, die in diesem Jahr ihre 30. Hausmesse veranstaltete, setzt am Markt auch weiterhin auf Flexibilität. Zwar wurden in der 1. Hälfte des laufenden Geschäftsjahres 85/86 (31. 3.) insgesamt die Umsatzwerte des Vorjahres nicht ganz erreicht, doch ist dies vor allem auf die Aufgabe der Produktion von Stil- und Wohnschränken zurückzuführen. Bis Ende des Geschäftsjahres wird jedoch mit einem kleinen Plus gerechnet, zumindest wird der 700 Mill. DM-Umsatz des Vorjahres angepeilt. Impulse kommen dabei vom extrem gewachsenen Exportvolumen, wobei die Ausfuhren in die USA im Vordergrund stehen.

Als nicht befriedigend wird die Ertragssituation bezeichnet, belastet nicht nur durch Kostensteigerungen auf dem Rohstoff- und Materialsektor, sondern vor allem auch durch die Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden. Dies hat nicht zu einer Aufstockung der mit rund 1900 Mitarbeitern unveränderten Belegschaft geführt, trägt aber wesentlich dazu bei, daß in der gesamten Branche eine Verbesserung des Preisniveaus für notwendig gehalten wird. Die Schieder-Gruppe rechnet daher zum Jahreswechsel mit Preiserhöhungen in der Größenordnung um rund vier Prozent.

DAL-LEASING

Unerwartet neue hohe Verluste

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bei der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz, die noch in diesem Frühjahr nach knapp zwei Milliarden Mark Finanzspritzen der Gesellschafterbanken als endgültig saniert galt, hat sich ganz überraschend ein neues Finanzloch aufgetan, das die DAL-Geschäftsführung auf rund 300 Mill. DM beziffert.

Zusätzlicher Wertberichtigungsbedarf in dieser Höhe sei wegen schlechter als erwartet ausgefallener Erträge aus der Verwertung von Objekten und wegen negativer Entwicklung bei Auslandsgesellschaften entstanden. Der Aufsichtsrat hat daraufhin zusätzliche Sanierungsmaßnahmen beschlossen.

Davon wird die Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, besonders hart getroffen. Ihr Vorstandsvorsitzer Paul Wieandt teilte gestern mit, daß seine Bank aus heutiger Sicht, deutlich mehr als 300 Mill DM, möglicherweise sogar einen Betrag in der Größenordnung von 150 Mill. DM zusätzlich für die Risikovorsorge aufbringen muß. Das ist allerdings weitaus mehr als der Anteil von rund 26 Prozent, den die Bank für die neuerliche Sanierung zahlen müßte. Dieser hohe Betrag bis zu 150 Mill. DM kommt dadurch zustande, daß auch die in das eigene Risiko der Bank übernommene Objekte neu bewertet wurden.

Wieandt bedauerte, daß die Landesbank auf jeden Fall das wieder gute Betriebsergebnis des Geschäftsjahres 1985 voll benötigen werde, um die die Risikovorsorge im notwendigen Umfang vornehmen zu können. Die Bank sei bestrebt, die Bilanz aus eigener Kraft auszugleichen. In Gewährträgerkreisen bezweifelt man, daß dies voll gelingt. Dort hat man sich schon darauf eingestellt, daß die Sparkassen und das land jeweils 50 Millionen zuschießen müssen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kräftiges Neugeschäft

Hamburg (JB.) – Der Zinssenkungsschub im Sommer dieses Jahres hat die Nachfrage nach Hypothekendarlehen merklich belebt. Wie aus einem Neun-Monats-Bericht der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG Hyp), Hamburg, hervorgeht, hat sich das Neugeschäft um 73 Prozent auf 3,9 Mrd. DM ausgeweitet. Die Kommunaldarlehen stiegen um 85 Prozent auf 2,3 Mrd. DM, die Hypothekendarlehen um 58 Prozent auf 1,6 Mrd. DM. Als Verwendungszweck überwogen Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen, Objekterwerb und Umschuldung von Vorfinanzierungen. Die Zinsbindungsfristen haben sich nochmals verlängert. 71 Prozent der Zusagen entfielen auf Fristen von zehn Jahren und mehr. Die Bilanzsumme der DG Hyp ist in den ersten neun Monaten um 6,6 Prozent auf 29,7 Mrd. DM gestiegen. Der Bruttoüberschuß blieb mit 147 Mill. DM auf der Höhe des Vorjahres.

Stöhr steigert Erträge

Düsseldorf (Py.) – Die ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres haben bei der Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, eine Konzernumsatzsteigerung von 140 auf 180 Mill. DM gebracht. Nach Angaben des Unternehmens gewährleistet der um 20 Prozent höhere Auftragseingang ein dreischichtiges Arbeiten bis Januar 1986. Das Geschäftsergebnis sei überproportional verbessert worden, heißt es. Infolge von Rohstoffpreisschwankungen sei eine Dividendenaussage (1984: 6 DM je 50-DM-Aktie) zur Zeit noch nicht möglich. An der verbesserten Ertragslage sollten die Aktionäre jedoch teilhaben. Mit der Jahreswende 1986 gehört die zu 99 Prozent von stillen Gesellschaftern gehaltene Kammgarnspinnerei Stöhr GmbH & Co., Berlin, voll zur AG.

PSA mit Gewinn

Paris (J. Sch.) – Die Peugeot S. A. (PSA), Holdinggesellschaft des gleichnamigen französischen Automobilkonzerns, weist für das erste Halbjahr 1985 einen Reingewinn von 141 Mill. Franc aus, nachdem in der gleichen Vorjahreszeit ein Verlust von 406 Mill. Franc verbucht worden war. Der Rohgewinn von 52 (59) Mill. Franc war praktisch unverändert geblieben. Konsolidierte Ergebnisse liegen noch nicht vor. Nach Schätzung der Verwaltung dürften sie für das Gesamtjahr 1985 gerade ausgeglichen sein. Der konsolidierte Konzernumsatz hatte im ersten Halbjahr um 5,2 Prozent auf 48,86 Mrd. Franc zugenommen, dabei um 6 Prozent im Automobilbereich.

Neues Kohle-Institut

Essen (AP) – Fünfzehn weltweit tätige Unternehmen des Steinkohlenbergbaus haben in London ein neues Internationales Kohleinstitut gegründet. Wie die Ruhrkohle AG als Gründungsmitglied in Essen mitteilte, soll das „International Coal Development Institute" weltweit die Verwendung von Kohle fördern und gemeinsame Forschungsprojekte der Unternehmen initiieren. Die 15 im Institut zusammengeschlossenen Unternehmen fördern nach Angaben der Ruhrkohle AG zusammen mehr als 400 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich. Es soll der Presseerklärung zufolge auch anderen Steinkohleproduzenten offenstehen. Zum ersten Vorsitzenden des Instituts wurde der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, Karlheinz Bund, bestellt.

Lufthansa: Jumbos werden ausgetauscht

dpa/VWD, Hamburg

Die Deutsche Lufthansa, die erst vor drei Monaten mit dem Kauf von 22 Airbussen und zehn City-Jets Boeing 737-300 zum Preis von insgesamt rund 1,65 Mrd. Dollar für Aufsehen gesorgt hat – dazu kommen 38 weitere Optionen: 38 Airbusse und zehn Boeing 737-300 –, bereitet schon wieder ein großes Geschäft vor.

Die deutsche Fluggesellschaft, die vor einigen Jahren schon einmal ihre gesamte 747-Flotte umgetauscht hatte, will ab Ende der 80er Jahre die neue Boeing 747-400 erwerben. Entsprechende Verhandlungen zwischen Lufthansa und der Herstellerfirma Boeing sind jetzt in Seattle geführt worden. Das wurde am Rande der 41. Generalversammlung der International Air Transport Association (Iata) in Hamburg bekannt.

Dieser bereits in der Produktion befindliche neue Jumbo gilt als das technisch modernste Großraum-Langstreckenflugzeug der Welt und zeichnet sich mit Hilfe neuer verbesserter Triebwerke durch deutlich niedrigeren Treibstoffverbrauch aus. Mit gut 13 000 Kilometern verfügt die Boeing 747-400 über die größte Reichweite aller bisherigen Verkehrsflugzeuge.

Als erste Gesellschaft der Welt hatte erst vergangene Woche die US-Fluggesellschaft Northwest Airlines zehn Boeing 747-400 zum Preis von rund 1,5 Milliarden Dollar bestellt. Diese Flugzeuge werden in der Zeit von 1988 bis 1990 ausgeliefert. Die Deutsche Lufthansa will voraussichtlich zwölf Boeing 747-400 erwerben, die nach heutigem Kurs rund 1,8 Milliarden Dollar (rund 4,77 Mrd. DM) kosten. Eine endgültige Entscheidung über die genaue Größenordnung dieses Geschäfts aber ist noch nicht gefallen.

NAMEN

Willi Kleindienst wird heute 65 Jahre alt. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Wirtschaftsministerium Ende 1981 hat er die Bedingungen für den innerdeutschen Handel von Anfang an entscheidend mitgeprägt, und zwar breits von 1947 an im damaligen Verwaltungsamt für Wirtschaft, dem Vorläufer des Ministeriums. Lange Jahre war er unter anderem Leiter der Treuhandstelle für den innerdeutschen Handel. Zuständig war er auch für die Wirtschaftsförderung für Berlin.

Karlernst Kalkbrenner, Vorstandsvorsitzender bei der Olympia AG, Wilhelmshaven, wurde im Zuge der Integration der Olympia in die AEG Aktiengesellschaft, Frankfurt, auch zum ordentlichen Vorstandsmitglied der AEG bestellt.

Onno van den Broek (45) wurde zum 1. Oktober zum Direktor der NMB Bank (Deutschland) AG, Hamburg, ernannt.

David B. Foster (38) wurde zum Geschäftsführer der Perkons Motoren GmbH, Kleinostheim, bestellt. Er ist Nachfolger von **Jürgen ten Hoevel**.

Dr. Hans-Joachim Guschall, Vorsitzender der Geschäftsführung der Unilever-Tochtergesellschaft Elbe Transport GmbH, wird Ende März 1986 in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wurde **Hans Dosch** (46).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Holson Ges. mbH; **Ansbach:** Soldner Hemden GmbH, Rothenburg; **Düsseldorf:** Nachl. d. Robert Mauer, Handelsvertreter; **Essen:** Werbeagentur M. P. Kleinmann GmbH & Co. KG; GIW Ges. f. Industriewerbung mbH; **Hamm:** Nachl. d. Kurt Fabig; **Karlsruhe:** Nachl. d. Regina Müller; **Ludwigshafen:** Bauunternehmung Kief GmbH, Speyer; **Mannheim:** Amanda Kaufmann, Brühl; **Neuss:** Europa Moebel Roeske GmbH & Co. KG, Meerbusch; Europa Moebel Roeske GmbH, Meerbusch; **Nürnberg:** Nachl. d. Peter Johann Fandel; **Remscheid:** Teerling-Geschäftsführungs- u. Verwaltungs-GmbH, Solingen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Aachen: Holson GmbH & Co.

MEDIENSTADT HAMBURG / Heftiger Streit mit München um die Vorrangstellung

Keine heimliche, sondern die Metropole

J. BRECH, Hamburg

Die Formulierung von Rolf Rodenstock, Präsident der IHK München und Oberbayern, daß die Medienstadt München „mit Hamburg gemeinsam unter allen deutschen Städten an erster Stelle liegt" hält man in der Elbmetropole bei allem Respekt für Deutschlands „heimliche Hauptstadt" dann doch für leicht übertrieben. Die Hansestadt, so stellt die Handelskammer nun in einer eigenen Untersuchung fest, ist uneingeschränkt der führende Medienplatz der Bundesrepublik. Keine deutsche Stadt könne für die Kommunikationswirtschaft im eigentlichen Sinne mit den Sparten Verlage, Film, Schallplatten und Kassetten sowie Werbe- und PR-Agenturen einen Umsatz von gut 15 Mrd. DM und mehr als 28 000 festangestellten Mitarbeitern vorweisen.

Die für München genannten Zahlen von 73 800 Festbeschäftigten und 19 Mrd. DM Umsatz sind in der Tat kaum mit denen für Hamburg vergleichbar. Die fleißigen Rechner der IHK-Studie haben Bereiche mit einbezogen, die die Hamburger Kammer ausgelassen hat, weil sie nach ihrer Meinung nicht zur Kommunikationswirtschaft gehören: etwa der Einzelhandel (Buchhandlungen und Kioske), die Industrie (Buchbindereien und -druckereien oder Hersteller von audio-visuellen Geräten), freie Berufe und fest-angestellte Kommunikationsfachleute (in Pressestellen und Marktforschungsabteilungen).

Den Spitzenrang in der deutschen Kommunikationswirtschaft hält das Hamburger Verlagswesen. Dieses Gewerbe mit 290 Betrieben und gut 12 000 Mitarbeitern setzt knapp 8 Mrd. DM um und bringt es gemessen an der verkauften Auflage bei Tageszeitungen auf einen Marktanteil von 25 Prozent, bei Wochenzeitungen von 85 Prozent und bei Publikumszeitschriften auf 40 Prozent. Insgesamt stammt jede zweite verkaufte Zeitung oder Zeitschrift aus Hamburg.

Eine zentrale Stellung nehmen ferner die 480 Betriebe der Hamburger Werbewirtschaft ein, die 4400 Mitarbeiter beschäftigen und in diesem Jahr rund 3,4 Mrd. DM umsetzen werden. Am gesamten deutschen Werbeumsatz von rund 15 Mrd. DM ist Hamburg zu gut 20 Prozent beteiligt und rangiert hinter Frankfurt und Düsseldorf und vor München auf Platz drei. Nur als Filmstadt muß Hamburg hinter München zurücktreten. Dieser Bereich ist allerdings in den letzten Jahren sprunghaft gewachsen. Er beschäftigt heute 2800 Mitarbeiter und bringt 600 Mill. DM Umsatz in die Kassen. Einen Marktanteil von knapp 50 Prozent hat die Kammer schließlich bei Schallplatten und Kassetten ermittelt. Die 190 Betriebe kommen mit etwa 1500 Beschäftigten auf 1 Mrd. DM Umsatz.

Die Untersuchung der Handelskammer beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Aneinanderreihung stolzer Zahlen, sondern weist auch auf gravierende Probleme hin. Ohne wettbewerbsgleiche Standortbedingungen werde es schwierig sein, die Spitzenposition, den Umsatz und den Beschäftigtenstand zu halten. Vor allem in dem Zukunftsbereich der elektronischen Massenkommunikation blockiere eine hinhaltende und restriktive Medienpolitik Wachstumschancen. In diesem Bereich sei man bereits jetzt gegenüber anderen Medienplätzen ins Hintertreffen geraten.

Sonderbewegungen bei den Aktien

AEG setzt Gipfelsturm ungebremst fort

DW. – Nach Beendigung einer kurzen Konsolidierungsphase ging die Mehrzahl der Standardaktien wieder auf Gipfelkurs. Angeheizt wurde das Geschäft durch zahlreiche Sonderbewegungen. Die Börsianer und das private Publikum sind zur Zeit ungewöhnlich aufgeschlossen für Gerüchte und Vermutungen. Im Mittelpunkt der Spekulationen standen weiterhin die AEG-Aktien, die um mehr als 20 DM anzogen und einen neuen Höchstkurs erreicht haben. Die Nachfrage steht offensichtlich auf recht breiter Basis.

Neu aufgelebt sind die Käufe bei Daimler und Mercedes. Beide Papiere zogen um mehr als 30 DM an. Hintergrund der plötzlich aufgeflammten Kaufneigung sind Gerüchte in denen davon die Rede ist, daß Daimler als Jubiläumsgeschenk an die Aktionäre Gratisaktien im Verhältnis 3:1 auszugeben gedenkt. Die Daimler-Hausse befruchtete auch die anderen Autowerte. Aufwärtssprünge gab es auch bei Rheinmetall, wo angeblich das Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien unter Dach und Fach sein soll. Abgekoppelt von der festeren Tendenz waren die Chemieaktien. BASF, Bayer und Hoechst bröckelten etwas ab; ebenso Schering. Bei der Degussa verliert die Spekulation auf ein wirksames Anti-AIDS-Mittel an Wirkung. Beiersdorf sanken sogar um rund 30 DM. Im Bereich der Warenhauswerte gab es weitere Rückschläge; wie überhaupt konsumnahe Papiere zur Zeit wenig gesucht werden.

Frankfurt: Rheinmetall verteuerten sich um 48 DM, Hartmann + Braun St. erhöhten sich um 20 DM und Kochs Adler zogen um 8 DM an. Altana erlitten einen Rückschlag um 9 DM, Dyckerhoff St. gaben um 7 DM nach und Heidelzement sanken um 10 DM.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten sich um 9 DM, DAT um 20 DM und Dyckerhoff St. um 4 DM. Mauser zogen um 3 DM an und Rheag befestigten sich um 15 DM. Colonia sanken um 24 DM.

Hamburg: Hapag Lloyd befestigten sich um 3 DM, Bremer Vulkan wurden um 1 DM höher taxiert, HEW lagen unverändert und NWK Vz. waren mit plus 0,50 DM gut behauptet. Phoenix Gummi gaben um 1 DM nach.

Berlin: Rheinmetall Vz. erhöhten sich um 57 DM, Rheinmetall St. um 54 DM und Bergmann um 12 DM. Hypobank Berlin und Schering wurden um je 3 DM und Berthold um 1,50 DM niedriger bewertet.

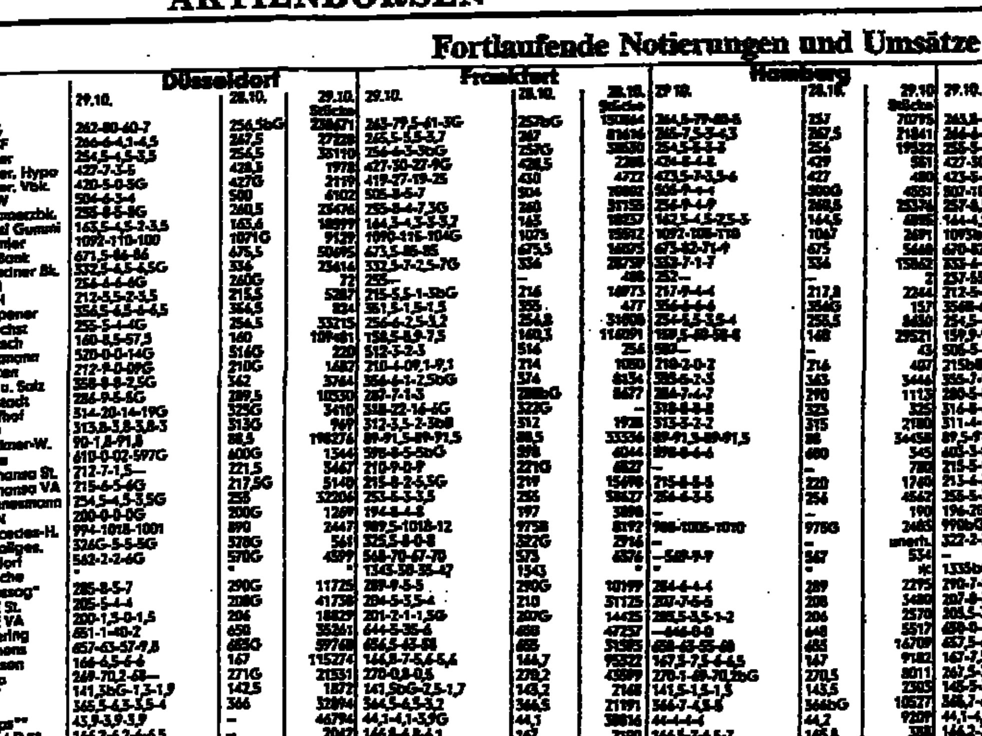
München: Deckel zogen um 1 DM an, Electro 2000 befestigten sich um 20 DM und Erlus konnten sich um 10 DM verbessern. Dywidag gaben um 0,50 DM nach, Flachglas verminderten sich um 16 DM und Süd Chemie sanken um 1 DM.

Stuttgart: Daimler konnten sich um 48 DM und Mercedes um 35 DM verbessern. Porsche sanken um 7 DM und Audi um 9,50 DM. Württemberg. Feuer gingen 30 DM billiger um.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 242,85 (241,11)
WELT-Umsatzindex: 6455 (7082)

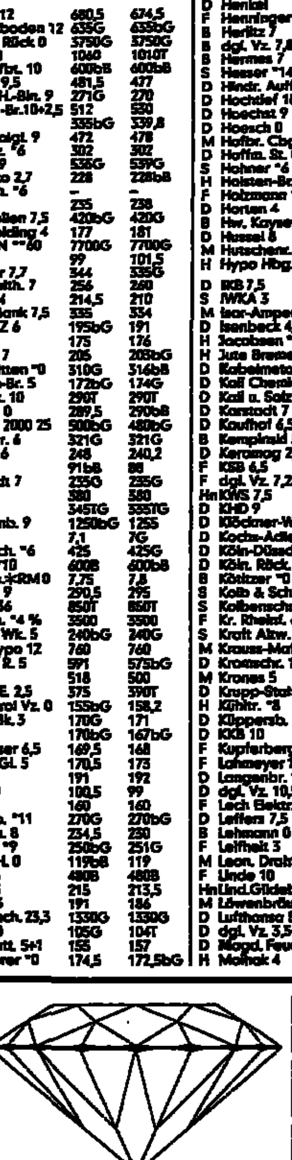
Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

		29.10.	28.10.
H	Aach M Betl. 10	1989	2020
H	Aach. M. Vers. 7	1250	1300B
D	Aach. Rück. 9	3060	3000
D	Aseag *4	440T	450T
M	Ack-Gögg. 6	147,5bG	144bG
H	Adco 3	151	152
D	Adler 9	300G	303
F	Adt 0	54,5	55,1
F	AEG 0	275	243,5
D	AEG KABEL 9	350T	350T
S	Aesculap 9	462	469

[Weitere Zeilen unleserlich]



		29.10.	28.10.
D	Colonia 5	650	674
D	Commerzb. 6	258	262
D	Conc. Chem. 4,5+5	340bG	340G
B	Conc. Spinne * 0	405T	405T
D	Contigas 7,5	355	365
D	Conti Gummi 3	164	164
D	Dahlb. St. 7,65	290	290
D	dgl. Vz. 14,55	450T	450bG
S	Daimler 10,5	1110	1062
M	Deckel AG 0	204	205
D	Dt. Atl. Tel.10+1	570G	550G
H	Doag 5	346,5	349
D	Dt. Babcock St. 3	225	206
D	dgl. Vz. 3,5	218	205

[Weitere Zeilen unleserlich]

		29.10.	28.10.
D	Hamb. Berg 7+1	256	260
H	Hb.Hochb. *4+0,64	99bB	98
H	HEW 5	117,5	118bG
H	Hel. Lüb. 9	390bG	390B
Hn	Hann. Papier 5,5	135	135
H	Harmstorf 0	105,5	98
D	Harpener 11	356,5	356,5
F	Hartm. & B.St. 4	895	875G
F	dgl. Vz. 4	805G	800
M	Hasen-Bräu 9	1050G	1050G
S	Heidelb. Zem. 7	420	426
M	Heilit & W. 5	295B	295B
D	Hein. Lehm. *0	270T	270T
D	Heinr. Ind. *14+4	595	608bB
H	Hemmoor 12,3	260G	260G

[Weitere Zeilen unleserlich]

		29.10.	28.10.
F	Maizkraft *15	574	575
F	MAB 6,5+1	365G	365G
F	dgl. Vz. 6,5+1	325B	325B
D	Mannesmann 4	253,5	253,5
F	Manch. Vers. 8	765	765
H	Markt & K. 7	215	215
F	MAN St. 0	197	197
F	dgl. Vz. 0	184,5	184,5
F	MAN-Rol. 20,2	510T	495
S	M.Mühl.Weing. *0	308	318
D	Mauser 0	105	102
F	Mercedes 10,5	1011	968
F	Metallges. 8	320	320
S	Met. u. Lack 0	120G	120bG
S	Mitag 4,5	420G	420G

[Weitere Zeilen unleserlich]

		29.10.	28.10.
Hn	Brsch.Jute *0	125	122G
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	440G	430G
H	Br. Vulkan 0	119,5	115
H	Br. Wollk. 7	182	184,5
F	BBC 6	283	282
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	139	137
D	Buderus *12,6	395T	395G
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	980bG	980G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	370B	370B
S	Calw D. **18	715G	710bG
F	Cassella *15	580bG	575
F	Ceag 0	214	209
F	Chem. Vw. *16	530	530

		29.10.	28.10.
D	Gerresh. Gl. 5	170,5	173
F	Gestra 7	191	192
D	Gildem. 0	100,5	99
D	Girmes 0	160	160
D	Glas & Sp. *11	270G	270bG
D	Goldschm. 8	234,5	230
M	Glw. Frk. *9	250bG	251G
F	Grünzw. H. 0	119bB	119
H	Guano *8	480B	480B
D	GHH St. 3	215	213,5
D	GHH Vz. 3	191	186
M	Hacker-Pach. 23,3	1330G	1330G
H	Hagedo 0	105G	104T
D	Hagen Batt. 5+1	155	157
H	Hall.-Meurer *0	174,5	172,5bG

		29.10.	28.10.
S	Würt. El. 8	285,1	291
S	Württ. Feuer 9+1	1565	1595
S	Württ. Hypo 11+1	700	700G
S	Württ. Lein *16	1578G	1570G
S	WMF 4	170	170bG
S	dgl. Vz. 4	161,5	161,5
S	Württ. Bd. *18	1900G	1900
M	Würzb. Hofb. *8	300bB	300G
F	Ymos 6	189	185
M	Zahnr. Renk 7	275bG	280bB
D	Zanders Feinp. 6	235	237
S	Zeag Zement 10	449	450bG
S	Zeiss Ikon *10	284G	284G
M	Zucker & Co. *0	480TG	480TG
S	ZWL Gr. & Bet. 8	405	405

Freiverkehr

		29.10.	28.10.
B	Pom.Zuck 37,5	1250G	1250G
D	Rösler 4	335G	335G
D	Rückforth 17	ausg.	ausg.
H	Schichau Uw.0	–	120T
S	Schloßg. St. *24	1410B	1410T
D	Schumag	382	382
D	Schuchlog *16	480T	470G
S	Schwabenverl. *0	–	–
Br	Seebeckwerft 0	71,5bG	70,5
F	Seilwolff 0	41	41G
M	Solenhofer *10	1790G	1790G
B	Spinne Z. **78,5	2250G	2280
S	Swd. Salzw. 18	415bG	400
F	Tonw. Wiesl. 3	630B	630B

Ungeregelt. Freiverkehr

Umnotierte Werte

Ausland in DM

		29.10.	28.10.
M	Abbott Labor	149,3	149,1
F	L'Air Liquide	190	–
D	Akzo	112	113,2
F	Alcan	62,1	63,5
F	Alcoa	87	86xD
F	Alg. Bk. Nedld.	475	475
F	All Nippon Air	7,3G	7,3G
F	Allied Corp.	111	112
M	ALPS El.	19,5bGr	19,8
F	Amax	30,5bG	30,5
F	Am. Cyanamid	133G	133G

		29.10.	28.10.
M	Dome Petroleum	5	5
D	Dow Chemical	95,8	97
D	Dresser	47,8	49
M	Driefontein Cons.	37,8	39,4
D	DuPont	157,5	155,5
H	Dunlop	2,48	2,48
D	Eastern Air Lines	18	19
F	Eastman Kodak	113,5	113
F	Eaton	141xD	140G
F	Elf Aquitaine	62,5	61
F	Elsem	–	34
F	Enhart	73G	74,5
D	Ericsson	71,5	72
M	Esselte Business	54G	55
D	Exxon	142	141

		29.10.	28.10.
D	Minolta Camera	12T	12T
F	Mitsubishi Chem.	6	5,95
F	Mitsubishi El.	4,45	4,45
F	Mitsui Bk.	13,5G	13,5G
F	Mitsui & Co.	5,2G	5,2G
F	Mitsui Engin.	1,97	1,97
F	Mitsui O. S. K.	2,7G	2,8
F	Mitsumi El.	9,15	9,1
H	Mobil Corp.	84,3x	85
F	Monsanto	114,5	118
F	Montedison	3,6	3,57
F	Murata	25,9	25
M	Nat. Semicond.	29,5	29,9
M	NCR	89,7	90,1
D	Nat. Westminster	26T	26G

		29.10.	28.10.
F	Wells Fargo	145	143
M	Western Deep L.	74,4	75
M	Western Mining	6,3	6,7bG
M	Westinghouse El.	109,4	110
F	Westl.-Utrecht H.	81,7	83G
M	Weyerhaeuser	66,6	67,4xD
D	Xerox Corp.	128,5	130

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= ausl. Freiverkehr Ohne Gewähr.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Internationale Ausschreibung betreffs Lieferung von Stahlrohrleitungen

Die Industries Chimiques du Senegal (ICS) errichten mit Finanzierung durch die Weltbank ein Werk zur Valorisierung von feinen Phosphatrückständen im Senegal.

Diese Anzeige betrifft die Lieferung der Rohrleitungen für die Beförderung der verschiedenen flüssigen Stoffe dieses Werks. Das zu liefernde Material umfaßt:

Stahlrohre und Zubehör nach den Normen NFA 49150
Durchmesser 200 bis 700 mm
Gesamtlänge ca. 10 000 m

Die Verlegung gehört nicht zur Lieferung.

Firmen, die an dieser Ausschreibung interessiert sind, können die entsprechenden Ausschreibungsunterlagen gegen einen Beitrag von 500,00 FF. oder 25 000 F.CFA ab 4. November 1985 von einer der unten angegebenen Adressen anfordern.

Die Angebote müssen den in den Ausschreibungsunterlagen angegebenen Bedingungen und Fristen entsprechen.

– Industries Chimiques du Senegal
M'bao (Senegal), Telex 287

– Industries Chimiques du Senegal
62, rue Jeanne d'Arc, 75646 Paris Cedex 13, Telex 2 00 191

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk

Aktiengesellschaft
Essen

Bekanntmachung

über die sechzehnte Auslosung der 6 % Anleihe von 1965
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380 118 –

Die sechzehnte Auslosung von 6 % Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1965 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 24. Oktober 1985 unter Aufsicht einer Notarin stattgefunden.

Gezogen wurde die

Serie „B"

umfassend die Nummern

Nr. 000 451 – 000 900 = 450/5.000,–
Nr. 013 501 – 018 000 = 4.500/1.000,–
Nr. 100 101 – 101 200 = 1.100/ 500,–
Nr. 123 001 – 125 000 = 2.000/ 100,–

Die Einlösung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert ab 1. Februar 1986 kostenfrei gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke mit Zinsscheinen per 1. Februar 1987 uff. unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei *der Gesellschaftskasse und sämtlichen Niederlassungen der nachstehenden Banken:*

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Deutsche Bank Saar AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG

Die bisher noch nicht eingereichten Teilschuldverschreibungen der nachfolgenden Serien werden ebenfalls bei obigen Zahlstellen eingelöst:

Serie „T" ausgelost zum 1. Februar 1971
Serie „O" ausgelost zum 1. Februar 1972
Serie „E" ausgelost zum 1. Februar 1973
Serie „Q" ausgelost zum 1. Februar 1974
Serie „M" ausgelost zum 1. Februar 1975
Serie „A" ausgelost zum 1. Februar 1976
Serie „K" ausgelost zum 1. Februar 1977
Serie „F" ausgelost zum 1. Februar 1978
Serie „C" ausgelost zum 1. Februar 1979
Serie „N" ausgelost zum 1. Februar 1980
Serie „H" ausgelost zum 1. Februar 1981
Serie „D" ausgelost zum 1. Februar 1982
Serie „J" ausgelost zum 1. Februar 1983
Serie „P" ausgelost zum 1. Februar 1984
Serie „R" ausgelost zum 1. Februar 1985

Die Verzinsung endet in allen Fällen mit dem Fälligkeitstag. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird gemäß § 5 der Anleihebedingungen vom Kapitalbetrag abgezogen.

Essen, im Oktober 1985 DER VORSTAND

International Bank for Reconstruction and Development

(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
– WELTBANK –

8% Deutsche Mark-Anleihe von 1970
– WKN 459 151/60 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 9 – 459 159 –

mit den Stücknummern

60 001–67 500 zu je DM 1000,–
87 001–88 500 zu je DM 5000,–

im Nennbetrag von DM 15 000 000,– werden zur Rückzahlung zum 1. Januar 1986 fällig.

Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 2. Januar 1986 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bremer Landesbank
CSFB-Effectenbank AG Frankfurt
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Conrad Hinrich Donner
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Neelmeyer Aktiengesellschaft
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Poensgenbank GmbH
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Weberbank Kommanditgesellschaft auf Aktien
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bank H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
DB Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Hallbaum, Maier & Co. AG-Landkreditbank
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale
von der Heydt-Kersten & Söhne
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale –
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

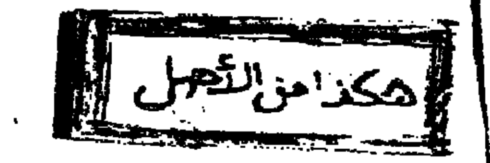
Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 31. 12. 1985.

Die zum 1. Januar 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Serien 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Washington, im Oktober 1985

International Bank for Reconstruction and Development



EPSON zum Thema Personal-Computer.

Keiner von der üblichen Art. Der neue EPSON PC.

*Der neue EPSON PC.
Der persönliche 16 Bit-Personal-Computer, der die ganze Fülle IBM-kompatibler Programme erschließt.*

SYSTEMS 85 SYS
München. 28.10. – 1.11.
Halle 20, Stand B10/C9

Der neue EPSON PC fällt nicht nur durch sein außergewöhnliches Äußeres auf oder durch seine Software-Kompatibilität zum IBM-Standard. Er ist in vielen Details einfach persönlicher.

So sind die DIP-Schalter zur Wahl der Gerätekonfiguration nicht in der Zentraleinheit untergebracht, sondern bequem zugänglich an der Vorderseite. Die Kapazität des Arbeitsspeichers beträgt 256 KB RAM und ist auf 640 KB erweiterbar.

Sollten zwei 5¼" EPSON Laufwerke mit je 360 KB Ihren Ansprüchen nicht genügen, steht Ihnen die Kombination von Festplatte und Laufwerk zur Verfügung. Die Festplatte läßt sich auch nachträglich von Ihrem EPSON Fachhändler einbauen.

Die Schnittstellen Centronics und RS232C sind – entgegen vielen anderen Geräten – serienmäßig eingebaut. Und nicht zuletzt wird das Betriebssystem MS-DOS 2.11 mit einer deutschsprachigen Bedienerführung angeboten.

Bevor Sie sich also für einen der üblichen Personal-Computer entscheiden, sollten Sie sich bei Ihrem EPSON Fachhändler unseren neuen PC vorführen lassen.

Die Spitzenqualität eines echten EPSON gibt es zu einem Preis, der Sie angenehm überraschen wird.

EPSON Drucker + Computer.

EPSON
Technologie, die Zeichen setzt.

EPSON Deutschland GmbH
Zülpicher Str. 6 · 4000 Düsseldorf 11
Tel. 0211/5603-0

Informieren Sie mich über EPSON.
☐ Drucker-Programm ☐ Computer-Programm
☐ Typ ______
Name: ______ Tel.: ______
Firma: ______
Straße: ______
PLZ: ______ Ort: ______

WEL301085PC

Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit deutlichen Verlusten ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee kräftige Gewinne verzeichnen konnte, notierte Kakao schwächer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	28.10.	25.10.
Dez.	317,25	319,75
März	324,00	326,00
Mai	311,00	313,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	266,55	266,55
Am. Durum	263,49	263,49

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	112,70	112,70
Dez.	114,60	115,00
März	119,60	119,40

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	98,50	98,50
Dez.	98,80	98,80
März	101,00	100,90

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	121,50	119,50
März	129,50	128,00
Mai	134,00	133,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	223,00	220,50
März	234,75	233,25
Mai	241,00	239,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	104,00	103,90
Dez.	106,20	106,40
März	112,00	112,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	28.10.	25.10.
Dez.	158,75	152,74
März	156,20	152,20
Mai	155,95	151,95

KAKAO New York ($/t)	28.10.	25.10.
Dez.	2091	2153
März	2191	2244
Mai	2240	2290
Umsatz	4711	1967

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,16	5,11
März	5,61	5,49
Mai	5,78	5,65
Juli	5,97	5,82
Sept.	6,13	5,98
Umsatz	5078	2292

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,01	4,96

KAFFEE London (£/t) Robusta	28.10.	25.10.
Nov.	1828-1828	1748-1750
Jan.	1882-1885	1790-1792
März	1917-1925	1807-1812
Umsatz	8517	10517

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1686-1687	1702-1704
März	1723-1724	1743-1744
Mai	1746-1747	1760-1761
Umsatz	4309	1766

ZUCKER London (£/t) Nr.6	28.10.	25.10.
Dez.	–139,80	136,00-136,80
März	149,60-149,80	145,80-146,00
Mai	153,20-153,60	149,00-149,60
Umsatz	1704	443

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	29.10.	28.10.
schw.		
Saraw.spez.	817,50	822,50
weiß.Saraw.	997,50	990,00
weiß.Munt.	1007,50	1000,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	28.10.	25.10.
Nov.	114,50	113,70
Jan.	114,70	114,60
März	114,70	115,00
Mai	114,00	114,70
Juli	114,05	113,90
Umsatz	800	1040

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUßÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	28.10.	25.10.
	39,00	40,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,75	20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	19,28	19,47
Jan.	19,43	19,62
März	19,80	19,96
Mai	20,17	20,38
Juli	20,50	20,65
Aug.	20,66	20,75
Sept.	20,65	20,65

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	15,50
Choice white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

TALG New York (c/lb)		
top white	15,00	15,25
fancy	14,50	14,75
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	45,50	46,22
Feb.	44,35	45,50
April	40,25	40,80

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	61,55	63,20
März	61,50	63,25
Mai	62,70	64,45

HÄUTE Chicago (c/lb)	28.10.	25.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	498,25	499,75
Jan.	512,00	512,75
März	525,50	526,00
Mai	536,50	537,50
Juli	544,50	545,25
Aug.	544,00	544,50
Sept.	531,00	531,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	141,50	140,20
Jan.	143,30	142,00
März	146,30	144,60
Mai	147,80	146,10
Juli	150,00	148,00
Aug.	149,00	148,50
Sept.	149,00	146,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	28.10.	25.10.
Okt.	314,50	317,00
Dez.	305,00	307,00
März	312,90	314,60

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	28.10.	25.10.
	18,75	18,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	29.10.	28.10.
jegl. Herk. cif	–	–

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	700,00	750,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	350,00	352,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	129,00	131,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	435,00	435,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	255,00	260,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	28.10.	25.10.
Dez.	61,20	60,35
März	61,60	60,65
Mai	61,64	61,00
Juli	50,05	58,75
Okt.	52,80	52,65
Dez.	51,35	51,25

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1		
	43,00	43,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	29.10.	28.10.
Okt.	470-485	
Mai	501-502	geschl.
März	525-526	
Umsatz	11	–

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	28.10.	25.10.
Dez.	51,15	51,50
März	51,15	51,15
Mai	51,50	51,50
Juli	51,50	51,80
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	28.10.	25.10.
Dez.	595,00-597,00	625,00-626,00
März	613,00-615,00	631,00-632,00
Mai	630,50-632,00	–
Umsatz	44	8

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	29.10.	28.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	28.10.	25.10.
Nov.	12349	12381
Dez.	12378	–

KAUTSCHUK London (p/kg)	28.10.	25.10.
Nr.1 loco	57,00-60,00	57,00-60,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	28.10.	25.10.
Nov.	181,00-182,00	181,00-182,00
Dez.	182,00-185,00	192,00-185,00
Nr. 2 Nov.	173,50-174,50	173,50-174,50
Nr. 3 Nov.	171,00-172,00	171,00-172,00
Nr. 4 Nov.	166,00-167,00	166,00-167,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	29.10.	28.10.
BWC	430	430
BWD	395	395
BTC	430	430
BTD	395	395

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	29.10.	28.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	249,10-249,29	253,92-254,11
drittf. M.	258,17-258,36	262,60-262,79
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	103,19-103,38	103,00-103,19
dritt. M.	105,46-105,65	104,42-104,51
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1084,86-1088,64	1124,35-1128,13
dritt. M.	1091,29-1092,42	1114,92-1116,81
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	149,31-149,88	152,43-152,62
Prod.-Pr.	192,47	195,44
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	29.10.	28.10.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29.10.	28.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	372,33-375,54	372,59-375,79
BLEI in Kabeln	111,00-112,00	110,75-111,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rondb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	29.10.	28.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	334-335	335-336
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	367	367
MS 63	355-357	355-357

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	29.10.	28.10.
Leg. 225	315-320	315-320
Leg. 226	317-322	317-322
Leg. 231	350-357	350-357
Leg. 233	360-367	360-367

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	29.10.	28.10.
PLATIN (DM/g)	30,50	30,65
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28150	28290
Rückn.-Pr.	27400	27540
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28240	28370
Rückn.-Pr.	27510	27640
verarbeitet	29620	29760
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27650	27780
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	536,50	537,50
Rückn.-Pr.	520,50	521,50
verarbeitet	560,10	561,10

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	29.10.	28.10.
10.30	326,55	326,50
15.00	326,30	326,50
Zürich mit.	326,40-326,90	326,40-326,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	84800	85000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	430,90	432,25
3 Mon.	442,75	444,15
6 Mon.	454,75	456,10
12 Mon.	477,60	480,05
PLATIN (£/Feinunze) London	28.10.	25.10.
fr. Markt	235,80	233,65
PALLADIUM (£/Feinunze) London	28.10.	25.10.
f. Händl.-Pr.	73,50	72,00

New Yorker Metallbörse

	28.10.	25.10.
GOLD H & H Ankauf	326,15	326,65
SILBER H & H Ankauf	619,00	615,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	327,50-329,00	327,50-329,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	104,50-105,50	103,00-104,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	617,40	619,00
Dez.	618,30	620,00
Jan.	622,00	623,50
März	626,70	628,40
Mai	634,50	637,00
Juli	643,80	647,00
Sept.	653,00	654,70
Umsatz	5500	9000

KUPFER (c/lb)	28.10.	25.10.
Okt.	60,80	61,60
Dez.	61,25	62,10
Jan.	61,55	62,40
März	62,00	62,80
Mai	62,40	63,15
Juli	62,65	63,33
Sept.	62,95	63,60
Umsatz	6000	7500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	29.10.	28.10.
mitt. Kasse	659,00-659,50	671,00-672,00
3 Mon.	683,00-683,50	694,00-695,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse.	273,00-273,50	273,00-273,50
3 Mon.	279,00-279,50	276,00-276,25
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	964,50-965,00	966,50-967,50
3 Monate	981,50-982,00	984,00-985,00
ab. Kasse	–	967,50-968,00
3 Monate	–	985,00-985,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	944,00-946,00	947,00-949,00
3 Monate	967,00-968,00	970,00-974,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	395,00-396,50	400,00-402,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	28.10.	25.10.
Nov.	87,40-87,60	85,65-85,70
Dez.	87,70-87,80	86,15-86,25
Jan.	87,40-87,50	86,00-86,10
Febr.	85,90-86,00	84,65

GASÖL – London ($/t)	28.10.	25.10.
Nov.	268,50-270,00	262,25-262,50
Dez.	265,50-265,75	261,00-261,25
Jan.	263,50-263,75	259,00-259,25
Febr.	258,25-258,50	254,25-254,50
März	250,25-250,75	246,25-246,50
April	242,25-242,75	239,25-239,50
Mai	235,25-235,50	232,75-233,50
Juni	231,00-231,50	229,00-229,75

BENZIN – New York (c/Gallone)	28.10.	25.10.
Nov.	79,80-79,90	79,90-80,00
Dez.	77,30-77,40	77,20-77,40
Jan.	75,10-75,15	74,70-74,90
Febr.	74,00-74,20	73,40-73,50
März	74,00-74,10	73,30-73,45

ROHÖL – New York ($/Barrel)	28.10.	25.10.
Dez.	30,15-30,19	29,62-29,68
Jan.	29,17-29,21	28,74-28,80
Febr.	28,45-28,48	28,06-28,12
März	27,80-27,90	27,45-27,50
April	27,36	26,95-27,00

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	28.10.	25.10.
Arabian Lg.	27,80	27,65
Arabian Hv.	25,60	25,50
Iran Li.	26,30N	26,30N
Forties	29,80	28,70
N.Sea Brent	28,90	28,75
Bonny Light	28,75N	28,75N

Kartoffeln

London (£/t)	28.10.	25.10.
Nov.	63,50	64,20
Febr.	66,50	67,20
April	76,50	77,40
Mai	82,60	83,40

New York (c/lb)	28.10.	25.10.
Nov.	1,97	1,95
März	2,10	2,08
April	2,10	2,08-2,11
Mai	2,31	2,28

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	28.10.	25.10.
Nov.	141,40-141,50	141,00-141,20
Jan.	144,20-144,10	145,30-145,40
März	150,00-150,10	151,40-151,60
Mai	154,20	154,70-155,20

Devisenmärkte

Trotz reger kommerzieller Nachfrage zum Monatsultimo konnte der Dollarkurs sein Eröffnungsniveau von 2,6375 am 29. 10. nicht behaupten und bröckelte bis 2,6250 am Nachmittag ab. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,6325 festgestellt. Dabei genügte die Abgabe von 1,8 Mill. Dollar durch die Bundesbank zum Kursausgleich. Die Dollarabschwächung war gegen D-Mark stärker ausgeprägt als gegen den Japanischen Yen, der zur amtlichen Notiz rund 2 Promille auf 1,2370 verlor. Mit Ausnahme des Englischen Pfundes und der Finnmark verzeichneten die übrigen amtlich notierten Währungen Kursverluste. Die Spanische Peseta erreichte mit 1,6310 erneut einen historischen Tiefstand. US-Dollar in: Amsterdam 2,9705; Brüssel 53,33; Paris 8,0235; Mailand 1776,75; Wien 18,5070; Zürich 2,1577 fr. Pfund/DM 3,784; Pfund/Dollar 1,4332; Pfund/DM 3,773.

Devisen und Sorten

29.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6285	2,6365	2,6137	2,58	2,67
London[2]	3,766	3,78	3,705	3,69	3,84
Dublin[2]	3,087	3,101	3,057	3,03	3,18
Montreal[1]	1,9233	1,9313	1,9111	1,87	1,97
Amsterd.	88,525	88,745	88,35	87,75	89,50
Zürich	121,91	122,11	121,94	120,25	123,00
Brüssel	4,926	4,946	4,89	4,80	5,00
Paris	32,725	32,885	32,435	31,75	33,50
Kopenh.	27,51	27,63	27,31	26,50	28,25
Oslo	33,265	33,385	32,725	32,25	34,00
Stockh.**	33,205	33,345	32,515	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,476	1,486	1,451	5,43	1,53
Wien	14,207	14,247	14,205	14,13	14,35
Madrid**	1,626	1,636	1,595	1,57	1,69
Lissabon**	1,605	1,625	1,527	1,20	2,00
Tokio	1,2335	1,2385	–	1,19	1,24
Helsinki	46,51	46,71	45,675	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,6785	1,7265	–	1,20	2,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,835	1,854	–	1,80	1,90
Johannbg.*	1,005	1,037	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 28.10.: in D-Mark 2,21092 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83573 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 29.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Euro-DM-Depots setzte sich auch am 29. Oktober weiter fort, am Terminmarkt kam es zu nochmals verringerten Dollar-Termin-Abschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,74-0,64	2,09-1,99	3,95-3,75
Pfund/Dollar	0,41-0,39	1,21-1,18	2,22-2,17
Pfund/DM	2,70-1,30	6,70-5,30	11,9-10,5
FF/DM	30-4	48-32	96-62

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8⅛	4⅝-4¾	4½-4⅞
3 Monate	8⅛-8¼	4⅞-5⅛	4½-4⅞
6 Monate	8⅛-8¼	5-5⅛	4½-4⅞
12 Monate	8⅛-8¼	5⅛-5¼	4½-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1260,00	1607,40
5 US-Dollar (Indiana)**	810,00	973,70
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	472,40
1 £ Sovereign alt	205,75	257,36
1 £ Sovereign Elizabeth II.	200,00	250,80
20 belgische Franken	152,25	202,07
10 Rubel Tscherwonez	204,50	260,47
2 südafrikanische Rand	191,75	240,36
Krüger Rand, neu	855,25	1014,89
Maple Leaf	872,50	1054,35
Platin Noble Man	899,50	1065,33
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,75	272,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,00	228,00
20 franz. Franken „Napoléon"	167,50	219,45
100 österr. Kronen (Neuprägung)	804,50	980,97
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,58	205,49
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,25	110,87
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,25	498,57
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,25	121,13

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29.10.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,70-4,85 Prozent; Dreimonatsgeld 4,95-5,10 Prozent. FIBOR 3 Mon. 5,05 Prozent, 6 Mon. 5,15 Prozent.
Privatdiskontsätze am 29.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,28) – 6,50 (5,49) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,98) – 8,00 (6,14). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,80, Rendite 6,49

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kölitzer 850,00 G, VAB [illegible]
Düsseldorf: BASF 254,00, IWK –, Linde –, Metallges. 318,00, Nixdorf 531,00, Schering 610,00, Schumag –, P & S –, VEW 134,00
Frankfurt: Allweiler St. 365,00 G, Allweiler Vz. 212,00 G, BASF 254,30, Frankona 325,00 T, IWK 299,50, Linde 580,00, Magdeburger Feuer 480,00 B, Magdeburger Feuer NA 1000,00 G, Metallges. 318,00, Moto Meter 210,00, Nixdorf 533,30, Schering 620,00, VEW 134,50, Wibau 9,20
Hamburg: Schering 610,00
München: BASF 252,00, Bremer Wolle 175,00 G, Isar Amper 348,00 bG, IWK 308,00, Linde 575,00 B, Metallges. –, Nixdorf 533,00, Schering 624,00, Stumpf 108,10 G, VAB 2850,00 G, VEW 137,50, Wanderer 480,00 G
Bezugsrecht: Contigas – Verhältnis 7:1 100 DM – Abschlag 370 DM – Bezugsrecht 36 DM
Commerzbank Rentenindex: 109,037 (109,458)
Performance-Index: 227,890 (228,408)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 152,43 (153,80); Elektrowerte 308,89 (309,18); Autowerte 549,52 (554,08), Maschinenbau 167,16 (167,38); Versorgungsaktien 132,06 (132,31); Banken 326,94 (326,11); Warenhäuser 117,47 (119,21); Bauwirtschaft 397,95 (402,21); Konsumgüterindustrie 127,10 (122,57); Versicherung 1244,75 (1245,59); Stahlpapiere 142,81 (143,73)

Kursgewinner:

W. Zellstoff	170,00	+23,00	+15,6%
AEG	275,00	+31,30	+12,9%
Wibau	9,90	+1,10	+12,5%
Rheinmetall	470,00	+48,00	+11,1%
Dt. Babcock Vz.	217,00	+17,00	+8,5%
Dt. Babcock St.	222,50	+16,50	+7,9%
Dierig	70,00	+4,00	+6,0%
Dresdner Bk.	384,00	+20,00	+4,9%
Bremer Vulkan	119,00	+5,50	+4,8%
Schiess-Defr.	230,00	+10,00	+4,5%

Kursverlierer:

Mainpapier	170,00	-10,00	-5,5%
Fern. Dyn.	7,60	-0,40	-5,0%
Lahmeyer	559,00	-34,00	-4,8%
Veith-Pirelli	265,00	-13,00	-4,6%
Kupferberg	950,00	-40,00	-4,0%
Colonia-Vers.	690,00	-27,00	-3,9%
Iwka AG	300,00	-12,00	-3,8%
Hamb. Berg	200,00	-10,00	-3,8%
Dyckerh. Z. St.	180,00	-7,00	-3,7%
Asko	1200,00	-45,00	-3,6%

Dollar-Anleihen

	28.10.	25.10.
11% EEC 90	103	103,75
10% EIB 93	100,75	101
11 dgl. 91	102,125	102,375
11% dgl. 90	104,75	105
11% dgl. 95	106,25	106,5
12 dgl. 95	107	107,25
12% dgl. 90	108,25	108,5
12% dgl. 94	111,25	111,5
13 dgl. 96	110,25	110,5
10% Wld Bk 95	97,5	97,75
10% dgl. 88	101,75	102
10% dgl. 90	102,5	102,75
10% dgl. 93	102,5	102,75
11 dgl. 92	102,625	102,875
11% dgl. 98	105,125	105,375
11% dgl. 88	103,75	104
11% dgl. 90	104,125	104,375
11% dgl. 89	103,875	104,125
11% dgl. 90	104,875	105,125
12 dgl. 95	107,625	107,875
12% dgl. 94	108,75	109
12% dgl. 94	111,625	111,875

Euro-Yen

	28.10.	25.10.
6% Al.Corp 91	Werte zur Zeit nicht erhältlich	Werte zur Zeit nicht erhältlich
5% ADB 88		
7% dgl. 94		
8% Austral.91		
8% dgl. 92		
7 Austria 95		
6% Avon 91		
7 BP 92		
6% Denmark 92		
7 Denm.Bk. 92		
7 Dow Chem.94		
6% EDF 95		
6% Eurofima86		
6% dgl. 95		
6% dgl. 92		
7% dgl. 94		
6% Finl.Rep90		
8% dgl. 89		
6% GMAC 90		
7% Goodyear95		
6% dgl. 94		
7% IADB 94		
7% dgl. 95		
6% ITT 92		
6% McDonal.92		
7% N.Bruns.95		
7% N.Zeald.90		
7% N.Zeald.89		
7 Pac.Gas 94		
6% Penney 92		
6% Procter 92		
6% Sallie 92		
6% Sears 91		
6% Swed.Ex.91		
7 TRW 94		
6% Un.Tech.92		
6% World Bk90		

Lux. Franc Bonds

	28.10.	25.10.
9% Akzo 87	99,75	99,75
9% Asea 89	102,5	102,5
6% Asian Dv87	94,75	94,75
10% BFG Lux90	103	103,25
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 93	101	101
10% Paribas89	102,75	102,75
10% Coca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12% Consol92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8% dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.86	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7% Den.Mag 88	96,5	96,5
10% Euratom96	105	105
11 dgl. 95	103	103
12% dgl. 88	102	102
12% dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103,25	103,25
10 dgl. 94	103,5	103,5
10% dgl. 87	100,5	100,5
11% dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9% dgl. 95	102,75	102,75
9% dgl. 88	101,25	101,25
9% dgl. 93	102,875	102,875
10% dgl. 94	106	106
11% dgl. 88	101	101
12% dgl. 90	102,5	102,5
9% Hypo Bk.88	101,25	101,25
9% Ind.B.F.95	101,5	101,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11% dgl. 89	103,25	103,25
8 Lmnr 87	98,75	98,75
8% dgl. 87	99	99
10% Lux Bk.91	102,25	102,25
12% dgl. 89	105	105
9 Met.Chim 95	99	99
12% Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8% dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7% Renault 88	96,5	96,5
9% Sogenal 92	101,25	101,25
8 Solvay 85	99,5	99,5
10% dgl. 87	102	102
10% Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9% Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9% WorldBk.90	102,75	102,75
10% dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	28.10.	25.10.
8% Cap City91	97	97
8% CCA 91	97,5	97,5
9% Gas d Fr86	99	99
11% Ned. G.88	102,5	102,5
9% Queb. P.94	99,75	99,75
8% SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	28.10.	25.10.
7 Bass 91	90	90
8% Cp City 86	98,5	98,5
8% Iceland 88	98	98
7% dgl. 86	99,5	99,5
9% SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

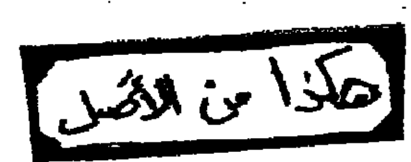
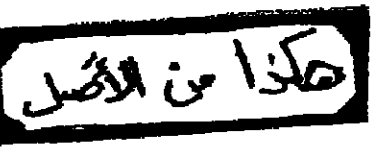
	28.10.	25.10.
7 Acoba 95	90	90
7 Cap.City 95	92	92
7 Ind.Bk.F.95	92	92
7% KLI 95	92	92
7% dgl. 95	92	92
8% Panama 95	90	90
7 SDR 95	90	90

ECU

	28.10.	25.10.
11% Aerop.95	105	105
9% ABN 92	102,875	103,25
9% ANZ 97	103,5	103,625
10% Austria95	107,375	107,5
9% Bac.Fin 95	102,25	101,25
9 M.+Hope 92	101	101,25
10% Bk.Tok.91	105	105,125
10% dgl. 91	102,875	103
8% Bay.Vbk.88	98,375	99,5
10% CEPME 87	104	101
11% dgl. 95	107	107
12% dgl. 88	106	107
9% CNT 92	103,5	103,75
9% dgl. 95	103,625	104
12 dgl. 86	99,5	99,5
12% dgl 89	105	105
12% dgl. 92	108	108
11% CNE 95	107	108
10% CRCA 89	107,75	108
10 Chrysl.91	102,25	102,5
10% dgl. 95	102,5	102,875
11% Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	101
14% Consol88	109	109
9% dgl. 92	102,5	102,75
9% dgl. 98	102,5	102,75
11% Cp City94	105	105
10% Cop Tel85	105	105,125
13% Cd.Fonc89	104,625	104,75
11% dgl. 86	108,75	108,875
11% Cred N.91	107	107
12% dgl. 93	107	107
10% Denmark91	108,875	107,125
9% Dresd.Bk95	101,875	102
12% EDF 95	107	107
11% EEC 95	106	106
11% EEC 93	107	107
11% ELF Aq.88	104	104
10 Euratom 97	104,5	104,875
12% dgl. 90	104	104
9% Eurofima95	102,25	102,875
11 dgl. 92	108,5	108,75
10% EIB 94	105	105,25
11% dgl. 94	110,125	110,375
11% dgl. 91	105	105
13% dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8% Fiat 98	98,75	99,125
11% Forsm. 98	105,75	105,75
13 G.d.F. 89	108	108
10% Girloz. 95	107,375	107,75
8% IBM 90	99,375	99,5
11% IBD 95	105	105
12% Ireland91	105,5	105,5
14% ISPool88	102	102
14 Ital 89	102	102
11% Italie 90	108,75	108,75
14 dgl. 89	107	107
11% LTCB 90	107,875	107,375
10% Merget 95	104	104,125
13% Norsa 90	106	106
8% Oliv. 95	97,375	97,375
10% Peugeot90	105,75	105,375
9 Philips 95	100,625	101
11% P.Bk. 91	107	107
11% Oest.P.87	106,75	106,75
13% Oest.H.89	107	107
9% Rabobk. 95	103,5	103,5
11% R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,625	99,875
11% SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11% SNCF 94	108,875	109,125
13 Solte 87	103	103
11% S.Afr. 89	98	98
10% SATS 2000	95,5	95,5
10% Spark.91	104,25	104,25
9 Sumitomo 95	100,125	100,25
9% dgl. 95	99	99,5
11 Swed.Ex.87	102	102
11% dgl. 95	99,5	99,5
12% Brandt 87	105	105
9 U.B Norw.95	99,5	99,5
11% dgl. 90	104	104
9% WestLB 90	104,5	104,5
10% dgl. 91	104	104
9% World Bk95	102,5	102,875
9% dgl. 92	103,5	103,375
10% dgl. 89	105,5	105,5
10% dgl. 88	106	106
10% dgl. 94	107,875	107,875
11 dgl. 95	107,375	107,875

ECU-Tageswerte

	28.10.	25.10.
Dollar	0,835729	0,835773
Bfr	44,7930	44,7892
DM	2,21092	2,21021
Hfl	2,49382	2,49395
£	0,584888	0,587540
Dkr	8,01464	8,01801
FF	6,73932	6,73985
Lira	1492,19	1491,44
Ir£	0,714404	0,714339
Sfr	1,81102	1,81112
öS	15,5270	15,5371
Peseta	135,513	135,396
Skr	6,43444	6,44399
Nkr	6,62315	6,63042
Kan-$	1,14161	1,14204
Esc	137,040	137,485
Fmk	4,74411	4,75055
Yen	178,386	179,416
Drachme	129,622	129,345

Renten stark uneinheitlich

Nach dem kräftigen Rückschlag vom Vortag stellte sich bei den längerlaufenden öffentlichen Anleihen eine Rückkaufbereitschaft ein, die zu einem Wiederanstieg der Notierungen um 0,30 Prozentpunkte führte. Es wurde allerdings nicht klar, ob den Käufen echte Anlageüberlegungen zu Grunde liegen, oder ob es sich um Eindeckungen gehandelt hat. Öffentliche Anleihen mit kürzeren Laufzeiten gerieten noch einmal unter Druck und verloren bis zu 0,80 Prozentpunkte. Im Großgeschäft wurden 7,5prozentige Pfandbriefe mit zehnjähriger Laufzeit zu 100 Prozent angeboten.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausland

Amsterdam

	29.10.	28.10.
ACF Holding	242	244
Aegon	98,4	98,4
Akzo	124	126,8
Alg. Bk. Nederl.	529	530
Amev	74,5	75,8
Amro Bank	92	91,9
Berkel's Patent	40	40,5
Bijenkorf	78,5	77
Bols Lucas	104	104
Bredero	171	175
Buehrmann	108,5	110
Desseaux	114	114,8
Fokker	79,7	81,8
Gist Brocades	234	239
Océ-v. d. Grinten	343	345,5
Hagemeijer	43,5	43,2
Heineken Brouw.	177,4	181,4
KLM	51,6	52,6
Hoogovens Kap.	44	44,5
Nationale Ned.	74,8	74,1
Ned. Lloyd Groep	187	184
Ommeren van	27	26,8
Pakhoed	71,3	72,1
Philips	49,1	49,4
Rijn-Schelde	12	12,5
Robeco	77,8	78
Rolinco	70,5	70,7
Royal Dutch	189	188
Credit Lyonnais Bk.N	92	93,5
Unilever	344	342,5
Ver. Masch.	247,5	248,2
Volker Stevin	31	30
Westland Utr. Hyp.	94,5	94,5
Index ANP/CBS	224,20	224,70

Brüssel

Arbed	2985	2865
Brux. Lambert	2595	2590
Cockerill Ougrée	208	210
Ebes	3380	3395
Gevaert	4570	4485
Kredietbank	10000	10000
Petrofina	6540	6400
Soc. Gén. d. Belg.	2280	2280

Kopenhagen

	29.10.	28.10.
Den Danske Bank	357	364
Jyske Bank	690	710
Kopenh. Handelsbk.	318	325
Novo Industri	250	257
Privatbanken	315	327
Ostasiat. Komp.	254	259
Dan. Sukkerfabr.	480	495
For. Bryggerier St.	1080	1100
Kgl. Porc. Fabr.	420	425

London

	28.10.	25.10.
Allied Lyons	270	268
Anglo Am. Corp.$	9,94	10
Anglo Am. Gold $	56,25	55,25
Babcock Int.	158	157
Barclays Bank	414	417
Beecham Group	320	318
Bowater	313	313
B.A.T. Industries	275	264
BL	30	–
BOC Int.	292	292
British Petroleum	548	543
British Aerospace	441	441
British Telecom	187	184
Britoil	215	210
BTR	368	371
Burmah Oil	304	306
Cable Wireless	400	395
Cadbury Schweppes	147	147
Charter Cons.	211	215
Cons. Gold. Fields $	4,44	4,44
Cons. Murchison	2,44	2,5
Courtaulds	157	157
De Beers $	320	–
Distillers	443	441
Driefontein $	14,75	14,625
Free St. Geduld $	20,875	20,875
General Electric	160	160
Guinness	307	305
Hawker Siddeley	409	409
ICI	444	447
Imperial Group	210	209

Luxemburg

	29.10.	28.10.
ARBED	3050	2640
Afico	75	–
Audiofina	4780	4700
Bque. Gen. du Lux.	8600	8450
Bque. Int. du Lux.	8100	8100
Belgo Mineira St.	0,18	–
Cegedel	2660	2620
Kredietbank Lux.	8500	8450
PAN Holding	9500	–
SCI Techn.	570	–
SEO	800	800

Madrid

Banco de Bilbao	348	377
Banco Central	377	527
Banco Popular	385	385
Banco de Santander	375	374
Banco de Vizcaya	525	528
Const. Aux. Ferro	121	–
Cros	49,5	49
Dragados	144	146
El Aguila	229	237
Exp. del Zinc	375	370
Fasa Renault	–	70
Esp. Petroleos	145,5	146,5
Union Fenix	1260	1299
Fecsa	67	68,25
Hidroelectr. Esp	85	85,5
Iberduero	97	97
Iberduero	100,25	101,5
Macosa	–	–
Papelera	47,25	48
Sacio de Barcelona	270	274
Sevillana de El.	81	82,5
Telefónica	126,75	128
Union Electrica	69,5	70,75
Explosivos RT	56	55,75
Urbis	60	60,75
Vallehermoso	64	62,5
Index	124,95	125,82

Mailand

Bastogi	415	415
Centrale Rep	–	–
Dalmine	716	715
Farmitalia C. Erba	13100	12805
Fiat	4440	4550
Fiat Vz.	4045	3980
Fin. Breda	5250	5151
Finsider A	–	–
Generali	45400	43500
IFI Vz.	11450	11225
Italcementi	47800	47500
Italgas	3040	–
Magneti Marelli	2434	2420
Mediobanca	128300	127400
Mondadori A.	3000	2950
Montedison	2475	2420
Mira Lanza	36800	35500
Olivetti Vz.	5890	5880
dgl. St.	7400	7350
Pirelli SpA	3285	3130
La Rinascente	951	926
RAS	111800	109800
SAI Risp.	25700	25400
SIP	2690	2655
Snia Viscosa	4070	4000
STET	3480	3475
Index	404,09	398,14

New York

	29.10.E	28.10.
Adv. Micro Dev.	23,75	23,75
Aetna Life	47,75	47,875
Alcan Aluminium	–	26,625
Alcoa	–	32,375
Allied Chemical	42,5	42,375
Allis-Chalmers	4,25	4,125
AMR Corp.	–	38,75
Amax	11,375	11,5
Amerada Hess Corp	31,5	31,625
Am. Brands	56,5	56,5
Am. Broadcasting	117,375	117,375
Am. Can.	58	56,125
Am. Cyanamid	51	50,375
Am. Express	44,25	43,125
Am. Home Prod.	56,125	55,875
Am. Motors	2,875	2,75
Am. Tel. & Telegr.	20,125	20
Ameritech	–	92,25
Amoco Corp	69,625	69,5
Anchor Hocking	–	24,625
Armco Inc.	8,625	8,625
Asarco	14,5	14,75
Atlantic Richfield	67	64,875
Avon Products	25,875	25,625
Bally	17,125	17
Bk. of America	15,875	15,75
Bell Atlantic	91,75	91,375
Bell Howell	32,25	32,125
Bethlehem Steel	15	15
Black & Decker	19,875	19,875
Boeing	45,375	45
Borg-Warner	20,625	20,75
Bristol-Myers	55,875	55,75
Brunswick	37,5	37,25
Burlington Ind.	28,75	29,125
Burroughs	56	58,75
Campbell Soup	42,5	42,25
Caterpillar	35,125	34,75
CBS	109,75	109,75
Celanese	126,25	126,125
Centronics	–	4,625
Chase Manhattan	56,625	56,625
Chevron	40,375	39,875
Chrysler	38,625	38,375
Citicorp	42,25	42
Clorox	–	42,5
Coca-Cola	71,25	71,375
Colgate	29,375	29
Commodore	–	9,625
Comwth. Edison	29,375	29,375
Comm. Satellite	28,125	28
Control Data	17,75	18,25
CPC Int.	48	48,625
Curtiss Wright	–	33,75

Auslandszertifikate (DM)

Unispec	115,48	112,20	112,51
Verm.-Aufbau-F	115,79	110,28	110,24
Verm.-Ertrag-F.	101,72	97,81	98,31
Austro-Inv.	30,50	28,48	28,80
Bond Valor	113,54	110,54	110,75
Convert Fund A	30,10	28,60	28,60
Convert Fund B	86,70	82,40	82,40
Eurinvest	79,80	76,50	76,80
Eurunion	159,14	146,64	145,46
Formular Sel.	83,24	77,83	77,83
GT Inv Fund	54,08	51,20	51,30
Interspar	unerh.	unerh.	25,04

Optionshandel

Frankfurt: 29. 10. 85

3872 Optionen = 214 950 (205 500) Aktien, davon 774 Verkaufsoptionen = 39 200 Aktien.

Kaufoptionen: ... 200/70, 1- ... 250/35G, ... 240/65G, ... BASF 1-22... 250/25, ... 230/48,75G ...

IN ZUKUNFT ZWEI.





HANNOVER MESSE
CeBIT Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik

M Ä R Z

- Informationstechnik
- Mikrocomputertechnik
- CAD/CAM und Grafiksysteme
- Software
- Bürokommunikation
- Telekommunikation
- Büroautomation
- Büro- und Organisationstechnik
- Bank- und Sicherheitstechnik
- Geld- und Warenverkehr

Ab 1986 tritt die Hannover-Messe mit einem neuen Konzept in eine neue Epoche.
Die neue Hannover-Messe hat zwei Termine und zwei unterschiedliche Ausstellungsprogramme.

Im März ist die Hannover-Messe CeBIT das Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik. Mit einem kompletten Angebot, allen wichtigen Neuheiten, übersichtlich gegliedert.

Im April ist die Hannover-Messe INDUSTRIE das Welt-Centrum industrieller Technologien. Branchenübergreifende Informationen und Angebote für Planung, Konstruktion und Fertigung auf der Messe der Messen.

HANNOVER MESSE
INDUSTRIE
Welt-Centrum industrieller Technologien

A P R I L

- Weltmarkt Elektronik und Elektrotechnik mit Weltlichtschau
- Industrie-Automation: Leit- und Steuerungssysteme
- Forschung und Technologie
- Energie
- ICA – Anlagenbau mit Verkehr
- Neue Werkstoffe · Zuliefermesse
- Oberflächentechnik
- Werkzeuge · Betriebsausrüstung
- CeREG – Reinigung, Grundstückspflege
- Centrum der Werbung



CeBIT —— 12. – 19. MÄRZ



INDUSTRIE 9. – 16. APRIL

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz
Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.

erstklassig im Nordwesten

CCH CITY CLUB HOTEL
Europaplatz
2900 Oldenburg
Tel. 0441/808-0
WESER EMS HALLE

● Ihr Hotel in Oldenburg ● Treffpunkt für optimale Kommunikation ● 200 Betten, Zimmer mit allem Komfort ● Citymare, ein Zentrum für Fitness u. Sport ● zentrale Lage ● eine erstklassige Adresse mit Veranstaltungsräumen für alle geschäftlichen u. privaten Anlässe. ● genießen Sie unsere private Atmosphäre

Telex 17-441297 = CCH Teletext 441297 = CCH

---

② **Silencehotel Landhaus Jesteburg**

Ein Haus, in dem Sie tagen sollten!
Ideal gelegen im Autobahndreieck Bremen–Hamburg–Hannover
48 Betten, jeglicher Komfort, Kegelbahnen, Tennishalle, Tagungsräume bis 30 Personen.
Am alten Moor 2, 2112 Jesteburg, Telefon 0 41 83 / 20 51-53

---

③ **Hotel Landhaus Höpen**
DAS EXCLUSIVE HEIDE HOTEL

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9×18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten).
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.

3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924153

---

④ **atlas hotel**
weil am rhein

Alte Straße 58, 7858 Weil am Rhein
Telefon 07621/75023-24 <7070>
Telex 773987

---

⑤ **WOHLGEMERKT**

Wenn Sie einen Tagungsort mit perfekter Verkehrsanbindung suchen, ist an Leonberg nicht vorbeizukommen.

Stadthalle Leonberg
Römerstr. 110 · Postfach 1763
7250 Leonberg · Telefon 07152/204490

STADT HALLE LEONBERG

---

⑥ **atlas hotel**
heidelberg

Bergheimer Straße 63, D-6900 Heidelberg
Telefon 06221/5080, Telex 461426

---

⑦ **INSELHALLE LINDAU** – IHR HAUS FÜR ALLE FÄLLE

Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in 3 Sälen teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz.

LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern

Auskunft:
Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 0 83 82 / 40 35

LINDAU BODENSEE

---

⑧

Bar Veranda · Bordschwimmbad · Veranda Lesezimmer · Aussichtssalon · Kommando-Brücke · Sonnensegel · Sauna · Reception Bordshop · Sonnendeck · Promenade-Deck · Loreley-Deck · Solarium · Kleines Restaurant · Großes Restaurant · Rheinland-Deck

Das hat Flair: Feste feiern auf dem Rhein.

Überraschen Sie Ihre Gäste mit etwas Besonderem. Feiern Sie Ihr nächstes Betriebsfest, Jubiläum oder Verbandstreffen doch einmal an Bord eines unserer modernen Kabinenschiffe. Die 6 Gründe, die gute Stimmung garantieren:

1. Ein Fest auf einem Schiff hat einfach mehr Flair als eine Feier an Land.
2. Der Weg nach „Hause" ist kurz. Bis zu den Komfort-Kabinen sind es nur wenige Schritte.
3. Für die festliche Atmosphäre ist bestens gesorgt. Bar, Tanzfläche, Musik – alles ist an Bord.
4. Die Bord-Restaurants sind vorbildlich. Speisen, Getränke und Service entsprechen internationalem Niveau.
5. Sie feiern individuell. Reiseroute, Ein- und Ausstiegsort können Sie frei wählen.
6. Sie können feiern, wann Sie wollen. Wir fahren für Sie zu jeder Jahreszeit.

Rufen Sie uns einfach an. Oder schreiben Sie uns. Wir beraten Sie gern.
Übrigens: Sie können auch zum Arbeiten an Bord kommen. Konferenz- und Seminar-Reisen veranstalten wir genauso professionell.

KD Köln-Düsseldorfer
Rhein-Reisen zu Charterpreisen

Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG, Frankenwerft 15, 5000 Köln 1
Tel. 0221/2088/379 und 276, Telex 8882723

---

⑨ Freiburg von seiner schönsten Seite

Als Herrn Dr. Mertens mittendrin die Birne platzte . . .
tappte er erst mal im Dunkeln, versuchte sich die Knöchel bei der Suche nach der Ersatzbirne, verbrannte sich die Finger beim Auswechseln und mußte dann feststellen, daß nicht nur die Birne, sondern das ganze Gerät und somit sein Vortrag geplatzt war.
Seitdem plant Herr Dr. Mertens seine Tagungen nur noch im

PANORAMAHOTEL
am Jägerhäusle
Wintererstr. 89, 7800 Freiburg
Telefon 07 61 / 55 10 11, Telex 7 72 613 pano

---

⑩ **GARTEN HOTEL Heusser**
OASE DER RUHE

Tagungs- und Familienhotel am Naturpark Pfälzer Wald mit idyllischer Gartenanlage in ruhiger Umgebung · 80 Zimmer mit allem Komfort · Tagungsräume bis 60 Personen mit moderner Tagungstechnik und Tageslicht · Hallen- und Freibad, Sauna, Solarium · Gartenterrassen und Liegewiesen.

Bitte fordern Sie unser Angebot an!

Seebacher Straße 50–52
6702 Bad Dürkheim/Weinstraße
Tel. 0 63 22 / 84 91, Telex 4 54 886

---

ideal

Der Tip ... die Nr. 1

tagen wo sonst?

---

① ● Oldenburg
② ● Jesteburg
③ ● Schneverdingen
④ ● Weil
⑤ ● Leonberg
⑥ ● Heidelberg
⑦ ● Lindau
⑧ ● Köln
⑨ ● Freiburg
⑩ ● Bad Dürkheim
⑪ ● Varel
⑫ ● Boppard
⑬ ● Sasbachwalden
⑭ ● Hamburg
⑮ ● Bad Bramstedt
⑯ ● Bodenmais
⑰ ● St. Peter-Ording
⑱ ● Bad Soden

---

⑫ **Bellevue Rheinhotel**
seit 1887 – 5407 Boppard
„Im Tal der Loreley"
IHR TAGUNGSHOTEL
für 10–200 Personen mit modernster Tagungstechnik.
Information: Rheinallee 41,
Tel. 0 67 42 / 10 20, Tx. 4 26 310

---

⑬ **atlas hotel forsthof**
sasbachwalden

Brandrüttel 26, D-7595 Sasbachwalden
Telefon 07841/644-0

---

intermar
Glücksburg · Malente · Grömitz
Timmendorfer Strand · Bad Segeberg

Tagungen im Intermar-Stil

Tagungen, Konferenzen, Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden.

Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.

Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit. Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung,
Kl. Reichenstr. 20
2000 Hamburg 11
Tel. 040/327457-58, Tx. 214915

---

⑮ **Köhlerhof heißt die Innovation für Ihren Tagungskalender**

● modernste Tagungstechnik
● im First Class Hotel
● nur 3 BAB-Abfahrten von Hamburg
● mitten in schönster Natur.

Fordern Sie die neue Tagungsmappe an!

Hotel Köhlerhof gibt jeder Tagung natürliche Impulse
Hotel Köhlerhof, Am Köhlerhof
2357 Bad Bramstedt, Tel. 0 41 92 / 50 50
Tx. 2 180 104

---

⑯ **atlas hotel sonnenhof**
bodenmais

Rechensöldenweg 8–10
8373 Bodenmais/Bayerischer Wald
Telefon 09924/7710, Telex 6 9133

Tagen Sie mal auf unsere Kosten

Wenn Sie mit dem Tagungsgeschäft zu tun haben, dann laden wir Sie ein. Tagen Sie mal auf unsere Kosten in einem DORINT Hotel Ihrer Wahl. Damit Sie den DORINT-Tagungsservice an Ort und Stelle testen können.

Sie brauchen nur den Coupon auszufüllen – und **ein bißchen Glück! Dann gewinnen Sie eines von fünf Weekends für zwei Personen, die DORINT Monat für Monat verlost.** DORINT Hotels in Arolsen · Arnsberg · Bad Brückenau · Bad Kissingen · Bad Neuenahr · Biersdorf/Südeifel · Feldberg/Schwarzwald · Dreieich bei Frankfurt · Goslar · Hameln · Inzell/Obb. · Kaiserslautern · Kassel · Leoni am Stamb. See · Mönchengladbach · Offenburg · Schönhagen/Ostsee · Trier · Winterberg sowie Hotels in Belgien und der Schweiz.

Ich nehme an der Verlosung teil. Falls ich gewinne, möchte ich das DORINT Hotel testen in:

Name, Funktion, Firma, Anschrift:

Teilnahmeberechtigt ist jedermann, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. W

Coupon einsenden an

Dorint Tagungsbüro, Postf. 641, 4050 Mönchengladbach 2, Tel. 0 21 66-45 88-0

---

② **Hotel Niedersachsen – Ringhotel Jesteburg**
2112 Jesteburg, Lüneburger Heide, Tel. 04183/20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel., 70 Betten, Lift, Konferenzräume, 10–80 Personen.
Hallenbad, mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift.

---

⑰ **„SEE-SEMINARE" IM NORDSEEBAD ST. PETER:**

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer: 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

Bitte fordern Sie unsere Hotel- und Tagungsunterlagen an.

Best Western
AMBASSADOR International

Im Bad 26 · 2252 St. Peter-Ording · Tel. 04863/1091 · Tlx. 28420 amba d

---

⑱ **TaunusTagungsZentrum**

Köln · Bad Soden a. Ts. · Frankfurt · München

8 Autobahnen und ein ausgebautes Straßennetz führen zu uns. Der Flughafen Frankfurt/M. ist 15 Autominuten entfernt. S-Bahn Linie Frankf. Hbf führt direkt nach Bad Soden.

Bad Soden ist mit dem Tagungs-Zentrum in unmittelbarer Nähe Frankfurts nicht nur für die Rhein/Main-Region ein attraktives Ziel, sondern auch für Tagungen auf bundesweiter Ebene äußerst interessant.

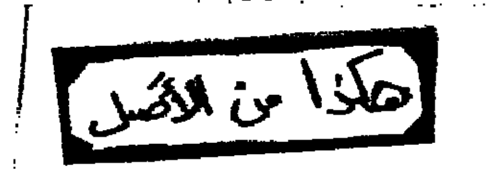
● First-class-Hotel mit 130 Zimmern (260 Betten).
● Variables Raumprogramm für 10–900 Personen.
● Großer Saal (teilbar) klimatisiert bis 906 Plätze. Hubbühne.
● Tageslicht in allen Räumen. ● Modernste Technik.

BAD SODEN am Taunus

Kongreß-, Tagungs- und Seminarangebote auf Anfrage.
Bitte fordern Sie Prospekt an

Name
Anschrift
Firma Telefon

Kur- und Kongreß Park GmbH
Königsteiner Str. 88 · 6232 Bad Soden a. Ts.
☎ (06196) 2000 · Telex 410588



Studienräte? Schickeria!

gaz – Die unwiderruflich heranreifende Uraufführung des fatalen, halb schwachsinnigen Fassbinderstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" am Frankfurter Schauspielhaus treibt die seltsamsten Blüten. Sie vergiftet das geistige Klima der Mainstadt, schockiert die jüdische Minderheit, gibt im Ausland Anlaß zu Kommentaren über einen angeblich wiederauflebenden Antisemitismus in Deutschland. Sie läßt darüber hinaus aber auch Freundschaften platzen, Männer das Gesicht verlieren, rückt ganze Berufsstände ins Zwielicht.

Günther Rühle, Hauptverantwortlicher für den im Grunde vollkommen überflüssigen Skandal und bis vor kurzem noch Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", muß sich von Joachim Fest, Mitherausgeber eben dieser Zeitung und langjährigem Kollegen Rühles, Wirrköpfigkeit und Doppelzüngigkeit vorwerfen lassen. Als Rühle noch bei der Zeitung gewesen sei, habe er in schärfstem Ton gegen das Fassbinderstück polemisiert, habe es als „ein grobes Gebilde von geringem Kunstwert" abgetan; jetzt als Intendant erkläre er es zu einem „Kunstwerk von hohem Rang", zu Fassbinders „visionärstem Stück".

Fest kann sich solchen raschen Gesinnungswandel nur damit erklären, daß Rühle ein „enthemmter Studienrat" sei, der lediglich das für wahr halte, was verletzend sei und keinerlei Gefühle schone. In Rühle habe offenbar die Neigung Oberhand gewonnen, „der alten Lehrermaxime zu folgen, daß man dem zu Erziehenden das Äußerste zumuten müsse".

Die armen deutschen Studienräte! Kürzlich mußten sie es schon schlucken, daß Hans-Jürgen Wischnewski seinem Bonner SPD-Fraktionschef Vogel in herabmindernder Absicht „Oberlehrermanieren" bescheinigte. Und jetzt soll es ausgerechnet Studienratsmentalität sein, die antisemitische Brühe auf Frankfurt herabregnen läßt! Das geht doch zu weit. Die Erklärung für Rühles Handeln ist viel einfacher: Er möchte sich und sein Haus „ins Gespräch" bringen, sei es wie immer. Das hat eher mit Schikkeria- denn mit Studienratsmentalität zu tun.

Weltreisender, Schriftsteller und einer der größten Landschaftsgärtner – Zum 200. Geburtstag des Fürsten zu Pückler-Muskau

„Wir sehnen uns so nach der Freiheit der Bäume"

Ob er mit vier zahmen Hirschen vor der Kutsche durch Berlin fuhr oder von einer Ägyptenreise eine goldbraune Abessinierin als Geliebte mit nach Hause brachte, ob er sich durch die gigantische Verwandlung einer ganzen Landschaft als Gartengestalter finanziell ruinierte oder auf Brautsuche über Jahre durch England reiste, dabei der geschiedenen Ehefrau Liebesbriefe sendend: Hermann Fürst zu Pückler-Muskau war stets für Überraschungen gut. Ihnen dankte er seinen Ruhm.

Freilich auch seinem Talent als Schriftsteller, der er eigentlich gar nicht sein wollte. Seine mehr als zwei Jahre währende Brautschau fand ihre literarische Frucht in einigen hundert höchst anschaulichen Briefen aus England, Wales und Irland und schließlich auch Frankreich, die er an seine Geschiedene nach Hause schickte. Mit Hilfe des geschickten Varnhagen von Ense entstanden daraus die vier Bände der „Briefe eines Verstorbenen" (1828–1832), die Goethes begeisterten Zuspruch fanden: „Ein für Deutschlands Literatur bedeutendes Werk. Hier wird uns ein vorzüglicher Mann bekannt."

Ob sich Goethe daran erinnerte, daß er ein Vierteljahrhundert zuvor dem „Verstorbenen", damals erst 19 Jahre alt, den Rat gegeben hatte, sich der Gartenkunst zuzuwenden? Und eben der verdankte Pückler seinen neuen Schriftstellerruhm. Aber versuchen wir, der Reihe nach zu erzählen, was bei Pückler schwierig genug ist.

Geboren am 30. Oktober 1785, heute vor zweihundert Jahren, auf Schloß Muskau in der Lausitz, damals zum Kurfürstentum Sachsen gehörend. Die Ehe der Eltern ist früh zerrüttet, die Mutter erst fünfzehn Jahre alt bei seiner Geburt. Unglückliche Kindheit, vereinsamt, herumgestoßen, als Sieben- bis Dreizehnjähriger unter der Fuchtel bigotter Herrnhuter. Nirgends hält er es aus, er handelt sich als Student den Ruf des „tollen Pückler" ein, lebt verschwenderisch und schlägt sich in zahllosen Duellen, unternimmt mittellos eine Fußreise bis nach Neapel, heiratet 1817 die um neun Jahre ältere Reichsgräfin Lucie von Pappenheim, eine geschiedene Frau, Tochter des preußischen Staatskanzlers Hardenberg. Zeitlebens nennt er sie „Schmucke". Früh wird er der Alleinerbe des väterlichen Millionenvermögens und damit auch Herr auf Muskau.



„Seiner Majestät Streusandbüchse" in eine Gartenlandschaft verwandelt: Prospekt des Gartens von Branitz mit dem Schloßentwurf von Schinkel (kleines Foto: Fürst Pückler) FOTO: DIE WELT

Hier verwandelt er eine ganze Landschaft in einen einzigen Park, was viele Millionen kostet. Als die seinen und die seiner Frau verbraucht sind, lassen sich die beiden scheiden, damit der Fürst in England eine reiche Erbin heiraten kann, die seine Gartenleidenschaft finanziert. Nach der Heirat, so Lucies Plan, wird man dann eine hübsche Ehe zu dritt führen. Aber das Projekt ist nicht diskret genug betrieben worden, in England erfährt man davon. Dort behandelt man ihn überaus zuvorkommend, aber die reichen Töchter bleiben unter Verschluß. Das ersehnte Geld bringt dann der große Erfolg der „Briefe eines Verstorbenen".

„Ich habe keinen schaffenden Geist, sondern nur einen empfänglichen", behauptet er 1832 in einem Brief an Bettina von Arnim. Das ist eine seiner typischen Untertreibungen. Denn seinen wahrlich schaffenden Geist beweist er nicht nur als einer der größten Landschaftsgärtner des 19. Jahrhunderts, sondern auch als Schriftsteller. „Andeutungen über Landschaftsgärtnerei" erscheint 1834, „Tutti Frutti" folgt im selben Jahr in fünf Bänden. Im Jahr darauf kommen „Vorletzter Weltgang von Semilasso" und „Jugendwanderungen" auf den Markt.

Dann beginnt Pückler eine sechs Jahre währende Reise durch Nordafrika, den Balkan, Griechenland und Ägypten bis tief in den Sudan, geschildert in „Semilasso in Afrika" (1836), „Der Vorläufer" (1838), „Südöstlicher Bildersaal" (1840/41), „Aus Mehmed Alis Reich" (1844), „Die Rückkehr" (1846–48). Und damit beendet einer unserer besten Reiseschriftsteller seine Tätigkeit.

Das Leben hatte ihn reichgemacht, aber auch geschlagen. Machbuba, seine vierzehnjährige abessinische Geliebte, gekauft auf dem Sklavenmarkt in Kairo, die ihn auf seiner langen Reise durch Ägypten und zurück nach Deutschland begleitet hatte, stirbt im Herbst 1840. Diesen „Verlust des liebsten Geschöpfes und des liebendesten, das ich auf Erden hatte", hat er nicht verwinden können. Fünf Jahre später muß er Muskau verkaufen, seine Finanzmisere zwingt ihn dazu. Aber als Reingewinn bleibt eine halbe Million Taler, damit kann er seinen zweiten Besitz, Branitz, gründlich um und um gestalten.

Ein höchst widersprüchliches Naturell. So konservativ er auch ist: Er sympathisiert unverhohlen mit radikalen Linken. Autoren wie Ludwig Börne und Georg Herwegh mögen ihn nicht, aber Heinrich Heine nennt ihn „mein hochgefeierter und wahlverwandter Zeitgenosse", auch die Jungdeutschen Wolfgang Menzel und Heinrich Laube bewundern ihn. Goethes „Mir gefällt's zu konversieren mit Gescheiten, mit Tyrannen" ist auch nach seinem Geschmack. Er ist der Gesprächspartner von Heine, von Bismarck, von Mehmed Ali, von Lassalle, von Napoleon III., mit dem er sich übrigens vornehmlich als Gartenarchitekt austauscht.

Den Tod hat er nie gefürchtet. Obwohl er 1839 katholisch geworden ist, bekennt er sich zum Glauben an die Wiedergeburt. Er liebt das Leben, ist auf seinen Reisen aber durchaus verwegen, ja waghalsig. Ganz besonders aber liebt er die Freuden des Eros. Noch der Achtzigjährige erfreut sich einer zweiundzwanzigjährigen Geliebten in Paris.

„Kunst", so schreibt er im Dezember 1870 als letzte Eintragung in sein Tagebuch, „ist das Höchste und Edelste im Leben, denn es ist Schaffen zum Nutzen der Menschheit. Nach Kräften habe ich dies ein langes Leben hindurch im Reiche der Natur geübt."

Und in diesem Reich will er auch bestattet sein. Im Park von Branitz läßt er in einem See einen Hügel (Tumulus) als Grabstätte aufführen. Am 4. Februar 1871, nach einem kurzen Unwohlsein, geht Pückler schmerzlos und im Bewußtsein seines nahenden Todes in die andere Welt hinüber mit den Worten: „Man öffne mir den Weg zum Tumulus." Warum soll er sich fürchten? Er habe sich den Himmel verdient, weil er Millionen Bäume gepflanzt habe, hatte er kurz vor seinem Tode scherzend in einem Brief geschrieben. Und: „Wir sehnen uns so sehr nach der Freiheit der Bäume."

ECKART KLESSMANN

In der Reihe „Ullstein Werkausgaben" ist zum 200. Geburtstag erschienen:

Fürst Hermann von Pückler-Muskau: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, hrsg. v. Heinz Ohff u. Ekhard Haack. Verlag Ullstein, Frankfurt/M., Berlin u. Wien. 502 bzw. 420 S. (m. Abb. u. ausführl. Anm.), Bd. je 19,80 Mark.

JOURNAL

Hannover plant Schwitters-Ausstellung

dl. Hannover

Als die bedeutendste Ausstellung seit der Eröffnung des Sprengel-Museums in Hannover, bezeichnete Museumsdirektor Büchner die für den 4. Februar bis 20. April 1986 geplante Schwitters-Ausstellung. Sie wird anläßlich des 99. Geburtstages von Schwitters stattfinden. Über 200 Werke aus seiner expressionistischen, kubistischen und vor allem dadaistischen Zeit werden im Sprengel-Museum zu sehen sein. Um einen besseren Bezug im Rahmen der Ausstellung herstellen zu können, bittet die Museumsleitung Freunde und Bekannte Schwitters', Erinnerungsstücke von ihm dem Museum zur Verfügung zu stellen.

Prix de Lausanne für Tanzeleven

Reg. Lausanne

Nachdem in diesem Jahr die Endausscheidung in New York arrangiert wurde, findet im nächsten Jahr der internationale Wettbewerb für junge Tänzerinnen und Tänzer, der Prix de Lausanne 1986, vom 29. Januar bis zum 2. Februar wieder ausschließlich in Lausannes Théâtre de Beaulieu statt.

Gemalte und gedruckte Buchillustrationen

J. B. Namur

Die Moretus-Plantin-Bibliothek in Namur widmet bis zum 19. Dezember eine Ausstellung alten und neuen Buchillustrationen. Dabei werden die Geschichte wie auch verschiedene Techniken von Buchillustrationen berücksichtigt. Beginnend mit den kunstvollen Malereien der mittelalterlichen Klöster, nahmen Illustrationen in Büchern erst nach der Erfindung der Druckerpresse ihren Aufschwung. Die Ausstellung ist täglich, außer sonntags, geöffnet.

Archäologischer Fund in Massachusetts

AFP, Boston

Amerikanische Archäologen haben den Sitz des Gouverneurs der 1629 gegründeten Kolonie Massachusetts entdeckt. Es handelt sich um eine der bedeutendsten Ausgrabungen, die jemals in den USA gemacht wurden. In den Fundamenten des Hauses, wo 1630 die ersten politischen Versammlungen unter Gouverneur John Winthrop stattfanden, wurden mehrere hundert Töpfereien, Gläser und Geldstücke gefunden. Der Fundort liegt in der Nähe von Bunker Hill, wo sich die erste Schlacht zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges im Jahr 1775 abspielte.

Meckauer-Plakette an Exilarchiv

DW. Köln

Die Walter-Meckauer-Plakette, mit der besondere Verdienste um die Erforschung der Exilliteratur ausgezeichnet werden, erhält in diesem Jahr das Exilarchiv der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main. Die Plakette erinnert an den Schriftsteller Meckauer, der seine Erfahrung als Emigrant in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA während des Nationalsozialismus in dem Buch „Gassen in fremden Städten" schildert.

Mailand feiert Domjubiläum

MvZ, Mailand

Zur 600-Jahrfeier des Mailänder Doms hat Papst Johannes Paul II. von Palmsonntag (23. März) bis Weihnachten 1986 ein Heiliges Jahr für Mailand mit vollem Ablaß für Dompilger ausgerufen. Außerdem sind im Jubiläumsjahr Ausstellungen, Konferenzen und zwei internationale Kongresse vorgesehen.

N. Roegs „Insignificance": Marilyn Monroe contra Einstein jetzt als Film

Die Kernspaltung findet nicht statt

Ein phantastisches Kammerspiel an der Leinwand als imaginäres Welttheater. Es treten auf: Die Figur des Physikers Einstein; er ist ein liebenswert trottliger, gedankenreicher, netter alter Herr mit der Maske des großen Physikers. Da er aber auch ein Philosoph ist, hat er ein Sweatshirt an mit dem Buchstaben „P" auf der Brust.

Es erscheint als nächste Jahrhundertfigur ein blondes Glittermädchen, anzusehen wie die heilige Marilyn Monroe selber. Sie hat gerade für den Billy Wilder-Film „Das verflixte siebte Jahr" jene Kultszene gedreht, in der ihr, über einem U-Bahnschacht von New York stehend, die Tüllröcke lasziv über den Kopf geflogen sind.

Ein US-Senator, ein geiler Bock und Intellektuellenjäger (man soll offenbar an den bösen McCarthy denken) stellt dem rührenden Gelehrten Einstein nach. Weiter treten auf, ein dummer Sportsheld und Gatte der Monroe. Er kann vor Kraft und Dummheit nicht laufen. Aber seine Marilyn liebt er dringend mit hilfloser Brunst.

Weitere Figuren dieses kuriosen und oft nur geringfügig durchschaubaren Welttheaters in vorgefaßter Lustspielform sind ein schier heiliger, riesenhafter Schirokese. Er ist Fahrstuhlführer im schmutzigen Hotel, wo die Weltfiguren aufeinander treffen. Er trieft von naiver Heiligkeit. Ein paar weitere Banalfiguren himmeln herum.

Am Schluß wirft Einstein, von der Monroe becirct und von ihrer klugen Naivität überwältigt, seine gelehrten Notizen aus dem Fenster auf den Broadway. Die Welt ist gerettet. Die Kernspaltung findet erst gar nicht statt. Ein Filmidol hat den Globus, falls er denn zu retten war, gerettet.

Das war erst eine symbolgetränkte Bühnenfarce. Sie stammt von dem Engländer Terry Johnson und wurde auch bei uns, wenn auch ohne viel Erfolg, schon gespielt. Jetzt bringt sie Nicolas Roeg, der geschickte Dunkelmann unter den britischen Regisseuren, unter dem Titel „Insignificance" an die Leinwand, ein filmisches Vexierspiel, ein trister Spaß mit lauter Jahrhundertfiguren, sozusagen eine traurige Welt-Klamotte.

Sie ist nur geringfügig unterhaltsam. Sie spielt mit der Tiefe dauernd bedeutungsvoll, meist mit eher billiger Bedeutung. Die Einstein-Karikatur sagt am Ende, „wenn man wisse, höre man auf zu denken". Die Welt, wenn sie auch von einem eigentlich törichten Filmidol hier gerettet wird, – gerettet werden könne sie im Grunde nicht. Ein sozusagen doppelter Pessimismus wird offenbart. Aber die Nutzanwendung dieser Komödienwendung – einsichtig wird sie dem Zuschauer dann freilich doch nicht.

Das ist in seiner hellen Dunkelheit sicher höchst kunstvoll auf den absurden Weg gebracht. Der Film ist immer wieder durchschnitten mit tiefenpsychologischen Rückblenden. Die Kamera unterläßt keinen modernistischen Trick. Der Komödiendialog wirft immer wieder Schatten eines meist krampfhaften Tiefganges. Es kommt zustande ein nicht grade erhebendes (oder auch nur sehr unterhaltendes Verwirrspiel anhand von glitzernden oder deutlich genutzten Symbolfiguren unseres ohnehin schwierigen Jahrhunderts.

Einsicht oder gar die Erkenntnis der Trauer werden nicht vermittelt. Und ein Professor Einstein, wenn er schließlich auch in der Unterhose dasteht, ist ja wahrlich kein Trost. Die Weltfarce, die der filmische Spielmacher mit den Jahrhundertfiguren auszurichten sich bemüht, bleibt aus. Ein Schlag, immer wieder, in vermeintlich tiefe Wasser. Aber es macht uns naß nicht.

FRIEDRICH LUFT

Ein Geiger auf dem Prüfstand – Thomas Goldschmidts erste große Tournee

Er brilliert in der Kunst der Fuge

Der Geiger Thomas Goldschmidt hat 1983 seine erste – und bisher einzige – Schallplatte vorgelegt. An Bachs d-Moll Partita und Bartóks Sonate, zwei technisch und musikalisch anspruchsvollen Werken des Solo-Repertoires, erprobte er sein Können. Das Resultat war zwiespältig. Ein schönes Talent, so schien es, technisch sicher, musikalisch blaß.

Der damalige Höreindruck kann nun überprüft werden – live. Denn Goldschmidt beendet in diesen Tagen eine Tournee, die ihn durch deutsche, österreichische und Schweizer Musikzentren geführt hat. Die beiden letzten Konzerte gibt er in Berlin (30./31. 10.) und Würzburg (16./17. 11.). Auf allen Programmen stehen dieselben Werke: die sechs Partiten und Sonaten für Violine solo von Johann Sebastian Bach.

Thomas Goldschmidt ist jüngstes Kind einer Musikerfamilie. Er wurde in Freiburg geboren, sein Vater ist der Dirigent Theo Engel, seine Mutter die Altistin Marga Hoeffgen. Goldschmidt nennt er sich nach dem Namen seiner Großmutter. Mit vier Jahren erhielt das Kind den ersten Geigenunterricht.

Zum Stammbaum seiner Lehrer gehört erlauchter Saiten-Adel. Goldschmidt studierte in der Schweiz bei Sandor Zöldy, dann in Freiburg bei Wolfgang Marschner. In Amerika waren Josef Gingold und Tadeusz Wronski seine Lehrer, abschließenden Feinschliff gab ihm in London Nathan Milstein.

Wie so viele seiner Zunft hat auch Goldschmidt an Wettbewerben teilgenommen und ist bei ihnen ausgezeichnet worden: beim Berliner Mendelssohn-Wettbewerb, in Wien und beim Genueser Cocorso Niccolo Paganini. Aber wenn man schon mit dem alten Hellmesberger nicht sagen will: „Je preiser gekrönt, desto durcher gefallen", so sind doch Preise schnell vergessen. Eine Karriere läßt sich auf ihnen kaum begründen.

Thomas Goldschmidt, heute 38 Jahre alt, setzt mit seiner Tournee zum entscheidenden Start an, der ihn im Ziel zu denen gehören lassen soll, die zählen und nicht zu denen, die ferner liefen. Es dürfte der letzte sein, der ihm möglich ist, denn als Geiger ist er nicht mehr der jüngste. Heifetz' und Menuhins Finger waren schon als Zehnjährige topfit gedrillt. Es mag sein, daß Goldschmidt gar nicht darauf aus ist, ein weltberühmter Virtuose zu werden. Er baut Geigen, er malt, scheint also nicht manisch besessen von Saiten und Bogen.

Aber wer sich stellt, will beurteilt werden. Das fällt ein wenig schwer bei zwei Programmen, die einzig von der Musik Bachs leben. Sieht man einmal von der Tatsache ab, daß zyklische Programme todlangweilig sind, kann man zwar den Bach-Spieler Goldschmidt beschreiben, nicht aber seine geigerische Gesamtstatur.

Daß Goldschmidts Spiel nicht nur vom strengen Maß geprägt ist, sondern ebenso von einer Neigung zur locker aus dem Handgelenk geschüttelten Virtuosität, läßt der pralle, runde Bogenansatz ahnen, mit dem der entschiedene Strich den Ton anstreicht und zu lebendigem, differenziertem Klang formt. Besonders zu loben ist Goldschmidts lupenreine Intonation und die Konzentration seines Gedächtnisses. Sie ließ an einem der beiden Abende nur einen winzigen Blackout zu, der in Sekundenschnelle ausgeglichen wurde.

Die große a-Moll-Fuge bestand Goldschmidt mit phänomenaler Sicherheit. Erst sie und die C-Dur-Fuge lassen das Niveau eines Geigers erkennen. Ob Goldschmidt in ein neues künstlerisches Stadium eingetreten ist, bleibt sein Geheimnis. Sein Bach-Spiel im Konzertsaal jedenfalls kam über die Rampe, klang hautnah und zeigte gut ausbalanciertes Gefühl.

HANS OTTO SPINGEL

Ein Theatervollblut ist er immer geblieben: Ullrich Haupt wird 70 Jahre alt

Mit Shakespeares Romeo fing alles an

Er sei „weder besonders hübsch noch besonders häßlich, weder besonders lang noch besonders kurz", hat Ullrich Haupt einmal von sich gesagt – und salopp hinzugefügt: „Damit kann ein Regisseur allerhand anfangen." Da enthüllt sich der Amerikaner in dem Schauspieler: Heute vor 70 Jahren wurde er in Chicago geboren – als Sohn deutscher Eltern, gewiß, die aus Pommern eingewandert waren. Und auch wenn sie alljährlich Deutschland besuchten: In den Vereinigten Staaten, in Los Angeles ist er aufgewachsen – natürlich zweisprachig.

Maler wollte er werden. Und weil er partout in Deutschland studieren wollte, ging er 1932 an die Kunstakademie in Berlin. Aber da sah er Gründgens als Mephisto – und es war es um ihn geschehen. Ullrich Haupt wechselte die Front und ließ sich zum Schauspieler ausbilden. 1936 war es soweit: Er ging ans Staatstheater in Danzig – und begann gleich mit Shakespeares Romeo. Schon ein Jahr darauf war er in München, gleichfalls am Staatstheater. 1940, schon vier Jahre nach seinem Debüt, holte ihn Gründgens nach Berlin.

Dort blieb der Amerikaner Ullrich Haupt. Jugendliche Helden spielte er: den „Räuber" Karl Moor, Grillparzers Leander („Des Meeres und der Liebe Wellen") und Leopold („Bruderzwist in Habsburg"). Bald darauf sah man ihn in Charakterrollen: als Jago sowohl wie als Othello, als Macbeth. Natürlich holte ihn der Film. 1941 stand er in „Komödianten" vor der Kamera, und als in den deutschen Theatern der totale Krieg ausgebrochen und der eiserne Vorhang gefallen war, gab es immer noch Filmstudios. Also wirkte er 1944 in dem Robert-Schumann-Film „Träumerei" mit.

Diese Karriere ist nicht nur deshalb so erstaunlich, weil sie so steil verlief: In jenen Jahren standen ihr allerhand Hindernisse im Wege. Ullrich Haupt ist Halbjude, und niemand weiß, ob ihn seine amerikanische Staatsangehörigkeit allein vor Schaden bewahrt hätte, wenn die schützende Hand von Gustaf Gründgens nicht gewesen wäre. „Alles, was ich geleistet habe und was ich bin, verdanke ich ihm", sagt Haupt denn bis heute. Dazu zählt auch, daß Gründgens ihn aus Amerika zurückholte, wo Haupt nach Kriegsende mit einer eigenen Truppe durch die Lande getingelt war.

1951 war Ullrich Haupt wieder da, in Düsseldorf. Drei Jahre später nahm ihn Gründgens mit nach Hamburg. Dort begann er 1959, Regie zu führen – mit einem so empfindlichen Stück wie dem „Goldenen Anker" von Marcel Pagnol, bald darauf mit dessen „Monsieur Topaze". In Zürich spielte er 1968 als Kürmann in „Biografie – ein Spiel" von Max Frisch, in der Inszenierung von Leopold Lindtberg, neben Peter Frankenfeld in der Rolle des Registrators. Danach kam wieder München.

Vor drei Jahren holte ihn Peter Striebeck nach Hamburg, ans Thalia-Theater zurück. Dort spielte er, dort inszenierte er, unter anderem das schwierige „Treibhaus" von Harold Pinter. Das Schwierige aber hat dieses Theatervollblut immer gereizt, und ein Theatervollblut ist Ullrich Haupt in all den Jahren geblieben. Sein Publikum hat es ihm immer gedankt.

KATHRIN BERGMANN



Als er Gründgens als Mephisto sah, wechselte er die Fronten, ging von der Malerei zur Schauspielkunst über: Ullrich Haupt FOTO: DPA

Weg durch alle Fährnisse: Das Faust-Ballett „Abraxas" unter van Dyk in Bonn

Im Himmel schaukelt ein Pärchen

Das Faust-Ballett „Abraxas" steht für die ganz wenigen deutschen Balletterereignisse der Nachkriegszeit, die in die Tanzgeschichte eingegangen sind. Nach der Bonner Aufführung muß man befürchten, daß dieser Ruhm ein zweifelhafter ist und vor der Zeit keinen Bestand haben wird. Wenn die Münchner Uraufführung des Jahres 1948 künstlerisch genauso unergiebig gewesen ist wie Peter van Dyks jüngste Kreation, dann kann man verstehen, daß nach der ersten Aufführungsserie unter dem Vorwand der Unzüchtigkeit das Werk vom Spielplan abgesetzt wurde. Betrachtet man die Fotos, liest man die Rezensionen und kennt man Marcel Luipart, den Choreographen und Faust-Darsteller der Uraufführung, dann weiß man, daß damals im Prinzregententheater zumindest der Hauch der Zeit, wenn schon nicht der Zeitgeist, auf der Bühne präsent war.

Das beginnt bei der Partitur von Werner Egk, der in unverhohlen eklektizistischer Weise die Musikströmungen aufgreift, die während des Nationalsozialismus verfemt waren. Die Bühnenbilder der Uraufführung evozieren die unter den Nazis als „entartet" geltenden Kunstrichtungen. Es war gewiß ein spannender Abend, ein progressives Unternehmen, was 1948 nach fünf Vorstellungen vom bayerischen Kultusminister verboten wurde. Und auch heute bietet die Faust-Geschichte nach dem niemals realisierten Tanzpoem von Heine noch genügend Ansatzpunkte für eine provozierende Realisierung.

Beinahe 40 Jahre nach der Uraufführung haben wir in allen Bereichen der Kunst und ihrer Ausdrucksmittel so viele Entwicklungen erlebt, daß es spannend wäre, die Musik Werner Egks mit unserer Zeit zu konfrontieren. Das Faust-Sujet ist zeitlos und öffnet sich jedweder Variation. Was aber geschieht in Bonn?

Ein insgesamt gut trainiertes, manchmal nervöses corps de ballet, eine Handvoll kompetenter Solotänzer, die bereit sind, sich die Seele aus dem Leib zu tanzen, werden in eine von vornherein verlorene Schlacht geschickt. Auf der Grundlage des klassischen Tanzes müssen sie den choreographischen Schnee von vorgestern tanzen. Jeglicher Individualität beraubt, im Bewegungskanon nicht voneinander unterscheidbar, begleiten sie Faust auf seinem Weg durch alle Fährnisse.

Es ist kaum zu glauben, daß Faust sich schaudernd abwendet von einem Pandämonium, das seinen erotischen Höhepunkt im Spagat einer Tänzerin findet oder im Aneinanderkuscheln eines züchtig im Bühnenhimmel schaukelnden Pärchens. Auch in der Faust-Zeit hat sich gewiß keine höfische Gesellschaft schockiert von einem hüftewackelnden Mädchen abgewendet. Und was im Bonner Theater als klassische Landschaft auf Leinwand projiziert und gemalt wurde, ist haarsträubend banal.

Wäre es alles ironisch gemeint, könnte man noch seinen Spaß daran finden. Leider ist es nicht so. Im Theatermagazin wird der Abend als „fast" zeitgenössisches Ballett angekündigt. Nein, es ist ein durch und durch anachronistisches Unternehmen. Schade um die Anstrengung; denn die Tänzer hätten es besser verdient. Sie erhalten dann auch den verdienten Beifall.

ALBIN HÄNSEROTH

Bei Smogalarm nur noch Fahrt mit Katalysator

F. DIEDERICHS, Berlin

In Berlin tritt am 1. Dezember eine neue Smog-Verordnung in Kraft, die in drei Warnstufen gegliedert ist und nach der in der höchsten Warnstufe nur noch Fahrzeuge „freie Fahrt" haben, die über Sonderrechte verfügen (Polizei, Feuerwehr, Krankenwagen), oder deren Abgase zuvor über einen geregelten Dreiweg-Katalysator gereinigt worden sind.

Um kenntlich zu machen, welche Wagen welche schadstoffmindernden Anlagen haben, ließen sich die Umweltbehörden ein Plakettensystem einfallen, das auf die verschiedenen Warnstufen abgestimmt ist. In der niedrigsten Warnstufe wird lediglich an das Umweltbewußtsein der Bürger appelliert – dies geschieht, wenn mindestens drei innerstädtische Meßstellen innerhalb von drei Stunden einen Schwefeldioxid-Anteil von 0,6 Milligramm pro Kubikmeter Luft feststellen.

Die nächste Stufe ist die „Alarmstufe 1", bei der nurmehr Fahrzeuge gefahren werden dürfen, die über einen ungeregelten Katalysator oder einen geregelten Dreiweg-Katalysator verfügen. Wird dieser Alarm ausgelöst, müssen Autofahrer eine weiße Plakette an der Scheibe kleben haben. „Alarmstufe 1" tritt bei einer Schwefeldioxidbelastung von 1,2 Milligramm pro Kubikmeter Luft in Kraft.

Bei „Alarmstufe 2" dürfen nur noch Wagen betrieben werden, deren Abgase durch einen geregelten Dreiweg-Katalysator laufen. Fahrer dieser Wagen benötigen für eine freie Fahrt eine orangefarbene Plakette. Diese höchste Alarmstufe soll immer dann ausgerufen werden, wenn die Smogwerte über 1,8 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft liegen.

Die Plaketten werden an die berechtigten Autofahrer von den Berliner Meldestellen, den Automobilklubs und dem TÜV ausgegeben. Berlin hat mit dieser neuen Smog-Verordnung die Richtwerte den im übrigen Bundesgebiet geltenden Grenzwerten angepaßt.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer rechnet schon heute bei einem Smogalarm der Stufe 2 mit größeren Produktionsausfällen und wirtschaftlichen Verlusten der Berliner Industrie. Sie befürchtet, daß die öffentlichen Verkehrsmittel in einem solchen Fall dem enormen Ansturm nicht gewachsen sind.

Wie ein gestern veröffentlichter Test des Automobilklubs ADAC bei 60 Autohändlern in der Bundesrepublik ergab, versuchten die meisten von ihnen, ihre Kunden vom Kauf eines Autos mit Katalysator abzuhalten. Lediglich drei der befragten Autohändler haben zum Kauf eines schadstoffarmen Autos geraten.





In Handschellen und schwer bewacht wird Sektenführer Bhagwan ins Gefängnis von Charlotte gebracht (Foto ganz links). Ein Jünger auf dem Weg zur Untersuchungsrichterin (links). Bhagwans Ex-Vertraute Ma Sheela, noch lächelnd – vor der Verhaftung. „Verschwörung zum Mord" heißt der Vorwurf der Amerikaner. FOTOS: AP



FBI jagte Ma Sheela bis in den Schwarzwald

Die polizeiliche Hatz auf die Größen der Bhagwan-Bewegung ging gestern mit der Verhaftung der nach Deutschland geflohenen ehemaligen Vertrauten des Oberguru, Sheela, in die zweite Runde. Nachdem am Tag zuvor der „Erleuchtete", Sektenführer Bhagwan, von FBI-Agenten wegen einer ganzen Agenda von Verstößen gegen amerikanische Bundesgesetze verhaftet worden war, offenbar kurz bevor sich der Gentleman aus den USA absetzen wollte, leistete gestern die deutsche Polizei dem FBI Amtshilfe und nahm die 35jährige Sheela nebst Nahestenden aus ihrem „Troß der Abtrünnigen" fest. Die Inderin, bekannter unter ihrem vollen Namen „Ma Anand Sheela", die seit ihrer kürzlichen Hochzeit mit Herrn Birnstiel die Schweizer Staatsangehörigkeit erworben hat, sitzt also seit gestern, begleitet von der Australierin Cathrin E. und der Amerikanerin Diane O. in Waldshut-Tiengen in Auslieferungshaft. Die drei Frauen wurden auf Antrag des Amerikanischen Justizministeriums und in Anwesenheit von FBI-Agenten in ihrem Hotel im südbadischen Häusern festgenommen.

Man wirft ihnen Mordversuch vor. Ihr Opfer sollte der perönliche Arzt des Bhagwan, George Meridith, alias Swami Deveraj, werden, der mit einem „nicht feststellbaren Injektions-Stoff" getötet werden sollte. Angeblich soll die festgenommene Elsea dem Arzt am 6. Juli inmitten einer Menschenmenge auf der Bhagwan-Ranch in Oregon eine giftige Spritze ins „Gesäß" verabreicht haben, worauf der Doktor lebensgefährlich erkrankte. Die sofort angeordnete Überführung in ein Krankenhaus habe Krankenschwester Diane O. dann zu verzögern versucht. Der Arzt soll sich das Vertrauen des höchsten Guru erschlichen haben; darum, so die Amerikaner, sollte er sterben.

Im Bundesjustizministerium hieß es, die Frauen müßten solange in vorläufiger Auslieferungshaft bleiben, bis die US-Behörden Originale des Belastungsmaterials schickten. Das Festnahmeersuchen war über Interpol an die Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg geleitet worden. Nach deutschem Recht können die Frauen 30 Tage festgehalten werden.

In Charlotte im US-Bundesstaat North Carolina beklagte sich der dort am Montag dingfest gemachte indische Guru bei der Untersuchungsrichterin über die Härte der Bank im Gerichtssaal, über seine Unterbringung in einer Gefängniszelle und die ihm dort verabreichte Verpflegung.

„Ich kann nichts essen", berichtete er der Richterin in weinerlichem Ton. Und sein Anwalt und Gefolgsmann Swami Prem Niren fügte hinzu: „Er leidet unter schwerem Asthma, an Rückenschmerzen und zahlreichen Allergien. Seine Leiden seien der Grund gewesen, daß er überhaupt in die USA gekommen sei.

Bhagwan lebte dort, so sein Berater in Rechtsfragen, „praktisch keimfrei, fast wie der Junge in der Plastikblase." Daher also seine Rolls-Royce-Leidenschaft, habe er doch ausschließlich darin schmerzfrei sitzen können. Swami Niren beantragte deshalb die Unterbringung seines Mandanten in einem Krankenhaus auf dessen Kosten. Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso das Ersuchen, keine Gefängniskleidung tragen zu müssen. Gegen die Härte der Gerichtsbank empfahl die Untersuchungsrichterin ein Sitzkissen.

Für die Bhagwan-Gemeinde sei es natürlich belastend, daß „unser Freund Bhagwan" im Gefängnis sitze, sagte gestern Ma Deva Nutan, eine Sprecherin der Kölner Bhagwan Kommune. Den Vorwurf, der Guru habe seine Sekte verraten, als er versuchte, aus den Vereinigten Staaten zu fliehen, weist sie zurück: „Bhagwan ist ein freier Mensch." Er könne gehen, wohin er wolle.

Die US-Behörden hätten die Ermittlungen gegen Sheela benutzt, um auch Material gegen den Guru zu sammeln. Die Stimmung in der Kommune sei dennoch „ganz gut".

(flo, SAD)

Farbenprächtig erhob sich der Mond über dem Horizont

DW. Hamburg

In rötlichen und braunen Farbtönen präsentierte sich am Montag abend der von der Erde verfinsterte Vollmond. Wegen des herrschenden Hochnebels konnten in Norddeutschland nur wenige beobachten, wie sich die gewöhnlich weißlichgelbe Scheibe kurz vor 17 Uhr farbenprächtig über den Horizont erhob. Die dunkle, kupferfarbene Schattierung wurde vom Schatten der Erde verursacht, die sich – zum zweiten Male in diesem Jahr – zwischen den Trabanten und die Sonne schob.

Nachdem der Mond um 16.55 Uhr in den Kernschatten der Erde eingetreten war (links), verdunkelte sich der Himmelskörper immer mehr. Von 18.20 Uhr bis 18.42 Uhr dauerte die Phase der totalen Verfinsterung (Mitte). Bei besseren Sichtverhältnissen als in Norddeutschland haben zahlreiche Menschen südlich der Mainlinie das farbige Schauspiel mit Feldstechern, Fernrohren oder mit bloßem Auge verfolgt. Um 20.30 Uhr erfolgte der Austritt des Mondes aus dem Kernschatten (rechts).

Wäre die Erde ein Himmelskörper ohne Lufthülle, dann würde die Oberfläche des Mondes bei einer totalen Verfinsterung fast schwarz erscheinen und damit gegen den dunklen Himmelshintergrund unsichtbar bleiben. Die Atmosphäre unseres Planeten lenkt jedoch das von der Sonne kommende Licht so stark ab, daß es in den Kernschatten hineingelenkt wird. FOTOS: DPA

WETTER: Noch störungsfrei

Lage: Eine von den Britischen Inseln nach Osteuropa reichende Hochdruckzone bleibt mit nebelreicher Mischluft für Deutschland noch wetterbestimmend.

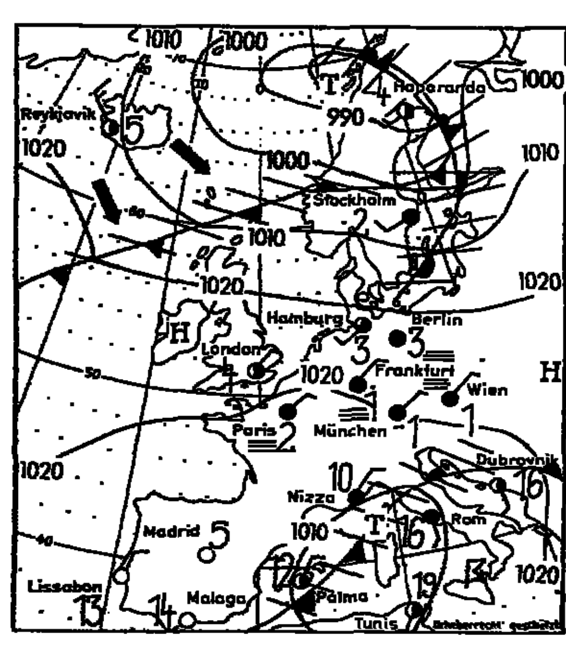
Vorhersage für Mittwoch: In ganz Deutschland verbreitet Nebel, zum Teil aber auch Auflockerungen mit Sonnenschein. Im Norden weiterhin starke Bewölkung. Höchsttemperaturen um 8 Grad, in Nebelgebieten um 3 Grad. Nächtliche Tiefstwerte im Norden um 4 Grad, sonst um den Gefrierpunkt. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag keine durchgreifende Änderung. Ab Freitag im Norden unbeständiger.

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.13 Uhr, Untergang: 16.58 Uhr; **Mondaufgang:** 17.56 Uhr, Untergang: 10.13 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 30. Okt., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	8	bd
Bielefeld	7	bw
Braunlage	4	bd
Bremen	5	Ne
Dortmund	7	bd
Dresden	6	bd
Düsseldorf	9	bw
Erfurt	7	he
Essen	6	bd
Feldberg/S.	3	he
Flensburg	9	he
Frankfurt/M.	7	he
Freiburg	3	bd
Garmisch	2	bd
Greifswald	9	bw
Hamburg	6	bd
Hannover	8	bw
Kahler Asten	3	bw
Kassel	5	bd
Kiel	11	he
Koblenz	11	he
Köln-Bonn	10	be
Konstanz	2	bd
Leipzig	7	bd
List/Sylt	6	Ne
Lübeck	8	bw
Mannheim	7	he
München	-1	bd
Münster	7	bd
Norderney	10	bw
Nürnberg	2	bd
Oberstdorf	1	bd
Passau	3	he
Saarbrücken	2	bw
Stuttgart	1	bd
Trier	8	wl
Zugspitze	-1	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	17	R
Amsterdam	12	he
Athen	18	he
Barcelona	18	he
Belgrad	3	bd
Bordeaux	5	bd
Bozen	9	bw
Brüssel	10	he
Budapest	4	bd
Bukarest	10	he
Casablanca	16	he
Dublin	12	he
Dubrovnik	15	R
Edinburgh	13	he
Faro	22	he
Florenz	14	R
Genf	5	bd
Helsinki	4	bw
Hongkong	27	bw
Innsbruck	4	he
Istanbul	15	he
Kairo	26	he
Klagenfurt	5	he
Konstanza	12	wl
Kopenhagen	10	he
Korfu	19	bw
Las Palmas	23	he
Leningrad	-1	bw
Lissabon	20	he
Locarno	10	bw
London	12	bw
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	7	he
Madrid	16	he
Mailand	10	R
Malaga	23	he
Mallorca	19	he
Moskau	-1	S
Neapel	17	R
New York	3	he
Nizza	17	bw
Oslo	2	bw
Ostende	7	bw
Palermo	10	he
Paris	3	bw
Peking	18	bd
Prag	5	he
Rhodos	22	he
Rom	20	bw
Salzburg	2	bw
Singapur	27	bw
Split	17	bd
Stockholm	4	he
Straßburg	2	bd
Tel Aviv	22	he
Tokio	21	bd
Tunis	21	bw
Valencia	20	he
Varna	15	he
Venedig	11	bw
Warschau	4	bd
Wien	2	bd
Zürich	2	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Deutsche Forscher: Aids-Viren bleiben nur Stunden aktiv

INGRID ZAHN, München

Nicht erst der Tod von Rock Hudson hat die Diskussion darüber angefacht, was zur Eindämmung der tödlichen Immunschwäche Aids getan werden kann. Professor Reinhard Kurth vom Frankfurter Paul-Ehrlich-Institut warnte jetzt auf dem Kongreß des „Grünen Kreuzes" über präventive Medizin aber vor Panikmache. Kurth ist zuversichtlich, daß die stark ansteigende Kurve der Ansteckung mit dem HTLV-3-Virus in absehbarer Zeit abflachen wird.

291 Aids-Fälle sind bislang (Stichtag 4. 10.) in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet, davon sind 116 verstorben. Die Zahl der gesund bleibenden Virusträger ist schwer anzugeben. Tatsache sei, so Kurth, daß das HTLV-3-Retro-Virus in die Bevölkerung der Bundesrepublik eingedrungen sei.

Einer der Hauptpunkte in der Diskussion war das neueste Forschungsergebnis des Pariser Pasteur-Instituts. Dort hatte Professor Jean-Claude Scherman festgestellt, daß das Aids-auslösende Virus bei Zimmertemperaturen über vier bis sechs Tage aktiv bleibe. Die Frankfurter Forscher wollen dieses „gravierende Ergebnis", das aus der Randgruppeninfektion eine Volksseuche machen würde, im eigenen und in anderen Laboratorien nachprüfen.

Professor Kurth gab zu bedenken, daß diese Untersuchungen in Flüssigkeit gemacht worden seien, in einem für das Virus optimalen Kulturmedium also. Dies sei bei Türklinken oder Tischen nicht der Fall. Außerdem hätten die Franzosen das Kulturmedium, wo sie es austrocknen ließen, unter sterilen Bedingungen gehalten, die es sonst nicht gebe. Eine nichtsterile Umgebung aber bedeute, daß das Virus anderen Mikroorganismen ausgesetzt ist. In erster Linie seien dies Bakterien und Pilze, die die Aids-auslösenden Viren mit Sicherheit zerstören würden. Sie würden nicht vier Tage, sondern allenfalls vier Stunden überleben können. In dieser Zeit müsse das Aids-auslösende Virus unbedingt in die Blutbahn eines neuen Wirtes gelangen, um sich zu vermehren. Jemand, der keine Schrunden und Risse an den Händen hat, kann nicht eine eingetrocknete Substanz durch die Haut aufnehmen.

LEUTE HEUTE

Ein böser Brief

Eine verwunderliche Reaktion der Dortmunder Stadtväter wurde jetzt bekannt – noch dazu nachprüfbar in Briefform. Brüsk wiesen sie das Angebot der niederösterreichischen Stadtgemeinde Zwettl ab, 50 Kindern aus der Revierstadt einen einwöchigen kostenlosen Aufenthalt zu ermöglichen. Am „29. Jänner 1985" schrieb Bürgermeister **Ewald Biegelbauer** an den „sehr geehrten Herrn Oberbürgermeister **Günter Samtlebe**": „Mit Erschütterung mußten wir vor einigen Tagen in den Massenmedien die Berichte über den witterungsbedingten 'Smog-Alarm' in Ihrer Heimatstadt verfolgen. Auf Grund dieser Berichte ist in Zwettl spontan die Idee geboren worden, zum Zeichen der Solidarität des 'Bierstädtchens' Zwettl mit der Biermetropole Dortmund 50 Kinder Ihrer Stadt im Alter von acht bis zwölf Jahren zu einem einwöchigen Aufenthalt nach Zwettl einzuladen." Einen passenden Termin nannten die Österreicher auch gleich – die Osterferien. Mehrere Pensionen und Gasthäuser erklärten sich bereit, die Dortmunder Kinder aufzunehmen – kostenlos versteht sich, auch wenn's Hochsaison ist. Höflich, wie die Österreicher sind, schließt der Brief an Samtlebe mit „In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort zeichnet mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung". Wer nun meint, damit sei große Freude ausgelöst worden, täuscht sich. Und nicht der Oberbürgermeister selbst, sondern der für Jugend und Soziales verantwortliche Dezernent, **Manfred Scholle**, übernahm am 11. Februar die Antwort. Er beschied dem „sehr geehrten Herrn Bürgermeister Biegelbauer" kurzerhand: „Ich sehe diese Einladung als gut gemeinte, spontane Idee an, der ich jedoch nicht nähertreten möchte." Seine Begründung: „Smog-Alarm mit derart im Vergleich zu anderen Ländern sehr niedrigen Grenzwerten wurde im Ruhrgebiet erstmals ausgerufen. Bei Anwendung der gleichen Meßwerte im gesamten Bundesgebiet" – so Scholle – „wäre auch in anderen Regionen einschließlich Bayern Smog-Alarm ausgelöst worden", dozierte Manfred Scholle weiter. „Auf der einen Seite sind niedrige Grenzwerte wichtig, andererseits sind außerhalb des Ruhrgebiets düstere Bilder über die Situation entstanden." Der mit einem kargen „freundlichen Gruß" abschließende Brief erläutert: „Da es also keine gesundheitlichen Schädigungen durch diesen Smog bei Kindern gegeben hat, halte ich eine Verschickung zur Wiederherstellung der Gesundheit nicht für zweckmäßig."

Risse in Frankreichs Super-Staudamm

Reparaturen dauern drei Jahre / Bevölkerung beunruhigt / Wasserbedarf aber gesichert

WALTER H. RUEB, Saint-Dizier

Vor elf Jahren weihten die Franzosen den größten Staudamm ihres Landes 15 Kilometer von Saint-Dizier an der Marne ein. Er sollte das Marne-Wasser stauen und die 200 Kilometer entfernte Hauptstadt Paris im Sommer mit Trinkwasser versorgen, im Winter vor Überschwemmungen schützen. Jetzt ist der Super-Staudamm mit Rissen durchzogen – in einem Ausmaß, daß die Verantwortlichen Alarm schlugen und sogar Premierminister Laurent Fabius und seine Umweltministerin Huguette Bouchardeau informierten.

Der Staudamm ist nicht aus Beton, sondern besteht aus aufgeschütteten Felsbrocken, Erde, Kies und Sand. 83 Prozent aller Staudämme der Welt sind Erd- oder Schüttdämme. Frankreichs 18 Kilometer langer Super-Damm staut im 4800 Hektar großen Lac du Der-Chantecoq 350 Millionen Kubikmeter Wasser – wenn er voll ist. „Glücklicherweise ist er zur Zeit fast leer", sagt Bürgermeister Marius Cartier von Saint-Dizier zur WELT. „Deshalb besteht vorerst keine Gefahr. Aufregung oder gar Hysterie sind unangebracht."

Der Maire der 35 000 Einwohner zählenden Stadt teilt auch mit, welche Schäden die Techniker am Super-Damm festgestellt haben: „Der Damm ist auf der lehmigen Unterlage ins Rutschen gekommen. Diese Bewegung hat zu Rissen im Staudamm geführt. Schuld sind Abnützungserscheinungen durch das Alter von Tonerde und Lehm. Die Wasserundurchlässigkeit ist nicht mehr gewährleistet. Man weiß nicht, ob der angeschlagene Staudamm größerer Belastung gewachsen ist."

In der Region der Haute-Marne hat bisher kein Bürger die Flucht ergriffen, denn die Behörden tun alles, um die Schäden im Staudamm zu beheben. Die ersten Kredite für Reparaturarbeiten wurden bewilligt, die Arbeiten sind im Gange. Man hat errechnet, daß es drei Jahre dauern und umgerechnet rund 35 Millionen Mark kosten wird, den Damm wieder wasserundurchlässig zu machen.

Trotz dieser Maßnahmen werden massive Vorwürfe gegen jene laut, die man für verantwortlich hält. In den Städten Saint-Dizier, Epernay und Meaux entlang der Marne macht sich die Angst in Attacken gegen Behörden und Techniker Luft. Ins gleiche Horn stößt man in Paris und in der Umgebung der Hauptstadt: Im bevorstehenden Winter werde die Staumauer die ihr zugedachte Rolle nicht spielen können, grollen die Kritiker. Die Bewohner entlang der Marne und die Millionen Menschen in Paris seien dadurch Überschwemmungen hilflos ausgeliefert.

Mit Erleichterung wird festgestellt, daß wenigstens die sommerliche Wasserversorgung nicht gefährdet ist. In der Region Ile-de-France stauen fünf andere Dämme das Wasser verschiedener Flüsse – insgesamt 640 Millionen Kubikmeter. Zusammen mit dem Inhalt des gegenwärtig fast leeren Stausees Lac du Der-Chantecoq ergibt dies ein Wasserreservoir von einer Million Kubikmeter – das sind etwa 14 Prozent des Stausee-Inhalts hinter dem größten Erddamm der Welt in Pakistan.

Tatsächlich staut der Tarbela-Damm 14 Milliarden Kubikmeter Wasser in einem 80 Kilometer langen, maximal 137 Meter tiefen und 160 Quadratkilometer großen See. Der 143 Meter hohe Tarbela-Damm ist das Herz des größten künstlich bewässerten Gebiets der Welt; sein Einzugsgebiet ist mit einer Million Quadratkilometern viermal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland.

Und doch: „Wenn der bricht, sind weniger Menschen gefährdet als bei einer Katastrophe an der Marne", sagt ein Franzose. „Entlang der Marne und in Paris sind elf Millionen Menschen gefährdet. Das heißt, jeder fünfte Franzose hat Grund zur Angst."

Wieder giftiger Konservierungsstoff im Wein entdeckt

AP/rtr. Wien/Mainz

In österreichischen Weinen ist nach Diethylenglykol nun auch Natriumazid als verbotener Konservierungsstoff gefunden worden. Der Sprecher des österreichischen Landwirtschaftsministers Günter Haiden, Kurt Schober, bestätigte gestern in Wien, daß bereits mehrere Proben mit der Chemikalie gefunden worden seien. Bei Natriumazid handelt es sich nach Angaben eines leitenden Chemikers der Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Wien um einen Sprengstoff, der verbotenerweise als Konservierungsstoff eingesetzt wurde. Die Stickstoff-Natrium-Verbindung töte Bakterien ab. Das Natriumazid gilt bei einer Verwendung von einem Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht als gesundheitsgefährdend. Die Gesundheitsbehörden in Rheinland-Pfalz haben ebenfalls einen Lebensmittelskandal aufgedeckt. Gesundheitsminister Klaus Töpfer teilte gestern mit, die chemischen Untersuchungsämter des Landes hätten bei der Überprüfung von 233 Wurst- und Fleischwaren in 53 Fällen Rückstände des Desinfektionsmittels Conservol nachgewiesen, das Formaldehyd enthält. Alle beanstandeten Waren wurden aus dem Verkehr gezogen.

Galen bleibt in Haft

dpa, Frankfurt

Der ehemalige, wegen Millionbetrugs angeklagte, Frankfurter Bankier Ferdinand Graf von Galen (50) bleibt in Haft. Nach Mitteilung eines Sprechers sah das Oberlandesgericht Frankfurt trotz der angebotenen Kaution von 16 Millionen Mark unverändert eine Fluchtgefahr als gegeben an.

Höhle in Oman entdeckt

rtr, Muscat

Bei der Suche nach Wasservorkommen ist im nördlichen Oman die zweitgrößte Kalksteinhöhle der Welt entdeckt worden. Die Höhle von Dschabal Bani Dschabir, nördlich von Muscat wird nur noch von einer im malayischen Sarawak übertroffen, berichtete gestern die Zeitung „Akbar Oman". Die Höhle von Dschabal ist 310 Meter lang, 225 Meter breit und wird von einem 120 Meter hohen, ungestützten Deckengewölbe begrenzt, das zwölf Meter dick ist. Die Gesamtfläche beträgt 58 000 Quadratmeter.

Tunnel für Bonn

AP, Bonn

Das bisher größte Straßenbauprojekt in der Bundeshauptstadt wollen die Bundesregierung und die Stadt Bonn gemeinsam verwirklichen. Im Stadtteil Godesberg soll mit einem Kostenaufwand von 343 Millionen Mark ein Straßen-Tunnel angelegt werden. Ein entsprechender Vertrag wurde gestern in Anwesenheit von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) unterzeichnet. Baubeginn wird das Jahr 1989 sein. Mit der Fertigstellung ist erst in zehn Jahren zu rechnen.

Unwetter auf Korsika

AFP, Bastia

Nach mehr als viermonatiger Trokkenheit wird die französische Mittelmeerinsel Korsika nun von Überschwemmungen heimgesucht. Die seit Jahren schwersten Unwetter richteten erhebliche Schäden an. Mehrere Häuser mußten evakuiert werden. Wasser- und Schlammassen haben zwei Zufahrtstraßen nach Bastia unpassierbar gemacht. Südlich der Stadt wurde die Eisenbahnlinie nach Ajaccio unterspült.

Schau im KaDeWe

F. D. Berlin

Grund zum Feiern hatte gestern das „Kaufhaus des Westens", besser bekannt unter dem Kürzel „KaDeWe". Anlaß für eine glänzende Modenschau war die Eröffnung einer „First-Class"-Stoffkollektion. Unter den Gästen sah man den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, und den neuen „Tatort"-Komisssar Heinz Drache.

ZU GUTER LETZT

Den kleinsten Verein der Bundesrepublik gibt es in Münster: „Haar ab" ist der Zusammenschluß von drei Friseuren, die das deutsche Vereinsleben auf die Schippe nehmen wollen. Dennoch halten die drei sich an die Vorschriften des Vereinsrechtes und kommen so in den Genuß der ehrenvollen Posten Präsident, Vizepräsident und Schatzmeister. Funktionen, die bei jedem Verein besetzt sein müssen – und wenn es die einzigen sind. Telefon: 02 31/43 60 63

